

Ausbau untersucht, ist natürlich zu untersuchen, wie sinnvoll ein solcher Ausbau ist und was er schließlich bringt. In diesem Zusammenhang ist auch die Klärung wichtig, ob eine Verkehrsholding in der Steiermark zwischen Landesbahn, GVB und GKB wichtig, richtig und sinnvoll ist. Interesse zeigen ja die Stadtwerke, das Land natürlich weniger, weil es sich hier automatisch am Abgang beteiligen müßte. Ich glaube, und das muß unumstritten sein, es darf nicht zur Diskussion kommen, GKB – schließen oder nicht, Eisenbahnlinie ja oder nein, sondern es kann nur die Frage darüber geführt werden, wie geht es mit der GKB weiter? Und darum danke ich auch für die Unterstützung unseres Resolutionsantrages anlässlich des Finanz-Ausschusses, wo die Landesregierung aufgefordert wird, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit der Bahnbetrieb über 1998 hinaus weiter gesichert ist. Und da darf ich Sie, Herr Landesrat, ersuchen und auch alle anderen Regierungsmitglieder, das wirklich ernst zu nehmen, weil bei manch anderen Beschlüssen man nicht immer das Gefühl hat, daß dies der Fall ist. Im Interesse unserer Region Voitsberg, der Wirtschaft der Tausenden Pendler, aber vor allem auch der Bediensteten der GKB. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.43 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist Herr Präsident Dipl.-Ing. Vesko. Bitte, Herr Kollege.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.43 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich kann die Lobeshymnen und Lobestiraden des Kollegen Schrittwieser nicht unwidersprochen vorbeigehen lassen, ohne etwas dazu zu sagen. Obwohl ich ihm in manchen Bereichen durchaus recht gebe. Nahverkehr, es hat sicherlich lange gedauert, und es ist auch nicht sehr sinnvoll, Schuldzuweisungen zu treffen, aber es hilft uns der beste Nahverkehr im Ausseerland nichts, wenn wir nicht in der Lage sind, mit dem Zug oder einem nicht eigenen Verkehrsmittel rechtzeitig nach Graz zu kommen, um in der Landeshauptstadt bei irgendeinem der vielen Ämter vorzusprechen, weil wir es vom Zeitablauf her nicht schaffen. Daher ist es dringend notwendig, daß hier auch die Bahn ihren Beitrag dazu leistet, die der Attraktivität des Fahrplanes, um zu gewährleisten, daß es uns gelingt. Weil immer nur in die Mittagspause hineinzukommen und dann warten zu müssen, führt schließlich dazu, daß man wahrscheinlich sich in Stainach-Irdning abholen lassen muß, um noch nach Hause zu kommen oder in der Hauptstadt übernachten muß, was für alleinstehende Männer oft nicht unbedingt das Unangenehmste ist. Was den Bund-Land-Vertrag betrifft, lieber Sigi, wir freuen uns, daß es ihn gibt, und wir hoffen auch, daß er kommt. Wir haben ihn noch nicht gesehen, und vor allem, wir haben noch kein Geld gesehen. Wir haben aber schon sehr, sehr viele Ankündigungen ähnlicher Art gehört und wir sind wieder hinter dir und sagen, es wäre schön, wenn er kommt. Wenn du dazu den Vergleich zum Bund-Land-Vertrag bezüglich der Spitäler verwendest, dann darf ich dich darauf aufmerksam machen, daß dieser sehr leicht oder relativ leicht zu erzielen war, weil sich der Bund bei dieser Gelegen-

heit zwei Drittel seiner Verpflichtungen, die er gehabt hätte, per Federstrich entledigt hat und somit dort eine ganz andere Situation vorherrscht. Ich kann mich noch genau erinnern an die großartigen Versprechungen, die wir im Zuge unserer gemeinsamen Aktivitäten parteienübergreifend, die neue Bahn jetzt, die versucht hat, das steirische Grenzlandverhalten in punkto Verkehr etwas zu verbessern. Daß man uns alles angekündigt hat. Ich kann mich noch erinnern, wie der jetzige Bundeskanzler, damals noch Verkehrsminister, schon Schwierigkeiten gehabt hat, mit seinem Pkw herumzufahren, weil er schon so viele Spaten im Auto gehabt hat, mit denen er die Grundstichfeier oder die Grundsteinfeier für den Terminal in Werndorf gemacht hat. Ich hoffe nur und wünsche mir, daß es diesmal nicht so ist.

Und zum leidigen Semmering, meine Damen und Herren, es ist sehr schön, wenn wir wiederum 100.000 Unterschriften haben, die wir präsentieren können, nur, was helfen diese 100.000 Unterschriften, wenn selbst einstimmige Regierungsbeschlüsse in den verschiedensten Variationen seit nunmehr dreieinhalb Jahren eigentlich nichts anderes gebracht haben als vage Zusagen, wenn er finanzierbar ist, dann wird er finanziert werden und wird er auch gebaut werden. Und das ist alles, was wir bis dato gehört haben. Auch dort haben wir unsere Bedenken, vor allem dann, wenn ich sehe, daß die SPÖ mit viel Akribie 100.000 Unterschriften gesammelt hat, dann zwängt sich bei mir direkt der Verdacht auf, ob sie nicht selbst Zweifel an den bisher getätigten Schlüssen haben, sonst könnten wir uns diese Aufgabe ersparen. Aber alles, was getan wird in Richtung Semmering, ist gut, vor allem dann, wenn es nicht beim Semmering allein bleibt, sondern beim Ausbau des Mürztales, des Murtales, die Verbindung über die Koralm und Anschluß an die Ponte Pana, weil ohne dem ist der Semmeringbasistunnel zwar ein sehr schönes Werk, für das sich alle eingesetzt haben und sicherlich viele sich die Federn auf den Hut stecken, aber er bringt uns nichts.

Und schließlich noch zur Finanzierung der Projekte, die auch Sorgen gehabt haben. Und da hast du das Roadpricing für Lkws wieder herausgenommen. Und vor allem darauf verwiesen, daß die Zweckbindung das Entscheidende ist. Wir haben schon eine Steuer und Gelder gehabt, die zweckgebunden waren, um dem Straßenbau zu dienen, um dem Nahverkehr zu dienen und verschiedenen anderen Bereichen, nur, diese Zweckbindung hat nichts gebracht als das Stopfen von Budgetlöchern, bis man dann so weit war, daß man es überhaupt fallen lassen hat. Daher bitte warten wir ab, was passiert in bezug auf die Verträge. Und ich darf eines sagen – und das sage ich für meine Fraktion –, wir erwarten uns von Ihnen, Herr Landesrat, aus zwei Gründen Taten im Bereich des Verkehrs, sowohl was die Schiene, als auch was die Straße betrifft. Jemand, der es hervorragend versteht, mit den Zahlen des Budgets zu jonglieren, müßte auch in der Lage sein, die Kugeln so rollen zu lassen, daß eine dieser Geldkugeln in das Kasterl „Verkehr“ hineinfällt und damit auch für die vielen Wünsche der Regionen, die wir heute gehört haben, und die es noch in Fülle gibt, auch etwas abfällt. In diesem Sinne, meine Bitte an Sie, Herr Landesrat, vergessen Sie auch nicht die peripheren Bereiche der Steiermark. Die

Stadt Graz hat ihre Verkehrsprobleme schon sehr gut in der Hand. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 16.50 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Flecker.

**Abg. Dr. Flecker** (16.50 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Prof. Brünner hat diese Veranstaltung für das heurige Jahr verlassen, Zeit dafür, daß sich die Frau Keshmiri emanzipiert, was ja gut so ist, nur am falschen Thema, Frau Kollegin. Ich will auch gar keine Ennstrassendiskussion wieder beginnen, ich freue mich in dem Zusammenhang, daß unser Exkollege Kanduth wieder da ist, der immer eine Linie gut und seriös mitverfolgt hat. (Allgemeiner Beifall.) Alles Gute, freut mich, Sie so gesund hier zu sehen.

Frau Keshmiri, wenn Sie diesen Antrag so hinterfragen, der Bezirk Liezen muß sich entscheiden, ob er eine Tourismusregion oder eine Wirtschaftsregion ist, so ist das schon einmal sehr eigentümlich. Für mich ist es völlig neu, daß Tourismus und Wirtschaft ein Gegensatz ist. (Abg. Keshmiri: „Es steht auch tatsächlich darin!“) Ich habe Ihnen so aufmerksam zugehört, und darum erlauben Sie mir, daß ich auf ein paar Fehler aufmerksam machen darf. Ich möchte Ihnen einmal näher bringen, daß auch Tourismus ein Bereich der Wirtschaft ist. Es ist völlig egal, ob wir jetzt Tourismus im oberen Ennstal noch weiter forcieren, wir haben ihn ohnedies schon sehr gut ausgebaut, oder ob wir Standortpolitik im mittleren Ennstal betreiben. Die Trasse ist so und so eine Notwendigkeit. Wenn Sie sagen, Sie wissen nicht, wo sich die Bevölkerung hinrichtet, dann muß ich Ihnen schon sagen, Frau Keshmiri, weil Sie von Leoben vielleicht nicht so weit hinaufschauen, wir haben Volksbefragungen gehabt, und diese Volksbefragungen haben eindeutige Ergebnisse gebracht. Ich habe mich immer gefreut, daß gerade die Liberalen aufgetreten sind und sehr deutlich gesagt haben, daß sie zu diesem Projekt der ennsnahen Trasse stehen. (Abg. Keshmiri: „Warum werden die Bälle hin- und hergeschoben seit 20 Jahren?“) Das ist bedauerlich, daß das noch nicht umgesetzt ist, und da bin ich bei Ihnen. Aber das kann man nicht, wenn einige Paradigmenwechsel bei manchen eintreten. Ich sage Ihnen jetzt eines: Wenn wir diesem Beschlußantrag folgen würden, wäre das der Tod für die weitere Verfolgung der Realisierung der ennsnahen Trasse (Abg. Keshmiri: „So sehen wir das nicht!“), weil es dann heißt, daß wir uns auf etwas ganz anderes zu konzentrieren haben. Wir stellen dann gleich lieber hier die Frage und lassen in diesem Landtag darüber abstimmen, und das sage ich allen jenen, die sich vielleicht mit dem Gedanken tragen, eurem Beschlußantrag beizutreten, wollt ihr die ennsnahe Trasse oder nicht. Wenn Sie abspringen wollen, dann sagen Sie es deutlich, dann macht es. Mit den Grünen haben wir zu diskutieren, denn die haben ihre Standpunkt, und wir haben unseren, und der war in der Regierung unter den Regierungsfraktionen zumindest bisher einheitlich. Ihr habt euch eben politisch deklariert. Die Grünen haben einen anderen Standpunkt, und der wird auch so bleiben, und dagegen habe ich nichts – Standpunkt gegen Standpunkt. Aber daß wir uns

hier so gegenseitig in die langsame Auflösung begeben, das halte ich für sinnlos, schon gar nicht mit so unsinnigen Beschlußanträgen. Noch eines, weil Sie Sorgen haben um die Regionalplanung im Bezirk: Wir sind genügend Abgeordnete des Bezirkes hier in diesem Hause. Sie hätten jeden von uns fragen können, denn wir sind mit unserer Leitbilddiskussion eigentlich fertig. Wir haben ein Bezirksleitbild. Ich lade Sie gerne ein, sich so etwas einmal bei uns zu besorgen, und jeder würde es Ihnen zur Verfügung stellen. Hier sitzen auch ein paar: der Günther Posch, der Kurt Tasch, Herr Präsident Vesko oder ich. Ich bitte und lade Sie ein, sich zu informieren. Setzen Sie Ihre Emanzipationsbestrebungen fort. Das kann nur der Qualität Ihrer Fraktion dienen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.54 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Porta.

**Abg. Porta** (16.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar, daß mein Kollege Dirnberger dieses Problem, diese unendliche Geschichte, B 70, die GKB, als Tagesordnung hier gebracht hat. Ich möchte mich nur dazu äußern. Dieses Problem, diese unendliche Geschichte, B 70, zieht sich schon über Jahrzehnte durch unseren Bezirk. Es ist ein Versäumnis von den beiden Parteien ÖVP und SPÖ. Ich will hier keine Schuldzuweisungen tätigen; es wäre wirklich sinnlos und nicht zielführend, wenn wir, die Abgeordneten des Bezirkes Voitsberg, uns da zerfleischen, sondern uns geht es wirklich um eine gemeinsame Sache, um eine Sache für den Bezirk. Jeder, der die B 70 jetzt in den letzten Tagen einmal befahren ist, weiß, in der Früh sind die Pendler davon die Leidtragenden, die Siebzigerbeschränkungen, unendliche Kolonnen, daß man für das kurze Stück von Krems bis nach Söding bedeutend länger braucht als von Mooskirchen bis in das Stadtzentrum von Graz. Kurz zur Vorgeschichte: Es ist damals dem ÖVP-Abgeordneten Neumann gelungen, daß es in Ligist und in Modriach eine Abfahrt gibt. Der Zentralraum, der Kernraum des Bezirkes Voitsberg wurde davon ausgeschlossen. Man hat dann in meiner Heimatgemeinde in Rosental eine vierspurige Schnellstraße gebaut. Jetzt denkt man schon daran, diese Schnellstraße wieder rückzubauen. Man hat dann die Umfahrung von Voitsberg gemacht. Dann blieb es aber hängen zwischen Krottendorf, Söding und St. Johann. Die Frau Abgeordnete Sophie Bauer hat es schon verkündet, daß eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht notwendig wäre. Der Kollege Dirnberger hat es widerrufen und sagt, daß eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist. Wenn man die Bevölkerungszahlen des Kernraumes zu sich nimmt und diese analysiert, dann merkt man, daß im Kernraum, in Köflach, in Voitsberg, in Rosental, in Bärnbach, große Abwanderungsraten von bis zu 13 Prozent gegenüber der letzten Volkszählung stattgefunden haben, also eine Abwanderung von 13 Prozent. Die Orte an der Autobahn in der Nähe des Zentralraumes Graz haben gewonnen. Uns geht es jetzt wirklich darum, daß so rasch wie möglich geklärt wird, daß diese Strecke endlich einmal gebaut wird im

Interesse der Industrie, der Pendler und der Bewohner des Bezirkes. Ein weiteres großes Problem ist für den Bezirk eine schlechte Einbindung, eine schlechte Straßenverbindung und jetzt noch die Gefahr, daß die Bahn auch noch ihren Betrieb einstellt. Ich habe bei der letzten Sitzung vor der Sommerpause die Anfrage an Herrn Landesrat Ressel gestellt, wie es damit ausschaut, weil ich habe vorher mit dem Herrn Vorstandsdirektor Baumann der GKB ein Gespräch geführt, und er hat mir damals erklärt, daß die Bahn einen Abgang für die Bergbaubetriebe von zirka 200 Millionen Schilling hat, und sie ist nicht in der Lage, diesen Abgang weiter zu tragen, und sie will sich nicht mehr um diese Bahn bewerben, sollte es nicht massive Verlustabdeckungen und Summen vom Land oder vom Bund geben. In meiner Anfrage hat Herr Landesrat Ressel gesagt, er wird alles unternehmen, um dieses Problem so rasch wie möglich zu klären. Es hat dann ein Gespräch mit Landeshauptmannstellvertreter Schachner und Verkehrsminister Einem gegeben. Dabei ist herausgekommen, ja, die Bahn muß gesichert werden. Wie mein Vorredner Dirnberger schon gesagt hat, unter der Prämisse, der Bund zahlt nichts dazu, die Bundesbahn wird sie nicht übernehmen, und es sollen private Anbieter da in Erscheinung treten. Ich frage sie daher, wer ist in der Lage, wo gibt es einen privaten Anbieter, der die Bahn korrekt weiterführen könnte und dann die Arbeitsplätze der Bediensteten sichern könnte. Bei den Verkehrsbetrieben – bei den Busbetrieben – besteht vielleicht noch eine Möglichkeit. Ich glaube, das ist schon geklärt worden. Ganz wichtig ist im Zusammenhang mit dieser Bahn auch das Überleben der dort ansässigen Grundstoffindustrie. Das ist der Kohlenbergbau, und das ist, wie man weiß, der Marmorabbau, der Steinbruch. Es haben sich Veredelungsbetriebe angesiedelt, die diesen Marmorstein veredeln, die dann Putzsand machen, unter anderen auch die Firma Albogel. Es wäre ganz wichtig, daß dort eine intakte Bahn- oder Verkehrsverbindung herrscht. Jetzt hätte ich noch eine andere Frage. Mit dem Überleben des Bergbaues, wo wiederum 500 bis 600 Arbeitsplätze direkt mit dem Bergbau verbunden sind, sind weitere Arbeitsplätze bei der ÖDK III verbunden. Bei dieser ÖDK III wäre es jetzt wirklich überlegenswert, weil der Verbund hat der STEWEAG die ÖDK III angeboten als Einstiegshilfe oder als Pfand. Wenn man dann weiß, daß neben den ÖDK III ein Fernheizwerk der STEWEAG steht, das mit Ferngas betrieben wird, die ein wirklich ausgezeichnet ausgebautes Fernwärmenetz betreut, und kaum 100 Meter daneben ein riesiger Turm steht, das Braunkohlekraftwerk mit modernsten Abgasanlagen und ISO-Zertifikat, wo alles bestens ist und wo die Wärme sinnlos durch den Kamin hinauffährt und im Kühlturm verpufft, da muß man sich wirklich fragen, ob es nicht sinnvoll wäre, daß man dort ein Agreement trifft und länger mit dieser Abwärme fährt, mit dem kalorischen Kraftwerk eine Kraftwärmekupplung macht und daß man diese Abwärme sinnvoll nutzt. Dann könnte auf den Import von Ferngas verzichtet werden. Man weiß auch, daß über 2,5 Millionen Tonnen Kohle kolportiert wird, daß über 3 Millionen Tonnen Kohle dort lagern, die schon von der ÖDK bezahlt sind, dann muß ich schon sagen, es ist schade, daß man trotzdem nicht voll mit diesem Kraftwerk fährt. Es ist nicht einmal bis zu einem Viertel ausgelastet. Wenn man jetzt durch den

Bezirk fährt, merkt man, daß es nicht in Betrieb ist. Daher wäre meine Bitte an alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen, auch einmal für unseren Bezirk etwas zu tun und für unsere Region. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 17.01 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Heinz Vollmann.

**Abg. Vollmann (17.01 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren Landesrät! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde mich kurz halten, die Zeit ist so knapp, meine Damen und Herren. Es haben heute schon viele Redner davon gesprochen von der unendlichen Geschichte. Ja, sagt mir einmal, liebe Freunde, Kolleginnen und Kollegen, wie viele unendliche Geschichten gibt es denn eigentlich bei uns? Ich frage mich, wann hören sie auf, die unendlichen Geschichten? Die existieren bei uns ja schon 25 Jahre. (Beifall bei der SPÖ.) Ja, findet sich denn keiner, der Lösungen anbietet, oder sind wir zu schwach? Das frage ich mich wirklich langsam, meine Damen und Herren! Muß wirklich in zwei Jahren Ressel zeigen, daß er was weiterbringt in dem Land? (Abg. Porta: „Das ist mir abgegangen!“) Oder waren vorher alle nicht in der Lage, etwas zu tun? Meine Damen und Herren, heute stehen alle da und bejammern, was alles nicht geschehen ist. Ich frage mich wirklich, für was jammern denn alle da, was nicht geschehen ist? Ja, alle, die heute jammern, daß etwas nicht geschehen ist, hätten längst in diesen 40 Jahren in dem Land alles tun können, was heute verlangt wird. Bitte, seid mir nicht böse, aber irgendwann frage ich mich also, wann hört das auch wieder einmal auf. (Abg. Porta: „Herr Kollege, ich sage es wortwörtlich: weil ihr nichts weiterbringt!“) Aber ich gehöre auch zu den Jammernern. Ich gestehe es auch zu. Wir haben beim zweiten Semmeringtunnelgipfel, bei dem wir gemeinsam gewesen sind, quer durch alle großen politischen Parteien – ich bitte also um Verzeihung, wenn ich das so dazusage –, wo wir also festgestellt haben, es geschieht nichts. Ressel hat dort gesagt, ich habe es auch nur der Zeitung entnommen, selber gehört, es ist schlichtweg eine Schande, wenn ein Bundesland dem anderen die Lebensgrundlage abgräbt. Die Frau Landeshauptmann sagt dort, daß 85 Prozent der Bundesmittel nach Wien und Niederösterreich fließen, das heißt, also nur 15 Prozent in alle anderen Bundesländer. Und die Kärntner sagen, sie stehen auch dazu, weil sie bekommen auch zu wenig davon. Und der Wirtschaftslandesrat Paierl sagt, man benötige jetzt das politische Durchsetzungsvermögen, um den Niederösterreichern das Brett vor dem Kopf zu entfernen. Ja, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedarf es wirklich solcher Worte, um den Herrn Pröll da draußen einmal zu zeigen, so geht es nicht? Wir reden von der neuen Südbahn, meine Damen und Herren, sie kommt auch, diese neue Südbahn. Sie ist eine europäische Schlüsselverbindung, sagen alle, wir brauchen sie unbedingt, und wir wissen, daß es unumstößlich ist. Inzwischen habe ich eine Zeitung in die Hand bekommen und weiß, warum in die neue Südbahn anscheinend nichts investiert werden soll mit dem Semmeringtunnel. Das heißt

nämlich die neue Westbahn. Also, die Westbahn bauen wir aus, den Süden brauchen wir eh nicht mehr, weil dort geht es bei den tepperten Steirern eh vorbei. Liebe Freunde, kann man so miteinander reden, und kann man so miteinander umgehen? Das frage ich mich, ob das so weitergeht, ob wir mit unseren Nachbarn so weitertun wollen. Ich glaube auch nicht, daß das Ganze nach den Wahlen aufhört. Denn der Herr Pröll braucht den Semmeringtunnel und die Steirer zu ganz was anderem, nämlich, um von den Problemen des eigenen Bundeslandes abzulenken, die er dort mit seinen Grünen hat, weil da bindet er die ganzen Kräfte der Grünen und der Gegner des Semmeringtunnels auf eine einzige Fläche, dann haben sie für was anderes in Niederösterreich nicht mehr Zeit. Lieber Freund Vesko, dir muß ich jetzt auch was sagen. Du warst einer der wenigen, der unsere Unterschriftenaktion nicht unterzeichnet hat von den Freiheitlichen, oder hast du dann doch unterschrieben? Bei mir nicht. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Nein!“) Ich sage ja, du hast wenigstens ehrlich gesagt, nein, ich unterschreibe nicht, weil ich glaube nicht daran, daß da etwas passiert. Du sagst also auch gleichzeitig, schauen wir, ob es was weiterbringt. Du hast ja beim Lokalausgang damals – wie wir waren – gefehlt. Das tut mir leid, weil dann hättest du dort gesehen, wie fleißig die Leute arbeiten, wie gut die Firma ist, die dort ist. Wir hatten auch bei der Barbarafeier wieder die Gelegenheit, meine Damen und Herren. Wenn du sagst, der Semmeringtunnel bringt uns nichts, er bringt uns nichts (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Allein!“), dann täte ich euch allen einmal empfehlen, Prölls Dünnpapier zu lesen, wo nämlich drinnen steht, daß der eigene Leiter seiner hauseigenen Brückenbauabteilung, der Herwig Klinke, das dürfte er nicht gelesen haben, auf 102 Seiten darlegt, warum wir den Semmeringtunnel brauchen und die Ghegabahn gar nicht auszubauen ist in der derzeitigen Form, denn die Ghegabahn in der derzeitigen Form kann man nicht umbauen auf eine leistungsfähige Strecke, ohne kräftige Eingriffe in die Natur zu machen und in die gesamte Bahn, und die Studie zeigt gleich viele Kosten wie der Semmeringtunnel. Und jetzt frage ich mich, Kolleginnen und Kollegen, warum lassen wir uns das auf die Dauer gefallen? (Beifall bei der SPÖ.) Wir müssen in der Frage andere Akzente setzen, und ich sage dir nochmals, weil du die Frage gerichtet hast, steht diese Regierung dazu. Ich kann auch nur sagen, damit ich nicht lüge, es gibt da wieder ein Interview in einer Zeitung, wo der Bundeskanzler bitte klar und deutlich sagt, er steht zur Steiermark, nicht deswegen, weil sein Sohn in Leoben studiert, sondern weil er glaubt, daß es unumgänglich ist, daß die Steiermark an das europäische Hochleistungsnetz nicht angeschlossen sondern abgekoppelt wird. Und wenn die Regierung ihren Beschluß und der Nationalrat seinen Beschluß vollzieht, zu dem ich Sie höflich auffordere, meine Damen und Herren, dann werden wir da nicht mehr diskutieren brauchen bei der nächsten und bei der übernächsten Budgetdebatte. (Beifall bei der SPÖ.) Aber, Herr Landesrat Ressel, du hast uns ja gezeigt, daß es möglich ist, mit Einsatz viel in die Steiermark zu bringen, 11 Milliarden Schilling, die nicht von heute auf morgen verbaut werden, aber in einem langen Zeitraum, und ich wünsche mir mehrere solche Kollegen, wie du es bist,

der für uns etwas durchsetzt und etwas weiterbringt. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 17.08 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Majcen.

**Abg. Majcen (17.08 Uhr):** Meine Damen und Herren!

Natürlich ist das, was ich jetzt sage, kein so weittragendes Projekt, aber es ist für uns auch ein wichtiges Projekt. Und wir haben im Finanz-Ausschuß schon einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, und ich möchte ihn heute hier als Beschlußantrag einbringen. Es gibt in Fürstenfeld in bezug auf die Straßenerhaltung zwei Dienststellen, eine Autobahnmeisterei und eine Straßenmeisterei. Die Straßenmeisterei gibt es schon sehr, sehr lange, die Autobahnmeisterei erst natürlich, seit es die Autobahn gibt, und es bestehen jetzt Pläne, diese beiden Dienststellen zusammenzulegen. Das ist genau das, was ich auch schon in der Generaldebatte gesagt habe. Wir befinden uns, wir brauchen gar nicht jammern, auf dem gleichen Weg, wie der Bund mit uns umgeht, gehen wir vom Land mit den Randbezirken um. Wir schließen, wir sperren zu, wir schauen, daß es weniger, weniger, weniger wird, und dann setzt folgender Mechanismus ein: Dann wird Steuergeld hergenommen, es werden Beschäftigungsgesellschaften gebildet, und dort werden dann die Leute, die im Normalarbeitsbereich keine Arbeit mehr finden, unter Förderung der Öffentlichkeit mit Steuergeldern wieder beschäftigt. Diese Vorgangsweise habe ich klar und deutlich für mich, für meine Person abgelehnt, und ich muß sagen: Die Straßenmeisterei Fürstenfeld hat 35 Beschäftigte, und das Ziel ist natürlich letztendlich klar. Heute heißt das so schön, gemeinsame Synergien zu nutzen, natürliche Beschäftigte einzusparen, nicht hinauszuschmeißen, einzusparen. Das ist der vornehme Ausdruck. Und dann passiert folgendes: Dann geht es so wie in den Landeskrankenhäusern, dann führt man die Wäsche von dort nach da, und die Leute haben keine Arbeit, sie wird zentral irgendwo gewaschen, dann wird sie wieder zurückgeführt und so weiter, auf allen Ebenen dasselbe Spiel. Wir sind eine Grenzregion, jahrzehntlang haben wir geschaut, daß wir irgendwie über die Runden kommen. Und jetzt fängt es an, einigermaßen bescheidenweise uns gutzugehen. Der Verkehr ist sehr stark angestiegen, und jetzt verlegt man die eine Dienststelle an den Rand des Bezirkes, wo die Sicherheit der Betreuung der Straßen nicht mehr gewährleistet ist, und das alles unter dem Titel „Verkehrssicherheit – bessere Versorgung der Bevölkerung“. Dem wollen wir und möchte ich nicht zustimmen, und daher darf ich einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Majcen, Straßberger, Bacher und Pußwald, zur Gruppe 6, betreffend die Zusammenlegung der Straßenmeisterei Fürstenfeld mit der Autobahnmeisterei Ilz, einbringen. Angeblich ist geplant, die Straßenmeisterei Fürstenfeld mit der Autobahnmeisterei Ilz zusammenzulegen und den Standort in der Bezirkshauptstadt aufzulassen. Dies hätte zur Folge, daß sämtliche Bundes- und Landesstraßen von Ilz aus betreut werden müssen. Die in diesem

Zusammenhang behauptete Effizienzsteigerung ist nur teilweise nachvollziehbar, zumal eine dezentral situierte Straßenmeisterei zweifellos nicht in der Lage ist, die ganze Region den Anforderungen entsprechend zu versorgen. Vielmehr sind gerade in den Wintermonaten gravierende Verschlechterungen, etwa bei der zeitgerechten Schneeräumung und Streuung, mit allen negativen Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit zu befürchten. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich gegen eine Zusammenlegung der Straßenmeisterei Fürstenfeld mit der Autobahnmeisterei Ilz auszusprechen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. - 17.12 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

**Abg. Beutl (17.12 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte mich ganz kurz zu zwei Straßenbauvorhaben in zwei Gemeinden des Bezirkes Feldbach zu Wort melden und möchte den Herrn Landesrat Ressel bitten, mir hier Auskunft darüber zu erteilen. Es sind zwei verkehrstechnisch notwendige Projekte, und sie können nicht realisiert werden, weil es rund um diese beiden Straßenbauprojekte Vorgänge gegeben hat, die uns nicht ganz klar sind. Ich bin mehrfach darauf angesprochen worden und möchte sie nun ganz kurz darstellen. Es geht um die Ortsdurchfahrt Auersbach. Der Ausbau der Ortsdurchfahrt Auersbach im Zuge der L 225 war in der Grazer Zeitung vom 11. Juli 1997 öffentlich ausgeschrieben. Die Anbotsabgabe war für den 5. August terminisiert und die Baudurchführung für 1997/1998 angegeben. Kurz vor dem Abgabetermin der Angebote erhielten die Firmen die Mitteilung, daß das Vorhaben auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Es wurden keine Gründe dafür angegeben und meines Wissens bis heute auch keine Auskunft diesbezüglich gegeben. Das zweite Projekt betrifft die Ortsdurchfahrt Unterlamm und den Ausbau der L 223. Dazu ganz kurz folgendes: Bei der Realisierung der Ortsdurchfahrt Unterlamm kam es seinerzeit zu Verzögerungen. Unmittelbar vor Vergabe der Bauarbeiten erfolgte eine Änderung der Richtlinien zur Ermittlung des erforderlichen Gemeindeanteiles. Da die Verzögerung nicht im Bereich der Gemeinde gelegen war, das Verkehrsressort allerdings die neuen Richtlinien ab sofort anwenden wollte, kam man überein, diese Mehrbelastung für die Gemeinde Unterlamm in der Höhe von 500.000 Schilling mit anderen Investitionen im Verkehrsbereich der Gemeinde abzugelten. Bis heute wurde diese Zusage nicht eingehalten, und es häufen sich die Zweifel, ob diese Zusage auch jemals eingehalten wird. Darüber hinaus wurde vom damaligen Vorstand der Fachabteilung II b gegenüber der Gemeinde Unterlamm die persönliche Zusage abgegeben, beim Ausbau der Ortsdurchfahrt ein Teilstück von rund 600 Metern vom Ortsende bis zur Abzweigung zur Therme Loipersdorf im Anschlußverfahren zu realisieren. Die Dringlichkeit gerade auch dieses Vorhabens ist unbestritten, weil es sich um die Zufahrt zur Therme handelt und gleichzeitig der

Ausbau des Radweges R 12 vorgesehen ist. Dieses Vorhaben soll schon am Regierungssitzungsspiegel aufgenommen gewesen sein, soll aber auf Antrag von Ihnen, Herr Landesrat, zurückgezogen worden sein. Ein neuerlicher Vergabeantrag wurde bis heute nicht eingebracht. Ich möchte Sie herzlich bitten, Herr Landesrat, mir die objektiven sachlichen Gründe zu nennen, denn es können nur solche sein, aus welchen verkehrstechnischen Gründen diese beiden Projekte nicht in Angriff genommen werden können. Ich möchte Sie auf die Dringlichkeit hinweisen und darum bitten, daß sie möglichst bald realisiert werden können. (Beifall bei der ÖVP. - 17.16 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Posch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Posch (17.16 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In aller Kürze einige Anmerkungen zum Bezirk Liezen. Ich habe der Diskussion zu diesem Thema sehr aufmerksam zugehört. Es wurden alle Probleme besprochen, die es kreuz und quer durch die Steiermark gibt, und mit einigen wenigen Ausnahmen, Präsident Vesko brachte ein Problem, wurden keine Probleme des Bezirkes Liezen angesprochen, mit einer zweiten Ausnahme, nämlich das Geplänkel um die ennsnahe Trasse. (Abg. Gennaro: „Dies war kein Geplänkel!“) Es wurde kein Wort über die Verkehrsprobleme im größten Bezirk Österreichs verloren. Ich freue mich, daß es in der gesamten Steiermark, vor allem im mittleren und unteren Bereich, viele gute, wichtige und für mich außer Zweifel stehende Verkehrsprojekte gibt. Ich freue mich, daß es in diesem Bereich Wirtschaftsansiedelungen mit einem Wirtschaftsaufschwung gibt, der für uns alle wichtig ist und außer jedem Zweifel ist. Daß für den Bezirk Liezen letztendlich nur der Transit übrigbleibt, und der auf nicht geeigneten Straßen, das wird auf die Dauer nicht gehen. Ich möchte auch jeden Zweifel wegnehmen, daß ich den Herrn Verkehrslandesrat anspreche. Nach seiner zweijährigen Dienstzeit kann er diese Probleme nicht lösen, und ich möchte diesen Ton von mir aus nicht anschlagen und gar keinen Zweifel aufkommen lassen, daß ich in Ihre Richtung etwas meine. Die ennsnahe Trasse ist ein Detailproblem auf einer Strecke von 17, 18, 19 Kilometern im gesamten Tal von Liezen bis Mandling mit 80, 90 Kilometern. Sie ist wichtig, sie ist umstritten, und ich möchte hier nicht pro und contra dazu Stellung nehmen. Sie löst das Problem im Ennstal nicht, sie ist eben ein Detail auf einer bestimmten Strecke und bringt für das gesamte Tal keine Verkehrslösung. (Abg. Dr. Flecker: „Stimmt nicht!“) Es ist auch falsch, jede Verkehrsdiskussion in diesem Bereich für diesen Bezirk sofort mit der Frage pro oder contra, mit der Schicksalsfrage ennsnahe Trasse, abzuwürgen. Sie ist wichtig, sie ist ein Detail, sie ist aber nicht die Kardinalfrage für das gesamte Ennstal. Die Probleme sind vielschichtiger. Sie sind wesentlich vielschichtiger auf der Straße als auf der Schiene, und es gibt mehrere Lösungen für den gesamten Bezirk, und die Probleme beschränken sich nicht nur auf diesen angesprochenen Bereich. Ich verweise daher nochmals auf unseren Antrag, mit dem wir um ein Gesamtkonzept

ersucht haben, ein Gesamtkonzept für den gesamten Bezirk, das uns durchaus gemeinsam, sehr geehrter Herr Landesrat, eine Chance für einen Neubeginn im Ennstal und für eine Lösung so mancher Spannungen geben könnte. Denn nur den Transit für das Ennstal als Verkehrsaussicht und als Zukunftsaussicht werden wir uns auf die Dauer nicht bieten lassen. (Beifall bei der ÖVP. – 17.19 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Herr Landesrat Pörtl hat um ein Schlußwort gebeten.

**Landesrat Pörtl (17.19 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mir tut es sehr leid, daß die Kollegin Zitz nicht im Haus ist. Ich bin verpflichtet, eine Antwort zu geben, weil das schaut wie nach der Methode der Helikopterpolitik aus: Einfliegen, Staub aufwirbeln, abheben und Fakten hinterlassen, wo man hinterher einen falschen Eindruck hat. Punkt 1: Es wird behauptet, daß 62 Projekte ohne Variantenuntersuchung bei der letzten Kommunalkreditsitzung beschlossen worden seien. Es ist unwahr, denn es gibt kein Projekt ohne Variantenuntersuchung, mit einer Ausnahme, wenn ein Fortsetzungsprojekt läuft in verbauten Regionen, wo selbstverständlich die abwasserwirtschaftliche Rahmenplanung die Fortsetzung einer bestehenden Baumaßnahme voraussetzt.

Meine Damen und Herren! Die zweite Geschichte: Es wird gesagt, in Vordernberg, in Bruck und in Turrach betragen die Kosten pro Hausanschluß 900.000 Schilling, 500.000 und 329.000 Schilling. Ich stelle fest, daß in Vordernberg ein Ortsteil angeschlossen wird im Rahmen der Kanalerschließung der Schigebiete, die derzeit vor allem in ihrer Gesamtstrukturverbesserung als infrastrukturelle Vorbereitung dienen. Das ist eine Methode, die ich einfach nicht zur Kenntnis nehme. Das schaut so aus, als wenn ich ein Industriegebiet abwassermäßig erschließe. Das kostet 5 Millionen Schilling. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes tarnen und täuschen. Die zweite Geschichte in Bruck an der Mur, im Weintal, sind vier Häuser, das sind Vereinshäuser für Freizeitbetätigungen, wo diese vier Häuser eine enorme Einwohnereleichwertstoßbelastung voraussetzen, und daher kostet diese Erschließung 2 Millionen, wobei diese vier Häuser keine normalen Wohneinheiten darstellen. Und auf der Turrach ganz dasselbe, das ist ein Schigebiet, wo Hotels und vor allem das Erholungsheim der BVA stationiert sind. Ich möchte das wirklich sagen, damit es nicht den Anschein hat, wir haben einfach Lust zum Geld vergraben und zum Urassen mit Landes- und Bundesmitteln und stelle ebenfalls fest, wir haben 10 Millionen für Gruppen- und Kleinkläranlagen im Budget, wo wir ein Investitionsvolumen von 67 Millionen finanzieren und fördern können. Ich sage, an dieser Stelle, weil der Kollege Ressel schon fast nicht mehr raussieht vor lauter Weihrauch, wie manche behaupten, möchte ich mich bei ihm bedanken. In der Frage der abwasserwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre haben wir Ende 1995 eine ausgeglichene Finanzierung für die Landesbeiträge gehabt. Aber durch die Explosion der Rückstau und der schnellen Baumaßnahmen und das Greifen des Wasser-

rechtsgesetzes und der Raumordnung ist das Volumen auf 2,6 Milliarden angestiegen, und das wird jetzt mit Nachbedeckungsmitteln nachfinanziert. Ich bedanke mich bei der Landesregierung für diese vernünftige Maßnahme. Sie ist ebenfalls auch für 1999 im Grunde vorgesehen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Jetzt hätte es mich fast noch gereizt, für Landesrat Ressel zu sprechen, aber der Kollege Ressel kann sich ja selber verteidigen. Privat ist es relativ selten, daß ich Geld auf der Bank habe und zugleich einen saftigen Kredit nehme. (Abg. Ing. Schreiner: „Das kann gescheit sein!“) Und soweit ich das erfaßt habe, ist das einfach eine vernünftige Form der Finanzabwicklung, dort mobil und beweglich zu sein, wo die Notwendigkeiten sind. Wir haben ja in Aussicht, daß ab 2005 die Volumina im Grunde erschöpft sind und praktisch nur mehr der technische Stand zu schaffen ist.

Ein paar Sätze noch zum Kollegen Heibl, weil er ja einer der Hauptbetroffenen ist, was die Mitarbeiter im Rahmen der Wildbachverbauung betrifft. Soweit wir können stehen wir zur Verfügung. Wir haben immer Mittel budgetiert gehabt zwischen 27,7 und 24,924 Millionen. Weiters haben wir die Hochwasserereignisse oder Katastrophenereignisse von 36 Millionen bis zu 30 Millionen im Jahr 1997 nachbedeckt, weil wir da praktisch variabel nach Bedarf agieren können, und ich sage ganz offen, wir haben bisher diese Bundesmittel ausschöpfen können. Wir haben ganz dasselbe Problem auch im Wasserbau, wo wir natürlich bereits die Umschichtungen laufen haben mit passivem Hochwasserschutz. Ich habe im Weingarten helfen müssen, und dort habe ich gesehen, was ein dunkelblaues Wasser für eine gefährliche Sache sein kann. Da haben sie Kupfervitriol verwendet, das war dunkelblau, und das ist zuviel blau, das schadet. Da würde ich mich mit blau nicht hineinsteigern. Ich stelle nur fest, daß wir vor allem für die Wasserertüchtigungsmaßnahmen, daß wir für den passiven Hochwasserschutz, daß wir vor allem für den linearen Ausbau einen relativ niedrigen Bereich mit 21 Prozent derzeit in der Wasserwirtschaft haben und daß wir vor allem versuchen, diese ökologische Verstärkung ganz massiv umzustellen und darauf einzustellen. Meine Damen und Herren, weil alles mit dabei ist, und ich warte schon so hart auf die Resolution, was auch den ländlichen Wegebau betrifft, ich weiß nicht, wann sie auftaucht. Ich muß ganz ehrlich sagen, wir haben auch da für das Budget 1999 bereits eine zusätzliche Dotierung im Grunde vorgesehen, weil gerade dieser Bereich für uns einen ganz entscheidenden Zukunftsaspekt auslöst, und über diese Bund-Land-Verhandlungen läuft derzeit ein Arbeitskreis Infrastruktur, wo wir mit Hofrat Kürschner diese Vorbereitungen schaffen, um diese eminente Frage der Wegeerhaltung auch budgetmäßig in einer Bund-Land-Finanzierung langfristig vorzubereiten und vor allem auch abzusichern. Diese Wegeerhaltung – das möchte ich betonen – hat vor allem entscheidend volkswirtschaftliche, wesentliche Grundsubstanzen als Voraussetzungen für private Betriebe, für Wohnregionen, für regionale Entwicklungen. Diese Diskussion – glaube ich – ist nicht notwendig, sondern wie finanzieren wir die Projekte, wo selbstverständlich auch über 5 b-Mittel und über Bedarfszuweisungen für diese Wegeerhaltung weiterhin der Schwerpunkt aufrechterhalten bleibt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.29 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Das Schlußwort für die Gruppe 6 „Verkehr“ hat nun Herr Landesrat Ressel.

**Landesrat Ing. Ressel (17.29 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich einmal sehr, sehr herzlich bedanken für die Anerkennung, die die Damen und Herren Abgeordneten für das Verkehrsressort gespendet haben. Es ist mir klar, daß ich das in erster Linie an die Abteilungen richte, und ich stehe nicht an, hier den Herrn Hofrat Gobiet für die Fachabteilung II a, den Herrn Dirnböck für die Fachabteilung II d, selbstverständlich auch den Herrn Hofrat Mirus für die Fachabteilung II b, der ja nach 20jähriger verdienstvoller Tätigkeit im Landesdienst in Pension gegangen ist, zu danken. Ich danke aber auch dem Herrn Hofrat Rupprecht, der den Bereich des Verkehrsrechtes immer wieder für uns sehr bedeutsam und effizient vertritt. Aber ich möchte auch die Landesbahnen mit dem Herrn Direktor Brünner, den Verkehrsverbund mit dem Herrn Dr. Rüschi in diesen Dank einschließen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.) Daß wir nicht alle Wünsche erfüllen können, das liegt in der Natur der Sache. Wir alle kämpfen mit der Knappheit der Ressourcen. Es ist auch einer der Gründe, wo ich dem Herrn Abgeordneten Majcen sehr ehrlich sagen muß, daß, wenn es möglich ist, und nach fachlichen Gesichtspunkten ist es möglich, die Straßenbahnmeisterei und die Autobahnmeisterei zusammenzulegen. Die Entfernung beträgt etwa sechs Kilometer, dann werden wir das tun. Ich verstehe deine Sorge, lieber Kollege. Aber ich glaube, man muß diesen Bezirk Fürstenfeld in anderer Weise unterstützen, so wie wir das ja tun. Ich darf also daran erinnern, daß beispielsweise das Bemühen um das Hotel in Loipersdorf beschäftigungspolitisch einen weitaus größeren Effekt hat als gerade dieser Bereich. Und ein Bezirk, der von sich behaupten kann, daß er Loipersdorf als ein Projekt des Landes seit Mitte der siebziger Jahre hat, wird zugestehen müssen, daß hier die Landesregierung, aber auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, oder unsere Vorgänger sich in hervorragender Weise um den Bezirk Fürstenfeld bemüht haben. Es ist einfach nicht möglich, vorhandene Strukturen einzufrieren, sondern wir müssen sie verändern, wir müssen dabei aber mit Augenmaß verändern. Sie wissen, daß es dort nur zu personellen Veränderungen kommt, soweit sie durch den natürlichen Abgang eintreten. Ich danke auch dem Abgeordneten Schrittwieser und dem Abgeordneten Vollmann, weil der Appell für den Semmeringtunnel immer wieder von eminenter Bedeutung für uns ist. Wir müssen gegenüber den Zentralstellen in Wien immer wieder demonstrieren, daß es uns mit diesem Anliegen ernst ist. Ich weiß nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, wann die Realisierung sein wird. Ich weiß aber, daß es eines Tages realisiert wird, und zwar ganz einfach deshalb, weil es ein vernünftiges Projekt ist. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Wird es nicht realisiert, tritt der bedauerliche Fall ein, was aber auch des öfteren vorkommt, daß, wenn etwas Vernünftiges ist, relativ lange auf seine Realisierung gewartet werden muß. Sie, Herr Präsident Vesko, haben einen Bund/Land-Vertrag zitiert. Ich darf vielleicht nur insofern korrigieren, daß das kein Bund/Land-Vertrag ist, sondern es ist ein

Beschluß der Bundesregierung. Es ist ein Verkehrspaket in der Größenordnung von 11 Milliarden, und im Rahmen dieser 11 Milliarden gibt es bereits jetzt eine Bauverordnung, eine Planungsverordnung. Das bedeutet, daß mit Erlaß dieser Verordnung auch gleichzeitig die Finanzierung sichergestellt ist. (Beifall bei der SPÖ.) Es sind jetzt von uns im Land Steiermark die erforderlichen Verfahren mit der HL-AG. gemeinsam durchzuführen, denn der HL-AG., nicht dem Land Steiermark, ist die Planung übertragen. Die Verfahren werden die zuständigen Abteilungen des Landes durchzuführen haben. Wir brauchen uns gar nichts vorzumachen, es wird auch die Realisierung des Terminals südlich von Graz, obwohl das Geld zur Verfügung steht, keine ganz einfache Sache sein. Ich gehe aber davon aus, daß, wenn wir uns alle gemeinsam bemühen, es uns gelingen wird, dies durchzuführen. Der zweite Teil, Herr Präsident Vesko, wird die Bauverordnung für das Palten-Liesingtal sein. Sie, Frau Abgeordnete Keshmiri, haben dieses Projekt angesprochen. Sie waren der Meinung, daß dort nichts geschehen ist. Dort ist sehr wohl etwas geschehen. Im Grunde genommen geht es dabei „nur mehr“ um den Lückenschluß. Ich gehe auf Grund von Gesprächen mit Herrn Bundesminister Einem davon aus, daß in den ersten zwei Monaten des nächsten Jahres die Bauverordnung für diese 4,5 Milliarden Schilling erfolgen wird. Das bedeutet, daß dann auch dort tatsächlich gearbeitet werden kann, weil dann auch in diesem Bereich die Mittel zur Verfügung stehen. (Beifall bei der SPÖ.) Der Kollege Martin Wabl unterliegt einem Irrtum, wenn er sich damit abplagt, daß er nur 6 Millionen Schilling für Radwege sieht. Lieber Martin, es sind insgesamt 31 Millionen Schilling, die beispielsweise im laufenden Jahr für Radwege aufgewandt wurden. Hohes Haus, es wäre sonst überhaupt nicht möglich gewesen, in so kurzer Zeit über 1000 Kilometer Radwegenetz zu bauen. (Beifall bei der SPÖ.) Über 500 Kilometer sind in Planung und teilweise jetzt in Bau. Das Ziel ist, ein Radwegenetz in der Steiermark, und ich glaube das wollen wir alle, in der Größenordnung von zirka 2000 Kilometern zu bauen. Was mich immer ganz besonders schmerzt, ist, wenn ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete hier am Rednerpult von der Budgetunwahrheit spricht. Es schaut immer so aus, als ob hier Maßnahmen gesetzt werden würden, Herr Abgeordneter Schreiner, die nicht in Ordnung sind. (Abg. Ing. Schreiner: „Gesetzlich in Ordnung!“) Nicht nur gesetzlich in Ordnung. Wenn man aber dann, und das tue ich sehr aufmerksam, Ihrer Argumentation folgt, dann sieht man, daß es hier keine Unwahrheit ist (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie haben sich aber sehr gut unterhalten!“), der Cäsar hat fünf Sachen gemacht, ich mache zwei, sondern daß es ein Mißverständnis ist, denn Sie finden deshalb im Budget keine Investitionen im Krankenanstaltenbereich, weil es einen Vertrag zwischen Bund und Land gibt, der die Finanzierung festlegt, und weil es einen Vertrag zwischen dem Land und der Krankenanstaltengesellschaft gibt. Im Budget finden Sie nur den Betrag, der diesem Vertrag entsprechend, jährlich der Krankenanstaltengesellschaft zur Verfügung gestellt werden muß. Wo ich aber mit Ihnen übereinstimme, zu meinem großen Bedauern freut es auch mich nicht, daß wir für den Straßenbau insgesamt nicht mehr Mittel haben, den Sie für den gesamten

Verkehrsbereich haben wollen. Ich stehe überhaupt nicht an, zu erklären, daß wir große finanzielle Probleme in diesem Bereich in Zukunft zu erwarten haben, weil gerade auch der Bereich des öffentlichen Verkehrs immer größere finanzielle Anforderungen an uns stellt und unter Umständen die Gefahr besteht, daß dann die wenigen Mittel, die im Investivbereich zur Verfügung stehen, unter Umständen noch zu Tarifierungshilfen in diesem Bereich abwandern. Der Herr Abgeordnete Porta und der Herr Abgeordnete Dirnberger haben das Problem der B 70 angesprochen. Ich glaube, wir haben die Beschlüsse in den Gemeinden. Sie wissen als Abgeordnete, aber auch als Bürgermeister, daß es mit einigen Gruppierungen Schwierigkeiten gibt, daß wir diese Verfahren durchführen müssen. Die Frage ist sehr offen, ob wir nicht in unserem Bemühen, unserer Umwelt zu helfen, nicht da und dort in elementaren Bereichen uns Fesseln auferlegt haben, die uns behindern, und ob wir nicht in anderen Bereichen, die dem Umweltschutz dienlicher wären, nicht etwas strenger sein müßten. Ich glaube, man muß auch in der parlamentarischen Arbeit, und hier insbesondere im Nationalrat, diesen Fragen noch einmal erneut Aufmerksamkeit zuwenden. Ich darf Ihnen insgesamt nur sagen, daß es hoch interessant ist, dem Verkehrsressort vorzustehen, daß es mit sehr viel Arbeit verbunden ist und daß ich auch das Glück habe, über außerordentlich begabte, tüchtige und loyale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verfügen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 17.40 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 liegt nicht vor.

Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen:

Wer dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 des Landesvoranschlages 1998 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Das ist die Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Bundesprogramm zur Lawinen- und Wildbachverbauung, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Das ist ebenfalls die mehrheitliche Annahme.

Wer dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend die Aufrechterhaltung von regionalen Linienautobusdiensten, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Sicherstellung der Graz-Köflach-Bahn, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend den Ausbau beziehungsweise die Finanzierung der Infrastrukturprojekte, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlußantrag der ÖVP, betreffend die Zusammenlegung der Straßenmeisterei Fürstenfeld mit der Autobahnmeisterei Ilz, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Das ist die Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend Radwegbau und -erhaltung, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend Förderung von Kleinkläranlagen, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag des LIF und der Grünen, betreffend Gesamtkonzept ennsnahe Trasse, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Dieser Antrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen nun zur Gruppe 7: Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer (17.42 Uhr):** Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Mündlicher Bericht Nr. 67 des Finanz-Ausschusses zur Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1998.

Bei den Beratungen wurde nachstehender Minderheitsantrag gestellt:

Minderheitsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger, betreffend die Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1998 gemäß Paragraph 23 Absatz 11 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Die obgenannten Abgeordneten haben folgendes beantragt:

Begründung: Die Erhaltung der bäuerlichen Siedlungs- und Besitzstruktur beziehungsweise der ländlichen Infrastruktur insgesamt setzt Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft voraus. Grundlage für eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist unter anderem jedoch eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur mit Mindeststandard. In diesem Sinne werden seitens des Landes im Rahmen von Förderungsprogrammen auch Ausbau-, Umbau- und Erhaltungsmaßnahmen bei Gemeindestraßen (Gemeinden bis 5000 Einwohner), bei öffentlich-rechtlichen Interessenwegen und bei Zufahrten zu bäuerlichen Betrieben unterstützt. Nicht zuletzt auf Grund der in den Jahren 1994 und 1997 erfolgten Mittelkürzungen besteht allerdings zum Teil bereits ein erheblicher Förderungsmittelrückstand beziehungsweise muß auf Grund der bestehenden budgetären Vorbelastungen davon ausgegangen werden, daß in den nächsten Jahren keine weiteren Bauvorhaben realisiert werden können.

So bedarf es zur Restabwicklung des bei der Landwirtschaftskammer administrierten Landes-Hofzufahrtsprogrammes noch eines Mitteleinsatzes von



54 Millionen Schilling. Davon müßten zur zügigen und wirtschaftlich sinnvollen Abwicklung der in den Jahren 1994 und 1995 begonnenen Projekte noch im Jahre 1997 30 Millionen Schilling bereitgestellt werden, da auf Grund des Baufortschrittes bereits ein aktueller Förderungsmittelrückstand von 17,5 Millionen besteht.

Des weiteren erfordern die zahlreichen Anträge der Gemeinden und Wegegemeinschaften allein für die dringendsten Ausbau- und Generalsanierungsarbeiten eine Nachdotierung von zumindest 20 Millionen Schilling zur Aufstockung des Sonderwegebauprogrammes.

Unter Berücksichtigung der bereits zahlreich vorliegenden, dringenden Anmeldungen für diverse Wegebauprojekte müßte in den Jahren 1998 und 1999 jeweils eine Mittelaufstockung um 50 Millionen Schilling erfolgen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1998 wird der nachfolgende Ansatz der Gruppe 7 folgendermaßen abgeändert:

1/710015-7790 „Beiträge zur Verkehrserschließung ländlicher Gebiete“ Erhöhung um 50 Millionen Schilling auf 85,829.000, daher Erhöhung des Ansatzes 2/982009-3450 „Aufnahme von Darlehen“ um 50 Millionen Schilling.

Dieser Antrag wurde im Finanz-Ausschuß nicht angenommen. Er wird hiemit wiederholt.

Die Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“ besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten:

Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft, land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, landwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigung, sonstige Maßnahmen, sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft, land- und forstwirtschaftliche Interessensvertretungen, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd und Fischerei, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Förderung der Energiewirtschaft, Förderung des Fremdenverkehrs, Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie.

In der Gruppe 7 ergeben sich für den Landesvoranschlag 1998 folgende Gesamtsummen:

Ausgaben 1.290,241.000 Schilling, Einnahmen 148,510.000 Schilling. Es wird daher der Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 7 für das Haushaltsjahr 1998 gestellt. (17.47 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen und zwar soll im Ersten Teil Landwirtschaft, im Zweiten Teil Fremdenverkehr und im Dritten Teil Wirtschaftsförderung behandelt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Danke, nein, das ist nicht der Fall. Wir kommen zum Ersten Teil der Gruppe 7 „Landwirtschaft“ und zur ersten Wortmeldung. Der Herr Berichterstatter hat das Wort als Hauptredner.

**Abg. Riebenbauer (17.47 Uhr):** Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Bis zu meinem 43. Lebensjahr war ich Bauer und Hilfsarbeiter, weil unser 10-Hektar-Betrieb auf einen Neben- und Zuerwerb angewiesen war. Mir war eine zweite Berufsausbildung, wie wir sie heute vielen jungen Menschen anbieten können, nicht möglich. Trotzdem bin ich stolz auf diese Lebenserfahrung, die ich bei meinen verschiedenen Tätigkeiten erfahren habe. Sie sind für mich heute ein sehr großer Vorteil. Eines zum Beginn: Sind wir doch dem Herrgott dankbar, daß wir zu jenem Drittel der Menschheit gehören, die nicht hungern brauchen und die einen hohen Lebensstandard haben. Sind wir aber vor allen Dingen auch heute – und es wurde bei der Budgetdebatte noch nie gesagt – jener Generation dankbar, die dieses Land so aufgebaut hat, und daß wir heute eigentlich zum Großteil in Überfluß leben können. Sie alle haben sich den Dank von uns verdient. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Und wir haben gemeinsam dafür Sorge zu tragen, daß es so bleibt. Ich werde in meinem Beitrag sicher nicht auf die einzelnen Produktionssparten eingehen, sondern im allgemeinen aus meiner Sicht die Zukunft der Landwirtschaft versuchen zu beurteilen. Und die Kernfrage aus meiner Sicht, aus bäuerlicher Sicht, heißt, sie wissen alle, wie es um die Bauern steht: Welche Form der Landwirtschaft will unsere Gesellschaft? Meine geschätzten Damen und Herren! Diese Frage haben wir überall zu stellen, wo politische Rahmenbedingungen gesetzt werden. Aber auch jeder Konsument kann dieser Frage nicht ausweichen. Die Formulierung ist aus meiner Sicht ganz einfach. Will die Gesellschaft eine motivierte, eine vom bäuerlichen Gedankengut getragene Landwirtschaft, oder will sie eine industrielle Landwirtschaft mit einer Bewirtschaftung, die ohne Rücksicht auf Grund und Boden nur darauf aus ist, Masse möglichst billig und wirtschaftlich zu produzieren. Bäuerliche Landwirtschaft heißt nicht, alles gleichzeitig zu können. Bäuerliche Landbewirtschaftung bedeutet, meine geschätzten Damen und Herren, ich kann nicht das Beste gleichzeitig am billigsten produzieren. Es gibt nur ein Entweder-Oder. Bäuerliche Landwirtschaft setzt Grenzen im Wettbewerb voraus. Es ist nicht fair, mit denen im Wettbewerb zu stehen, die keine Rücksicht auf Grund, Boden und Umwelt nehmen. Es ist nicht fair, mit jenen in Konkurrenz stehen zu müssen, die von der Betriebsgröße her enorme Startvorteile haben. Vier Beispiele möchte ich anführen. Die Durchschnittskuhzahl in England beträgt pro Betrieb 69, in Österreich neun. Die Erfassungskosten für ein Kilogramm Milch betragen in Österreich 33 Groschen, in Bayern 16 Groschen. 20 Prozent der gesamten österreichischen Steiflächen sind in der Steiermark. Und die durchschnittliche Richtmenge pro Betrieb beträgt in Österreich 33.000 Kilogramm, in Deutschland 101.000 Kilogramm. Das sind keine gleichen Bedingungen, und deshalb, meine geschätzten Damen und Herren, ist es auch notwendig, daß im Rahmen der „Agenda 2000“ Förderobergrenzen festgelegt werden. Ich finde es auch als eine Verhöhnung gegenüber unseren Bauern, wenn ich vom Bauern strengste Tierhaltemaßnahmen verlange, beim Einkauf aber Billigstprodukte aus Massenstallungen bevorzuge. Meine geschätzten Damen und Herren, jeder Einkauf, bei

jedem Griff ins Regal treffen wir eine Entscheidung für oder gegen eine bäuerliche Landwirtschaft und stellen damit aber auch Weichen für den Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Es ist nicht ehrlich den Bauern gegenüber (Beifall bei der ÖVP.), wenn ich vom Bauern strenge artgerechte Tierhaltung verlange und selbst Heimtiere im Wohnzimmer keinesfalls artgerecht halte. Was will ich mit diesen Aussagen verkünden, ich hoffe, daß du kein solches Vogerl hast zu Hause. Wenn ich verlange beziehungsweise akzeptiere, daß die bäuerliche Landwirtschaft, daß unsere steirische Landwirtschaft mit Betrieben, welche weit bessere Voraussetzungen haben, konkurrenzfähig bleiben soll, so muß ich diese Wettbewerbsnachteile, für die der einzelne Bauer wirklich nichts kann, von der öffentlichen Hand ausgleichen, oder ich nehme zur Kenntnis, daß der bäuerliche Betrieb dem ungleichen Wettbewerb zum Opfer fällt. Eine Produktion zu Weltmarktpreisen ist mit unseren Strukturen nicht möglich. Wir sind sicher, und davon bin ich überzeugt, wenn wir nichts dagegen unternehmen, die ersten Gefallenen im Lebensmittelkrieg zwischen Übersee und Europa. Die agrarpolitischen Rahmenbedingungen haben sich seit dem EU-Beitritt enorm verändert. Wir müssen Abschied nehmen von dem System der Preis- und Exportstützungen und haben mit erhöhter Direktförderung zu leben. Diese Umstellung hat sich im Herzen vieler Bauern noch nicht durchgezogen. Sie sind nicht immer glücklich über die Direktförderungen und vor allem auch nicht über die Antragsflut – das wissen wir alle genau. Das Einkommen über das Produkt wäre vielen lieber, denn diese sogenannten Subventionen, wie sie manche bezeichnen, erzeugen nur viel Neid und Mißgunst. Die Agrarpreise, meine geschätzten Damen und Herren, erlebten in den letzten drei Jahren in verschiedenen Sparten einen Rückgang bis zu 40 Prozent. Gleichzeitig sind natürlich auch die Ausgleichszahlungen angestiegen. Allein in der Steiermark sank der Rohertrag in der Land- und Forstwirtschaft von 16,48 Milliarden Schilling im Jahr 1994 auf 16,15 Milliarden Schilling im Jahr 1996. Und dies, meine geschätzten Damen und Herren, obwohl der Anteil der öffentlichen Mittel am Rohertrag von 13,7 Prozent im Jahr 1994 auf 39,7 Prozent im Jahr 1996 gestiegen ist – das war ein gewaltiger Aufwand, der hier gebracht wurde. Trotz dieser Ausgleichszahlungen gab es für 1996 ein Einkommensminus von fünf Prozent für die Bauern. Das ist keine Jammerei, sondern das sind nüchterne Zahlen. Auch die Schweiz hat mit diesen Einkommensverlusten zu kämpfen. Was will ich damit sagen? Diese Ausgleichszahlungen konnten den Preisrückgang bei den Produkten nicht wettmachen. Deshalb, meine geschätzten Damen und Herren, darf man sich auch nicht wundern, daß viele unserer Bauern das Wort Subvention oder Geschenk als Frotzelei betrachten. Es sind dies schlicht und einfach Abgeltungen für Preisverluste, aber auch für Wettbewerbsnachteile, die wir mit unseren Strukturen haben. Im Landesbudget 1998, über das wir heute beraten, wurde im Bereich Landwirtschaft aufgestockt. Durch das intensive Bemühen unseres Landesrates Erich Pörtl, und er wurde heute schon vom Kollegen Getzinger gelobt, und mit Unterstützung von der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, aber natürlich auch mit allen anderen Regierungsmitgliedern, war dies möglich. Es ist voraussichtlich das ÖPUL-Pro-

gramm und der Zuschuß zur Hagelversicherung ausreichend dotiert. Eines möchte ich auch klar und deutlich sagen: Nachbedeckungen waren in den letzten Jahren immer möglich, wenn es um eine Kofinanzierung ging. Es ist kein Schilling in Brüssel oder in Wien liegengeblieben. Aus der Verantwortung für unser Land heraus haben wir manchenmal schmerzvoll Budgetgrenzen zu akzeptieren. Es ist mir schon klar und bewußt, daß es das Recht der Opposition ist, zu fordern, was gut und teuer ist, aber es ist auch die verdammte Pflicht der Regierung, zu der auch Landesrat Schmid gehört, und des Landtages, aus der Verantwortung für die Zukunft heraus zu handeln und die Überschuldung in Grenzen zu halten. Noch eines dazu, und ich sage das auch ganz ehrlich: Man kann einfach nicht Fehler und Sturheit von großen Vermarktungsbossen auf Dauer vom Land her finanziell ausgleichen. Es besteht aber zur Zeit die berechnete Hoffnung, daß da manche Herrschaften an der Spitze der Molkereiwirtschaft gescheitert werden. Wir verwalten die Steuermittel unserer Bürger. Die Frage, meine geschätzten Damen und Herren, wo ich sie einsetze, ist eine Frage der Wertigkeit. Darum schließt sich wieder der Kreis zu meiner eingangs gestellten Frage. Meine geschätzten Damen und Herren, was ist uns als Landtag, als Land Steiermark der Arbeitsplatz Bauernhof wert? Jeder einzelne Bauernhof ist ein wirtschaftlicher Impuls. Der bäuerliche Familienbetrieb bleibt nicht auf seinem Geld sitzen, sondern wir investieren alle. Er betreibt gleichzeitig Landbewirtschaftung und fungiert damit als Garant für die herrliche Kulturlandschaft. Ich möchte heute an diesem Tag besonders auf die großartigen Leistungen unserer Bäuerinnen hinweisen. Vielfach sind sie Betriebsführer. In unseren bäuerlichen Familien werden die älteren Menschen zum größten Teil im Familienverbund gepflegt. Ein Danke unseren Bäuerinnen der Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.)

Einige Zahlen zum Beweis für die wirtschaftliche Bedeutung. (Abg. Gennaro: „Die Bauern mußst du auch bedanken, halbe-halbe!“) Mit halbe-halbe haben wir nicht allzuviel Erfolg gehabt. Das mußst du nicht unbedingt anschneiden. Ich möchte darauf hinweisen, daß selbstverständlich die Bauern auch eine Leistung erbringen. Jeder bäuerliche Betrieb, meine geschätzten Damen und Herren, hat im Jahr 1996 im österreichischen Durchschnitt, und jetzt höre mir genau zu, Kollege Gennaro, 211.000 Schilling brutto investiert. Das sind österreichweit gesehen in Summe 9 Milliarden Schilling. 54 Prozent dieser Investitionen kommen der Industrie und dem Gewerbe zugute. Mit diesen Zahlen möchte ich beweisen, welche enorme Bedeutung der bäuerliche Berufsstand für den ländlichen Raum hat. Gerade mit unseren 5b-Gemeinschaftsprojekten haben wir die Chance, die Vernetzung von Landwirtschaft, Wirtschaft und Tourismus zu verbessern. Das sind Chancen im ländlichen Raum, wo wir wieder die Gemeinsamkeit mehr forcieren, diese Vernetzung, die so unbedingt notwendig ist im Zeitalter des Egoismus. In der Periode von 1995 bis 1999 stehen uns in der Steiermark, wenn wir alles ausschöpfen, 2,4 Milliarden Schilling an Investitionssumme zur Verfügung mit 1,2 Milliarden Schilling Zuschuß. In 117 Dörfern der Steiermark gibt es keine Nahversorger mehr, meine geschätzten Damen und Herren. Die ökologische Landentwicklung nimmt sich

gemeinsam mit der Wirtschaftskammer dieses immer größer werdenden Problems dankbar an. Die Steiermark hat auf Grund ihrer kleinen Strukturen, ihrer vielen Streusiedlungen zwei Drittel des ländlichen Wegenetzes von Österreich. Wir brauchen diese Mittel für Wegbau und Wegerhaltung. Noch eine klare Zahl: Das letzte Mal haben sie mir vorgeworfen, der Wegebau ist nur Bauernförderung. Über unsere Wegbauprogramme werden 50 Prozent Bauernhöfe und 50 Prozent nicht bäuerliche Betriebe, Eigenheime und so weiter aufgeschlossen. Für mich sind die Wege die Lebensader des ländlichen Raumes. Wir Bauern möchten eine vielseitige Kulturlandschaft bewirtschaften, und nicht, meine geschätzten Damen und Herren, Naturparks pflegen. (Beifall bei der ÖVP.) Unsere Tourismuswirtschaft braucht diese vielseitige herrliche Kulturlandschaft mit ihren Dörfern und Märkten, und unsere Tourismuswirtschaft braucht nicht nur Heimatmuseen. Deshalb, meine geschätzten Damen und Herren, haben wir uns Gedanken über ein Grünlandförderungsprogramm zu machen, das den Milchtransportzuschuß ablöst. Wir haben; so hoffe ich, nächstes Jahr noch die drei Groschen, aber nachher ist es aus. Wir brauchen ein Programm zur Förderung der Grünlandbewirtschaftung, das auch dem Tourismus zugute kommt.

Wir haben selbstverständlich auch eine Sockelförderung einzuführen, um die wir alle gemeinsam schon lange kämpfen. Unser oberstes Ziel muß es sein, daß die flächendeckende Landbewirtschaftung durch bäuerliche Betriebe gesichert bleibt, und zwar in Gunst- und in Ungunstlagen. Das muß allen unseren Partnern, ob Molkereien, Schlachtbetrieben und Konsumenten, klar sein, daß es keinen Sinn hat, an dem Ast zu sägen, an dem Ast zu schneiden, wo jeder mit uns gemeinsam, mit uns Bauern mit drauf sitzt. Wir haben aber auch mit aller Kraft uns selbst anzustrengen, daß wir starke Erzeugungsgemeinschaften gründen, daß wir starke Vermarktungseinrichtungen erhalten und fördern. Denn wir müssen selbstverständlich auch als Bauern unseren Teil zur Vermarktung beitragen, und nicht nur egoistisch sein. Nachhaltigkeit und Generationsdenken war immer ein Grundprinzip der bäuerlichen Wirtschaft. Wenn die Rahmenbedingungen passen, meine geschätzten Damen und Herren, wird die Sicherung der Nachhaltigkeit und die Schonung der Umwelt bei uns Bauern immer im Vordergrund stehen. Meine geschätzten Damen und Herren! Vergleicht man die bäuerliche Situation mit einem Schachspiel, so bedenke man, daß mit dem Verlust jedes einzelnen Bauern das drohende Schachmatt immer näher kommt. Jeder Bauernhof ist Arbeitsplatz. Kämpfen wir gemeinsam für den Arbeitsplatz Bauernhof und verhindern wir ein Schachmatt. Du nimmst das nicht ernst, und das tut mir leid. Wir nehmen es ernst. Danke fürs Zuhören. (Beifall bei der ÖVP. – 18.01 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

**Abg. Kaufmann (18.01 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einen Tag bevor die Budgetdebatte begonnen hat, habe ich in der Zeitung gelesen, die Landwirtschafts-

debatte hat ihren Reiz verloren, weil es nur mehr darum geht, Geld aus Brüssel zu verteilen. Es geht nur mehr um Bürokratie. Und ich gebe dem oder derjenigen, die das geschrieben hat, so wie hierzulande Agrarpolitik betrieben wird, recht. Aber es haben Bürokraten den EU-Beitritt verhandelt, und es sind Bürokraten, die jetzt das von Brüssel Vorgegebene ausführen. Dazu ein Zitat: Kein Bürokrat wird die bestmögliche Entscheidung treffen, sondern immer jene, für die er die besten Ausreden hat, wenn es eine Fehlentscheidung war. Und genau so, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht unsere Agrarpolitik aus. Es wird vollzogen, und nicht gestaltet, die Spielräume, die uns auch die EU läßt, die Spielräume werden nicht genutzt. Nur, es ist viel einfacher zu sagen, wir wollen ja, aber wir können nicht, weil die EU uns nicht läßt. Und ich bleibe bei der EU, meine sehr geehrten Damen und Herren. Budgetdebatte heißt für mich immer auf der einen Seite ein Rückblick, auf der anderen Seite eine Vorausschau, aus Fehlern lernen und in Zukunft besser machen. Und unter diesem Blickwinkel möchte ich auch die Agrarpolitik gesehen haben. Drei Jahre sind wir nun EU-Mitglieder. Die Menschen haben mit großer Mehrheit entschieden, und es wurde uns gesagt, die EU bietet mehr Möglichkeiten, mehr Chancen und unbegrenzte Märkte. Und das stimmt, für die gesamte Wirtschaft stimmt es. Der freie Markt, Schutz vor GATT und die Förderungen beziehungsweise Preisausgleichszahlungen waren auch die Zuckerl, mit denen die Landwirtschaft für einen Beitritt geködert wurde. Nur heute sieht das ein bißchen anders aus. Der vielgepriesene freie Markt ist für den einzelnen Bauern nicht erreichbar. Der einzelne Bauer ist davon abhängig, was die Verarbeitungsbetriebe mit seinem Produkt machen, der einzelne Bauer ist davon abhängig, wie sich die Verarbeitungsbetriebe am Markt behaupten und wie sie sein Produkt bewerben. Er zahlt zwar die Werbung, er hat aber keinen Einfluß darauf. Mit jedem Kilo, mit jedem Liter, zahlt er durch die ANA-Beiträge für die Werbung. Und es kommt mir manchmal so vor, als wenn die Bauern auch bei der Werbung für Humanic mitzahlen würden, denn auch da werden ja letztendlich Bauernprodukte verarbeitet. Mir kommt immer vor, wenn weniger Mittel, wenn die Preise nicht stimmen, dann müßte man doch Möglichkeiten schaffen, daß die Bauern mehr machen können, einfach mehr Möglichkeiten haben, ihre Preiseinbußen auf irgendeiner anderen Ebene auszugleichen. Ich denke hier an Selbstvermarktung und so weiter. Nur gerade hier wurde statt auf- zugemacht. Es gibt immer mehr Vorschriften, Regelungen, Verbote, Relementierungen, die den Bauern, dem einzelnen, einfach das Leben schwer machen. Auch die Selbstvermarktung als eine der Möglichkeiten wird immer schwieriger. Kaum glauben die Bauern mit ihren Investitionen am letzten, am neuesten Stand zu sein, kommen schon wieder neue Vorschriften. Mittlerweile, wenn ich an die Fleischverarbeitungsbetriebe denke, ist es so weit, daß wir in unseren Schlachtbrücken ohne weiteres wie in einem Operationssaal einen Blinddarm herausnehmen können, denn es müssen die Messer sterilisiert sein, es darf kein Stück Holz, kein Holztisch oder irgend etwas drinnen sein, es dürfen nicht die Hände mit einer normalen Wasserleitung gewaschen werden, es muß einen Lichtschranken geben. Vorschriften über Vor-

schriften, die dem Bauern das Leben schwer machen. Und es geht hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht mehr um Hygiene, hier geht es rein um Schikane. Oder denken wir an die Tierkennzeichnungen, mittlerweile innerhalb von drei Jahren die vierte Änderung bei der Kennzeichnung. Jetzt müssen die Tiere zwei Ohrmarken haben, über jeden Schritt, den dieses Tier geht, über jeden Schritt muß Buch geführt werden. Und Kontrollen über Kontrollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Liste läßt sich lange fortführen und entbehrt manchmal jeder Logik. Wir Bauern wissen aber, daß sich die Wirtschaftskammer sicher noch viele gute Ideen einfallen läßt, wie man dem Bauern das Leben noch schwerer machen kann und wie man den Bauern letztendlich zum Aufgeben zwingen kann. Es sind mittlerweile vier Bauern, laut neuester Berechnung schon fünf, die täglich aufhören in der Landwirtschaft. Und die treffen sich mit jenen 200.000 Arbeitslosen, gesamtösterreichisch, am Arbeitsmarkt, und täglich werden es um fünf mehr. Und das Ganze geht lautlos vor sich. Es wäre sicher spektakulärer, wenn diese 1500 bis 2000 Bauern an einem Tag aufhören würden, dann wäre ihnen wenigstens ein Artikel in den Medien sicher. Aber auch das zweite Zuckerl, die Förderungen beziehungsweise Preisausgleichszahlungen werden für den Bauern zur bitteren Pille. Die Preisausgleichszahlungen laufen mit 1999 aus, das haben wir gewußt. Das war wieder typisch, daß man gesagt hat, es wird irgendwie weitergehen. Wir werden das schon irgendwie schaffen. Wir haben gewußt, daß sie 1999 auslaufen. Welch bürokratischer Aufwand aber mit diesen Preisausgleichszahlungen verbunden ist, das haben wir nicht gewußt. Wir haben gehofft, es wird nur ein Jahr sein, nein, es zieht sich über die gesamten fünf Jahre hin. Und für jeden Fehler, den es bei diesem Bürokratismus gibt, hält der Bauer den Kopf hin. Das geht so weit, daß beim kleinsten Fehler, bei irgendeiner kleinen, nicht erlaubten Änderung in der Bewirtschaftungsform der Bauer die gesamte Förderung zurückzahlen muß. Und am meisten erschreckt es mich, der Bauer, der aufhören möchte, der innerhalb von diesen fünf Jahren aufhören möchte, darf nicht aufhören. Und da muß man sich vorstellen, es heißt doch, wir sind zu viele Bauern, wir kosten zuviel, wir produzieren zuviel, und trotzdem darf kein Bauer ungestraft aufhören, und das finde ich, gelinde gesagt, eine Frechheit. Die Rückzahlung aller Fördermittel – wie gesagt – ist eine der Strafen. Wenn nun seitens der ÖVP gesagt wird, wir werden darauf drängen, daß Preisausgleichszahlungen in Dauersubventionen umgewandelt werden, dann finde ich das zwar schön, nur, ich stelle die Frage, wie soll das gehen? Es gibt bitte ein Arbeitsübereinkommen, daß die ÖVP und die SPÖ unterzeichnet haben, und hier steht etwas anderes drinnen. Und ich glaube auch, daß die vielgepriesene Akzeptanz der Öffentlichkeit mit den Bauern schwindet, mit jeder Sparmaßnahme, die die Öffentlichkeit betrifft.

Das dritte Zuckerl, daß die EU uns vor GATT schützen wird, das wird sich erst zeigen. Die nächste WDO-Runde ist 1999, und auch wir Österreicher werden zu spüren bekommen, was es heißt, wenn wichtige Agrarexportländer wie die USA, auf eine weitere Liberalisierung bestehen. Angesichts dieser Aufzählung von Tatsachen, die auf uns zukommen, fehlen mir eigentlich im Agrarbudget Maßnahmen,

aus denen es hervorgeht, daß für die Zukunft vorgebaut wird. Daß für das Jahr 1999 und danach nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen, wissen wir alle, also auch Landesrat Pörtl. Durch das Wegfallen der Preisausgleichszahlungen, WDO-Runde, Neuordnung der Zielgebiete und durch den Fünfjahresfinanzierungsplan und durch die bevorstehende Ostöffnung wird es zu großen Umbrüchen in der Landwirtschaft kommen. Und dann müßte es eigentlich Vorbereitungen in der Agrarpolitik geben. Oder werden diese Umbrüche wieder die österreichischen Bauern unvorbereitet treffen, so wie 1995 der EU-Beitritt? Meine Frage an dich, Herr Landesrat Pörtl, wo hast du im Agrarbudget Prioritäten gesetzt, in welchem Bereich? Ich finde sie nicht. Einziges Highlight ist die Erhöhung der Ausgleichszahlungen für Betriebe in benachteiligten Gebieten. Und ich bin froh, daß durch Landesrat Ressel die Beiträge des Landes im Bereich Ziel 5 b und im Umweltprogramm um 82 Millionen Schilling erhöht wurden. (Beifall bei der SPÖ.) Und hier vielleicht an den Kollegen Riebenbauer, jawohl, er ist da. Ich glaube, wir als Bauern können uns wirklich nicht beklagen, denn gerade Finanzlandesrat Ressel hat immer ein offenes Ohr für die Probleme und für die Sorgen der Bauern gehabt. Landesrat Pörtl, dein Ressort hat zwischen dem Jahr 1997 und dem Jahr 1999 120 Millionen Schilling mehr zur Verfügung, und da frage ich mich, wohin geht die Steigerung? Was ist zum Beispiel mit den Flachsbauern, die in diese Sparte hineinberaten wurden und die jetzt im Regen stehen gelassen werden? Was ist mit den Geschichten, die du draußen erzählst, siehe Wegebau, siehe Milchzuschuß? Deine Kollegen vom Bauernbund müssen jetzt schon Anträge stellen zu Dingen, die du im Budget nicht erfüllt hast. Ich habe es schon gesagt, so wie es im Agrarbudget keine Vorbereitungen auf die unsichere Zukunft der Landwirtschaft gibt, so ist es in der gesamten Agrarpolitik. Ich muß hier den Herrn Landesrat Pörtl in Schutz nehmen, und es mag ungewöhnlich klingen, aber er tut mir wirklich leid, weil er steht nämlich völlig allein da. Seine Kollegen vom Bund kümmern sich scheinbar nicht mehr um die Bauern, obwohl die ÖVP durchgehend bis Brüssel an den Schalthebeln für die Bauern sitzt. Agrarkommissar Fischler läßt ihm zum Beispiel ausrichten, daß er für die Steiermark keine Extrawurst braten wird, und Landwirtschaftsminister Molterer ist damit beschäftigt, Beamtengehälter und ÖBB-Pensionen zu verhandeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Mann ist zum Wunderwuzzi der Nation mutiert. Ich frage mich wirklich, hätte ein Landwirtschaftsminister nicht genug damit zu tun, eine vorausschauende Agrarpolitik für unsere Bauern zu machen? (Beifall bei der SPÖ.) Wäre es für unsere Bauern vielleicht nicht besser, wenn wir einen Landwirtschaftsminister hätten, der sich auf seine eigentliche Arbeit konzentrieren würde? Jetzt weiß ich schon, daß mir die ÖVP erzählen wird, Sozialpartnerschaft und so weiter. Denken Sie aber bitte einmal an den Aufschrei im Bauernbund. Wenn ÖBB-Generaldirektor Draxler wochenlang darüber verhandeln würde, wieviel Förderungen die Landwirtschaft bekommen darf, oder wenn der Gewerkschafter Haberzettl die Höhe der Bauernpensionen festlegen würde, oder, noch greifbarer, wenn mein Kollege Gennaro heute hier Hauptredner beim Agrarbudget wäre. (Beifall bei der SPÖ.) Den Aufschrei bei

der ÖVP stelle ich mir jetzt vor. Überhaupt bin ich ein bißchen schockiert, denn gerade ihr, die ihr schon länger als ich im Landtag seid, könnt euch sicher noch erinnern, wie voll der Saal immer bei der Landwirtschaftsdebatte war. Kein einziger Platz bei der ÖVP war leer, auch die Ränge hinten waren gefüllt mit Bauern. Ich glaube, die Bauern haben nicht mehr den Stellenwert in der ÖVP, den sie einst hatten. Ich glaube, die acht Agrar-Landesräte Österreichs, und es gibt ja nur mehr acht, denn Oberösterreich hat keinen mehr, wären gut beraten, wenn sie den Landwirtschaftsminister wieder an den Bauertisch zurückholen würden, oder wir schaffen das Landwirtschaftsministerium gleich ab. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei aller Bescheidenheit, wir SPÖ-Bauern waren und sind immer die Vordenker in der Agrarpolitik gewesen. Es wäre vielleicht besser, wenn die ÖVP manchmal auf uns hören würde. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe in der „Kleinen Zeitung“ vom Sonntag auf der zweiten Seite einen Bericht von Herrn Kübeck gelesen, und dem Herrn Kübeck kann man ja beim besten Willen keine SPÖ-Lastigkeit vorwerfen, und er schreibt, daß ein deutscher Bauernbundfunktionär bei einer Tagung der steirischen Landwirtschaftsmeister Kritik an der österreichischen Landwirtschaftskammer übte, weil er sich gegen die Obergrenzen bei Agrarförderungen ausgesprochen hat, und er sagt: „Wer denn soll sich in der EU für die Interessen der kleinstrukturierten Landwirtschaft einsetzen, wenn nicht Österreich“. Die Landwirtschaftsmeister haben diesen Mann eingeladen, weil sie etwas lernen wollten. Ich brauche niemanden, und schon gar niemanden aus Deutschland, der mir bestätigt, daß unsere Vorschläge gut sind. Aber, sehr geehrter Herr Landesrat Pörtl und sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht denken Sie öfter über unsere Vorschläge nach, und nehmen Sie diese auch an, bevor Sie sich jemand aus Deutschland holen. (Beifall bei der SPÖ.) Wir SPÖ-Bauern geben nicht auf, und wir werden auch heute wieder versuchen, die Lage der kleinstrukturierten Landwirtschaft in der Steiermark zu verbessern. Ich stelle daher den Beschlußantrag. Beschlußantrag der Abgeordneten Kaufmann, Ing. Peinhaupt, Huber, Dipl.-Ing. Getzinger und Günther Prutsch, betreffend die land- und forstwirtschaftliche Förderung von Kleinbetrieben. Die landwirtschaftliche Förderung in Österreich wird zu Recht von den Fachleuten als zu wenig treffsicher kritisiert. In Reaktion darauf und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Erfordernisse wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, jene bäuerlichen Betriebe, die kleiner als 30 Hektar LN sind, unter Wahrung der Budgetneutralität stärker zu fördern. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 18.17 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Peinhaupt (18.18 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bevor ich mich hier von diesem Rednerpult mit den Problemen der Landwirtschaft auseinandersetze, möchte ich ganz persönlich hier in diesem Hause

sagen, daß es passiert ist, daß ich in einer meiner letzten Wortmeldungen einen Kollegen in diesem Hause zutiefst getroffen habe, und zwar persönlich getroffen habe. Ich möchte mich hier von dieser Stelle aus für dieses Verhalten, das nicht beabsichtigt war, entschuldigen. Lieber Kurt, ich bitte dich um Entschuldigung. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun zur Landwirtschaft: Ich habe mir viele Gedanken gemacht, um Leben in diese Debatte hineinzubringen, aber vor allem auch Inhalte. Wenn die Länge meiner Rede von den Inhalten der derzeit praktizierten Agrarpolitik bestimmt sein sollte, dann müßte ich gleich diesmal nicht tschüß Helga, sondern tschüß Erich sagen, und mich wieder niedersetzen. Doch so leicht will ich es mir nicht machen. Ich habe auch sehr genau die sehr bemerkenswerte Wortmeldung des Franz Riebenbauer beobachtet. Er hat die Wertschätzung der Landwirtschaft auch hier von diesem Pult aus eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht. In den Reihen der ÖVP gibt es acht Mandatäre, die gleich reagiert haben, wie Sie, Frau Doktor Karisch, gestern bestätigt haben, daß Ihre Kollegen in den Abgeordnetenbänken etwas Besseres zu tun haben, als Ihnen selbst zuzuhören. Wenn es um die landwirtschaftliche Problematik geht, dann muß man doch wirklich sagen, es ist ein Kampf ÖVP gegen ÖVP, was auch Franz Riebenbauer bestätigt hat. Er hat hier heraußen gemeint, daß wir es den Molkereien jetzt endlich einmal zeigen werden, wo es lang geht, und auch dem Wirtschaftsminister wird man es zeigen mit der Gewerbeordnung, denn die bäuerliche Landwirtschaft in ihrem unermüdlichen Bestreben einer bäuerlichen Flächendeckung läuft dem Gewerbe beziehungsweise der Wirtschaft schön langsam den Rang ab. In dem Zusammenhang hat Franz Riebenauer auch davon gesprochen, wie das so ist beim Schachspielen, wenn ein Bauer um den anderen weniger wird. Ich frage dich, lieber Franz, wer spielt denn das Schachspiel? Es wird ja nur von der ÖVP gespielt, im Land, in der Kammer, in der Präsidentenkonferenz, AMA, Ministerium, Brüssel. Wollt ihr selbst eure Bauern zum Sturz bringen und damit das Schachmatt über die Landwirtschaft setzen? Monika Kaufmann hat etwas sehr Richtiges gesagt: Wenn man bei der landwirtschaftlichen Entwicklung der Steiermark ist, so kann man feststellen, daß es täglich weniger Betriebe werden, und die Alarmglocken läuten. Dazu kommt natürlich noch das Generationenproblem, das wir noch nicht einmal andiskutiert haben in diesem Raum. Und die Bauern werden leise sterben. Es wird keinen Aufschrei geben, nicht so wie bei Semperit, Sonderlandtage, Sondersitzungen oder da in der Steiermark bei Herrn Assmann. Das wird es beim Bauern nicht geben. Und der Franz Riebenbauer hat selber gesagt, was für eine Wertschöpfung die Landwirtschaft hat, auch auf die Wirtschaft, vor allem aber auch die Volkswirtschaft und die Volkskultur, die – so glaube ich – in keiner meßbaren Relation an sich ausdrücken läßt. Wo führt denn der Weg der derzeit praktizierten Agrarpolitik hin? Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß 80 Prozent der steirischen Betriebe unter 20 Hektar sind. Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß über die Fläche gefördert wird. Wir gehen weiters von der Voraussetzung aus, daß 70 Prozent der Betriebe sich im Nebenerwerb befinden. Wir gehen weiters von der Voraussetzung aus, daß über 70 Prozent der Betriebs-

führer über 50 Jahre alt sind. Und was machen wir? Wir gehen her – nicht wir –, ihr geht her und liefert die Verantwortung über die Landwirtschaft, die immer Landessache war, damit auch begründet, daß ich als einziger Freiheitlicher für bundeseinheitliche Tierchutzgesetze gestimmt habe, immer Landessache war, ihr geht jetzt her und lagert die Verantwortung an Dritte aus, nach Brüssel aus. Der Herr Fischler, der euch ausrichten läßt, daß ihr eure Hausaufgaben nicht erledigt habt, und macht den Bauern förderungsabhängig. Ich habe es zuerst selbst nicht begreifen wollen, denn das Selbstverständnis des Bauernstandes geht damit verloren, indem man ihm die Wertigkeit gibt, über seine Arbeit leben zu dürfen. Er muß sich anstellen, damit er Förderungen kriegt, und ohne Förderungen geht es nicht mehr, denn der Grüne Bericht 1996 sagt, daß im Schnitt 71 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens aus den öffentlichen Haushalten kommt. Nur, wie schaut es denn, wieder auf die ÖVP-Verantwortung hinweisend, mit den budgetären Maßnahmen des Bundes aus? Ich kann mich erinnern, daß wir im 94er Jahr 5,4 Prozent des Bundesbudgets Anteil am Landwirtschaftsbudget gehabt haben. Ich weiß aber auch, daß wir im Jahr 1998 am Gesamtbudget des Bundes nur mehr 3,4 Prozent haben. Das heißt, der Förderungsrahmen wird billiger. Und jetzt stelle ich eingehend in diesem Raum schon die Frage, will man die Anzahl der Bauern nach der Höhe der Förderung bemessen? Wenn man das will, dann sollen auch jene, die so schmeichelnd über die Landwirtschaft und lobhuldigend hinwegfahren, sollen auch jene ein ehrliches Bekenntnis dazu abgeben. Denn ich glaube, es ist diesmal kein Vertrösten gefragt, sondern es sind ehrliche Antworten gefragt. (Beifall bei der FPÖ.) Aber, meine Damen und Herren von der ÖVP, ich komme nicht umhin, Ihnen den Spiegel noch einmal vorzuhalten, denn Sie selbst nehmen zu Unrecht das Wort Hans Kudlich in den Mund. Hans Kudlich war ein Bauernbefreier. Ich wage nicht weiter auszuführen, was das Gegenteil davon ist. Die einzigen Möglichkeiten, für die Landwirtschaft abseits der EU-Abhängigkeit noch etwas zu tun, ist der soziale Bereich. Wie schaut es denn aus mit dem sozialen Bereich? Wir haben doch, drei Jahre war es jetzt schon her, bei der Pensionsbemessung die Einheitswertgrenze von 33.000 auf 20.000 Schilling herabgesetzt, um 278 Millionen Schilling über Nacht einzustecken. Man ist weiter hergegangen, ein Jahr darauf, hat einfach den Prozentsatz der Beitragsleistungen um ein Prozent erhöht. Mit einem Schlag waren wieder die geforderten 250 Millionen Schilling da, nur das Verachtenswürdige an dieser Vorgangsweise, meine Damen und Herren, ist ja das, abgesehen davon, daß in der steirischen Sozialversicherung 16.000 Aktiven 29.000 Pensionisten gegenüberstehen, daß Sie zugestimmt haben, daß der Bauernstand als einziger Berufsstand nachweislich weniger verdient und mehr bezahlen muß. Und wie das aussieht, wissen wir. Nach dem Grünen Bericht 7 Prozent weniger Einkommen, aber die Beitragsgrundlage, wovon man die Bauern ja nicht informiert hat, hat man um 4,3 Prozent mehr angehoben. Und munter geht es weiter im Jahre 1998. (Abg. Riebenbauer: „Die 20 Prozent sagen Sie nicht!“) Lieber Franz, jetzt sage ich dir etwas mit diesen 20 Prozent: 21. Mai 1996, was war denn mit dem Antrag der Freiheitlichen Partei hinsichtlich der

Selbstbehaltsregelung? Wie habt Ihr da gestimmt im Ausschuß? Wenn die Monika Kaufmann nicht hergeht und sagt, paßt auf, das Thema ist es wert, daß wir darüber nachdenken, dies machen wir in Parteienverhandlungen, die nie stattgefunden haben, gleich wenig wie die zur Hundeverordnung, lieber Herr Landesrat, jetzt hat es dir halt der Verfassungsgerichtshof ausrichten müssen. Wir hätten es auch innerbetrieblich klären können, nur reparieren tun wir nicht. Es muß halt vorher etwas passieren. Und ich wünsche mir nicht, daß das, was passieren muß oder passieren wird, auch bei den Bauern passiert. (Landesrat Pörtl: „Bin sehr froh!“) Lieber Landesrat, jetzt gehen wir aber gleich weiter. Ich wünsche mir so vieles nicht, was im Augenblick geschieht. Und zwar das Verhalten der ÖVP jetzt bei den Wegebauförderungsmitteln. Franz Riebenbauer steht heraußen, wir brauchen das Geld. Hat uns allen erklärt, wie wichtig es ist, nicht nur für den Bauern, auch für den Tourismus, auch für die Wirtschaft, selbstverständlich auch für die Pendler, ist ja ganz klar. Wir sind auch der Überzeugung, daß es notwendig ist. Aber wenn – und da komme ich zu Ihnen, Frau Dr. Karisch, dann nehmen wir das Recht der Budgethoheit doch auch in Anspruch, oder haben auch Sie Angst vor der Verantwortung? Dann beschließen wir es hier und heute, daß diese 50 Millionen Schilling gebraucht werden. Ich sage es den Reihen da hinten, schade, daß keine Bauern da sind. Ich bin gespannt, wie die ÖVP bei der Abstimmung des ersten Punktes der Abstimmungsliste sich dann auch wirklich verhalten wird.

Das Zweite, meine Damen und Herren, ein Lob an den Erich Pörtl, ich bin froh, daß es gelungen ist, den Flachsauern die erforderliche Unterstützung letztendlich doch zu geben. Und es hat doch wieder bewiesen, daß ein gewisses Maß nicht an Sturheit, sondern an Beharrlichkeit, es möglich gemacht hat, einer guten Sache zu ihrem Recht zu verhelfen. (Beifall bei der FPÖ.) Aber wenn man heute hergeht und sagt, lieber Herr Landesrat, bitte schau, daß du das und das bewerkstelligen könntest, weil wir wissen ja, wo es dem Bauern draußen drückt, dann geht man ganz einfach her, bekommt zweimal von der Regierung ein Schreiben in die Hand, der Bund sagt nein, und die EU sagt erst recht nein. Wißt ihr, wie das Problem die Vorarlberger gelöst haben, mein Kollege, euer Parteifreund, Erich Schwärzler? Die haben ein Modell erfunden, das auch von euch genehmigt wurde, um sogar die Degression der Förderung abzufedern, die Degression abzufedern, die alle Jahre weniger ist. Wo Monika Kaufmann gesagt hat, wir werden sehen, was 1999 passiert, weil es wird ja alleweil weniger werden. Und der Franz Riebenbauer hat gesagt, wir müssen uns was anderes einfallen lassen, andere Förderungsmodelle. Mit dem können wir nicht mehr leben. Die haben es geschafft. Und der Appell, lieber Erich, der gilt auch dir, daß du in Zukunft schau, dich nicht der Verantwortungslosigkeit der Brüsseler Bürokratie auszuliefern, sondern viel mehr dich für die Eigenständigkeit der steirischen Bauern einzusetzen. (Beifall bei der FPÖ.) Mit einem riesen Erstaunen, meine Damen und Herren, habe ich festgestellt, daß die Molkereien ein Schreiben der Landesregierung erhalten haben, daß die erste Tranche des Transportkostenzuschusses letztmalig gewährt wird, die erste Tranche, das erste Halbjahr. Ich kann mich erinnern, daß wir herinnen

einen Dreiparteiantrag beschlossen haben, der die Sicherstellung des Transportkostenzuschusses über das gesamte Wirtschaftsjahr 1997 vorsieht. Und dieses fordere ich hier in Form eines Beschlusantrages, mit vollem Recht – so wie ich meine – Recht für die steirischen Milchbauern, die ohnedies, meine Damen und Herren, auf Grund der Tatsache, daß bereits die Milch-anlieferung um 3 Prozent über der nationalen Quote liegt, auf Grund der Marktordnungsverhältnisse enorm bestraft sind.

Deshalb erlaube ich mir, folgenden Beschlusantrag einzubringen, betreffend den Transportkostenzuschuß bei Milch.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend jene Maßnahmen zu ergreifen, damit die zweite Tranche für den Transportkostenzuschuß für Milch in Höhe von 15 Millionen Schilling für das Jahr 1997 unverzüglich freigegeben werden kann. Die Bedeckung dieser Mittel ist nach Möglichkeit im Rahmen des vorhandenen Budgets sicherzustellen.

Ich hoffe, daß dieser Antrag Ihre Zustimmung finden wird, im Rahmen der Möglichkeiten, lieber Erich, du darfst nicht lachen. Es gibt genügend Möglichkeiten. Auch die Monika Kaufmann hat schon gesagt, die benachteiligten Gebiete sind so budgetiert, wie sie auch nicht ausgelastet werden können. Wenn heute Erich Pörtl in der Früh zu den frischen, saftigen steirischen Äpfeln einen Zettel dazugelegt hat, „Guten Appetit wünschen Erich Pörtl und seine steirischen Bauern“, dann wünsche ich gute Nacht Erich Pörtl, und ich hoffe aber ohne steirische Bauern. (Abg. Tasch: „Mit Schaum vor dem Mund spricht man nicht!“ – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das gilt auch für Zwischenrufe, Herr Kollege Tasch!“ – Beifall bei der FPÖ. – 18.32 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Alfred Prutsch (18.32 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In der üblichen Form hat der Agrarsprecher der Freiheitlichen Partei sein Intermezzo hier abgeführt, wie wir es eigentlich gewöhnt sind. Ich muß dazu sagen, so ein Pessimist bin ich nicht, daß es in Zukunft keine Bauern geben würde, weil schon jetzt von den Bauern selbst sehr viel getan wird, daß sie wirklich in dieser nicht leichten Zeit überleben können. Aber auch die öffentliche Hand leistet dazu ihren Beitrag. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Verwendung des landwirtschaftlichen Budgets!“) Ich erinnere mich an die Pressestunde von deinem Parteiführer Haider im Jahr 1995 (Abg. Ing. Peinhaupt: „Obmann!“), Entschuldigung, Obmann, als er gemeint hatte, wenn er die Möglichkeit hätte, einmal zu bestimmen und zu regieren, würde er verlangen, daß man die derzeitigen Subventionen um 50 Prozent streicht. Das tut niemandem weh. Ich glaube, diese Aussage muß man immer wieder ins Spiel bringen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Dann weißt du, wieviel 50 Prozent sind!“) Wenn du an das

Rednerpult gehst und alles mies machst, was eigentlich bis dato geschehen ist, dann finde ich das nicht in Ordnung. Zur Reform der Pensionsversicherung: Natürlich gibt es in vielen Punkten Abstriche, aber in der Gesamtschau ist diese neue Pensionsregelung sicherlich auch kein Nachteil für unsere Bauern. Ich wollte aber meine Wortmeldung zu einem ganz anderen Thema machen. Ich möchte daher versuchen, ein paar Dinge aus meiner Sicht in dieser Gruppe anzuschneiden. Der Maisbau in unseren steirischen Ackerbauregionen hat gerade in diesem Jahr, bedingt durch die günstige Wetterlage, gezeigt, daß diese Frucht höchste Erträge bringen kann, im Durchschnitt pro Hektar um 20 Prozent mehr Ertrag: Daß Mais und Getreide die Futtergrundlage in der Veredlungswirtschaft ist, das wissen wir alle. Es ist trotzdem ein Überschuß vorhanden. Hier wurde auch versucht, mit Stützungsgeldern ein Interventionslager einzurichten. Was aber ganz wichtig für unser Maisbaugebiet wäre, daß ein Verarbeitungsbetrieb dort hinkommen könnte oder sich ansiedeln würde. Es gibt jetzt einen Interessenten, der sehr genau geprüft werden muß, wie ernst man ihn nehmen kann, der 60.000 Tonnen Mais zu Ascorbinsäure, sprich Zitronen, Vitamin C oder Sorbit, verarbeiten könnte, welche in der Nahrungsmittelindustrie dann Verwendung findet. Das, was ich jetzt sage, ist meine persönliche Meinung und muß auch in keiner Weise die Meinung von Fachleuten sein. Die Maispflanze hat im Jahr 1996 großes Aufsehen erregt, als der Versuch einer Saatgutvermehrungsfirma unternommen wurde, in der Steiermark auf mehreren Flächen einen Freisetzungversuch zu starten. Der Steiermärkische Landtag hat zu diesem Thema eindeutig und klar Stellung bezogen und einen solchen Versuch als nicht notwendig abgelehnt. Vor einigen Tagen wurden Briefe an die Landwirte im Maisbaugebiet verschickt, worin wieder vier renommierte Maisgutvermehrungsfirmen anfragen, ob sie bereit wären, Flächen für Versuche bereitzustellen. Auch bei mir zu Hause ist ein solcher Brief eingeflatert, dessen Inhalt ich einzig und allein als Provokation der so sensiblen und oft so emotional geführten Gentechnikdiskussion ansehe. Gott sei Dank hat die Landwirtschaftskammer sofort dazu Stellung genommen und in einer Aussendung die Bauern aufgefordert, keine Flächen für dieses Vorhaben bereitzustellen. Es ist nicht notwendig, mit Gentechnik in die Züchtung einzugreifen, da ohnehin die gängigen Maissorten, die wir jetzt haben, und wie das heurige Jahr gezeigt hat, sehr hohe Erträge bringen konnten. Die Maispflanze ist natürlich eine Hackfrucht und kann durch mehrmaliges Hacken von Unkraut freigemacht werden, so daß die chemische Unkrautbekämpfung ganz minimal sein kann und auch schon mit umweltfreundlichen Mitteln passieren kann. Meiner Meinung nach brauchen wir daher keine Maissorten, welche gegen verschiedene Einflüsse resistent sein müssen. Das waren ein paar kurze Bemerkungen zum Mais. Nun noch ein paar Worte zum steirischen Ölkürbis: Der Anbau des steirischen Ölkürbis hat gerade in den letzten Jahren an enormer Bedeutung gewonnen und bringt für die Landwirtschaft auch eine hohe Wertschöpfung. Der Konsument weiß das echte Kürbiskernöl zu schätzen, und es entwickeln sich bereits Regionen, die sich rund um den Ölkürbis auch touristische Märkte für die Zukunft erschließen möchten. Das

heurige Jahr hat aber gezeigt, daß eine Viruserkrankung beim Kürbis enorme Ertragseinbußen gebracht hat und so der Ölkürbisanbau in der Zukunft sehr gefährdet sein wird. Steiermarkweit ist für die Bauern ein Schaden von 200 Millionen Schilling entstanden. Zur Aufklärung: Es hat keine Entschädigung dafür gegeben, wie das des öfteren auch angeklungen ist. Dieser Virus kann jedoch nicht chemisch bekämpft werden, sondern man wird dieser Erkrankung des steirischen Ölkürbis nur über die Züchtung entgegen treten können. Ich glaube, daran wird bereits gearbeitet. Ich als praktizierender Landwirt glaube, daß ein Erfolg für den Ölkürbis nur über den Züchtungsversuch gegeben ist, und Gentechnik wäre eine eventuelle Möglichkeit zur Bekämpfung dieser ertragsmindernden Viruserkrankung. Das heißt für mich, geschätzte Damen und Herren, daß „Segen und Fluch“ gerade in dieser komplizierten Materie der Gentechnologie, wohl gemerkt spreche ich von pflanzlichen Bereichen, und nicht vom Bereich der Tiere und Menschen, nahe beinander liegen können. Es stellt sich für mich daher auch die Frage, wie der biologische Landbau mit dieser sensiblen Materie zurecht kommen wird. Für unsere 15.000 biologischen Betriebe in Österreich, davon entfallen rund 3300 auf die Steiermark, sind auch die Richtlinien für eine Produktion sehr streng, jedoch bringen sie dadurch beste Qualitätsprodukte auf dem Markt. Es wird aber gar nicht so leicht sein, auch in der Zukunft für unsere Biobauern diesem neu entwickelten Gentechnikpockerl entsprechen zu können, weil gerade in der Käseproduktion das sehr schwierig sein wird. Ich komme schon zum Schluß: Schlußendlich wird die Entscheidung der bäuerlichen Betriebsführer ausschlaggebend sein, ob Österreich in Zukunft gentechnikfrei oder veränderte Produkte erzeugt. Dieser neuen Problematik ist mit besonders großer Vorsicht und einer gewissen Sensibilität entgegenzutreten, jedoch ist Österreich als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft einem Druck ausgesetzt, und deren Verordnung – was die Gentechnik betrifft – einem gewissen Zwang unterlegen. Auch diese Begebenheit könnte die Entscheidung stark beeinflussen. In der Zukunft darf sich das aber keinesfalls so entwickeln, daß sich profitgierige Lobbys diese Technik zunutze machen und sogar die Grenzen der göttlichen Schöpfung aus reinem Machtdenken überschreiten. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.40 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile es ihm.

**Abg. Huber (18.41 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Riebenbauer hat gesagt, er will über die Zukunft der Landwirtschaft sprechen. Du hast sehr genau die Probleme aufgezählt, die es gibt, Problembereiche, Konsumverhalten und so weiter. Zukunft direkt habe ich trotzdem fast keine herausgehört, und das ist zur Zeit das Problem in der Landwirtschaft. Rahmenbedingungen haben sich eigentlich gar nicht so stark geändert. Im Förderungsbereich haben wir einen Bürokratiedschungel zu bewältigen, da hast du sicher recht. Die Arbeitsplätze am Bauern-

hof müssen uns was wert sein, weil es uns nicht nur um den Arbeitsplatz geht, sondern auch um die Versorgung und um unsere Kulturlandschaft. Und wenn der Herr Kollege Prutsch die Gentechnik angesprochen hat, dann ist genau das Kapitel jetzt, der steirische Ölkürbis, die Eintrittschance für die Gentechnik, gegen die ich mich sicher verwehre. Von den Fachleuten her, wo ich nicht immer alles glaube, würde die Zucht zehn Jahre brauchen, den Virus loszuwerden im Normalverfahren, und durch die Gentechnik sollte es angeblich mit drei bis vier Jahren möglich sein. Ich baue zu Hause seit zirka 20 Jahren einige Hektar Ölkürbis an. Wir haben den Virus zwar auch, aber eigentlich nicht besonders stark. Eine gewisse Stückzahl verkrüppelte Kürbis hat man immer wieder gehabt. Wir hatten ein sehr feuchtes, kaltes Frühjahr, das war gerade beim Bewuchs, es sind bestimmte Mehltauarten und so weiter sicher früher gekommen. Ich hoffe nur, daß das Problem im nächsten Jahr bei einem normalen Witterungsverlauf nicht noch einmal auftritt. Es wäre schade, der Ölkürbis ist für die Landwirtschaft nach wie vor ein Produkt, das relativ leicht direkt zu vermarkten ist und wirklich ein Einkommen für die Bauern darstellt. Ich war vor kurzem bei einer Funktionärsschulung, zu der die Bezirkslandwirtschaftskammer eingeladen hat, und da war nach der Begrüßung ein Tagesordnungspunkt, und zwar, der Herr Direktor Riebenbauer hat dort eine Einleitung gebracht, und er hat hier von Visionen gesprochen. Er hat Zetteln und Bleistifte ausgeteilt, und es war eigentlich so ein bißchen eine Art von Mentaltraining. Ich habe das äußerst gut und positiv gefunden, nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn einmal die Funktionäre so frustriert sind und keine Chancen mehr sehen, die Stimmung war dort, wir waren nur zwei, drei von den SPÖ-Bauern, wie es ist bei den Funktionären, alle anderen vom Bauernbund natürlich, aber die haben gesagt, wir hätten schon Visionen, wir können uns Visionen vorstellen, aber wir kommen in kürzester Zeit darauf, daß es leider Illusionen sind, die uns jetzt in der Landwirtschaft erwarten. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß uns zu denken geben, wenn die Funktionäre selber keine Visionen mehr haben können und sofort an Illusionen glauben. Das, glaube ich, ist das schlechteste. Und die Art, da muß ich wirklich sagen, Herr Kollege Riebenbauer, ich glaube, es ist der Bruder, da kannst du ausrichten, es hat mir eigentlich sehr gut gefallen, und ich hoffe, daß es trotzdem ein bißchen greift. Wir haben bereits gehört, das Bauernsterben wird immer größer. Wir haben unsere Kammern in den Bezirken, die Landeskammer, wir haben die ANA, und wir haben das Landwirtschaftsministerium und dann als großen Hut darauf den Kommissär Fischler in Brüssel. Was ich wirklich nicht ganz begreife, ist die Zweigleisigkeit ANA und Landwirtschaftsministerium. Ich weiß nicht, ob es die Kollegin Kaufmann als Spaß angesprochen hat, aber da könnten wir uns wirklich überlegen, ob wir nicht irgendwo diese Dinge in einer Abteilung, in der ANA gleich das Ministerium mitverwaltet oder umgekehrt. Dies könnten wir wirklich einmal diskutieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Tasch: „Was sagst du zur Arbeiterkammer und zur Gewerkschaft, muß man das auch zusammenlegen?“) Das sind andere Vertretungskörper. Nur, Kollege Tasch, mir tut ja der Präsident Lodkovsky leid. Auf der



einen Seite ist er der Präsident von der Landeskammer und vertritt uns Bauern, und auf der anderen Seite ist er der Chef von der ANA, wo er die Bauern kontrollieren muß. Und genau diese Dinge, wenn einer ein bißchen was falsch ausfüllt oder irgendeinen Fehler macht bei seiner Bewirtschaftung, dann muß er zurückzahlen. Und das muß er auch vollziehen. Das ist für mich persönlich ein Widerspruch. Es geht anscheinend, weil man hört dort von den Bauern weniger. Aber man hört allgemein wenig von den Bauern, wie bereits erwähnt worden ist vor einigen Jahren zu dieser Debatte, wo ich auch öfters als Zuhörer da war, kein Platz im Zuschauerraum freigewesen. Und heute, so angenehm es ist, daß die zuständigen Beamten von den Abteilungen, die die Arbeit zu machen haben (Abg. Tasch: „Um diese Zeit müssen die Bauern in den Stall gehen!“), da sind und zuhören, aber die Bauern fehlen uns trotzdem, die fehlen uns, Herr Kollege Tasch.

Damit ich zum Schluß komme, das steirische Landwirtschaftskammergesetz, über das haben wir bereits diskutiert, daß es geändert gehört. Wir haben da bereits eine gewisse Zusage gehabt vom zuständigen Regierer, und da werde ich heute einen Beschlußantrag einbringen, und ich möchte auch kurz zu dem Karterl Stellung nehmen. Lieber Erich Pörtl, ich verstehe schon, du bist der zuständige Referent für unsere Bauern, aber „Erich Pörtl und seine steirischen Bauern“, ich hoffe, daß die Bauern trotzdem noch selbständig sind, und nicht fast Leibeigene oder wie auch immer. Und es werden leider immer weniger, Herr Landesrat, es sind deine Bauern, die weniger werden.

Nun zum Beschlußantrag.

Beschlußantrag der Abgeordneten Huber, Ing. Peinhaupt, Kaufmann, Schleich und Herrmann, betreffend die Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes, zuletzt geändert durch 18/1991.

Landesrat Pörtl hat den Mitgliedern des Landwirtschaftsbeirates versprochen, bis spätestens Herbst 1997 die Verhandlungen über die Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes, zuletzt geändert durch 18/1991, aufzunehmen. Diesem Versprechen ist er bis dato nicht nachgekommen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, spätestens bis Ende Februar 1998 einen Verhandlungsentwurf zur Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes (LGBI. Nr. 14/1970, zuletzt geändert durch 18/1991) vorzulegen. Danke sehr! (Beifall bei der SPÖ. – 18.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kinsky. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Kinsky (18.48 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Zunächst vier Bemerkungen zu dem, was ich vor allem aus den Worten des Kollegen Peinhaupt und der Frau Kollegin Kaufmann gehört habe.

Zum Ersten: Ich teile 100prozentig eure Sorge, was die Zukunft der Bauernschaft betrifft, in einer derzeitigen Situation, wo es sicherlich viele oder einen hohen Prozentsatz der Bauernschaft, vor allem der jungen gibt, die nicht wissen oder abschätzen können, wie ihre Zukunft aussieht. Aber zum Zweiten, ihr wißt genau so wie alle anderen, daß die Problematik, die wir heute im agrarischen Bereich haben, vor allem darin liegt, daß wir einem freien Markt ausgesetzt sind, daß wir in fast allen Sparten der Agrarproduktion mehr produzieren als vermarktbar ist und daß wir deswegen mit niedrigen – und ich sage – zu niedrigen Preisen für die Bauernschaft konfrontiert sind. Zum Dritten, ich glaube es gehört zu den schwierigsten Aufgaben derzeit, die politische Verantwortung für diese Berufsschicht in unserem Lande zu tragen. Und da lehne ich, meine geschätzten Damen und Herren, wirklich kategorisch ab, heute einem Landesrat Pörtl hier auszusprechen, als ob er nur mehr schlafen würde, wo er sich wirklich Tag für Tag für unsere Bauernschaft, im Rahmen seiner Möglichkeit versucht einzusetzen. Und ich möchte ihm und auch all denjenigen, die in der Rechtsabteilung 8 mit dem Hofrat Ressi an der Spitze für die Bauernschaft tätig sind, von dieser Stelle meinem herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Und letztlich, bei allen Problemen, die wir derzeit für die Bauern haben, helfen wir sicherlich den Bauern in kindestmöglicher Weise, wenn wir alles nur mehr so schildern, als ob der Tod schon gestern eingetreten wäre. Ich habe in meinem Bezirk – und da bin ich vollkommen bei dir, Ernstl Huber, ich verurteile jeden bäuerlichen Funktionär, der sich hinstellt und nur mehr alles zum Tode trägt, weil dann kannst du die Bauernschaft nicht aufbauen. Wir haben aber auch in unserem Bezirk Weiz so manchen jungen Bauern, und ich kenne einige, die mit großem Idealismus und mit neuen Ideen versuchen, ihr zukünftiges Leben aufzubauen. Wir sollten denen nicht ihren Idealismus durch Totsagen abgraben. Letztlich sei es mir schon auch gestattet, anzumerken, daß ein gar nicht geringer Prozentsatz des Einkommens für den steirischen Bauern aus dem Wald kommt. Ich möchte daher ein paar positive Dinge in den Raum stellen. Die Frau Abgeordnete Kaufmann hat heute im Rahmen der Umweltdebatte schon erwähnt, daß die Holzpreise gestiegen sind und derzeit ein fester Holzmarkt da ist. Ich möchte aber auch erklären, daß es hier im Inland und in der Steiermark für diese positive Marktsituation durchaus Verdienste gibt. Ich danke in diesem Zusammenhang dem Herrn Landesrat Paierl, der nach dem Autocluster als Zweites den Holzcluster kreiert hat, und zwar deswegen, weil es kein anderes Bundesland wie die Steiermark gibt, die in der Wissenschaft auf der Technischen Universität durch die Holztechnik mit Herrn Prof. Pischl an der Spitze Hervorragendes in der Forschung leistet, daß wir ganz ausgezeichnete Waldbauern in der Urproduktion haben, daß wir die größte Dichte an Sägeindustrie in ganz Österreich haben, daß wir einen hervorragenden Holzhandel auch im Export haben, aber daß es gilt, durch eine Vernetzung eine höhere Wertschöpfung dieses Holzes im Inland in Zukunft zu erreichen. Wir exportieren derzeit 65 Prozent unserer Produktion, und ich sehe es als Aufgabe, und das darf ich von dieser Stelle aus sagen, obwohl keiner von denen da ist, hier allen drei Angestellten, an der Spitze dem Geschäfts-

fürher Ing. Reitbauer von Pro-Holz-Steiermark, meinen Dank zu sagen für diese Arbeit, die sie tagtäglich für das Holz leisten – Imagepflege. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Wir müssen die Exportschiene weiter ausbauen. Aus diesen Grund fahren wir zur Olympiade nach Japan. Die Wirtschaftskammer hat das Österreich-Haus diesmal rein aus Holz gebaut, und wir nehmen unsere großen Werbeträger, die „Stoakogler“, die fünf Jahre für uns exklusiv für das Holz werben, mit. Jeder, der noch kein gutes Weihnachtsgeschenk hat, rufe Pro-Holz in der Wirtschaftskammer an, denn dort gibt es eine wunderschöne Holz-CD zu erwerben. Meine geschätzten Damen und Herren! Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß es keinen noch so großen Wirtschaftszweig in der Steiermark gibt. Der Autocluster hat derzeit 11.000 Arbeitsplätze. Wir haben auf Grund einer Studie herausbekommen, wenn wir die 40-Hektar-Waldbauern nicht dazurechnen, nicht weil sie zu klein sind, sondern weil wir nicht von vornherein annehmen, daß einer, der weniger als 40 Hektar Wald hat, davon allein lebt, wir haben nur die in der Urproduktion genommen, daß es 50.000 Arbeitsplätze in der Steiermark gibt, die mit Holz beschäftigt sind, von der Urproduktion, Sägeindustrie, Holzhandel und Papierindustrie und allen verarbeitenden Holzbranchen. Meine geschätzten Damen und Herren! Wir haben auch die Verpflichtung, für das Inland etwas zu tun. Es ist uns gelungen, in den letzten fünf Jahren den Pro-Kopf-Holzverbrauch in der Steiermark um 26 Prozent zu steigern. Wir waren vor fünf Jahren in der Europäischen Union an drittletzter Stelle des Pro-Kopf-Holzverbrauches. Nach der letzten Statistik Europas vor vier Wochen ist herausgekommen, daß wir an der Spitze stehen. Wir haben Länder, wie Finnland und Schweden, überflügelt. Dafür möchte ich allen danken, die sich dafür einsetzen. Und weil das Holz in der Steiermark so wichtig ist, sage ich, jeder der für Pro-Steiermark ist, ist auch für Pro-Holz. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.56 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dietrich (18.56 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Wertigkeit eines Berufsstandes ist maßgeblich auch vom Einkommen desselben abhängig. Diesbezüglich gerät der Bauernstand immer mehr unter Druck. Ein Beweis dafür ist, daß erstmals in der vorjährigen Armutskonferenz eine neue Gruppe als arm in Österreich bezeichnet wurde. Neben den Alleinerzieherinnen und kinderreichen Familien sind erstmals auch eine Vielzahl von Bauern als arm bezeichnet worden. Wenn den Bauern auch oftmals nachgesagt wird, daß sie eh nur jammern, dann sprechen die Fakten etwas anderes. Vielen Bauern in diesem Lande geht es wirklich schlecht. Auch Kollege Riebenbauer hat darauf hingewiesen, wie sich die Einkommensstruktur im vergangenen Jahr entwickelt hat. Prof. Schneider hat festgestellt, daß das landwirtschaftliche Einkommen, insgesamt betrachtet, um 10 Prozent geringer geworden ist, weil eben viele Arbeitskräfte aus der Land- und Forstwirtschaft abgewandert sind und

der Kuchen durch weniger geteilt werden mußte. Das Einkommen je Beschäftigten ist um 5,5 Prozent gesunken, meine Damen und Herren, gesunken. Kollege Gennaro, ich möchte gerne wissen, was Sie sagen, wenn Ihre Berufsgruppe, die sie vertreten, ein sinkendes Einkommen hinnehmen müßte. Ich glaube, Sie würden aufschreien, und Sie würden massiv darauf hinweisen, daß es so nicht weitergehen kann. (Beifall bei der FPÖ.) Die Preisschere hat sich also wieder einmal zu Lasten der Bauern geöffnet. Die Preise im Vorjahr bei Holz sind um 10,5 Prozent gesunken, die Rinderpreise sind ebenfalls um 12 Prozent gesunken. Im EU-Vergleich ist Österreich an letzter Stelle. Da braucht es einen wohl nicht zu wundern, wenn rund ein Drittel unserer Höfe keinen Übernehmer mehr hat, weil die jungen Menschen einfach nicht bereit sind, zu diesen Bedingungen, wie sie jetzt zur Zeit herrschen, den bäuerlichen Hof zu übernehmen, vielleicht noch auf die alten Menschen zu schauen, ein Ausgedingte zu leisten, wo sie doch in einer anderen Berufsgruppe viel bessere Bedingungen vorfinden würden. Was noch dazukommt, ist, daß mit dem geringen Einkommen auch das Image der Bauern sinkt. Das Image ist so weit gesunken, daß wir praktisch zu Subventionsempfängern degradiert wurden. Das ist eigentlich sehr schade, denn die Bauern pflegen 80 Prozent der Fläche in diesem Land. Viele Menschen sind sehr froh, wenn sie dort ihre Freizeitbeschäftigung und Erholung suchen können. Sie nehmen das Eigentum des Bauern als selbstverständlich hin, und wir haben, und wir spüren es alle, Enteignungstendenzen. Was die Sozialversicherungen betrifft, da hat die FPÖ immer die Linie vertreten, daß 28 Sozialversicherungsanstalten zu viel sind. Da müßte man einmal überprüfen, ob man nicht kostengünstigere Variationen finden könnte. Mit dieser Forderung sind wir immer nur auf taube Ohren gestoßen. Was sich jetzt in der Sozialversicherung der Bauern abgespielt hat, zeigt eindeutig, daß der Weg, den die ÖVP dort über Jahrzehnte lang beschritten hat, auch nicht der beste war, denn jetzt gibt es Verhandlungen mit der Gebietskrankenkasse mit dem neumodernen Wort „Outsourcen“. Auf einmal heißt es, daß der Teil der Krankenversicherung über die Gebietskrankenkasse abgerechnet wird. Die Bauern haben also ab 1. Juli 1998 einen Krankenschein und verrechnen mit der Gebietskrankenkasse. Aber warum denn, meine Herrschaften, weil es immer geheißen hat, wir verhandeln eh so gut zum Wohle der Bauern, und wir haben die optimalen Bedingungen herausgeholt. Jetzt auf einmal sagt der Obmann Donnerbauer von sich aus, es ist für uns günstiger, und die Bauern ersparen sich was, wenn wir die Tarifverhandlungen der Gebietskrankenkasse nützen, weil die haben für ihre Leute besser verhandelt. Und, Kollege Gennaro, Ihnen und Ihren Vertretern muß man da wirklich gratulieren, denn Ihnen ist das gelungen, was der Bauernschaft und den Vertretern der Bauernschaft nicht gelungen ist.

Und, Kollege Riebenbauer, ich bin ganz bei dir, wenn du sagst, es ist bedauerlich, daß die bäuerliche, familiäre Landwirtschaft in diesem Land zugrunde zu gehen scheint. Aber was macht denn dein EU-Kommissär Fischler? Mit der „Agenda 2000“ hat er das Sterbeprogramm für die bäuerlichen Betriebe beschlossen. (Abg. Riebenbauer: „Beschlossen ist noch gar nichts!“ – Abg. Mag. Bleckmann zu Abg. Rieben-

bauer: „Aber ihr seids dafür!“) Beschlossen nicht, aber er drückt euch das auf das Auge, wie er alles macht. Ihr schreit zwar herunter, aber das ist zu wenig. Ihr müßt einmal Kontakt aufnehmen mit eurem ÖVP-Fraktionskollegen und ihn daran erinnern, wo seine Wurzeln sind, als Österreicher, als Tiroler. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es einen Tiroler Bergbauern gibt, dem es möglich sein wird, zu Weltmarktpreisen zu produzieren. Ich glaube, du gibst mir recht, so wie Schwarzböck von der PREKO, der auch sagt, die „Agenda 2000“ ist der Untergang für die bäuerlichen Betriebe.

Geschätzte Kollegen! Kollege Majcen hat in seiner Budgetrede gesagt, die 57.000 steirischen Betriebe haben unsere ungeteilte Solidarität. Meine Damen und Herren, Solidarität ist zu wenig, was sie brauchen ist massive Unterstützung und Taten. (Beifall bei der FPÖ. - 19.04 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gennaro (19.04 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich trete als Salonbauer jetzt auf! Warum ich mich zu Wort gemeldet habe, erstens möchte ich mich bei dir, Kollege Peinhaupt, wirklich bedanken, und ich habe dir draußen schon gesagt, daß ich persönlich deine Entschuldigung zur Kenntnis genommen habe. Ich stehe nicht an, zu sagen, daß ich nicht gerechnet habe, daß du das auch in diesem Hohen Hause tun wirst. Ich glaube, du hast damit persönlich als Person Größe und Stärke bewiesen, und ich nehme das zur Kenntnis. Und vielleicht ist es Anlaß, daß wir oft nachdenken, bevor man sich in der Wortwahl vergreift. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, ich habe mir schon gedacht, die Zwischenrufe werden natürlich kommen, was ich mit der Landwirtschaft zu tun habe, ich habe nur einen kleinen Schrebergarten, auch biologischer Bauer, weil mein Salat wird biologisch, meine Erdäpfel, das wird alles biologisch angebaut. Es kommt wohl der gleiche Regen von oben herab, aber ich verkaufe es als biologisch. Aber manche sind da besser, ich weiß nicht, die schützen das ab. Spaß beiseite! Ich sage das deshalb, weil ich gerade überall in den Betrieben versuche zu vermitteln zwischen den Dienstnehmern und den Nebenerwerbsbauern, daß niemand herangehen und daran denken sollte, einen Keil zwischen Arbeitnehmer und den kleinen Bauern hineinzutreiben. Es ist bereits gesagt worden, 75 Prozent der Bauern sind Nebenerwerbsbauern. Die haben sich in der Industrie oder im Gewerbe einen Arbeitsplatz suchen müssen, damit sie ihre Lebensexistenz bestreiten können, damit sie ihre Familien erhalten und ernähren können. Und in vielen Gesprächen - weil immer die Kollegen von der ÖVP so groß reden, die Bauernvertreter - in den Betrieben wird mir eigentlich bewußt, und ich habe nicht gerechnet, daß ich von den Freiheitlichen so ein Kompliment bekomme, daß wir dort merken, daß die Leute sehr unzufrieden sind mit ihrer Interessensvertretung. Würden mir als Gewerkschafter so handeln und die Interessen so ver-

treten, würden sie uns - ich sage das brutal und steirisch - mit dem nassen Fetzen jagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Betrieb wählen sie sogar die Sozialdemokraten und die Betriebsräte, weil sie wissen, daß sie für ihre Interessen eintreten.

Meine Damen und Herren! Für mich sind die Bauern - und es kommt wirklich vom Inneren heraus - ein Grundelement, weil die für unseren täglichen Nahrungsmittelbedarf produzieren, aber auch in der Landschaftspflege. Und wenn ich mir die Situation anschau, ich bin alle Jahre auf Urlaub in Osttirol bei den Bergbauern, unter welcher schwierigen Bedingungen die ihre Arbeit verrichten müssen. Und wenn ich dann schaue, daß Gott sei Dank die Bergbauern, durch die EU, da kann man Meinungen haben, wie man will, da bin ich mit meiner lieben Kollegin Monika Kaufmann auch nicht immer einer Meinung gewesen, aber die haben Gott sei Dank ein bißchen profitiert, weil für die Landschaftspflege etwas anerkannt wurde. Aber diese Bauern sind für mich ein wichtiger Faktor. Und wenn die Arbeitnehmer verdienen, die Bauern produzieren, dann funktioniert dieser Austausch. Die Bauernfunktionäre müßten eigentlich auch mit der Wirtschaftskammer eine Diskussion führen und vielleicht einmal, weil wir es schon diskutiert haben, für die Bauern eintreten, daß die sogenannte Selbstvermarktung und der Abhofverkauf möglich wird, von dem ich persönlich viel halte, weil ich kaufe auch lieber vom Hof weg, denn da bin ich mir sicher, daß ich frische und gute Sachen bekomme, weil ich nicht immer weiß, von wo das Fleisch herkommt. Jetzt muß ja schon jedesmal zittern, wenn du ein Rindfleisch kaufst. Darum schaue ich immer, weil es oben steht, steirisch, ich glaube und hoffe, daß es so ist. Nicht daß ich Angst habe vor dem Rinderwahn, aber weil wir unsere Leute dementsprechend unterstützen sollten. Auch unter Einhaltung - und das sage ich schon -, daß gewisse Vorschriften gemacht werden müssen. Aber die Wirtschaftskammer tut nichts anderes, und ihr nehmt das zur Kenntnis. Die schreien auf, und die sehen in dem Bauern einen Konkurrenten, und somit ist die Sache erledigt, und es wird den Bauern das Leben schwer gemacht. Weil man könnte den Bauern mit dieser Erleichterung oder mit dieser Basis, daß sie ab Hof verkaufen können, vielleicht oft ein bißchen eine leichtere finanzielle Existenz bereiten. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Ich habe als Gewerkschafter mir auch gedacht, was die Monika Kaufmann gesagt hat. Ich habe mir auch gedacht und mich sehr gewundert, weil ich war selber mitinvolviert in die Verhandlungen der Pensionsreform, was eigentlich der Landwirtschaftsminister bei dieser Pensionsreform soll. Ich sage „Schuster, bleib bei deinen Leisten“. Man soll die Betroffenen für Betroffene verhandeln lassen. Ich will das jetzt nicht werten, daß natürlich für die Bauern auch Probleme herausgekommen sind, ist schon klar. Aber eines steht schon fest, da wären auch wieder die Funktionäre aufgerufen. Wenn ich mir das anschau aus der Sicht des ASVG, welche Unterschiede oder welche Ungerechtigkeiten es bei den Bauern in der Beitragszahlung für die Sozialversicherung gibt, dann kann ich euch nur aufrufen, liebe Freunde, tut was, damit die Kleinen einmal entlastet werden und die, die es sich leisten können, ein bißchen mehr zahlen. (Abg. Dr. Wabl: „Du kennst dich nicht aus!“)

Und als Letztes möchte ich nur sagen, ich habe mir als Gewerkschafter meine Gedanken gemacht, weil ich sage, Demonstrationen sind in Ordnung. Wir demonstrieren auch, nur mit einem Unterschied. Ich habe das genau verfolgt. Wenn wir auf die Straße als Gewerkschafter gehen, dann ist das unser letztes Kampfmittel, aber da muß mir bewußt sein, wenn ich wieder zurückkomme, muß ich was erreicht haben. Aber wenn ich mir die Demonstrationen anschau, die die Bauern gemacht haben, daß zuerst die größeren mit dem Mercedes hingefahren sind, weil die haben ja Zeit gehabt, dann sind sie auf den Traktor umgestiegen und sind nach Wien hineingefahren in die Stadt, und man hat sie noch unter falschen Voraussetzungen zum Protest aufgerufen.

Da habe ich mir gedacht, für was gehen die überhaupt streiken. Dann hat man ihnen gesagt, weil euch die Förderungen weggenommen werden soll. Und in Wirklichkeit wäre es aber darum gegangen, um den Ausgleich zu schaffen. Das, was die Monika Kaufmann und der Kollege Huber immer sagen, daß man den kleinen Bauern mehr gibt und den großen weniger, das war der Sinn, aber das habt ihr damit verwirkt. Danke. (Beifall bei der SPÖ. - 19.10 Uhr.)

**Präsident:** Es hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (19.10 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich brüste mich nicht, ein Biobauer zu sein, denn davon bin ich wirklich weit weg, so wie das der Kollege Gennaro macht, der offensichtlich nebenberuflich ein Biobauer geworden ist, weil er einen kleinen Schrebergarten hat. Ich bilde mir aber ein, daß ich im Laufe meiner politischen Tätigkeit dazugelernt habe. Ich bin natürlich auch geprägt, weil ich stamme von Großeltern ab, die aus der Landwirtschaft kommen, aber ich stamme auch aus der Sozialdemokratie ab. Dort war lange Zeit, und der ist auch bei dir, Kurtl, zum Ausdruck gekommen, dieser Widerspruch, obwohl ich überzeugt davon bin, und das spricht für sich, daß die Monika Kaufmann wirklich eine echte Bauernvertreterin geworden ist, daß auch die Sozialdemokraten, die lange Zeit geglaubt haben, das ist ein politisches Phänomen oder ein politischer Erfolg, wenn die Bauern weniger werden, weil dann werden die Schwarzen oder ein paar Freiheitliche weniger, und damit ist ein politischer Erfolg zu erzielen. Das hat sich umgedreht. Heute sind alle, quer durch alle Berufsschichten, quer durch alle Gesellschaftsschichten, unabhängig jetzt von der individuellen Ausgestaltung von Förderungen und so weiter, der Meinung, daß eine Gesellschaft, vor allem unsere Gesellschaft, die auf die kleinstrukturierte Landwirtschaft gebaut hat, zum Scheitern verurteilt ist, wenn diese Landwirtschaft zugrunde geht. Ich glaube, das ist eine wichtige Erkenntnis, die sich im letzten Jahrzehnt dramatisch durchgesetzt hat. Ich glaube, es gibt auch heute in der SPÖ niemanden mehr, der die Meinung hat, wenn die Bauernschaft schwächer ist, dann geht es der SPÖ besser. Wir wissen, daß damit die Nahversorgung, daß damit die Versorgung, daß damit die Landschaftspflege unseres Kulturgutes, sogar auch unsere Wertmaßstäbe, unsere Wertord-

nung in gewisser Hinsicht in Frage gestellt sind. Wer die Entwicklung verfolgt, muß feststellen, daß gerade die Frage der Großfamilie, der Betreuung, in einem größeren Rahmen von Bedeutung ist, und dort immer mehr verloren geht. Erlauben Sie mir, daß ich bei Waltraud Dietrich anschließe, weil sie das richtig ausgedrückt hat. Leider Gottes hängt das Image eines Berufsstandes davon ab, welches Einkommen er erzielt. Ich habe es hier schon mehrmals erwähnt, es hat einmal Zeiten gegeben, wo man gesagt hat, ein Liter Bier entspricht einem Liter Milch. Heute sind wir schon bei eins zu zehn. Heute bekommt der Bauer für einen Liter Milch nicht einmal mehr 5 Schilling. Daran kann man ermessen, welche Wertmaßstäbe wir als Gesellschaft an die verschiedenen Nahrungsmittel oder Lebensmittel legen. Monika Kaufmann sagt immer Lebensmittel, und das gefällt mir viel besser als Nahrungsmittel, weil Nahrungsmittel können auch gentechnisch manipulierte Sachen sein. Lebensmittel sind solche, die in der Region, die vor Ort für unsere Gesundheit und für unsere Ernährung produziert werden. Eines möchte hier auch sagen, Kurtl Gennaro, weil du hier als Gewerkschaftsvertreter etwas gesagt hast: Ich habe genug Kritik an die Bauernvertreter anzubringen. Ich glaube, ihr wißt selbst als Bauernvertreter, Kollege Riebenbauer, daß eines der größten Hindernisse für eine wirkungsvolle Bauernvertretung lange Zeit war, daß die Bauernvertreter auf der einen Seite Bauernvertreter und Kapitalistenvertreter in den Genossenschaften waren. Sie haben dann drei und vier Funktionen innegehabt, wo sie in der Früh in die Arbeitskluft des Bauern geschlüpft sind, vormittags sind sie wahrscheinlich zur Raiffeisenkasse gegangen, zu Mittag zur Genossenschaft, und am Abend waren sie Politiker. Es gibt auch Bauernfunktionäre, die heute vier Pensionsansprüche haben. Ihr wißt, und du kannst ruhig mit dem Kopf schütteln, daß das einer der Hauptgründe war, warum lange Zeit eine entsprechende Interessensvertretung der Bauern vernachlässigt worden ist. Wenn man das Ganze jetzt so weit betrachtet, daß man sagt, die Förderungen waren ein großer Fehler, und da bin ich ganz beim Gennaro Kurtl, obwohl ich das nicht immer bin, daß man die Förderung des Bauernstandes über die Produktion durchgeführt hat. Dazu muß ich sagen, daß der vielgeschmähte Minister Haiden damals der erste war, der gesagt hat, wir müssen doch die Unterschiede in den Produktionsbedingungen berücksichtigen. Das heißt, daß die Bergbauern, die natürlich ganz andere Rahmenbedingungen haben, einmal eine Sockelförderung bekommen, eine Förderung, damit sie überhaupt überleben können. Die niederösterreichischen Großbauern reden gar nicht von den Hektarerträgen, weil sie so groß sind. Diese haben natürlich eine Förderung in dem Ausmaß nicht notwendig, weil sie ohnedies, und der Gennaro Kurtl hat es hier angeschnitten, über die Masse und über die Produktion zu ihrem Ertrag gekommen sind. Diese falsche Denkweise hat lange Zeit eine große Rolle gespielt. Du hast insoweit recht, Kollege Gennaro, als du gesagt hast, wir müssen bei der Bauernpension etwas tun. Ich war deprimiert darüber, daß bei der Pensionsreform auch von der Seite der SPÖ und von der ÖVP kaum Kritik gekommen ist. Da muß einfach mehr gezahlt werden. Dazu möchte ich wirklich eines sagen, weil ich sehr froh bin, daß es doch vor ein paar Jahren, im Jahr 1970 und ein paar

Jahre dazu, gelungen ist, daß die Bäuerin eine eigene Pension hat. Man muß sich das im 20. Jahrhundert einmal vorstellen. Es hat viele lange Jahre gebraucht, daß der Kampf endlich erfolgreich war. Die Bäuerin hat noch immer keinen originären Anspruch, daß sie wenigstens die Hälfte der Pension zur eigenen Verwendung bekommt, daß sie, wenn sie einmal zum Friseur gehen will, nicht den Bauern fragen muß, daß sie, wenn sie etwas einkaufen will, was nicht unbedingt am Speisezettel des Gesamthaushaltes steht, nicht den Bauern fragen muß. Das ist erst vor ein paar Jahren gelungen. Ich selbst kenne als Richter und einer, der mit den Leuten zusammenkommt, sehr wohl die Pensionszettel von manchen Bauern und von manchen Bäuerinnen, wie auch von manchen Gewerbetreibenden. Wir werden die Gewerbetreibenden in dem Land nicht entsprechend wieder in Schuß bringen, wenn wir nicht endlich einmal sagen, die Bauernarbeit, die Arbeit in der Landwirtschaft, ist uns etwas wert, und daher sollen sie auch entsprechende Pensionen bekommen. Ich sage es dir, Kurtl Gennaro, viele, vor allem Beamte oder Angestellte, würden beleidigt sein, wenn sie für ihre 30-, 40- und 50jährige Arbeit so eine Pension bekommen würden, weil ich kenne viele Bauern, deren Pension, und Kollege Prutsch, ich glaube du wirst mir recht geben, 5000, 6000 oder 7000 Schilling ausmacht. Früher hat es noch die alte Bauernpension gegeben. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich habe als Hauptredner 15 Minuten Zeit, um zu reden, und daher werde ich das zumindest ein bißchen ausnützen, oder wir machen einen Kompromiß, ich spreche 13 Minuten, Herr Präsident. (Präsident: „Recht muß Recht bleiben. Wenn du mir gesagt hättest, Herr Abgeordneter, daß du Hauptredner bist, hätte ich es anders eingeteilt!“) Nachdem ich der einzige Redner der Grünen zu dem Thema war, ist der Schluß naheliegend gewesen, daß ich Hauptredner bin. Aber ich verzeihe dir deine Fehleinschätzung. Ich werde daher nur 13 Minuten reden, damit wir früher nach Hause kommen.

Ich würde mir wirklich wünschen, daß wir hier alle gemeinsame Anstrengungen unternehmen, daß diese Bauernpension endlich jene Höhe oder zumindest jene akzeptable Höhe erreicht, daß die Bauern und die Bäuerinnen wieder selber in den Spiegel schauen können, weil diese Höhe der Bauernpension, vor allem im unteren Bereich, ist eines Bauernstandes und einer Gesellschaft unwürdig. Ich glaube, da werdet ihr mir alle recht geben.

Ein Zweites, die bäuerliche Versorgung: Ich persönlich glaube, wir müssen hier viel radikalere Wege gehen. Und dabei tut es mir leid, daß bei der EU-Debatte immer gesagt worden ist, naja, um 1000 Schilling ist der Warenkorb billiger, und wir können eine Leberknödelsuppe aus Spanien kaufen, weil die so gut ist oder irgendwelche Paprikahendln aus Griechenland, als ob die besser seien, und das sei ein Riesenerfolg in der EU. Ich bin überzeugt davon, und hier beginnt der große Gedankenfehler in der Landwirtschaftsförderung, das hängt ja mit der „Agenda 2000“ zusammen, daß alle jene auf dem falschen Weg oder Pfad sind, die glauben, daß man Landwirtschaft gleich behandeln kann wie die Wirtschaft. Das ist ein großer Trugschluß, das ist ein großer Irrtum, und vor allem ist er deshalb ein Irrtum, weil das ist ein Unterschied, und

ich habe das hier auch schon mehrmals gesagt, ob man ein Autozubehör oder ein Auto aus Japan importiert oder ob man landwirtschaftliche Produkte an den Mann bringt. Hier geht es um globales Denken und um lokales Handeln. Hier geht es darum, daß wir möglichst, weil wir in Radkersburg daheim sind, jene Produkte aus der Landwirtschaft selber konsumieren, die in Radkersburg angepflanzt und geerntet werden, weil die sind am besten, weil sie frisch sind, weil man weiß, von welchem Bauern sie stammen. Und dieses Denken müssen wir forcieren, wobei ich nichts dagegen habe, daß innerhalb einer Region ein gewisser begrenzter Wettbewerb besteht. Und ich bin dagegen, daß wir heute im Molkereibereich, im Milchbereich, Milch aus Hannover und Milchprodukte aus Italien und Parmalat, wie das alles heißt, meistens sind sie ja schon beim Formel-I-Ring dabei und beim Formel-I-Rennen, weil sie soviel Werbung betreiben müssen. Aber wenn wir nicht hier umdenken und die Landwirtschaft gesondert behandeln, das heißt also, die besondere Herausforderung der Landwirtschaft, daß man dort die Produkte für die Nahversorgung braucht, daß wir dort uns selber helfen. Und, Gennaro Kurtl, ein Aspekt noch, du hast ihn zwar erwähnt, die Nebenerwerbslandwirte. Jedes Produkt, das wir einem heimischen Bauern abkaufen, trägt dazu bei, daß wir den heimischen Arbeitsplatz sichern, daß jeder, der dort produziert, der dort anbaut, der dort erntet, nicht eine Konkurrenz wird im Industriebereich. Und das sollten wir, es ist doch ein Wahnsinn, ihr kennt die Beispiele, daß wir heute Joghurt oder Fruchtjoghurt essen, das auf 8000 oder 10.000 Kilometer zusammengeführt worden ist. Die Marmelade aus Italien, die Milch aus Norddeutschland, während die Bäuerin aus Laafeld oder wo immer sie herkommt, aus Leibnitz oder Untertorcha, wo immer das ist, die könnte das mit Null Kilometer machen. Aber zu dem Preis, um den heute Müller-Milch oder sonst was abgegeben wird, kann sie es nicht. Und da kommt wieder eines zum Tragen, daß die Kostenwahrheit im Transport und Verkehrsbereich nicht mehr stimmt. Ich könnte noch fortsetzen, aber ich habe dem Herrn Präsidenten versprochen, ich bleibe bei 13 Minuten.

Ich komme zum Schluß und meine damit folgendes: Die arbeitsteilige Landwirtschaft, wie sie von manchen gepredigt worden ist oder noch gepredigt wird, ist für mich gestorben. Wir sollten wirklich die heimische Landwirtschaft fördern und das den Konsumenten immer wieder sagen. Wir sollten aber zweitens uns bemühen, daß wir natürlich die biologische Landwirtschaft forcieren, und da halte ich es ja fast für eine Katastrophe, daß wir in Österreich, das so viele biologische Landwirtschaften hat, daß wir das gefährden, indem wir möglicherweise Produkte von woanders kaufen. Und das Dritte, und da bin ich beim Wesentlichen, solange wir die Arbeit des Bauern nicht hoch genug einschätzen, indem wir entsprechende Preise zahlen, indem sich die Gesellschaft auch nicht eine entsprechende Pension leistet, um die Arbeit der Bauern anzuerkennen, so lange werden wir diesen Bauernstand gefährden. Ich würde mir wünschen, daß wir alles daran setzen, daß wir den Bauern auch neue Produkte näherbringen, alternative Produkte: Und ich habe es heute vormittag schon gesagt, ich bemühe mich jedenfalls, erstens einmal gemeinsam eine Kooperation von Bauern auf die Beine zu stellen, daß

sie gemeinsam an einem Strang ziehen und ihre Bio-Produkte möglichst flächendeckend verkaufen, und zweitens, daß wir nachwachsende Rohstoffe, wie zum Beispiel Hanf, Flachs anbauen, weil ich glaube, daß mit solchen Produkten, die die menschlichen Bedürfnisse im wirtschaftlichen Bereich abdecken, daß wir damit die besten Chancen für die Bauern eröffnen. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.24 Uhr.)

**Präsident:** Nunmehr hat sich zu Wort gemeldet der Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Pörtl** (19.24 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es hat wahrscheinlich ein Artikel von Hannes Kübeck in der „Kleinen Zeitung“ doch eine gewisse Wirkung gehabt. Normalerweise müßte ich ja anfangen, wenn ich relativ direkt reagieren würde, und ich bin ja fast versucht dazu, daß ich sage: Guten Morgen, Herr Abgeordneter Peinhaupt. Denn der Abschluß – muß ich ganz ehrlich sagen – ist mir fast unter die Haut gegangen. Wenn ich Bilanz ziehe, was aus eurer Ecke ganz konkret für die steirische Bauernschaft am Tisch liegt, die Zerschlagung der Interessensvertretung, die Halbierung der Schulkapazitäten, Huber-Plan 1, und den zweiten kenne ich nicht genau. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Rechtsanspruch für die Landwirtschaftsförderung nicht vergessen!“) Da bin ich relativ direkt. Und jetzt, wenn es um die Glaubwürdigkeit geht, eine Forderung nach der anderen hinknallen und dem Budget nicht zustimmen, da lachen die Hühner, das sage ich ganz ehrlich. (Beifall bei der ÖVP.) Die Glaubwürdigkeit lasse ich mir nicht nehmen. Ich lasse mir auch nicht die Glaubwürdigkeit nehmen von unserem Freund Gennaro, obwohl ich sehr froh bin über seine Grundposition zur Landwirtschaft. Aber was vor allem die Sensibilität von Bauernvertretern in der Steiermark betrifft, in den Bezirken und auch im Land, da gehen wir sofort in den Ring, denn es gibt einen Politiker in der Bauernvertretung, der hat auf sein Gehalt verzichtet, und der andere hat abtreten müssen, daß es ganz klar ist. Das war aber kein Bauernvertreter. Da lasse ich nicht ein Futzerl aufkommen, denn wir haben eine ganz klare Regelung in der Volkspartei, auch im Bauernbund, die teilweise schmerzhaft war, aber sehr konsequent, die Frage der Interessensvertretung und der Akzeptanz gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung. Und unsere Vertreter sind längst nicht nur mehr reine Bauernvertreter, sondern sind die Vertreter der Region, wo sie ihre Verantwortung tragen. Und da lasse ich überhaupt nichts aufkommen, liebe Freunde. (Beifall bei der ÖVP.)

Schauen wir die Dinge an. Und ich muß jetzt ein bißchen angasen, weil so kommod geht das nicht herunter. (Abg. Schinnerl: „Biodiesel!“) Wenn man in den alten Protokollen nachliest, bitte, wir haben momentan nicht die Zeit, da ist ganz sonnenklar, auch von sozialistischer Seite, billiger produzieren, mehr Auflagen, nachhaltig, und liebe Freunde, wir haben gesagt, selbstverständlich. (Abg. Kaufmann: „Wo steht das?“) Wenn jene Leistungen abgolgten werden, die nicht am Markt zu veräußern sind. Und daher sind wir jetzt bei diesen umfassenden EU-Konzepten und Programmen – ich möchte fast vorlesen, nur die Zeit ist schon

ziemlich weit fortgeschritten, nehmen wir die Grünlandbereiche her: Ausgleichsbezahlungen in benachteiligten Gebieten nach Flächen- oder Großvieheinheiten im Jahre 1997, also 1996 abgeschlossen, 565 Millionen. Prämie für das Umweltprogramm Elementarförderung 198 Millionen, Pflege wertvoller Grünlandflächen 23 Millionen, Steiflächenprogramm der Steiermark, das höchste in ganz Österreich, weil wir wissen, daß dort die Entscheidung fällt, ob unsere Kulturlandschaft aufrechterhalten bleibt, 131 Millionen. Zum Vergleich das schöne Oberösterreich, ich verneige mich, 56 Millionen. Wir wollen die Angebote der europäischen Agrarförderung vor allem im ÖPUL-Bereich voll ausschöpfen – und da bin ich dem Landtag und auch dem Finanzreferenten dankbar, daß die erforderlichen Dotierungen im Budget, das wir jetzt beschließen, aufscheinen. Das ist ein Bekenntnis, wo ich ganz ehrlich sage, da bin ich sehr, sehr froh. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ing. Peinhaupt: „Ich möchte nur eines wissen, den Unterschied zwischen Oberösterreich und Steiermark!“) Ja, ich sage nur ganz ehrlich, wenn ich die ganze Zeit die ganze Welt gegenüberstelle, ich stelle nur fest, daß in der Schweiz, die nicht bei der EU sind, uns die Bauernvertretungen sagen, ob wir das national noch lange schaffen, diese bäuerlichen Betriebe zu halten und die Gesellschaft mitgeht mit diesem Weg, das ist eine große Frage. Weil in der Schweiz sind ein paar Dogmen in letzter Zeit in sich zusammengefallen. Und daher glaube ich, daß wir uns überhaupt da ruhig reinhauen können in den Sand und sagen, Agenda interessiert uns nicht. Unser Minister für Land- und Forstwirtschaft hat beim Sonderausschuß am 10. November dezidiert die österreichische Position eingenommen und zur vorliegenden Agenda betont, die Preiskürzungen müssen soweit wie möglich begrenzt bleiben und möglichst ganz vermieden werden. Eine klare Position. Und ich habe im Landtag eine Anfragebeantwortung, wenn ich die Grünlandfrage – und da komme ich gleich auch zur Milchdiskussion –, wenn ich die stark produzierenden Betriebe, die am schwersten betroffen sind durch die Preisentwicklung, wo selbstverständlich auch die ganze Vermarktungsfrage reinspielt. Und im Landtag haben viele Vertreter gesagt, in den Molkereien wird alles vermurkst. So, jetzt haben wir nur mehr drei beziehungsweise vier Molkereien. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das habe ich nicht gesagt, Erich!“) Nein, nein, nein. Du bist leider noch nicht dagewesen. Ich will dem Kollegen Zellnig nichts antun, aber der hat immer gemeint, daß dort das ganze Geld verdreht wird und daß einmal der Markt hergehört und daß sozusagen einmal die Geschichten locker werden. Es ist nicht ein Vorwurf gegen dich, nimm ihn nicht an. Ist ja kein Vorwurf gegen dich. Ich stelle nur fest, wir können da ruhig einen Beschluß fassen, daß wir alle Lebensmittelgroßhandelshäuser abschaffen. Das „derfahren“ wir nicht. Daher müssen wir uns reinhauen in die Gasse, wo es darum geht, daß wir mit höchster Qualität, mit starker Logistik, mit Erzeugergemeinschaften, mit bestausgebildeten Bauern, daß wir vor allem Spitzenprodukte im Rinderbereich vorweisen. Wir haben kein BSE. Wir haben auf dem Gebiet den großen Trumpf der Gesundheit der Tierbestände. In Holland und in Deutschland sind sie mit den Kranwägen in den Saustall hineingefahren und haben die Tiere umbringen müssen, weil die Schweinepest da

ist. Wir haben auch im Voranschlag drinnen, daß diese Frage der Gesundheit und die Frage der artgerechten Tierhaltung ein entscheidender Punkt ist, daß der Freund Gennaro auch sagen kann, ich möchte eine Fleischmahlung aufnehmen, wo ich sicher sein kann, daß das Tier nicht gemartert wurde. Aber da gibt es geschwind die Diskussion. Wenn ich die Nutztierhaltungsverordnung mache, dann wird gesagt, um Gottes willen, sind wir wohl wettbewerbsfähig. Das ist Schritt um Schritt der Weg in die richtige Richtung, wo vor allem die Frage des Marktes eine ganz entscheidende Frage darstellt. Zu ein paar konkreten Ansätzen, weil das so klassisch dargestellt worden ist, daß in der Sozialpolitik die Dinge „owidraht“ worden sind, und dafür bin ich jetzt ein bißchen in Schwung gekommen. Ich muß ganz ehrlich sagen, da geht mir fast der Wecker ab, wenn ich das anschau. Wir haben eine schriftliche Unterlage nach dem Arbeitssozialrechtsänderungsgesetz, eine Analyse, bezogen auf die Steiermark, wo wir durchgehend, auch bis zum Jahr 2000, in der Gegenüberstellung – Belastung und Erleichterung, das ist vor allem in einigen Bereichen die Erhöhung des Wochenlohnes, Absenkung der Ausgedinge, zusätzliche AZs, Ärzterechnungen neu, Anhebung der KV auf den Einheitswert 20.000. All diese Dinge zusammengerechnet, sind wir mit Millionen in der Steiermark im Plus, die von 51 Millionen Schilling bis 8,8 Millionen Schilling Faktum sind. Und da lasse ich sicherlich nicht zu, daß unsere Verhandler sich nicht wirklich sehr bemüht hätten, gemeinsam mit anderen Berufsbereichen ein Ergebnis zu bringen, um solche Entwicklungen zeitgerecht zu übernehmen, und vor allem in der Gesamtauswirkung einzunehmen. Ich bin selbst ein Nebenerwerbsbauer mit sieben Hektar Gesamtfläche gewesen. Ich habe diesen bitteren Weg durchgemacht und habe daher als Abgeordneter Regionalförderung betrieben, weil wir in unserem Bezirk 5000, 6000 bis 7000 Wochenpendler gehabt haben. Daher ist die Strukturförderung ganz konkret auch in der Agenda und die derzeitige Strukturförderung in den 5 b- und Ziel-2-Gebieten eine entscheidende Frage für die Bauern. Wenn Regionen stark sind, wenn der Tourismus stark ist, wenn eine Kaufkraft vorhanden ist, ist es in Wahrheit auch für die Landwirtschaft eine echte Chance, eine Chance auch in Richtung Direktvermarktung. Ich sage auch ganz ehrlich, wir haben ein Paradies an Spitzen- und Spezialprodukten in der gesamten Palette, ob das Fleisch, ob das Edelbrände, ob das Weine, ob das Obstprodukte sind. Wir brauchen uns in keinsten Weise verstecken. Daher lasse ich nicht zu, daß irgendwelche anonyme Bürokraten das irgendwo „owidraht“ und verhandelt haben, sondern wir haben das fachliche und sachliche Dilemma. Wenn wir Ausgleichszahlungen, wenn wir Förderverträge von beiden Seiten unterzeichnet haben, dann ist natürlich auch die beidseitige Akzeptanz und Durchführung eine Folgekonsequenz, und wir haben Schwächen und Härten, vor allem, wenn durch Umstände, Härtefälle verschiedene Förderungsprogramme automatisch auslaufen, daß ein Wiesenumbruch passiert oder daß keine Bewirtschaftungen durch solche Ereignisse eintreten. Meine lieben Freunde, ich möchte daher vielleicht noch ein kurzes Wort zur Frage sagen, was in der Zukunft vor sich gehen wird. In der Zukunft ist selbstverständlich klar, daß die Frage, und der Kollege Wabl hat das

indirekt angesprochen, der Akzeptanz in der Fort- und Weiterentwicklung eine entscheidende Rolle spielt. Jetzt muß ich das noch einmal sagen, weil der Martin Wabl ganz offen – er überhört das restlos –, wir in dieser Hanfentwicklung einen Förderbetrag von 1,145.200.000 Schilling liegen haben. Er ist nur abzuholen. Für die restlichen 2 Millionen Schilling brauche ich eine Eigenleistung, und ich brauche Vertreter, die diese Eigenleistung auch einbringen können. Wir können heute keine Projekte fördern, wo man gar nicht weiß, ob das eine Ges.m.b.H. & Co. KG. mit 50.000 Schilling Einlagekapital ist. Wenn es danebengeht, ist keiner da, und die Betroffenen stehen praktisch ohne ganz konkrete Voraussetzungen für die weitere Produktion da. Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein Wort sagen: Wir schätzen die Vertreter der Deutschen Bauernschaft sehr. Ich habe schon einige Experten hinter mir, wo ich ganz ehrlich sagen muß, die sind so gescheit und haben ihr Schulmodell so super entwickelt, daß einfach eine Schule nach der anderen zusperren mußte, weil sie sind exakte Typen. Sie bilden nur reinrassige Bauern aus und haben komplett vergessen, daß niemand vorausagen kann, wo er einsteigt und wie er umsteigt. Wir haben unsere Schulen im partnerschaftlichen Modell der Generationenverkürzung für den Neben- und Zuerwerbsbetrieb, für den Ausstiegs- und Einstiegsbetrieb, so konzipiert, daß das vorwärts geht. Ich habe das Beispiel nur genannt, weil mir diese Experten, ich will nicht sagen gestohlen bleiben können. Ich habe einige Experten da gehabt. Der Geiersberger hat zum Beispiel einmal gesagt, die österreichische Landwirtschaft ist zu retten, wenn wir Golfplätze machen. Auf der Sommeralm findet man außer Golfplätzen nichts mehr an. Auf der Brandlucke hat man in Wahrheit gesagt, die sind teilweise daneben. Der Vertreter hat in einigen Ansätzen 100prozentig recht, wo ihr Land mehr betroffen ist. Sie haben die neuen Bundesländer der DDR, wo das eine echte substantielle Herausforderung ist, ob so etwas überhaupt akzeptierbar ist. Wir haben bei uns auch Staffellungen, 90 Stück männliche Rinder, Kleinflächenförderung im Getreidebereich, 17,5 Hektar, das ist ein Faktum, Deckelung bei der zukünftigen ÖPUL-Regelung. Wir haben das wirklich aufnehmen müssen, weil ich diese Akzeptanz sonst nicht für erträglich halte. Wenn man jetzt irgendwelche Grenzen einzieht bei 20 Hektar, dann kann es uns passieren, daß jene Betriebe, die heute noch im Wettbewerb bestehen können, an und für sich automatisch keine Chance haben, und wir gar nicht die Möglichkeit haben, solche Eingriffe auf Grund der Förderverträge ganz konkret zu machen. Wir haben diese im ureigensten Bereich, wo reine Landesförderungen im Grunde im Raum stehen. Meine Damen und Herren! (Abg. Kaufmann: „Das erwischt so keine steirischen Bauern!“) Wir haben schon einige. (Abg. Kaufmann: „Über 92 Prozent der Bauern sind unter 30 Hektar!“) Es gibt schon einige, die mehr als 17,5 Hektar Getreide haben. Ich sage nochmals, damit wir die Zukunft anschauen: Manche glauben, daß die Frage Agenda nur ein reines Bauernpapier ist. Der entscheidende Teil ist die Frage, wie regeln wir die sozialen Fragen im Rahmen der WTO und im Rahmen der Osterweiterung, wo die große Frage der Auseinandersetzung am Arbeitsmarkt eigentlich die harte Frage ist, und die Wettbewerbsgleichheit gegenüber ande-

ren Ländern, die nicht solche Umweltstandards haben und die nicht solche Sozialstandards haben. Wir fordern daher selbstverständlich ein, daß im Rahmen der Agenda die Frage der weiblichen Rinderprämie, die Frage auch der Kuhprämie, ein ganz entscheidender Punkt sein muß, um Grünlandwirtschaft in der Zukunft mit marktfähigen Produkten zu schaffen. Daher sage ich ganz ehrlich, das mit der Bauernbefreiung ist so eine Sache, denn wir müssen uns laufend befreien, wer aller zu uns kommt, wer sich da anhängen will und uns alles hinaufhängen will, das ist ein permanenter Vorgang. Ich möchte fast ein Wort in den Mund nehmen, das der Kollege Peinhaupt einmal gesagt hat, und ich meine das sehr ernst: Der Prof. Millendorfer hat in seiner Studie über die zukünftige Entwicklung in der Gesellschaft gesagt, daß heute in der Herausforderung von Regionen, auch in der Polarisierung zwischen Stadt und Land, wo wir in den ländlichen Regionen keine Chance hätten, ohne dynamische Städte und urbane Gebiete zu leben, was die Arbeitskraft und was vor allem den Arbeitsmarkt betrifft und was die Faszination auch der erreichbaren Nähe betrifft, bis hin zur Hochtechnologie, aber daß umgekehrt städtische Regionen selbstverständlich diese ländlichen Regionen brauchen. Prof. Millendorfer sagt, die Bauern mit den jetzigen Herausforderungen sind heute längst nicht mehr die Letzten von gestern, sondern längst die Ersten von morgen. Wir wissen das aus einigen konkreten Projekten, wo wir vor allem durch diese Frage der Nahversorgung in einigen Bereichen aus der brutalen Liberalisierung im Handelsbereich teilweise bäuerlichen Betrieben in den Schoß fällt. Wir versorgen heute Schulen, wir versorgen Kindergärten, wir versorgen Altersheime mit regionaler Milch. Wir gehen sogar in Partnerschaft mit Unternehmungen. Ich will nur ein Beispiel sagen, die Firma Schirnhofner, ein Geschäft in Peggau, läßt Bauern in seinem Geschäft Fleisch verkaufen. Das ist eine Partnerschaft, wie ich mir das vorstelle. Und das ist ein Weg in die Zukunft, und braucht ja kein Gewerbetreibender glauben, wenn er irgendeinen Direktvermarkter abgemurkst hat, daß es ihm dadurch besser geht. Wir müssen diese gemeinsamen dynamischen regionalen Konzepte schaffen, die uns heute zur Grundlage legen, daß wir Leitregionen haben. Ich wiederhole das, da bin ich ganz eiskalt. Ich muß das wiederholen: Wer könnte sich diese schwierigen Regionen der Südsteiermark, Schloßberg und dann die Grenzregionen bis hinaus nach Deutschlandsberg in das Koralmgebiet ohne die südsteirische Weinregion und Schilcherregion im Grunde vorstellen, touristisch und vor allem in der Faszination, was die Thermenregion betrifft. Und wer könnte sich vorstellen die Dachstein-Tauern-Region ohne eine Bergbauernwirtschaft, wo vor allem dort die Chance des klassischen Nebenerwerbes vorhanden ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit nichts übrigbleibt, die Region der Waldheimat und die Wasserregion im Mürztal und teilweise auch im Murtal. Der Abgeordnete Kinsky hat an und für sich sehr klassisch dargestellt, daß einfach solche Clusterdynamiken in Wahrheit ganz tief vor allem in eine Ausstrahlung hineingehen, wo blitzartig Regionalpolitik, blitzartig auch eine Internationalisierung, und wenn wir schon zwischen global und lokal im Grunde agieren, eine Durchlässigkeit erfahren. Ich möchte mich abschließend noch einmal sehr, sehr

herzlich für alle Beiträge bedanken, auch für die kritischen Beiträge, weil sie eine Chance der Differenzierung darstellen. Ich möchte mich bei meinen Mitarbeitern bedanken. Der Hofrat Ressi, der hier viel Nerven und Energie einsetzt. Es wird ein bißchen leichter werden als in den letzten Jahren, wo wir immer wieder diesen Kampf mit der Nachbedeckung und der Finanzierung abwickeln haben müssen. Ich möchte mich auch bedanken bei der gesamten Mitarbeiterschaft im Bereich der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, die ganz konsequent, vor allem auch fachlich versiert, in eine Dynamik der Gemeinschaftslösung der Kooperation mit der Wirtschaft und vor allem mit der Wissenschaft heute Wege in die Zukunft aufzeigen, die wir nur schaffen, wenn wir auch diese Preise „Hoffnung“ selbstverständlich auch mitgeben müssen. Und ich habe heute schon einmal gesagt, wir sollen nicht alles zu eng sehen. Ich habe da eine Grafik. Auf der Grafik ist oben: Im Jahre 1950, ich wiederhole das von meiner vormittägigen Wortmeldung, 5100 Quadratmeter pro Kopf in bezug auf die Ackerfläche, im Jahr 1975 3400 Quadratmeter, im Jahr 2025 1700 Quadratmeter. Ich bin persönlich überzeugt, daß nach dieser Auseinandersetzung um das Erdöl, nach der Auseinandersetzung um das Wasser, was in allen Regionen, auch in der Steiermark zum Teil, stattfindet, auch global gesehen die Frage der Auseinandersetzung um fruchtbare Flächen stattfinden wird zur Rohstoff-, Energie- aber vor allem auch zur Lebensmittelgrundlage in unserer Welt. Ich möchte ganz ehrlich sagen, wenn wir nicht zuversichtlich sein können und wenn wir nicht ernsthaft glauben, daß Essen und Trinken nicht so schnell abkommt, ich meine, wenn ich das so locker sagen darf, weil manche so tun, ja wenn die so erzählen mit Sterbegeld und Leichentuch und allerhand so Raubergeschichten, ja, bitte, es gibt ja viele andere Bereiche, die Freunde aus der Arbeiterschaft im Industriebereich, die haben auch Hagel und Blitzschlag gehabt, daß die Fetzen geflogen sind, und wir müssen ebenfalls praktisch ganz konkret durch den Tunnel durch und sehen bereits ganz konkret ein Licht. Wenn ich die Investitionsbereitschaft und wenn ich die Kooperationsleistungen in der Steiermark anschau, wir sind vielfältig, stark und einmalig. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.46 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, dem Thema „Fremdenverkehr“. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann als Hauptredner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Vollmann (19.46 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein bißchen mit Verwunderung stelle ich fest, daß ein Proredner erstmals als erster dran kommt. Ich freue mich darüber. Ich freue mich aber darüber, weil die Regie eines Präsidenten ja verschiedene Möglichkeiten offen läßt, das sollte man ja auch so tun. Es gibt ja auch die Möglichkeiten, doch einiges dazuzutun. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns erst vor kürzester Zeit mit dem Bereich des Tourismus auseinandergesetzt, mit dem Tourismusbericht 1996. Es hat im Parlament den Tourismusbericht 1996



gegeben, österreichweit, und wir haben dort mit großem Bedauern festgestellt, daß der Tourismus in Österreich in den letzten Jahren kontinuierlich einen Rückgang zu verzeichnen hat, nicht nur an Besuchern, sondern auch an Nächtigungen, und damit natürlich auch die Frage der Finanzierung des Budgetdefizits über Einnahmen aus dem Fremdenverkehr oder aus dem Tourismus eine andere geworden ist. Meine Damen und Herren, der Tourismus als Freizeitmonitor oder -motor, wie Sie es auch sehen wollen, hat nicht mehr jene Zugkraft, die er einmal gehabt hat, und wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die zunehmende Arbeitslosigkeit sich auch in diesem Bereich widerspiegelt. Ich habe mir, als ich mich versucht habe, auf diese Rede vorzubereiten, ein Referat herausgesucht, das ich im heurigen Jahr gehört habe von Horst Obaschovski und Peter Zellman, die festgestellt haben, wie schaut nun die Zukunft von Arbeit und Freizeit aus? Die Analyse heißt folgendermaßen: Unterwegs zu einer neuen Leistungsgesellschaft. 500 führende Politiker, Wissenschaftsführer, Wissenschaftler selber aus allen Kontinenten haben vor kurzem auf einer Weltkonferenz in San Franzisko ein zynisch anmutendes Zahlenpaar ernsthaft diskutiert, die 20-zu-80-Gesellschaft. 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sollen im kommenden Jahrhundert ausreichen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. Mehr Arbeitskraft wird nicht gebraucht. Das sagen auch Martin und Schuhmann 1996. 80 Prozent der Bevölkerung sollen ohne Job bleiben, alles dreht sich dann nur noch um die Frage, wie das wohlhabende Fünftel den sogenannten überflüssigen Rest auf die Dauer beschäftigen wird können. Der amerikanische Sozialforscher Jeremie Riffin aus Washington sagt für die Zukunft gar ein Ende der Arbeit voraus. Die neuen Informationstechnologien, sagt er, rotten die Arbeit praktisch aus. Bereits im Laufe der nächsten 25 Jahre werden wir die Abschaffung der Fließbandarbeit im Produktionsprozeß erleben. Ich will Sie mit diesem Aufsatz nicht mehr lange quälen, meine Damen und Herren, aber darüber nachzudenken, wie das Freizeitverhalten – und das ist der Grund dessen gewesen – jener Menschen, die keine Arbeit mehr haben werden, zukünftig sein wird, ist sicherlich interessant und auch für die Vorbereitung des Tourismus von besonderer Wichtigkeit. Wir haben festgestellt, daß in Österreich der Tourismus rückläufig ist von Jahr zu Jahr, und die typischen Tourismusgebiete, die seinerzeit einen Hochstand gefeiert haben, wie beispielsweise die Kärntner mit ihren wunderschönen Seen, die sie anzubieten haben, aber auch Salzburg, Tirol haben Rückgänge zu verzeichnen. Meine Damen und Herren, es beschränken sich diese Rückgänge nicht nur auf den Sommertourismus, sondern auch im Winter ist es zu verzeichnen. Und Österreich war immer das typische Wintersportland, nicht nur deshalb, weil wir ausgezeichnete Schifahrer haben, die bei Weltmeisterschaften, Olympiaden, Weltcuprennen große Siege zu verzeichnen haben, wie jetzt im vergangenen Jahr in Amerika, das sicherlich ein Auftrieb auch für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft ist, ist nicht abzuleugnen. Aber, meine Damen und Herren, es bedarf in einer Zeit, in der wir leben, anscheinend ein bißchen mehr als das zu tun. Es ist immer herzerfrischend, wenn man dem Kollegen Pörtl zuhört, wie er in seiner Art das darlegt,

was er zu sagen hat, wenn ich auch in allen Bereichen mit ihm nicht übereinstimme, in einem sicherlich. Eine heile Umwelt, wie wir sie im Endeffekt noch anzubieten haben, ist von besonderer Bedeutung für jene Menschen, die Erholung suchen. (Beifall bei der SPÖ.) Was, meine Damen und Herren, suchen wir im Endeffekt wirklich im Urlaub? Viele junge Menschen natürlich sportliche Betätigung. Sie ist anzubieten, geht heute von Tennis, über Jockey, über Fußball, über Handball, über andere Bereiche, Streetball. Was man alles schon anbietet, sage ich oft in Bauern-dörfern. Haben wir das wirklich notwendig, ist das wirklich so unbedingt wichtig oder könnte man manchem auch die Möglichkeit bieten, irgendwo hinzufahren oder hinzugehen? Meine Damen und Herren! Daß die Steiermark eigentlich in diesem Konzert der Verluste des Tourismus eine Spitzenstellung hat, ist sicherlich dem zu verdanken, daß die Steirerinnen und Steirer hier etwas ganz besonderes anzubieten haben. Wenn wir mit Stolz verwiesen haben, daß wir in der Periode Mai bis August 1997 die Tourismusumsätze trotz schlechten Wetters um rund 2 Prozent erhöhen konnten, daß sich durch das schöne Wetter im September noch weiter erholt hat und besser geworden ist, dann sind wir sicherlich stolz darauf, denn der Umsatz mit über 4 Milliarden Schilling in der Steiermark ist natürlich ein ganz besonderer. Aber, meine Damen und Herren, auch das kommt nicht von ungefähr. Wir Steirerinnen und Steirer haben doch seit länger Zeit darüber nachgedacht, wie es möglich ist, Anreize im Sommer und im Winter zu bieten. Nicht ganz ohne Stolz darf man auch behaupten, daß wir so im Preiskonkurrenz der österreichischen Anbieter doch noch etwas niedriger liegen als unsere Nachbarn, die aber inzwischen, und das habe ich selbst im heurigen Sommer in Kärnten festgestellt, auch am Preisniveau schon ein bißchen nachgelassen haben. Österreich ist ein typisches Urlaubsland, und wir haben die Einkommen natürlich auch in manchen Bereichen dorthin ausgerichtet. Ein bißchen mit Wehmut habe ich eine Meldung in einer der letzten Zeitungen festgestellt, und sie hat mich ein bißchen getroffen, daß auch die Tourismuswirtschaft die Zahl der Lehrlinge zwischen 1988 und 1995 um fast ein Drittel auf 11.500 Personen gesenkt hat. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, und das ist das Phänomen, haben aber die Beschäftigten im selben Zeitraum um 20 Prozent auf rund 161.000 zugenommen. Das zeigt also, daß man gerade in dieser Tourismuswirtschaft gut ausgebildete Kräfte brauchen würde, wir haben auch die Voraussetzungen dazu, und ich glaube, auch unsere Unternehmer haben die Voraussetzungen dazu, nur, viele haben die Flucht aus dieser Verantwortung angetreten, und sie liegt nicht nur immer an den Erschwernissen, die hier oftmals bejammert werden, sondern natürlich auch, daß es halt bequemer geworden ist, andere Leute hereinzunehmen, vor allem auf Ausländer auszuweichen, die, so sagt man immer, auch billiger kämen. Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß das der Weisheit letzter Schluß für uns sein darf und auch nicht sein soll, denn dort könnte es sein, daß uns dann andere Länder wirklich in dieser Frage überholen. Wenn wir heute in andere Länder gehen, stellen wir mit großer Aufmerksamkeit fest, wie freundlich die dort Beschäftigten im Tourismus sind. Bei uns ist man in der Vergangenheit manchmal ein bißchen über-

heblich geworden. Nicht der Gast mußte bedient werden, sondern der Gast wollte ja etwas, und da soll er halt warten, bis er etwas bekommt. Auch das ist der falsche Ansatz. Wir müssen gemeinsam in diesem Bereich des Bewußtseins einiges tun, und das, was ich sage, habe ich im Gespräch mit einigen Kollegen in der letzten Zeit festgestellt, und es ist mir öfters gesagt worden. Ich glaube aber trotz alledem, daß der wichtigste Aspekt in diesem gesamten Bereich ist, daß Unternehmer und Arbeitnehmer gemeinsam das Bewußtsein der Verantwortung für den Gast bekommen. Meine Damen und Herren! Die moderne Zeit läßt natürlich heute noch viel mehr zu: Wetterfernsehen stellt sich vor. Eine neue Fernsehsendung, der sogenannte TW 1 – Tourismus und Wetter –, bietet 24 Stunden lang Tourismus und Wetter. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten auch das nicht unbeachtet lassen. Viele, die heute über das Wochenende Schifahren gehen, die im städtischen Bereich sind, schauen sich das an, und vergessen wir nicht, von der Nordsee bis zur Adria sind wir in diesem Programmangebot, und es gibt großes Interesse, das stelle ich vor allem in deutschen Zeitungen fest. Meine Damen und Herren, wir sollten auch das nützen. Die Anbieter müssen sich wirklich anbieten, in moderner Form anbieten. Ich weiß, daß heute schon viele über Internet gehen, aber Wetterpanorama im ORF, im 3-SAT, ist eben auch eine besondere Werbung und bietet die Möglichkeit, über 3 Millionen Zuschauer tagtäglich allein in Österreich zu haben. Meine Damen und Herren! Ich habe der Rede des Herrn Finanzreferenten entnommen, daß ihm der Tourismus besonders am Herzen liegt, und er hat das in Zahlen auch aufbereitet. Wir haben viel Geld für den Tourismus immer ausgegeben, aber der Bereich Tourismus ist nur 3 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes, sagt er, und 3 Prozent etwa unserer Beschäftigten, die im Tourismus tätig sind. Im Budget 1998 sind beträchtlich höhere Mittel für die Verbesserung und für die Veränderung der privaten Tourismusstruktur angesetzt. Er hat seinen Kollegen Dr. Hirschmann, der hinter mir sitzt und aufmerksam zuhört, auch aufgefordert, er möge in seiner Verantwortung auch etwas daraus machen. Natürlich hat er auch festgestellt, daß er die Qual der Wahl hat, denn das dann aufzuteilen und gerecht aufzuteilen, ist sicherlich auch nicht einfach, und die Mittel entsprechend einzusetzen bei der Kritik, die natürlich auch überall kommt. Wir haben ja nicht nur die Standbeine, auf die wir uns immer verlassen, auch in der Vergangenheit Schiberge einerseits, andererseits die Thermen, in die das Land große Investitionen in den vergangenen Jahren getätigt hat und noch immer tätigt, nämlich in die Schiberge, und ich hoffe auch, in Zukunft in meiner Umgebung, denn die Aflenzer Bürgeralm wartet genauso wie der Polster in diesem Bereich, finanziert zu werden, aber natürlich auch die privaten Unternehmungen, wie beispielsweise Spital am Semmering, wo wir immer größeren Zuspruch durch die Gäste aus dem Osten haben. Meine Damen und Herren! Das Flaggschiff, so meint er, die Dachstein-Tauern-Region sei etwas ganz Besonders. Ja natürlich, denn dort ist ja auch am meisten investiert worden, und wir müssen neidlos anerkennen, daß es wirklich das Flaggschiff ist, denn der Bereich Schlading ist natürlich für den Wintertourismus das Flaggschiff und das herzeigbare Schigebiet der Top-fünf-

Regionen oder der Top-fünf-Gebiete in Österreich. Meine Damen und Herren! Es ließe sich nun diese ganze Sache beliebig fortsetzen. Denken wir aber auch daran, daß wir in die Thermen viel Geld investiert haben: in Loipersdorf, in Bad Waltersdorf, darüber hinaus natürlich auch in den neuen Thermenbereich, nämlich in die Entstehung der Therme Blumau mit einer Förderungssumme von über 300 Millionen Schilling. Nun gilt es, diese Bereiche auszubauen, die Gäste zu erhalten und die Gäste zu vermehren. Ich weiß schon, daß dabei immer wieder die Diskussion und die Frage der Hotels in Loipersdorf auftaucht. Wir haben in diesem Haus bereits eifrig darüber diskutiert. Ich glaube trotzdem noch immer, und ich bin felsenfest davon überzeugt, daß dieses neue Hotel, das in Loipersdorf entsteht, auch dort eine Bereicherung bringen wird und daß neue Besuchergruppen zu uns kommen, noch dazu, wo die Firma, die es baut, sagt, sie wird es auch auslasten. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Landesrat Ressel hat aber auch neue Bereiche angeschnitten, neue Bereiche in der Frage des Sportes, wo die Meinung auftritt, daß sie ein besonders attraktiver Anziehungspunkt im Tourismus sind. Ich will hier gar nicht mehr jene bemühen, die hier in Zeitungsartikeln festgestellt haben pro und contra, wie schaut es aus. Tatsache ist, wir haben 580 Millionen Schilling in den A1-Ring investiert, und wir haben bisher wenig davon zurückbekommen. Das ist die effektive Tatsache, und das stellt auch, meine Damen und Herren, der Geschäftsführer des OGM-Meinungsforschungsinstitutes Bachmaier fest, der sagt, er kann zwar ein positives Bild vom Grand Prix in Spielberg zeichnen, mußte aber die Steuerverluste für das Land auch einräumen. (Abg. Tasch: „Das darf nicht wahr sein!“ – Abg. Schinnerl: „Jetzt hast du so gut angefangen!“) Meine Damen und Herren, man will ja, wenn man irgendwo etwas investiert, auch etwas herausbekommen. Ich habe nur den Herrn Bachmaier zitiert, nicht meine eigene Meinung. Wir werden nur das, was im Endeffekt da drinnen steht, meine Damen und Herren, die 365 Millionen, die wir bekommen haben, werden wir anschauen. (Abg. Schinnerl: „Ihr werdet nie gescheitern!“) Nein, nein, aber laßt mich ausreden, der Endeffekt, was ich als Hoffnung daran binde, ist ja, daß nicht nur der A1-Ring, sondern daneben auch alle anderen Veranstaltungen nun zu Tourismusveranstaltungen und Tourismusmagneten werden, denn für den Sport allein hat man es ja nicht gemacht. Das würde ja auch nicht sinnvoll sein. Also daher bitte, Nutzen, Herr Landesrat, Tourismus heißt das neue Wort, das den Sport begeistert. Daher her mit allen Einrichtungen! Sie sollen nur nicht gar zuviel kosten, weil wir haben schon viel Geld investiert. Das ist die Frage, endlich soll ja auch etwas in die Kassen zurückfließen. Das, glaube ich, ist ja eine der wichtigsten Bereiche auch für das Landesbudget. Meine Damen und Herren, die Gartenschau ist schon angeschnitten worden. 80 Millionen ist das Volumen, das die öffentliche Hand aufgewendet hat, und es wird ein Investitionsvolumen, ich kann es noch nicht nachweisen. Ich kann auch nur jenen glauben, die es sagen, von 800 Millionen auslösen, meine Damen und Herren. Das wird sicherlich also auch andere Investitionen nach sich ziehen. Wir hoffen es, in Hotels und anderen Bereichen, denn der Städtetouris-

mus, das wissen wir, ist im Steigen, unzweifelhaft auch in diesen Jahren. Und man sieht es auch, wenn man durch die Straßen von Graz geht. Eng damit verbunden ist auch Kunst und Kultur. Wir haben bereits im Teil Kunst und Kultur darüber diskutiert, wie wichtig dieser Bereich ist. Wir werden ihm größte Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir werden Investitionen in diesem Bereich tätigen müssen. Meine Damen und Herren, all diese Investitionen lohnen sich aber nur dann, wenn sie erstens Einnahmen bringen, und andererseits Arbeit schaffen.

Und alle jene, die in diesem Bereich tätig sind, meine Damen und Herren, sind die Nütznieser dessen. Bei ihnen bedanke ich mich, denn sie leisten die wertvollste Arbeit durch Freundlichkeit, ihrer Hände Arbeit, Geist und Geschick. Ich glaube, das ist der Reichtum, den wir anzubieten haben. Eine wunderschöne Umwelt, ein wunderschönes Land und Menschen, die bereit sind, dafür einzutreten. Das wünsche ich mir auch für das nächste Jahr. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.04 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Tasch als nächstem Redner das Wort.

**Abg. Tasch (20.04 Uhr):** Liebe Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der steirische Tourismus schwebt in einem Hoch wie selten zuvor. Silberstreif am Tourismushimmel, im heutigen „Standard“. Gästebefragung durch die Wirtschaftsuniversität, Trendwende, Beurteilung Österreichs am Tourismussektor. Nach dem Absturz der letzten Jahre investiert die Hotellerie wieder sehr viel in Standard und in Verbesserungen. Ich glaube, was kann uns Besseres passieren wirtschaftlich, wenn wir uns touristisch erfangen haben und wenn es touristisch wieder aufwärts geht. Die Steiermark ist in einem Hoch, wie wir es vor einem Jahr kaum glaubten. Wir sind das einzige Bundesland, das touristisch schon bei den Nächtigungsziffern ein Plus erzielt hat. Aber ich glaube, das ist also nicht hoch genug hervorzuheben. Ich habe das letzte Mal gesagt, 3,2 Prozent Rückgang am Tourismussektor hat Österreich ein Minus von 23 Milliarden Schilling an Einnahmenverlust gebracht, und es ist – glaube ich – unwahrscheinlich viel, und wir brauchen diese Einnahmen wie die Augen im Kopf. Wenn also Androsch die Salinen in der Steiermark gekauft hat und das Salz in einem Hoch schwebt auf Grund des Kaufes, so glaube ich, ist das berechtigt. Androsch war als Vizekanzler und als Finanzminister Weltmeister im Steuererfinden. Und wenn er die Vermarktung von Salz so gut kann, dann wird also das Salz in Zukunft gesichert sein. Ich möchte einige Leitprojekte zuerst nennen. Ich glaube, es ist konkret, gilt es wirtschaftliche und bedeutende Ressourcen, wie etwa die Dachstein-Tauern-Region – und Vollmann Heinz hat es bereits erwähnt –, sie ist eine Topschiregion. Und wenn also der Zusammenschluß im nächsten Jahr noch gelingt, werden wir hier eine weitere Verbesserung haben, die weitere Wintergäste in die Dachstein-Tauern-Region bringt. Das Ausseer Land, das steirische Salzkammergut, das ist eine Region, die von der Schönheit her, von der Landschaft

her kaum zu überbieten ist. Und ich hoffe, daß man sich auch hier wieder erfanget und auch hier von den Nächtigungsziffern wieder ein Plus erreicht. Der neue Nationalpark im Gesäuse wäre auch eine wichtige Sache. Und ich glaube, da sollte man nicht hintanlegen, und man sollte sich mit großer Anstrengung für die Verwirklichung des Nationalparkes Gesäuse einsetzen. Die Holzregion des Murtales und der Eisenwurzen und die Eisenstraße, ich möchte zum Murtal sagen – und der Hans winkt mir, ein tüchtiger Abgeordneter vom Murtal oben –, da ist einiges geschehen. Also nicht nur im Holzsymposium, sondern auch am touristischen Sektor, vor allem von den Schibergen her, der Kreischberg, die Frauenalpe, auch hier wurde vom Land her kräftig investiert. Und ich glaube, auch von den Nächtigungszahlen her, 14 Prozent plus, hat sich das ordentlich ausgewirkt. Und die Menschen vom In- und Ausland haben diese Region zur Lieblingsregion erklärt, und es ist stark im Aufwind. Ich gratuliere dafür. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Abgeordneter Kollege Straßberger Sepp bemüht sich also sehr im Mürtal um die Wasserregion, und ich glaube, es ist erfolgreich gelungen, nicht nur das Wasser an Frankreich zu verkaufen, sondern mit dem Wasser einen Anziehungspunkt für unsere Gäste im Mürtal zu erzielen. Ich glaube, gerade diese Ressourcen und gerade diese starken Anziehungspunkte, diese starken Schwerpunkte sind wichtig, eine Region für unsere Gäste attraktiv zu gestalten, daß sich unsere Gäste dort besonders wohlfühlen. (Beifall bei der ÖVP.) Liebe Frau Landeshauptmann, die Saat geht auf. Du warst diejenige als Tourismuslandesrätin, die besonders stark in die Thermenregion investiert hat. Ich glaube, das ist richtig. Auf der einen Seite die Thermenregion, auf der anderen Seite die Topschiregionen. Die Steiermark bietet am touristischen Sektor eine Vielfalt, wie wir es in keinem anderen Bundesland haben. Und daß diese Vielfalt auch ausgenutzt wird, es waren die richtigen Investitionen in die richtige Richtung. Und nach dem Umsatzplus im Tourismus sehen wir, daß Leute am Werk waren, die mit Herz, Hirn und Verstand diesen Tourismus vorangetrieben haben. Herzlichen Dank dafür. (Beifall bei der ÖVP.) In der Steiermark boomt das Radfahren. Es ist ein gewaltiger Zuwachs am Radsektor, und ich glaube, die Radwege, vor allem auch die Mountainbikestrecken, müßten erweitert werden. Es muß alles getan werden, um auch die Steiermark als radfreundliches Land im Ausland zu präsentieren. Es ist nur schade, daß seinerzeit die Puch-Werke verkauft worden sind. Und ich frage mich, wo da unsere Forschung gewesen ist. Ein Jahr nach dem Verkauf haben die Umsatzzuwächse gehabt, daß sie sich vom Verkaufen nicht mehr erfangen haben, und heute verdienen in erster Linie die Italiener, und nicht mehr die Steirer. Aber ich glaube, in Zukunft müssen wir solche Sachen eben hintanhaltend und verhindern. Und am Radsektor können wir nicht genug investieren, weil das ist das, wo man von der körperlichen Ertüchtigung her sehr viele Leute auf das Fahrrad bringt. Wenn man durch unsere wunderschöne Landschaft fährt, dann fühlt man sich besonders wohl und freut sich. Ich glaube, da ist auch der Weg von Gerhard Hirschmann ein Weg in die richtige Richtung, der alles unternimmt, um Mountainbikestrecken freizubekommen, um Radwege zu forcieren. Auf dem Sektor haben wir gemerkt, daß

auch diese Investition sehr gut angelegt wurde. Die Gartenausstellung, die im Jahr 2000 stattfinden wird, hat schon Heinz Vollmann erwähnt. Das wird sicherlich ein Werk, das man als Jahrhundertwerk bezeichnen kann. Wir erwarten bei dieser Ausstellung zirka eine Millionen Besucher. Ich glaube, diese Richtung brauchen wir gerade am internationalen Markt. Ich erinnere mich zurück an unseren Studienausflug ins mittelfranzösische Tour Portier. Ich war einfach begeistert, was in Frankreich so alles möglich ist. Man hat mitten ins Grüne ein Veranstaltungszentrum hineingebaut, wo man bereits 300 Millionen Besucher hat. Meine Damen und Herren, lassen wir uns das auf der Zunge zergehen – 3 Millionen Besucher in diesem Veranstaltungszentrum, was auch von den Eintrittspreisen her äußerst günstig ist. Für eine Tageskarte bezahlt man 350 Schilling. Man hat an einem Tag gar nicht die Möglichkeit, alles zu konsumieren. Es gibt in diesem Zentrum über 3000 Betten. Es gibt auch Veranstaltungs- und Besuchsmöglichkeiten, die für den internationalen Markt ausgesprochen repräsentativ sind. Ich glaube, man sollte versuchen, so ein Veranstaltungszentrum auch nach Österreich zu bringen. Das wäre dann ein vielfältiges Angebot, das wir unserem Gast bieten müssen. Wir würden dann von dem Image herauskommen, daß wir ein langweiliges Tourismusland sind. Ich glaube, das ist in diesem Fall nicht mehr zukunftsfruchtig, sondern wir sind jene Menschen, die unseren Gästen ein Angebot bieten, worüber wir uns nur freuen können. Jetzt werde ich meine Rede in Kooperation dem Erfolgsfaktor für die Zukunft widmen. Es hat sich herumgesprochen, meine Damen und Herren, daß wir ein neues Führungsteam in der steirischen Tourismusgesellschaft haben. Dr. Oberascher und Wolfgang Eltner sind unsere führenden Leute in der steirischen Tourismusgesellschaft. Wir freuen uns darüber. Ich kann Ihnen beiden sagen, Sie werden gut angenommen draußen in den Regionalverbänden. Man hat das Gefühl, das sind zwei Leute, die mit viel Herz und mit viel Einsatz für den steirischen Tourismus kämpfen. Kämpft so weiter, dann stehen wir auch hinter euch. Wir werden dann sicherlich nicht alle paar Jahre einen Wechsel haben, sondern wir hoffen, daß wir euch 20 Jahre oder länger haben. In dem Sinne freuen wir uns alle über euren großartigen Einsatz. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Die Medien haben schon sehr ausführlich darüber berichtet. Kooperation ist euer Leitbild. Ich glaube, das wird in Zukunft für den steirischen Tourismus von einem hohen Stellenwert sein. Ich möchte mich aber auch herzlich beim Hofrat Hermann und seinem Team bedanken, der schon lange Jahre für den Tourismus kämpft. Auch hier hat man gemerkt, daß dieser großartige Einsatz und dieser Kampf um jeden einzelnen Gast sich bewährt hat. In der Steiermark sehen wir das mit den guten Zahlen im Tourismus. Nachfolgend möchte ich folgendes noch sagen: Kooperation, wie zum Beispiel Angebotsgruppen, wie Tennishotels, Wanderhotels, Kinderhotels oder Urlaub am Bauernhof, zählen in den letzten Jahren durchaus zu den Gewinnern des österreichischen Tourismus. Aus der Tourismusorganisation ergibt sich daraus die Frage, zukünftig unter dem Titel „Destinationsmanagement“ die Regionalverbände und die Tourismusverbände zu einer Firma zusammenschließen zu können. Wir möchten aus den 13 Regionen fünf Regionen machen.

Ich glaube, das wäre ganz, ganz wichtig, denn das Kirchturmdenken im Tourismus muß endlich abgelegt werden. Das ist ein Wunsch, der, glaube ich, in Erfüllung gehen kann, weil es auch der Wunsch unseres jetzigen Tourismuslandesrates Gerhard Hirschmann ist.

Lieber Heinz Vollmann, ich möchte dir schon eines sagen: Es tut mir wirklich leid, denn du hast wieder einmal nicht versäumen können, den A1-Ring madig zu machen. Ich war kurz beim Training am A1-Ring. Mir ist aufgefallen, daß keiner von den Sozialisten oben war. Ich habe dann jemanden gefragt, der neben mir gegangen ist, ob ihm nicht auffällt, daß von den Roten niemand da ist. Er hat gesagt, sind die Roten irgendeinem abgegangen? Man hat es also gar nicht gemerkt, daß sie nicht da sind. Das ist das größte Minus gewesen, das ihr euch da eingehandelt habt – Auftrittsverbot am A1-Ring. (Abg. Vollmann: „Es waren nur Rote oben!“) Der hat zu mir gesagt, Kurt, denk dir eines, besser als der rote Schmäh ist noch immer eine starke ÖVP. (Abg. Vollmann: „Hast du heute die Zeitung gelesen? 23 Prozent!“) Ich habe es vorher bereits erwähnt. Es hat mir wirklich leid getan, als ich die Zeitung gelesen habe, wie ihr zur Zeit nach dem Fall Konrad, aber auch vor der Konrad, im Tief schwebt. Ich möchte mich über die Zahlen gar nicht mehr äußern, vor allem deshalb, weil die Parteipolitik im Tourismus nichts zu tun hat. (Abg. Schrittwieser: „Kollege Tasch, das ist schon vorbei!“) Es wäre nur schlecht, wenn ihr die Tourismuspolitik nicht behindern, sondern forcieren würdet. Das wäre etwas, was wir wirklich alle brauchen, um im Tourismus weiter erfolgreich sein zu können. Die Geschäftsführer der Steirischen Tourismusgesellschaft, und ich habe es vorher schon erwähnt, Dr. Oberascher und Wolfgang Eltner, sind zwei hervorragende Leute an der Spitze. Die Kooperation ist auf alle Fälle gegeben. Auch hier gilt für uns alle das Schlagwort Kooperation: vernetzte Bearbeitung des Marktes zwischen den Tourismusangebietern, Marketing, Gäste, örtliche Kooperation. Der Neid gehört weg. Der Neid gehört weg, habt ihr das gehört, denn das ist wichtig. Ort, Regionen und Land müssen im Marketing besser zusammenarbeiten und Events, Ereignisse zu Angeboten machen. Internet ist ein Weg, Kooperationen zu fördern. Arbeitskapazitäten nach innen müssen zur Verfügung stehen. Wie bringt man die Theorie zur Umsetzung? Da brauchen wir Querdenken und Revolutionäre. Wenn ich an Revolutionäre denke, da glaube ich, ist unser Tourismuslandesrat Gerhard Hirschman gerade der Richtige. Er ist ein Querdenker, ist ein Revoluzzer, hat oft eine spitze Zunge, die ihm allerdings als Landesrat ein bißchen abgerundet wurde. Ich glaube aber, daß das ganz gut ist. Ich persönlich kann nur sagen, der Tourismus in der Steiermark wird weiterhin gut funktionieren, wenn wir weiterhin bereit sind, Leitprojekte zu fördern, wenn wir weiterhin bereit sind, unsere Landwirtschaft zu fördern, die einen wesentlichen Beitrag für den steirischen Tourismus leistet. Nur eine flächendeckende Landwirtschaft, jetzt hätte ich bald fleckerdeckende Landwirtschaft gesagt, wäre aber sicherlich nicht das Richtige gewesen.

Leitprojekte können den Tourismus in der Steiermark fördern und können die Leute dazu bringen, in unser wunderschönes Bundesland zu kommen. Meine

Damen und Herren! Die Frage hat ergeben, die schöne Landschaft ist Priorität für unsere Gäste Nummer eins, in die Steiermark zu kommen. Diese schöne Landschaft müssen wir pflegen und müssen wir hegen. Wir müssen alles unternehmen, um diese schöne Landschaft zu erhalten. Die, die unsere schöne Landschaft erhalten, sind nicht die Grünen, sind nicht irgend welche Radaupauken, sondern das sind unsere Bauern. In dem Sinne möchte ich unseren Bauern gratulieren und danken für die flächendeckende Landwirtschaft und für die Pflege unseres landschaftlichen Raumes.

Lieber Heinz Vollmann, vor allem lieber Gennaro! Wenn du sagst, das ist eine Schande, was die Bauern verdienen, vor allem Martin Wabl hat das angesprochen, so möchte ich nur sagen, ihr bräuchtet nur mitzutun bei den Entscheidungen der Pensionserhöhungen, denn dann würde es unseren Bauern in Österreich um vieles besser gehen. Ich diesem Sinne Glück auf für die Steiermark und Glück auf für unseren Tourismus. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.21 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (20.21 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr geehrte Herren Landesräte!

Als Letzter des steirischen Landtagszirkusses VOTAVE für den Tourismus – kurz Vollmann-Tasch-Vesko – habe ich die Möglichkeit, auch noch ein paar Worte zum Tourismus zu verlieren.

Wir können wirklich mit Freude sagen, daß der steirische Tourismus eine leichte Entwicklung nach oben genommen hat. Warum, meine Damen und Herren? Aus mehreren Gründen. Erstens einmal, wir haben mehr Inlandsurlauber in der Steiermark, was sicherlich auch eine direkte Folge des Sparpaketes ist. Zweitens, wir betreiben seit dem Jahre 1990 eine sehr starke, intensive flächendeckende Inlandswerbung, drittens wir haben sicherlich gute Angebote, und sie werden immer besser, viertens wir haben heuer mit wenigen Ausnahmen ein relativ gutes Wetter gehabt, und wir haben auch ein paar gute Veranstaltungen gehabt in diesem Jahr, die uns helfen, die Nächtigungszahlen – und das ist der einzige Indikator, und ich glaube, ich habe schon einige Male darüber gesprochen, nicht unbedingt der beste Indikator für die Kraft, für den Ausdruck der Kraft des Tourismus oder des Fremdenverkehrs. Das heißt, wir werden in den kommenden Jahren dieses schwache Pflänzchen sehr stark gießen und pflegen müssen, damit es weiterwächst und weiterwächst, und dazu brauchen wir einen Dünger. Und womit können wir dieses Pflänzchen düngen? Mit einem verbesserten Angebot, das heißt, das Angebot kann nie gut genug sein. Substral ist zum Beispiel ein grünes Mittel, es gibt aber auch rote Mittel. Freundliche Leute, urige Bodenständigkeit, etwas, wofür der Gast nach Österreich kommt. Der erwartet nicht dieselbe Speiskarte wie in Wanne-Eickel oder in Bielefeld, sondern er erwartet das spezifisch in der Steiermark, und ich glaube, daß wir das sowohl im Norden wie im Süden von den schönen Buschenschanken und dem hervorragenden

steirischen Wein bis hinauf zu den Mostbauern, den Obstbauern und den Bergbauern, die alle eine bunte Vielfalt von leckeren Sachen anbieten, haben. (Beifall bei der FPÖ, SPÖ und ÖVP.) Wer wandert, der weiß, daß es in jeder Höhenlage etwas gibt, wo man sich gerne hinsetzt und kostet. Nicht deshalb, weil man es so gerne tut, sondern weil man so erschöpft ist. Dann kommen dazu die Spezialitäten des Landes. Was heißt, die Spezialitäten des Landes? Wir haben einige Spezialitäten, auf die wir sehr stolz sein müssen und die wir uns wahren müssen. Und da bin ich ganz mit dem Kurt Tasch, der Tourismus verlangt wesentliche Dinge. Wir haben eine wunderschöne Landschaft. Ich glaube, kaum jemand bestreitet, daß wir das nicht haben. Wir haben eine saubere Luft, auch das ist zutreffend, wenn man nicht unbedingt gerade vom Prädichl herunter durch Donawitz durchfahren muß. Aber auch dort wird kräftig daran gearbeitet, daß der Luftkurort Donawitz besser wird. Wir haben sauberes Wasser, ein Faktor, der für uns sehr wichtig ist und der immer wichtiger wird. Es heißt ja, das Wasser wird das Öl des zweiten Jahrtausends sein. Und wir haben viele Leute, die in dieser Tourismusbranche arbeiten, die sehr freundlich sind, gut ausgebildet und daher auch für den Gast die entsprechenden Voraussetzungen bieten können. Ich bin nicht ganz mit dem Kurt Tasch, wenn er sagt – oder eigentlich mit dem Gerhard Hirschmann, wenn er sagt, wir müssen die Steiermark statt von 13 Regionen auf fünf Regionen reduzieren. Das läuft ein bißchen konform mit den Bundesländern von neun auf drei Regionen. Ich glaube, daß bei uns jede der Regionen, die wir derzeit haben, ihren besonderen Reiz, ihren besonderen Charakter und auch ihre besonderen Eigenheiten hat. Und daher müssen wir dafür sorgen, daß wir diese Eigenheiten uns erhalten, weil auch die Vielfalt des Angebotes dem Gast Abwechslung bietet, und für diese Abwechslung müssen wir auch gewisse Voraussetzungen schaffen. Kurt Tasch hat es angesprochen, die Symbiose Landwirtschaft – Tourismus ist etwas, ohne die es nicht ginge. Wo wären wir, wenn unsere schöne Almlandschaft, Berglandschaft, die großen weiten Täler des Ennstales und die Hügel rundherum nicht von den Bauern entsprechend gepflegt würden und damit die Gewährleistung gegeben würde für jenen optisch wunderschönen Eindruck, der im Wechsel der Jahreszeiten sehr charaktervoll unsere Heimat widerspiegelt? Wichtig für uns natürlich auch der einmal als großes Schlagwort in der Landwirtschaft verwendete „Feinkostladen Österreich“. Meine Damen und Herren, Produkte unserer Landwirtschaft sollten auch ein Mittel sein, um den Gast bei uns zu halten. Gute Qualität, saubere Ware, gesunde frische Ware, wo man weiß, woher sie kommt, und wo man weiß, was drinnen ist, ist sicherlich ein wesentlicher Faktor. Und als Drittes und nicht weniger wichtig, ich glaube sogar besonders wichtig, wir brauchen gut ausgebildete Leute. Je besser die Mitarbeiter und die Unternehmer in der Gastronomie, in der Hotellerie, in der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft ausgebildet sind, desto wohler fühlt sich der Gast, weil sie wissen, wie man den Gast behandelt auf der einen Seite, und man soll dabei nicht nur das Erlernte, sondern auch den sprichwörtlichen steirischen Charme – ein bißchen urig, rauh, aber herzlich – dabei nicht vergessen. Und nicht zuletzt sehr wesentlich auch die Unterstützung der

öffentlichen Hand. Und da meine ich jetzt nicht die Unterstützung der öffentlichen Hand in dem Sinne, daß man also jedes kleinste Auswechseln eines Toilettfensters oder eines Dunstabzuges in einer Küche mit Förderungen überzieht, das verursacht mehr Aufwand, als es dem Unternehmer hilft, sondern steuerliche Entlastung der Betriebe, das heißt, die Chance, sich am eigenen Schopf wieder aus dem Schlamassel herauszuziehen. Eine Erleichterung bei den Arbeitszeiten, wobei ich davon ausgehe, daß es ganz unterschiedlich ist, wie man es zu betrachten hat. Der Ausflugsstathof an einem See wird andere Arbeitszeiten haben als ein Kaffeehaus in einem Schiort. Man muß sich also dem anpassen, wo man gerade ist, und man muß es auch dann tun, wenn gerade Gäste da sind. Da gibt es in der Landwirtschaft bei uns ein sehr schönes Wort, das heißt: „Heigen muß man, wenn's Wetter tut.“ Und ich glaube, auch das muß für die Gastronomie Gültigkeit haben, und man darf nicht dann, wenn der Gast gerade lustig ist und seine Spendierfreudigkeit am größten ist, mit dem Verweis auf die Sperrstunde ihn am Ausgeben der Devisen hindern, die wir so dringend brauchen.

Natürlich, meine Damen und Herren, brauchen wir auch eine teilweise Entschuldung unserer Betriebe, weil die letzten Jahre oft viel zu sehr an der Substanz dieser Einrichtungen gezehrt haben und viele unserer Hotels, die noch prachtvoll, vom Edelweiß bis Alpenkönig, schöne Namen tragen, gehören längst einschlägigen Banken, die selbst nicht wissen, was sie damit anfangen sollen. Ich glaube, auch hier sollte man sich einen Weg ausdenken, wie wir zu der Symbiose Landwirtschaft – Tourismus vielleicht auch noch eine Symbiose Banken – Tourismus finden könnten, um zu gewährleisten, daß diese Betriebe wieder lebensfähig werden. Es ist auch nicht unbedingt ein großer Ansporn für die Nachfolger der Betreiber, solche hochverschuldeten Betriebe zu übernehmen. Und auch da wäre es notwendig, einen Schritt zu tun. Und wir brauchen eines ganz sicher, und um das werden wir nie herumkommen, wir brauchen zum richtigen Zeitpunkt das richtige Wetter. Ein Punkt, der am leichtesten zu erfüllen ist, wenn man die entsprechenden Kontakte nach oben hat, aber es hilft uns der schönste Winter nicht, wenn wir keinen Schnee haben, und es hilft uns der schönste Sommer – so paradox es klingt –, wenn es jeden Tag regnet, weil wir ohne diese Voraussetzungen den Gast bei uns nicht halten können. Und wir haben heuer im Juli bitter erleben müssen, wie volle Häuser innerhalb von drei Tagen leer geworden sind, weil die Gäste den permanenten Verlockungen der Journalisten in den Zeitungen, daß in Italien Temperaturen von 30 Grad und strahlender Sonnenschein ist, schlußendlich gefolgt sind, und niemand kann es ihnen verargen.

Kulturelle Veranstaltungen und sportliche Veranstaltungen als Teil des Kulturtourismus, des Sporttourismus und des Gesundheitstourismus werden mit spezifischen Programmen beworben. Wir haben in der Steiermark eine bunte Palette dazu, und ich glaube, die Erfolgsgeschichte der Thermenlinie und der dort angesiedelten Kur- und Gesundheitsorte zeigt sehr deutlich, daß gerade dieser Bereich von eminenter Wichtigkeit ist. Das soll aber nicht darüber hinweg-

täuschen, daß wir in anderen Bereichen ein zweites Problem haben, mit dem wir touristisch zu kämpfen haben, nämlich die Auslastung über zwei Saisonen. Es ist wahnsinnig schwer für einen Wintersportort, der keine Sommersaison hat, allein von dem zu überleben, was im Winter umzusetzen ist, noch dazu, wenn die Zeiten, wie es in den letzten Jahren der Fall war, etwas schlechter geworden sind und die Leute wohl sehr gerne Schifahren gegangen wären, aber wegen der Kosten es unterlassen haben. Wir sollten bei allen Investitionen, die wir in Aufstiegshilfen und in sonstige Dinge hineinlegen, nicht vergessen, daß diese Orte nicht nur im Winter Einrichtungen brauchen, um die Auslastung zu garantieren, sondern sich im Sommer ein entsprechendes Programm schaffen, damit sie auch dann ihre Betriebe zumindest über zwei Saisonen auslasten können. Gerade die Obersteiermark hat im heurigen Jahr eine Fülle von solchen Programmen gezeigt. Ich denke an eine hervorragende Veranstaltungsreihe im Rahmen der WASBE. Suppan hat hier ein großes Werk für das steirische Ennstal für den Raum Schladming vollbracht, eine Veranstaltung, die wir vielleicht in ähnlicher Form zu wiederholen gedenken. Auch kulturelle Veranstaltungen, wie sie in St. Gallen stattfinden, wie sie im Ausseer Land mit dem Kultursommer und der AKU stattfinden und wie sie in vielen anderen Bereichen in der Steiermark mit qualitativ hochstehenden Veranstaltungen auf der einen Seite stattfinden und sicherlich auch mit dem nötigen Engagement der örtlichen Bevölkerung auf der anderen Seite, dienen dazu, um dem Gast zusätzlich zu den schon erwähnten landschaftlichen, kulinarischen, folkloristischen Gründen auch ein gewisses kulturelles Erlebnis zu geben. Wir sollen uns, meine Damen und Herren, auch nicht scheuen, die rund um die Steiermark liegenden kulturellen Ereignisse mit in die Programme aufzunehmen. Schladming, Aussee, die Ramsau oder Grundlsee zusammen mit zwei Veranstaltungen bei den Salzburger Festspielen ist sicherlich leichter zu verkaufen als das Programm allein. Man soll durchaus diese Symbiosen machen. Im Sport und im Tourismus zwischen dem Schifahren im Oberland und dem Badekurkururlaub in der Thermenregion gibt es die verschiedensten Möglichkeiten der Programmgestaltung. Wir wollen aber sicherlich kein Disneyland der älplerischen Art werden, sondern ein Land der schönen Landschaft, der guten Luft, des sauberen Wassers und der liebenswerten, freundlichen Leute. Meine Damen und Herren, am wichtigsten von allem ist und bleibt die Werbung. Die Steiermark ist noch viel zu wenig bekannt. Daher wünsche ich den beiden neuen Geschäftsführern unserer Steiermark-Tourismusgesellschaft einen guten Anspruch und ein gerütteltes Maß an Erfolg in der Fortführung der Tradition eines Pohl, eines Schrötter, eines Feldbaumer. Ich glaube, das Betätigungsfeld ist ein großes. Die Chancen sind gut, und wenn wir sie richtig nützen, dann kann es nur zum Wohle der Steiermark sein. Alle Bereiche sind aufgefordert, für die Steiermark zu werben, und da wollen wir auch in der Politik nicht haltmachen. Ein herzliches Glückauf dem steirischen Tourismus. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 20.36 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernko** (20.36 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist jetzt natürlich nicht so leicht, bei so wortgewaltigen Vorrednern, die über weltumspannenden Tourismus bis hin zum Steiermarktourismus sich zu Wort gemeldet haben, anzuschließen. Mir ist es nur vorbehalten, über das steirische Weinland zu reden, aber wahrscheinlich über die reizvollste und schönste Region in der Steiermark. (Abg. Ing. Mag. Hochegger: „Mitteleuropas!“) Mitteleuropas, danke, Herr Kollege. Die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes, und ich spreche heute vom steirischen Weinland, das sind acht Bezirke oder Regionalverbände, hängen von einem fruchtbaren Ineinandergreifen von bäuerlicher Produktion, von Tourismus, von der Wirtschaft, da sind die Klein- und Mittelbetriebe gemeint, ab, das heißt, die Trennung zwischen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung ist in der bisherigen Form nicht mehr aufrechtzuerhalten. Wenn wir in Zukunft die Regionalpolitik machen wollen, dann müssen wir die Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen schaffen, wie es auch gestern Frau Landeshauptmann Waltraud Klasic betonte, und zwar Rahmenbedingungen für eine gezielte bäuerliche Direktvermarktung. Landesrat Erich Pötl hat das heute schon sehr ausführlich ausgeführt, und zwar die Vernetzung von Tourismus und Landwirtschaft. Wir können es jetzt schon beobachten und verfolgen, daß im süd-, west- und oststeirischen Raum bereits über 100 ILE-Projekte, das sind bäuerliche landwirtschaftliche Projekte, entstanden sind. Daß hier eine Vernetzung von Landwirtschaft und Tourismus allerdings aber nur auf einer sehr, sehr kleinen Ebene entstanden ist, aber möglich sind. In Verbindung mit einer gewerblichen Standort-sicherung, den Ausbau der Infrastruktur, das ist für mich die Schiene, Straße und die fehlenden Verkehrsverbindungen, müssen die Rahmenbedingungen für den Grenzraum geschaffen werden. Im Gegensatz zu meinen Kollegen, die gestern gemeint haben, es ist der Beitritt Sloweniens und Ungarns mit Vorsicht zu genießen, so habe ich diese Bedenken nicht, und zwar deshalb, weil der Zukunftsmarkt Tourismus in den Ostländern für uns der Zielmarkt ist. Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß Ungarn und Slowenien Gäste in der Thermenregion, aber auch in den Schigebieten sind. Diese Osterweiterung birgt für die Steiermark und für den Grenzraum eine große Chance, aber auch eine Herausforderung. Ich wiederhole noch einmal, vorausgesetzt, wenn die Rahmenbedingungen, die ich vorhin erwähnt habe, für den Grenzraum geschaffen werden. Nachteile an der Grenze, die wir bisher erfahren haben, können wir jetzt schon und in Zukunft rascher überwinden, wenn wir noch vor dem Eintritt Sloweniens und Ungarns in die Europäische Union die uns zur Verfügung stehenden INTERREG-II-Programme nutzen, das heißt, einen Brückenschlag zwischen den Nachbarn mit EU-Förderungen unterstützen. Und zwar sind das grenzüberschreitende Aktivitäten, die uns stärken, aber auch die Nachbarn, insbesondere Slowenien, die den Wirtschaftsraum stärken und stabilisieren. Projekte solcher gemeinsamen Aktivitäten sind bereits entstanden und auch im Entstehen. Konkret sind das zwei INTERREG-Projekte mit Slowenien, das ist der Grenzkampanoramaweg, also ein Wanderweg, von Eibiswald beginnend bis nach Radkersburg und Slowenien, wandern, radfahren, auch

schiffahren mit der Murfähre. Ein zweites Projekt ist entstanden, das die Dreiländertour „Tour de Styria der Damen“ Slowenien, Steiermark und Kärnten verbindet, oder das Reitprojekt, das zwar kein INTERREG-Projekt ist, aber ein Westsüdoststeirisches Projekt, das noch im Aufbau ist. Aus dem Entwicklungsleitbild des Bezirkes Leibnitz ist das Projekt Naturpark entstanden. Das wird derzeit auch sehr zielstrebig weiter verfolgt, weil es auch in die Gartenausstellung 2000 sehr gut für uns hineinpaßt. Diese Projekte, die jetzt für sich und einzeln sehr hervorragende Projekte für das steirische Weinland sind, sind aber noch nicht grenzüberschreitend und noch nicht vernetzt. Und ich gebe dem Herrn Landesrat Hirschmann vollkommen recht, wenn er für die Steiermark in seiner Tourismuspolitik ausschließlich Leitprojekte unterstützt und forciert, die bewirken, daß eine einheitliche Gestaltungslinie schwerpunktorientierte Angebote, die themen- und regionsübergreifend sind, und auch Großveranstaltungen mitverknüpfen. Unser Ziel im steirischen Weinland ist, die Schwerpunktprojekte Wein, Rad, Wandern und Reiten zielstrebig auf- und auszubauen. Ein Erfolg zeichnet sich bereits schon aus der Nächtigungsstatistik ab, und ich erwähne nur, daß das steirische Weinland – hier sind auch die Thermenregionen miteingerechnet – über 2,9 Millionen Nächtigungen hatte, und zwar ein Plus einer Nächtigungssteigerung von 4,79 Prozent, verglichen mit der Steiermark 9,1 Millionen und ein Nächtigungsplus von 1,6 Prozent. Herr Landesrat, ich unterstütze auch deinen Appell an alle Tourismusverbände und Regionen zu kooperieren, denn gemeinsam haben wir bessere Erfolgchancen als Einzelkämpfer. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.42 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Beutl das Wort.

**Abg. Beutl** (20.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte mit meinem Beitrag von einer Erfolgsgeschichte berichten, denn es ist wahrlich eine Erfolgsgeschichte, wie es gelungen ist, aus einem ehemaligen Grenzland, aus einer Grenzregion eine blühende Tourismusregion zu entwickeln, und das ist in diesen letzten 25 Jahren wahrhaftig geschehen. Und keiner konnte ahnen, als damals unter Präsident Wegart die ersten Thermalbohrungen begonnen haben, ursprünglich wollte man ja nach Öl bohren, daß daraus tatsächlich eine so großartige Entwicklung resultieren würde, so daß jetzt die Thermenregion ein wahrhaftiges Leitprojekt im Tourismus darstellen kann. Und ich möchte das auch mit Zahlen belegen: Seit dem Jahr 1980 haben sich die Nächtigungen von damals etwa 600.000 auf jetzt 1,3 Millionen jährlich verdoppelt. Und wenn überall die Nächtigungen in Österreich zurückgehen, dürfen wir voll Stolz feststellen, daß in der Thermenregion im Sommerhalbjahr 1997 eine Million – sage und schreibe – eine Million Nächtigungen zu verzeichnen waren, ein Plus von 14,5 Prozent einmalig in Österreich. Gegen einen Applaus kann man da nichts sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Davon profitieren aber nicht nur die Thermenorte und die Gastronomie und Hotellerie in den Thermenorten, sondern selbstverständlich die gesamte Wirtschaft in der Region. Das

sind natürlich die Betriebe, das ist die Landwirtschaft, das sind die vielen Dienstleistungen, die hier angeboten werden. Und ich möchte auch hier einige Zahlen nennen, was die Investitionen anlangt. Es ist gewaltig, was in diesen letzten eineinhalb Jahrzehnten hier auch investiert wurde vom Land vornehmlich, aber auch vom Bund und in Folge nun auch über die Europäische Union. In den Thermenorten allein sind zirka 1,6 Milliarden Schilling für die Thermalanlagen investiert worden. An Folgeinvestitionen gab es dann für die Infrastruktur, Hotels, Gaststätten, Privatzimmer, aber auch für Wanderwege, Verkehrswege, Radwege und die Themenwege noch einmal 2,4 Milliarden Schilling. Und in den Gemeinden rundum ist ganz speziell für die Tourismuseinrichtungen ebenfalls eine Investition in einer Höhe von 250 Millionen geflossen, 4,25 Milliarden – glaube ich – haben sich aber letztlich wirklich gelohnt, und sie kommen nun zurück und haben einer Region wahrhaftig ein neues Image gegeben, denn wir sind nicht mehr Grenzland, wir sind Thermenland, wir sind Tourismusland. Die Schwerpunktangebote sind bekannt, Gesundheit, Wellness, Wein, Rad, Golf, aber schlauerweise und Gott sei Dank beginnen wir immer mehr, auch sozusagen die Auslastung für den Winter zu forcieren, und es werden ganz besondere Winterzuckerl angeboten, und ich lade Sie alle ein, speziell nach so anstrengenden drei Tagen, sich der Wärme in der Therme hinzugeben, Entspannung und Erholung zu suchen, und das mit besonderen Therapien, auch fernöstlichen Therapieformen, mit besonderen Gesundheits- und auch Schönheitsprogrammen zu ergänzen, denn dann können wir neue Abwehrkräfte und Lebensfreude tanken. Und das ist – glaube ich – auch das, was vermittelt wird in diesen Thermenorten. Daß natürlich Blumau ganz besonders lockt, ist klar. Aber auch der Slogan und das Motto „Heiße Quellen – junge Weine“, die nun den heurigen Winter angeboten werden, runden – glaube ich – diese Palette ab. Was gibt es Schöneres als zu sagen, „nimm dir Zeit zu leben“, ich lade Sie alle herzlich ein.

Ein Wort noch zu dieser Vernetzung mit der Landwirtschaft, die mehrfach angesprochen wurde. Sie passiert in der Oststeiermark ganz besonders stark, ähnlich wie das mein Kollege Tschernko auch angezogen hat, und ich möchte darauf hinweisen, wie beeindruckend und vielfältig die Angebote sind, die aus der Landwirtschaft kommen, und was den Bauern hier alles einfällt. Das ist wirklich sehenswert, und ich möchte von den Obstlehrpfaden, von den Herdgeschichten am Bioschlemmerhof überleiten zu den Kürbisfinessen, die hier entwickelt werden, zu den Erntedankfesten für Leib und Seele bis hin zu besonderen Modellprojekten der EU, wie etwa bei uns daheim in St. Anna am Aigen, wo es ein Wein- und Pfirsicherlebnis besonderer Art gibt, wo nämlich Urlaub am Bauernhof erweitert wird im Angebot, wo man dabei sein kann beim Schnapsbrennen und natürlich auch Einblick in die Kellerwirtschaft erhält. Auch hier sind gewaltige Finanzmittel auch aus der EU natürlich gekommen. Wenn man hört, daß etwa die Oststeiermark allein 43,9 Prozent aller steirischen 5b-Förderungen umsetzen konnte, die ein Investitionsvolumen von 1,7 Milliarden ausgelöst haben, dann zeigt das auch, wie vorteilhaft sich die EU für unsere Region ausgewirkt hat.

Und etwas ist ganz besonders erfreulich, das ist, daß auch unser traditioneller Kurort Bad Gleichenberg, der immer auch ein wenig im Abseits gestanden ist, weil er eben diese Landesinvestitionen nicht so lukrieren konnte, aber daß wir in Zukunft besser werden, daß auch bei uns das Angebot angenommen wird. Daß etwa die negative Kurtourismusentwicklung, die in ganz Österreich zu einem Minus von 25 Prozent geführt hat, für Gleichenberg nicht stimmt. Wir haben dank besonderer und neuer Therapieformen ein Plus von 10 Prozent zu verzeichnen, und auch bei den privaten Kurgästen gibt es eine Steigerung. Immerhin liegt Bad Gleichenberg mit 242.413 Nächtigungen an sechster Stelle unter den steirischen Gemeinden. Und wenn nun die Entwicklung so weit gediehen ist, und ich danke allen, die das unterstützt haben und mittragen und hoffentlich auch zu einem guten Ende bringen, daß nämlich der Ankauf der Aktien in greifbare Nähe gerückt ist, so darf ich Ihnen versichern, daß das für den gesamten Bezirk und die gesamte Region um Bad Gleichenberg herum eine ganz wichtige wirtschaftspolitische Entscheidung ist. Ich würde sagen, am Übergang ins nächste Jahrtausend kann uns nichts Besseres passieren. Ich bedanke mich noch einmal bei der gesamten Regierung mit der Frau Landeshauptmann an der Spitze, die sozusagen seit vielen Jahren ihre Hand über Bad Gleichenberg hält, daß hier etwas in Bewegung geraten ist und daß wir demnächst hoffentlich freudestrahlend über diesen Ankauf auch berichten können.

Ich bedanke mich bei unserem Landesrat Gerhard Hirschmann, der es wirklich versteht, Leitprojekte auch zu verkaufen, den Menschen das nahezubringen, worum es eigentlich geht in den einzelnen Regionen, die Unverwechselbarkeit zu erhalten und daraus etwas zu machen, was Menschen gerne annehmen. Noch einmal: ich lade Sie ein zu einem Entspannungswochenende in dem wunderschönen Thermenland der Oststeiermark. (Beifall bei der ÖVP. – 20.51 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schleich das Wort.

**Abg. Schleich (20.51 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich hier zum Tourismus Stellung nehme, dann nicht nur als Abgeordneter, sondern als Bürgermeister einer Tourismusgemeinde und als Tourismusobmann meines Ortes, denn das ist der einzige Verband, wo ich noch als Obmann tätig bin. Wir haben uns auch im letzten Jahr mit dem Kurort Bad Gleichenberg zusammengeschlossen, um gemeinsam hier etwas weiterzubringen. Wenn meine Kollegin Burgi Beutl hier gesagt hat, die Frau Landeshauptmann hat ihre Hand über Bad Gleichenberg gehalten, so freut mich das, daß sie die Hand über Bad Gleichenberg hält, aber sie hat sie in den letzten zehn Jahren leider zu lange über Bad Gleichenberg gehalten, als sie noch das Tourismusressort über hatte. Denn leider mußte Bad Gleichenberg, und das sind geduldige Menschen, natürlich die Erfolge von Loipersdorf und Bad Radkersburg miterleben, was uns persönlich sehr freut. Können Sie sich vorstellen, was sich die Bad Gleichenberger Geschäftsleute oder die Arbeitnehmer in Bad



Gleichenberg denken, wenn die Nächtigungszahlen ständig hinuntergehen, 20, 30 Prozent, die Investitionen nicht möglich sind, weil die Verdienste nicht da sind, und die Frau Landeshauptmann hält die Hand darüber und es passiert nichts. Ich glaube, das war sicher nicht der wirkliche Erfolg, oder glauben Sie das? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte von dieser Stelle hier wirklich einem danken, der hier das Lenkrad in die Hand genommen hat, und das ist Hans-Joachim Ressel, der dafür zuständige Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Er hat der Region Hoffnung gegeben und hat nicht nur die Verhandlungen aufgenommen, sondern hat hier auch in der Regierung den Antrag eingebracht, um hier ernstlich den Schritt weiter zu gehen, und ich glaube, es wird nicht mehr lange dauern, und Bad Gleichenberg wird zum Thermenland gehören, zu Loipersdorf, zu Radkersburg. Wir werden eine Thermenlinie haben, werden gemeinsam auftreten können und auch gemeinsam die Werbung bestreiten können. Ich bin nicht unbedingt ein Verfechter, daß man viel Geld für Investitionen ausgibt, wie in Blumau, was ich für gut heiße, daß es Blumau gibt, aber mir wäre lieber gewesen, die 200 Millionen Schilling für die Infrastruktur wären in eine Beteiligung eingeflossen, denn verschenken kann man es am Schluß immer, aber man weiß ja nie, wie es am Schluß ausschaut. Ich glaube, der richtige Weg ist, sich beim Land zu beteiligen, um auch die Sicherheit nach draußen und den Menschen damit Hoffnung zu geben. Was passiert in einer Region, in einem Bezirk wie Feldbach, wo sich die älteste und einmal führende Therme in der Steiermark befindet, wo eine ganze Region davon lebt, von St. Stefan bis Riegersburg, von St. Anna bis über die Grenze nach Slowenien, die auch von den Ausflüglern der Therme gelebt haben, die von den Einkäufern in der Stadt Feldbach gelebt haben und natürlich viele, viele Nebenerwerbslandwirte, die gerade von der ÖVP erwartet haben, Hilfe zu bekommen? Nebenerwerbslandwirte, wo die Frauen in der Therme arbeiten, die Männer unmittelbar dort in den Betrieben arbeiten, weil sie nicht auspendeln können, denn sonst können sie ihre Landwirtschaft nicht weiterführen. Ich weiß, von was ich rede, denn als Bürgermeister einer Landgemeinde kenne ich die Probleme, wenn die Leute zu Hause keine Arbeit haben. So hoffe ich, daß wir wirklich gemeinsam, alle, wie wir hier im Landtag sind, nach langer, langer Wartezeit, nach langem Drüberhalten der Hand von Frau Landeshauptmann, endlich hier zur Vernunft kommen und Bad Gleichenberg in dieses Thermenreich aufnehmen, denn der Bezirk ist ja im Aufschwung, im Aufschwung schon deshalb auch, weil auch die Verkehrsinfrastruktur zum Tourismus gehört. Endlich ist es soweit, daß die Umweltverträglichkeitsgutachten für die B 68, Anschluß A 2, gemacht werden, denn lange hat man mit den Grundstücken spekuliert, weil die Bauern sich mehr Geld erhofften, aber es ist nichts weitergegangen. Das dauerte wieder ein Jahrzehnt, wo der Bezirk geduldig gewartet hat. Endlich hat man auch hier Hoffnung, und man weiß, es geht etwas weiter. Es freut mich natürlich auch, daß die Landesberufsschule jetzt umgebaut wird, denn auch das ist ein wichtiger Faktor für den Tourismusstandort Bad Gleichenberg. Ich komme schon zum Ende. Es ist natürlich diese Hoffnung jetzt auch in die Menschen übergegangen, und so konnte

bei der letzten Tourismussitzung in Bad Gleichenberg festgelegt werden, daß in vier Bezirken ungefähr 40 Stück Infosäulen aufgestellt wurden, die als Information für die Gäste frei zur Verfügung stehen. Natürlich soll das auch in Bad Gleichenberg und deren Region passieren, wenn sie auch 140.000 und 150.000 Schilling kosten, weil sich die Leute wieder zu investieren trauen, weil die Leute wieder Hoffnung haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landesrat Hirschmann! Ich glaube, das müßte auch dich munter machen, daß nicht nur Großprojekte, sondern vor allem ein Bezirk, der davon lebt, wo unmittelbar Tausende Arbeitsplätze abhängen, Hilfe braucht und daß man dort auch unterstützen muß. Ich fordere dich dazu auch auf, denn wir tun uns auch schwer, Großprojekte in unserer Region zu verkaufen. Ich hoffe auf euer aller Verständnis und wünsche ein steirisches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ. – 20.57 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Pußwald das Wort.

**Abg. Pußwald (20.57 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte heute von einer zarten Pflanze in unserer Umgebung berichten, nämlich von der zarten Pflanze Tourismusverband „Freizeitarena Oberes Murtal“, in einer Region, die immer als Industrieregion bekannt war, die auch immer ein bißchen touristische Aktivitäten hatte, aber deren touristische Aktivitäten kaum von großer Bedeutung waren, außer für einzelne Familien und für einzelne Gemeinden. Hier haben sich die Gemeinden des Bezirkes Knittelfeld und Judenburg zusammengeschlossen und, so wie es der Name schon sagt, eine Freizeitarena mit Schwerpunkt Tagestourismus, mit Schwerpunktangeboten in der Region für die Menschen in der Region errichtet. Das ist eine an sich sehr schwierige Aufgabe, denn der Obersteirer des Murtales ist eher ein vorsichtiger oder ein zurückhaltender Mensch, und mit den Investitionen, die zu tätigen sind, um touristische Aktivitäten zu machen, ist er eher zurückhaltend. Deshalb sind die Aktivitäten, die von der Tourismusaktion selbst gestartet wurden, wie zum Beispiel im vergangenen Juni die großartige Flugschau in Zusammenarbeit mit dem Bundesheer, eine hervorragende Möglichkeit, sich als Region bestens zu präsentieren. Auch die Darstellung in den Medien war damit und davon sehr angetan, daß die Organisation sehr gut funktioniert hat. Es wurde auch ein großes Lob den Akteuren ausgesprochen. Eine zweite, weltweit sogar interessante Veranstaltung war natürlich die Grand-Prix-Veranstaltung in Spielberg. Auch hier wurde mit dem Tourismusverband und mit der Region engstens zusammengearbeitet. Auch da konnten beste Leistungen in allen Richtungen verzeichnet werden. Das schlägt sich auch darin nieder, daß Ecclestone und die FOCA im Lachtalhaus für die nächste Grand-Prix-Veranstaltung bereits 80 Betten reservieren ließen. Damit bin ich dort, was die Menschen in der Region eigentlich auch meinen. Hätten wir den Ausbau oder die Aktivierung dieses Österreicher-Ringes nicht gemacht, so hätten wir auf Grund der Verträge diesen A1-Ring beziehungsweise diesen alten Österreicher-Ring abbauen, entsorgen und wieder landwirtschaftlichen Gründen zuführen müssen. Und das allein hätte auch 200 Millionen Schilling

gekostet. So haben wir gute Möglichkeiten, uns als Land, als Region und auch als Österreich in aller Welt präsentieren zu können. Ich möchte auf einzelne meiner Vorredner insofern eingehen, daß ich total unterstreiche, daß diese Vernetzung zwischen den Ansässigen, zwischen den bäuerlichen und gewerblichen Betrieben notwendig ist, um Aktivitäten im Tourismus auf die Beine zu stellen. Hervorheben möchte ich hier wieder diese Freizeitarena, die sich mit Rad-, Mountainbike-, Reiter- und Ritterland im speziellen auseinandersetzt und versucht, neue Aktivitäten in die Region zu bringen. Ein etwas abgelegenes Dorf, sehr in der Einsicht unterhalb der Gleinalm, die Rachau, war schon einmal ein Sommerfrischegebiet und hatte sehr viele Menschen aus dem Raum Wien in früheren Zeiten beherbergt. Der Tourismus ist total zum Erliegen gekommen. Aber durch neue Aktivitäten – Almfrische Rachau genannt –, wird gerade dieses Almgebiet wieder aktiviert mit intensiver Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, zwischen Gastgewerbebetrieben und zwischen den Kulturträgern der Orte. Wir haben eine besondere Eß-, eine besondere Trink-, Fest- und Feierkultur, und das alles zusammen, zielorientiert verpackt, für die Menschen, die von außen kommen, machen unsere Region sicherlich in Zukunft sehr interessant. Eine ganz spezielle Bitte habe ich auch an dich, lieber Herr Landesrat, wenn wir Betten vermehrt zur Verfügung stellen wollen, um auch saisonal und den Tagestourismus auf eine längere Zeit auszudehnen als nur auf einen Tag, dann bitten wir, diesen kleinen ersten Initiatoren in der Beschaffung von Förderungsmitteln behilflich zu sein, indem die Rahmenbedingungen vielleicht für diese Region verändert werden und Investitionen in die Zimmer, in die Zusammenschlüsse einfach besser ermöglicht werden können. Damit bin ich dort, daß ich heute noch einmal Sie alle ersuche, sich die von Kollegen Vollmann erwähnte OGM-Studie zur Hand zu nehmen und hineinzuschauen und die Werte, die im vergangenen Jahr verzeichnet wurden, auch nachzuvollziehen. Wir haben immer schon gewußt, und diese Studie hat es erneut ausgewiesen, daß der Großteil der Steuerleistungen natürlich dem Bund zur Verfügung gestellt wird und das Land nur die Investitionen zu tragen hat. Auch deswegen habe ich letztes Mal hier gefordert, daß wir gemeinsam vom Bund die 120 Millionen, die ursprünglich einmal gefordert wurden, wirklich für die Region einfordern, um Aktivitäten und Investitionen im Bereich des Tourismus in dieser Region des oberen Murtales leichter und einfacher bewältigen zu können. In dem Sinne darf ich auch wirklich dem Landesrat Gerhard Hirschmann für das Durchhaltevermögen in dieser Frage noch einmal ein herzliches Danke sagen. (Beifall bei der ÖVP. – 21.05 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Es geht weiter mit dem Herrn Abgeordneten Straßberger.

**Abg. Straßberger (21.05 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident! Verehrte Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren!

Auch ich darf mich ganz kurz melden, und zwar in der nordöstlichen Obersteiermark findet man auch ein tolles Schigebiet mit hervorragenden Aufstiegshilfen,

die aber vielleicht zum Unterschied von anderen Regionen überwiegend in privater Hand sind. Und, sehr geehrte Damen und Herren, wenn man die Vergleiche mit den Betrieben, bei denen das Land Steiermark – sprich: Holding – beteiligt ist, und den Privaten anstellt, dann wird man doch etwas nachdenklich, denn hier ist der Wettbewerb doch verzerrt. In den letzten acht Jahren, an dem das Land Steiermark bei den Aufstiegshilfen mehr als 25 Prozent beteiligt ist, wurden 570 Millionen Schilling an öffentlichen Mitteln dort eingesetzt. Im Budget 1998 sind 209 Millionen Schilling und weiters 250 Millionen Schilling als Deckungskredit für derartige Aufstiegshilfen geplant. Für die privaten Initiativen in diesem Bereich sind 1998 lediglich 40 Millionen Schilling im Budget dotiert, wobei man aber sagen muß, daß hier 50 Prozent für den Wintertourismus und 50 Prozent für den Sommertourismus vorgesehen sind. Im Jahre 1996 und 1997 laut Voranschläge war hier diesbezüglich kein einziger Schilling im Budget angesetzt. Natürlich muß man sich bei den Holdingbetrieben, verehrte Damen und Herren, auf die regionalwirtschaftlichen Aspekte im Argumentationsbereich verlegen. Bei einer betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise ist die Situation bei einigen – und ich möchte sagen – bei vielen derartigen Gesellschaften nicht sehr gut bestellt. Wir kennen hier die Bilanzen, letztendlich im privaten Vergleich muß man das eingesetzte Kapital verdienen, um wieder dort investieren zu können. Und letztendlich möchte ich auch noch abschließend sagen, daß die privaten Aufstiegshilfenbetriebe doch 50 Prozent von dem Gesamtumsatz der Aufstiegshilfen in der Steiermark umsetzen. Ich bin aber trotzdem der Meinung – und der Herr Landesrat Ressel hat in seiner Budgetrede sehr deutlich das gesagt, und Heinz Vollmann hat es heute auch schon angezogen –, man soll das Programm, das man sich vorgegeben hat, auch abschließen. Und der Herr Landesrat Ressel hat hier gemeint, man soll die Riesneralm, die Aflenzer Bürgeralm und den Stoderzinken noch vollenden, zu Ende führen, und dann wäre diese Sache ausgereizt. Ich vertrete hier auch die Meinung, und ich weiß, das ist ein sehr heikle Thema. Ich möchte bitte hier nicht falsch verstanden werden, aber ich glaube, wir müssen einmal den Mut haben, diese Situation anzusprechen, anzudiskutieren und vielleicht auch nachzudenken, wie man in der Zukunft dies bewältigen kann, ich sage das sehr deutlich, um vielleicht doch einen fairen Wettbewerb mit den privaten Schiliftbetreibern umzusetzen. Ich habe hier eine Zeitungsmeldung, und zwar Aflenz wird zur Geistergemeinde. Das ist etwas überspitzt, und ich darf einen Beschlußantrag gerade für die Aflenzer Bürgeralm einbringen, und gestatten Sie es mir, nachdem ich aus dem Nachbarbezirk komme, es kann doch nicht so sein, daß man in Mariazell hier die Hilfestellung gewährt, am Präbichl, am Nideralpl, und auf der Aflenzer Bürgeralm nicht.

Ich darf hier den Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Gruppe 7 einbringen der Abgeordneten Straßberger, Schrittwieser, Tasch, Dr. Bachaier-Geltewa, Purr, Ing. Löcker und Mag. Zitz, betreffend die Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an der Aflenzer Bürgeralm, Bergbahn GesmbH. & Co. KG.

Das Schigebiet der Aflenzler Bürgeralm mit rund 25 Hektar präparierten Pistenflächen ist in den vergangenen Jahren verstärkt regionaler Konkurrenz ausgesetzt. Dabei wirkte sich insbesondere auch die angelnde Investitionstätigkeit nicht nur nachteilig auf die wirtschaftliche Entwicklung des Seilbahnbetriebes, sondern auch auf die gesamte touristische Entwicklung der Region aus. Zusätzlich führten witterungsbedingte Einflüsse, schneearme Winter et cetera schließlich dazu, daß die Berglift Aflenz Bürgeralm GmbH. Konkurs anmelden mußte. Nachdem die Weiterführung des Betriebes im Sommer 1993 gesichert war, übernahmen neue Gesellschafter und die Geschäftsführung intensive Bemühungen, durch die Realisierung bereits bestehender Ausbaupläne das Schigebiet zu attraktivieren und die wirtschaftlichen Perspektiven zu verbessern. Unter anderem wurde auch das Land Steiermark um Unterstützung und Förderung der geplanten Vorhaben (Kostenschätzung rund 225 Millionen Schilling) ersucht. Eine von der Steiermärkischen Landesholding ausgearbeitete alpine Entwicklungsstudie über die Ausbau- und Fortbestandmöglichkeiten der Aflenz Bürgeralm hat allerdings keine positive Beurteilung dieses Ausbaivorhabens ergeben. In weiterer Folge wurde von der nunmehrigen Aflenz Bürgeralm Bergbahnen GmbH. & Co. KG. ein modifiziertes Ausbauprojekt erarbeitet, wobei die Investitionskosten auf Preisbasis 1995, einschließlich „Unvorhergesehenes“, mit rund 124 Millionen Schilling ermittelt wurden. Wie Entwicklungen in benachbarten Schigebieten zeigen, sind derartige Investitionen in moderne und komfortable Aufstiegshilfen und zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur unumgänglich, um die Attraktivität des Schigebietes langfristig zu erhöhen und damit wettbewerbsfähig zu werden. Die Realisierung dieses Ausbaivorhabens kann jedoch keinesfalls ausschließlich mit privaten Mitteln erfolgen, wenngleich die Gesellschaft im Rahmen der bestehenden finanziellen Möglichkeiten zugesichert hat, 25 Prozent der Investitionskosten aus Eigenmitteln aufzubringen. Da durch verschiedene Beteiligungen des Landes bereits zahlreiche Tourismusinfrastruktureinrichtungen geschaffen wurden beziehungsweise sich die Beteiligungspolitik des Landes im Bereich des Tourismus insgesamt durchaus bewährt hat, sollte ein Engagement des Landes Steiermark an der Aflenz Bürgeralm Bergbahnen GmbH. & Co. KG. erfolgen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an der Aflenz Bürgeralm Bergbahnen GmbH. & Co. KG. eingehend zu prüfen und dem Steiermärkischen Landtag bis Februar 1998 darüber zu berichten. Verehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, diesem Beschlußantrag zuzustimmen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. - 21.12 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Kaufmann zu Wort gemeldet.

**Abg. Kaufmann (21.12 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es muß im Tourismus wohl so sein, daß sich die einen noch in der Planung befinden, während andere Regionen kurz vor der Fertigstellung eines Projektes

sind. Seit fünf Monaten wird am Präbichl gebaut. Was das für uns Vordernberger bedeutet, werden sich die wenigsten vorstellen können. Es gab Tage, an denen die Baustelle aus Sicherheitsgründen gesperrt werden mußte, weil so viele Menschen aus der engeren und weiteren Umgebung zuschauen wollten, wie ihr Präbichl wieder erwacht. Ich bin beauftragt, und ich mache das mit großer Freude, an unseren Herrn Landesrat Ressel die Grüße und den Dank einer ganzen Region zu überbringen, die in der Vergangenheit bestimmt nicht verwöhnt wurde, von einer Region, in der die Menschen eigentlich nicht mehr daran glaubten, daß ihr Hoffnungsprojekt verwirklicht wird, weil es unter anderem Politiker, wie zum Beispiel Präsident Vesko, gab, der ihnen über die Zeitung mitteilen ließ, daß er ihre Heimat für tot hält und daher nichts investiert werden soll. (Beifall bei der SPÖ.) Die Menschen wissen auch genau, daß es bei einem Ja zu Olympia für solche Projekte, wie es der Präbichl ist, bestimmt keine Mittel gegeben hätte. Trotz aller Hindernisse wurde Mitte Juni mit dem Bau begonnen. Was in diesen fünf Monaten am Präbichl geleistet wurde, grenzt fast an ein Wunder. Ich möchte trotz der fortgeschrittenen Stunde hier einige Firmen nennen: Lieber, Hitthaller, Scheriebl, Swietelsky, STUAG, Granit, Doppelmaier, Elin, AGP, Seiger, Stingl, Wastl und die Stadtwerke Trofaiach, die mit ihren Mitarbeitern fast Unmenschliches leisteten. Fast Tag und Nacht wurde in Tausenden Arbeitsstunden Tonnen von Erde bewegt, Hunderte Festmeter Holz geschlägert, Gebäude hingestellt und ein Speicherteich mit einer Kapazität von 75.000 Kubikmetern Inhalt fertiggestellt. Seit drei Tagen läuft die Vierersesselbahn im Probetrieb. Vor einem Jahr gab es am Präbichl einen Gewerbebetrieb, heute sind es fünf, und in einigen Wochen werden es sechs sein. Es gibt eine Reihe von Privatbetrieben, die bereit waren zu investieren, aber auch alle anderen Betriebe im Ort profitieren jetzt schon vom Schilift. In Zukunft wird es 15 ständige Arbeitsplätze durch die Schiliftgesellschaft Präbichl geben, und das ist für unsere Region sehr viel. Bedanken möchte ich mich aber auch bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Sie durch den Beschluß ja zum Präbichl gesagt haben, bei den Damen und Herren der Landesholding und bei Herrn Ing. Löcker, der vor Ort praktisch Tag und Nacht dieses Projekt plante und beaufsichtigte, der seit fünf Monaten keinen einzigen freien Tag hatte und mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Durchschnitt 250 Wochenstunden gearbeitet hat (Beifall bei der SPÖ.) und dadurch wesentlich zum Gelingen dieses Projektes beitrug. Ihnen allen ist es zu verdanken, daß ich heute sagen kann, der Präbichl lebt. Ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ. - 21.16 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Letzter Redner aus der Reihe der Abgeordneten ist der Herr Kollege Dirnberger. Er hat das Wort.

**Abg. Dirnberger (21.16 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, sehr verehrter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte meine Rede verkürzen, indem ich mich den Ausführungen des Kollegen Straßberger bezüglich der Landesholding und der privaten Schiliftbetreiber anschließe. Ich möchte folgenden Beschlufantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dirnberger, Porta, Mag. Zitz, Tschernko, Dr. Lopatka und Wicher, betreffend die Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an den Salzstieglbahnen, einbringen. Das Schigebiet Salzstiegl besteht nunmehr seit rund 27 Jahren und kann zweifellos als unverzichtbarer Bestandteil der Schiregion Süd bezeichnet werden. Die positive Entwicklung am Tages-tourismus aus dem Großraum Graz, aber auch die ständig steigenden Nächtigungszahlen, vor allem slowenischer und ungarischer Gäste, beweisen das. Das hat positive Auswirkungen auf die Gemeinden Hirschegg, Pack, Edelschrott und in Kleinfeld in der Gemeinde Reisstraße. So konnte eine Steigerung von 1994/95 von 14.121 auf 25.413 in der Saison 1995/96 verbucht werden. Das entspricht einer fast 80prozentigen Steigerung. Daß es natürlich auch ständige Weiterentwicklungen geben muß, zeigen die benachbarten Schigebiete in der Steiermark und in Kärnten. Da muß es natürlich auch dementsprechende Investitionen in moderne, komfortable Aufstiegshilfen geben. Es gibt Investitionskonzepte, die ausgearbeitet sind, und die könnten in der ersten Ausbaustufe bereits 1998/99 umgesetzt werden – Kostenpunkt 83 Millionen Schilling. Die zweite Ausbauphase ist ein längerfristiges Konzept – Gesamtkosten 98 Millionen Schilling. Daß dies natürlich nicht von privater Hand allein finanziert werden kann, ist klar. Deswegen stelle ich folgenden Antrag. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der vorliegenden Ausbauplanne die Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an den Salzstieglbahnen eingehend zu prüfen und dem Steiermärkischen Landtag darüber zu berichten. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 21.19 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat zu diesem Teil der Gruppe 7 Herr Landesrat Dr. Hirschmann das Schlußwort.

**Landesrat Dr. Hirschmann** (21.19 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich werde schauen, daß ich das, meinem Klubobmann zufolge, kurz mache, möchte aber trotzdem gerne einige Dinge zum Tourismus und zu den vielen vorangegangenen Reden hier anfügen. Ich möchte zunächst einmal, meine verehrten Damen und Herren, meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es – bis auf zwei ganz kleine Randbemerkungen – ausschließlich positive und sehr konsensuale Äußerungen waren. Ich freue mich darüber hinaus, daß ich von Frau Landeshauptmann mit dem Tourismus vor eineinhalb Jahren ein Ressort übernehmen durfte, in dem viele Dinge einfach heute ganz, ganz phantastisch laufen. Lassen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, einen kurzen Blick in die Zukunft werfen, um auf die Bedeutung des Tourismus in den nächsten Jahren und wahrscheinlich im nächsten Jahrzehnt insbesondere hinzuweisen, und die Bedeutung deswegen auch, weil ich davon überzeugt bin, daß der Tourismus eine ganz

enorme Zukunftschance für die steirische Wirtschaft ist und im nächsten Jahrhundert für die Steiermark eine enorme Bedeutung haben wird. Mein tüchtiger Mitarbeiter, Helmut Schnabel, hat mir eine Rede aufgesetzt. Zum ersten Mal in meinem Leben möchte ich aus einer aufgesetzten Rede einige Dinge verlesen, weil ich sie für außerordentlich interessant und wichtig halte. Es gibt eine Prognose der Welttourismusorganisation, derzufolge bis zum Jahr 2020 weltweit 1,6 Milliarden internationale Touristen zu verbuchen sein werden. Seit dem Jahre 1950 stieg die internationale Reisetätigkeit jährlich weltweit durchschnittlich um etwa 7,1 Prozent, ausgehend von 1950, damals gab es 25 Millionen Tourismus, im Vorjahr 1996 600 Millionen. Also man sieht schon, welche enorme Bewegungen hier im Gange sind. Im Jahre 2020, also in einer überschaubaren Zeitdimension, werden die Tourismuseinkünfte in Europa allein ungefähr 720 Millionen erreichen, mehr also als doppelt soviel wie im Jahre 1995. Und ganz wichtig auch in der Zukunftsdimension, daß nach dieser Prognose im Jahre 2016 – ich weiß nicht, wie genau die das immer auf ein Jahr hinprognostizieren können, aber da steht es jedenfalls so – es gegeben sein wird, daß die Anzahl der asiatischen Touristen in Europa die Anzahl der Amerikaner übertreffen wird. Umgekehrt, meine verehrten Damen und Herren, die Länder, die sich heute unter den Top ten in der Tourismusbranche befinden, werden durch die Chinesen eine große Änderung im Ranking erleben. So soll China bis zum Jahre 2020 immerhin das weltweite Hauptreiseziel sein. Die Deutschen – und das ist für uns wichtig, meine verehrten Damen und Herren – werden 2020 diejenigen Touristen sein, die am öftesten in fremde Länder reisen, gefolgt von den Japanern, den schon zitierten Amerikanern und an vierter Stelle die soeben angesprochenen Chinesen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Heinz Vollmann hat anfangs auf die Tourismusstatistik der Republik Österreich hingewiesen. Ich darf das ergänzen, Österreich hält derzeit am Welttourismus trotz dieser schwierigen Situation der letzten Jahre einen beachtlichen Marktanteil von 5 Prozent. Und das wiederum ist ungefähr das dreifache des Marktanteiles, den Österreich mit seinen Industriewaren auf dem Weltmarkt erringt. Mit diesem Verhältnis zwischen Tourismus und Industrieproduktion liegt Österreich in den OECD-Staaten, meine verehrten Damen und Herren, im Spitzenfeld. In dieser Situation hat die Steiermark, meine verehrten Damen und Herren, im Verhältnis zu einigen tourismusintensiven Regionen Österreichs viele Vorteile und, wie ich eingangs schon sagte, ein gewiß ganz großes Entwicklungspotential. Es wurde darüber hinaus vorhin mehrfach angesprochen die Notwendigkeit der Kooperationen der Regionen und das gemeinsame Auftreten auf einem gemeinsamen Markt. Lieber German Vesko, ich möchte mich da nicht festnageln auf 13 oder wie viele Tourismusregionen. Ich unterstreiche das voll und ganz, was du gesagt hast, daß jede unserer steirischen Regionen natürlich ihre unverwechselbaren Schönheiten hat, ihre unverwechselbaren Eigenheiten hat, und die will niemand irgendjemand nehmen. Ich meine nur, daß wir doch in den nächsten Jahren insgesamt eine gemeinsame Plattform der steirischen Tourismuswerbung in eben dieser vorhin angesprochenen weltweiten Konkurrenz angehen sollen.

Lassen Sie mich einen zweiten Aspekt ansprechen, der heute auch einige Male angesprochen wurde und den ich persönlich für sehr wichtig halte. Der Tourismusexperte des Wirtschaftsforschungsinstitutes in Wien, Egon Smeral, meint, daß eben die Tourismus-zukunft ganz wesentlich vom Erlebnistourismus geprägt sein wird, von den berühmten Themenparks, von modernen Museen, von Festivals und Sportgroßveranstaltungen. Und, meine verehrten Damen und Herren, ich selber möchte mich eigentlich nicht mehr sehr oft zu dem Thema in der Art und Weise äußern, wie das hier in den letzten eineinhalb Jahren immer wieder heruntergespielt wurde, und es ist auch heute eine kleine Anmerkung wieder gekommen. Das Ausspielen von solchen Dingen – und das ist ja nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern das ich heute internationales Niveau, das ist internationale Klasse – gegen das, was eine Selbstverständlichkeit ist auch in dieser Branche, daß wir gute Gasthäuser haben, daß wir hervorragende Hotels haben, daß wir tolle Leute haben, die noch freundlich sind, daß wir eine phantastische Landschaft haben, also das Ausspielen dieser Projekte gegen die selbstverständlich notwendige phantastische Infrastruktur im gesamten Tourismusbereich, das ist schlichtweg unklug und ist das Nehmen von Chancen, die wir brauchen in diesem Zusammenhang. Und der schon von Heinz Vollmann zitierte Zukunftsforscher Opaschewski hat besonders darauf hingewiesen, das möchte ich unterstreichen, daß – wie gesagt – wir in den nächsten Jahren in Europa jedenfalls, und gerade ein Land wie Österreich, sich vom Massentourismus, der gleichzeitig natürlich auch stattfindet, zurückziehen muß und zu einem echten Zielgruppentourismus kommen muß, das sind besondere Chancen für uns. Und er unterstreicht in dem Zusammenhang, daß auch – und das ist für Österreich wichtig, weil wir da, glaube ich, noch immer ein falsches Schwergewicht darauf haben, wenn das traditionell bliebe, nämlich, daß es eine Entwicklung vom sogenannten Erholungstourismus geben wird zum eben immer wieder angesprochenen Erlebnistourismus.

Und, meine verehrten Damen und Herren, letztes Zitat in diesem Zusammenhang, Opaschewski sieht nach dem Agrar- und nach dem Industriezeitalter das Erlebniszeitalter nahen, und das deckt sich mit dem, was Heinz Vollmann gesagt hat, wir müssen nur die richtigen Schlüsse ziehen und die richtigen Handlungen setzen, um eben hier für das 21. Jahrhundert gerüstet zu sein. Und er sagt, der Welttourismus des 21. Jahrhunderts trägt alles, nur eines nicht, nämlich Langeweile, meine verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, in diesem Zusammenhang – auch das wurde angesprochen, ich möchte das besonders unterstreichen, bei einer Gästebefragung des Fessel-Institutes hat die Steiermark beim Preis-Leistungs-Verhältnis, und das ist ganz wichtig, österreichweit den ersten Platz eingenommen. Und das ist eine tolle Sache, auf die wir wirklich stolz sein können, weil die Leute noch das Gefühl haben, da werden sie ordentlich behandelt, und da stimmt eben die Relation zwischen diesen zwei Faktoren. Und immerhin bei der Qualität des Services und bei den Erholungsmöglichkeiten hat in derselben Untersuchung die Steiermark den zweiten Platz erreicht. Das ist sehr viel und sehr

gut, aber wir werden auch hier noch den ersten Platz, meine verehrten Damen und Herren, nicht nur anstreben, sondern – wie ich mir sicher bin – ganz sicherlich erreichen. Es wurde darauf hingewiesen, meine verehrten Damen und Herren, daß die Steiermark neben den guten Wirtschaftsdaten, die im Anschluß eine wichtige Rolle noch spielen werden, im Tourismus dieses Jahres und der letzten Jahre – muß man sagen – bei allen Anfechtungen, die Österreich oder die traditionellen Tourismusländer, wie Kärnten, Salzburg oder Tirol, hinnehmen müssen, ganz phantastisch abgeschnitten hat. Ich glaube, das darf uns gemeinsam stolz machen in diesem Lande, weil das Wetter war ziemlich überall gleich in Österreich. Und wenn ich an vergleichbare Länder, wie Oberösterreich oder Niederösterreich, denke, die man mit der Steiermark in vielen anderen Dingen in etwa vergleichen kann, dann haben wir hier einfach eine außerordentlich bessere Situation, und das darf uns insgesamt stolz machen. Ich habe schon vorhin gesagt, es ist zu danken den guten Betrieben, den freundlichen Menschen in diesen Betrieben, und es ist natürlich den vielen Dingen, die auch angesprochen wurden, von der guten Gastronomie über den Wein, lieber Peter Tschernko, bis zum Holz und Wasser in der Obersteiermark, alles angesprochen worden, was eine touristische enorme Rolle spielt, was Landesrat Erich Pörtl heute auch im Zusammenhang mit der Landwirtschaft angesprochen hat. Und dafür sind wir außerordentlich dankbar. Und, meine verehrten Damen und Herren, wir werden selbstverständlich – und das wird unser ganz großes Ziel sein – die Politik vieler Leitprojekte in allen Regionen ganz konsequent fortsetzen. (Beifall bei der ÖVP.) Das sind, meine verehrten Damen und Herren, zum Teil bekannte und sehr erfolgreiche Infrastrukturprojekte, wie die Thermenregion, die Schiregion. Das sind dann Themenbereiche, die wir ansprechen wollen mit Holz, Wasser zum Beispiel, mit dem Wein. Wir haben ein sehr schönes Projekt auch mit dem bekannten Gastronomen Reitbauer im Mürztal, also in Bruck und in Mürzzuschlag, im Auge. Wir haben mit einem sehr berühmten Koch, den die Frau Landeshauptmann sozusagen für das Land wiederentdeckt hat, einen Oststeirer namens Johann Lafer, einen Kooperationsvertrag im Auge. Das heißt, wir werden schauen, daß wir auch über ganz bestimmte Themen, die wir für dieses Land konsequent durchziehen wollen, auch mit Aushängeschildern der Steiermark Erfolge erzielen können. (Abg. Dr. Wabl: „Mach einmal ein Probekochen mit den beiden Herren!“) Das wäre eine gute Idee. Das müßten wir nur mit dem Herrn Huber ausreden, aber ich glaube, der hat auch nichts dagegen. Mit Gunter Hasewend, der da hinten sitzt, werden wir das gerne aufnehmen und schauen, daß er einmal im Zusammenhang mit einer Landtags-sitzung in der Steiermark ist. Danke, Martin, das ist eine „schmeckende“ Idee von dir, und der werden wir gerne nachkommen. Ich möchte in diesem Zusammenhang weiter ansprechen, daß wir unendlich viele Initiativen, von der Schloßerstraße in der Südoststeiermark bis hinauf in das Ausseer Land, haben, möchte sie aber in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit nicht alle im Detail aufzählen. Ich möchte nur sagen, da tut sich etwas im ganzen Land, da sind wirklich Ideen, ist Phantasie dahinter, und da ist enorm viel an Anstrengung auch dahinter, bis hin zu den angesprochenen

Mountainbikewegen, die Kurt Tasch angesprochen hat. Wir werden auch ganz gezielt unser Radwegenetz weiter ausbauen. Auch hier ist in den letzten Jahren enorm viel geschehen. Es gehört auch zu der Themapalette, die man heute im Erlebnistourismus anbieten kann und anbieten muß. Lassen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, weil mein Lieblingsjournalist der „Neuen Zeit“, Helmut Griess, auch da sitzt, und daneben sitzt noch der Klaus Albertani, ein von mir sozusagen für dieses Jahr jedenfalls letztes Wort zu den Großveranstaltungen und zu den Events sagen. Ich freue mich, meine verehrten Damen und Herren, außerordentlich, daß das Ereignis am A1-Ring, und nicht nur die Formel I, sondern das Ereignis am A1-Ring, die gesamte Infrastruktur, die dort geschaffen wurde, und es handelt sich hier – wie Hermine Pußwald gesagt hat, und ich glaube, Hans Bacher ist davon auch betroffen –, um eine Freizeitarena Oberes Murtal, daß wir heuer dort immerhin an die 700.000, meine verehrten Damen und Herren, 700.000 Zuseher gehabt haben in einer Region, wo man bedauerlicherweise festhalten muß, sonst niemand hinkäme aus touristischen Gründen. Lieber Heinz Vollmann, wenn du kurz zuhören könntest, ich danke dir für deinen Hinweis mit den Steuererträgen. Das ist beim Zitieren immer ein bißchen schwierig, wenn man nur überhaupt einen Halbsatz mitten drinnen rausnimmt aus der Bachmaier-Studie. Es stimmt, wir können die Finanzverfassung nicht ändern, und die lautet in Österreich, daß von allen Steuermitteln, die eingehoben werden, rund 92 Prozent der Bundesfinanzminister einnimmt, rund 5 Prozent die Gemeinden einnehmen und die restlichen 3 bis 4 Prozent die Länder einnehmen. Und Bachmaier kommt zu dem Ergebnis, erstens, und das hast du vergessen zu zitieren, was aber sicherlich keine Absicht war, weil ich weiß, du bist ein sehr redlicher Mensch, aber du hast die wichtigere Zahl vergessen, daß allein in diesem Jahr, meine verehrten Damen und Herren, der Finanzminister auf Grund der gesamten Veranstaltungen am A1-Ring 355 Millionen Schilling an Steuern einnehmen wird, 355 Millionen Schilling. Man kann also sagen, nach zwei Jahren, meine verehrten Damen und Herren, sind die Investitionskosten fast zwischen eineinhalb und zweimal herinnen. Ich möchte jetzt nur der Ordnung halber festhalten und sagen, das sind Fakten, auf die man zurückgreifen kann. Ein Zweites, lieber Heinz, möchte ich in dem Zusammenhang ansprechen, und das ist mir ganz, ganz wichtig: Wir haben darüber hinaus bei so einem Projekt insbesondere zu registrieren, daß es für die psychologische Situation eines Landes und einer Region auch ganz wichtig ist, eine solche Möglichkeit der Darstellung zu haben. Wenn ich mir denke, was das für so eine Region bedeutet, drei Tage im Jahr, und damit unsere gesamte Steiermark weltweit einem Publikum von mindestens 500 Millionen Menschen, noch dazu bei so schönem Wetter, für das wir nichts können, aber für das wir auch dankbar waren, präsentieren zu können, dann ist das doch bitte auch eine psychologische Komponente, die ich in der Politik nicht übersehen darf und übersehen will. Ein Zweites, in dem Zusammenhang, meine verehrten Damen und Herren: Wir haben seinerzeit begonnen mit der Daviscupgeschichte. Es ist dann weitergegangen über zwei große Konzerte mit John Bon Jovi und mit den Rolling Stones bis hin zu diesem Ereignis. Ich

glaube, daß wir in der Steiermark das dringend notwendig brauchen, weil das einfach die besten Werbemöglichkeiten sind. (Beifall bei der ÖVP.) Wir können, und ich komme dann auf die Herren der STG ganz am Schluß noch kurz zu sprechen, das mit Hunderten Millionen an Werbeaufträgen, Jahr für Jahr, nicht wettmachen, was wir hier sozusagen gratis „drüberbringen“. Lassen Sie mich zu den Zahlenspielereien auch noch eines sagen: Nach der Bachmaier-Studie, auch wenn die Geschichte am A1-Ring eine Milliarde Schilling gekostet hätte an Investitionen, würde sie sich innerhalb von fünf und sechs Jahren, und so lange läuft der Vertrag, absolut rechnen. Ich rechne die vorhin angesprochenen immateriellen Geschichten gar nicht dazu. Zweitens in dem Zusammenhang, und das hat German Vesko angesprochen: Lieber German, ich darf dir zum dritten und nicht zum letzten Mal hier persönlich wirklich ein ganz großes Wort des Dankes sagen mit deiner Fraktion, und dasselbe gilt für meine natürlich im besonderen, weil ihr in einer ganz schwierigen Situation, die wenig von Sachkenntnis und wenig von redlicher Argumentation geprägt war, für ein wichtiges Projekt, für die internationale Präsentation der Steiermark, euch hingestellt habt, und das ist deswegen nicht einfach, weil ich gegen jedes Projekt auf dieser Welt, gegen jedes mittlere, große Projekt mit billigen Argumenten ganz billig immer polarisieren kann. Lieber German und liebe Freunde meiner eigenen Fraktion, aber auch der Freiheitlichen Partei, dafür bin ich dankbar, weil hier für die Steiermark eine ganz wichtige Sache gemacht worden ist und weil das durchgestanden worden ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte Sie hier mit keinen drei Minuten beschäftigen, aber ich möchte Ihnen nur etwas zeigen, Olympia-Bewerbung, weil du das angesprochen hast. Ich sage es deswegen, weil ich habe mir das genau durchgerechnet und auch die Alterskurven der hier anwesenden Regierungsmitglieder und der Abgeordneten: Ich halte zunächst einmal fest, ich freue mich außerordentlich für die Kärntner, daß sie in dieses Olympische Rennen geschickt werden. Ich freue mich, daß die Salzburger und die Tiroler, gleich wie wir seinerzeit, ohne daß sie von irgend jemanden darauf gestoßen werden mußten, erkannt haben, daß das für ein Bundesland eine so ungeheure Jahrhundertchance ist, sich mit einem solchen Sportereignis einen Infrastrukturschub zu holen, den du sonst nie erreichen kannst; zweitens, eine Werbemöglichkeit, von der ich gesprochen habe, und drittens auch einen Beitrag zu einer Identitätsfindung in einem Lande zu leisten, weil bei so einem Ereignis, wenn du es zugesprochen bekommst, hat man auch eine geistige Aufgabe zu bewältigen. Wenn ich mir anschau, wie plötzlich ein Wettbewerb unterschiedlicher Konzepte hier eingesetzt hat, die Tiroler mit der Umweltschiene, die Salzburger mit der Kulturschiene, die Kärntner mit dieser an sich von der Überlegung her phantastischen Überlegung einer Dreiländerbewerbung. Da wird ja bitte etwas mitproduziert, da wird ja etwas mitgenommen an geistiger Bewegung und an geistiger Zusammengehörigkeit, die über das berühmte Würstelpraterzitat hinausgeht. Und, meine verehrten Damen und Herren, politisch hat sich das von selbst erledigt, weil ich kann mir nicht vorstellen, daß Sozialdemokraten am Wörther See, in der Stadt Salzburg oder in Kitzbühel zu grundsätzlich anderen geistigen Dimensionen auf-

brechen können als die hiesigen, also kann es sich ja bitte nur um einen Irrtum, entweder der Dreierfraktion drüben handeln oder der hiesigen. Aber Schwamm darüber, ich möchte Ihnen nur sagen, weil ich vom Kollegen Flecker eine Äußerung gelesen habe irgendwo, daß wir mit unserer Bewerbung seinerzeit chancenlos gewesen wären. Ich zeige Ihnen nur, das ist bitte das Exemplar der Kärntner Bewerbung. Es kann sich das jeder bei mir, den es interessiert, gerne anschauen. Und das ist das Exemplar der steirischen Bewerbung, kann auch jeder anschauen. Ich würde Sie dazu einladen, das anzuschauen und dann das zu vergleichen, was wir an Bewerbung hingelegt haben, und das, was die Kärntner hingelegt haben, und dann soll sich bitte niemand mehr irgendwohin stellen und sagen, wir hätten keine Chance gehabt. Und einige der hier Anwesenden wissen, was Leo Wallner zu dem Thema gesagt hat. Und im übrigen darf ich für das Protokoll vermerken, bei der seinerzeitigen Bewerbungsentscheidung 2002 ist die Steiermark haushoch vor der Kärntner Bewerbung international bewertet worden. Aber um das geht es mir in dem Zusammenhang nicht. Ich möchte es nur am Rande festhalten, daß auch das kein Beitrag ist, das steirische Selbstbewußtsein, das Gott sei Dank deswegen nicht angeknackst wird, aber jedenfalls in diese Richtung zu dimensionieren, daß man glauben müßte, wir müßten uns vor den Kärntnern auch noch „gach“ fürchten. Also das ist in aller Freundschaft zu unseren Nachbarn Gott sei Dank nicht gegeben.

Allerletzte Bemerkung, meine verehrten Damen und Herren, in dem Zusammenhang, und das habe ich vorher mit dem Alter gemeint. Ich wünsche den Kärntnern, daß sie die Spiele 2006 zugesprochen bekommen (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.), weil es – meine verehrten Damen und Herren – zwischen Christoph Zernatto, dem Landeshauptmannstellvertreter Außerwinkler und, wenn ich mich recht erinnere, auch dem Landeshauptmannstellvertreter Gasser ein einziges Diktum, und zwar ein gleichlautendes, gibt für Kärnten, das ist eine Jahrhundertchance für die Wirtschaft, für den Tourismus und für die Selbstdarstellung Kärntens, eines Landes, das sich schwer genug in dieser Situation tut. Ich sage aber – zweitens – auch dazu, meine verehrten Damen und Herren, wenn es mit der Bewerbung nicht klappen sollte, dann sind wir noch jung genug, daß wir 2014 – sage ich gleich dazu, weil 2010 kommt Europa nicht dran, aber 2014 –, daß wir da wieder dabei sind. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber ich bin nicht mehr dabei!“) Nein, German, du bist dann in Bad Aussee, und ich würde mich persönlich dafür verwenden, daß du nicht nur im Bewerbungskomitee dabei bist, sondern dann auch im Organisationskomitee. Ja?

Allerletzte Bemerkung, meine verehrten Damen und Herren, zu diesem Bereich von internationalen Möglichkeiten einer Selbstdarstellung. Die Steiermark hat, meine verehrten Damen und Herren, drei ganz große Chancen gehabt, sich bei den drei wichtigsten Weltereignissen – ich will das gar nicht bewerten, weil da bin ich beim Martin Wabl in vielen Interpretationen – über alle Inhalte kann man streiten, aber es ist so, daß es drei Ereignisse weltweit gibt, die jeweils von einem Milliardenpublikum auf das Jahr gerechnet stattfinden. Das ist die Formel I, das sind Fußball-

europameisterschaften und Weltmeisterschaften und das sind Olympische Spiele. Ich bedaure es sehr, daß wir uns beim Fußball aus dem Rennen genommen haben, es ist gestern schon angesprochen worden. Da können wir uns im Moment leider nicht mehr einklinken, obwohl es noch nie so schön gewesen wäre wir jetzt, aber okay, man muß nicht auf allen Hochzeiten tanzen. Bei Olympia haben wir uns – wie gesagt – selber ins Knie geschossen, und, meine verehrten Damen und Herren, jetzt nicht, weil es mir da oben um das Formel-I-Rennen geht, aber wenn wir uns dort auch noch aus dem Rennen genommen hätten, dann würden wir schön ausschauen. Da lacht sogar die Barbara, das freut mich, da wirst du geschimpft bekommen dann nachher im Klub, liebe Barabara, aber wir bleiben dabei, das halten wir aus. Ich freue mich in diesem Zusammenhang, daß das so gelaufen ist. Eine vorletzte Bemerkung zu dem Thema, weil es der Herr Kollege Ressel richtigerweise in seiner Budgetrede auch angesprochen hat. Ich freue mich, daß er sich bekannt hat zum Thema „Unterhaltungstourismus und Kulturtourismus“. Und ich habe das hier im Landtag schon einmal gesagt, ich möchte das heute besonders hier wiederholen. Ich wollte mich bei der Kulturdebatte nicht einmischen, weil ich das nicht tu, aber, meine verehrten Damen und Herren, wenn ich mir anschau, daß wir im Moment vier, fünf Projekte am Tisch haben, die als Ergebnis eine Zwei- bis Dreimilliardeninvestition ausmachen, nur Investition ohne nachfolgende Betriebskosten, am Schluß lauter halbe Geschichten sind, gemessen an dem, was wir im 21. Jahrhundert mit dieser Landeshauptstadt an europäischem Wettbewerb auch haben werden, dann tut mir das auch wirklich weh, daß wir nicht die politische Kraft haben oder vielleicht auch noch nicht die Vernunft haben, uns zusammenzusetzen. Und die Frau Landeshauptmann hat vor einigen Wochen hier eine Einladung ausgesprochen, um an einem Tisch darüber nachzudenken, ob es verantwortlich ist in der Situation, einen Zwei- bis Dreimilliardenbetrag zumindest einmal anzudiskutieren für insgesamt fünf Projekte, von denen wir heute wissen, daß sie, jedes für sich genommen, mit Mürzzuschlag und Leoben nicht konkurrieren können. Ich möchte das dort drüben nicht bewerten, aber ich habe dem Landeshauptmannstellvertreter im Auftrag der Frau Landeshauptmann in mehreren Gesprächen und im letzten Jahr mehrfach gesagt, wir stehen zu einem Kunsthau am Schloßberg, wenn es wirklich eine Zeichensetzung europäischer Güte und europäischer Klasse ist. Und seid mir nicht böse, ohne – bitte – daß ich hier dem Wettbewerbsieger oder den anderen fünf Teilnehmern irgendwas unterstellen möchte, aber von einer europäischen Zeichensetzung kann bitte da drüben nicht gesprochen werden. Es handelt sich bestenfalls um eine Einstiegshilfe in den Schloßberg hinein, bestenfalls, bei dem Kunsthau. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das war eine schöne Herabwürdigung!“) Das ist keine Herabwürdigung, lieber Herr Getzinger, ich habe mit einigen Kollegen von eurer Fraktion gesprochen in den letzten Tagen – Herr Getzinger, Sie werden das Projekt nicht kennen – und mir 100prozentig recht gegeben. (Abg. Schleich: „Wäre gescheiter, ihr bezahlt am Ö-Ring die Rechnung!“ – Abg. Genaro: „Das paßt genau zu dir!“) Ich glaube, es war der Herr Direktor Gillich heute da, es ist mir aber nicht

bekannt, daß die irgendein Problem hätten, und der Bauausführende war der Hofrat Josel. Und ich möchte dem Herrn Hofrat Josel hier meinen besonderen Dank für seinen besonderen Einsatz dort aussprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme jetzt noch einmal zu deinen Einstiegs-hilfen, damit das nicht falsch verstanden wird. (Abg. Dr. Wabl: „Der Josel ist die Einstiegshilfe!“) Ich glaube, wir sind insgesamt noch beim Tourismus, und der Kulturtourismus ist laut Herrn Landesrat Ressel – was ich sehr unterstreiche – eine ganz besonders wichtige Facette unserer Tourismuspolitik. Und bitte, meine verehrten Damen und Herren, ich möchte hier eine offene Diskussion. Ich habe in mehreren Umfragen von steirischen Zeitungen keinen einzigen Künstler, keinen einzigen Kulturschaffenden gefunden, der auch nur bitte ein halbes Wort der Anerkennung für dieses Projekt übriggehabt hätte. Aber noch einmal, es ist noch nicht aller Tage Abend, man kann über alles reden, und man kann auch diese Sache noch optimieren. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Fragen Sie die Jurymitglieder!“) Herr Diplomingenieur, ich habe mit jemandem gesprochen, der in der Vorjury drinnen war, und ich erspare es Ihnen, und der zu den künftigen Nutzern zählen wird. Ich erspare Ihnen hier, das zu sagen, was der mir über dieses Projekt gesagt hat. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Ersparen Sie es mir nicht!“ – Abg. Schleich: „Schön langsam glaube ich wirklich, daß du nichts verstehst!“) Herr Bürgermeister Schleich, ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Ich erlaube mir hier noch in diesem Lande, frei meine Meinung zu äußern zu wichtigen Projekten, die meine Ressorts betreffen. Herr Bürgermeister, dazu werden Sie mir das Wort nicht verbieten, merken Sie sich das. (Beifall bei der ÖVP.)

Letzte Geschichte, wir haben darüber hinaus eine Reihe von wichtigen Zukunftprojekten, die Gott sei Dank schon auf die Schiene gebracht sind. Das ist einmal die Nordische Ski-WM im übernächsten Jahr, im Jahr 1999, die erneut eine gute Möglichkeit sein wird, die Steiermark einem internationalen Publikum darzustellen, und dann vor allem die angesprochene Internationale Gartenschau, die die Frau Landeshauptmann vor Jahren eingeleitet und vorbereitet hat, und das wird ganz sicherlich im Jahre 2000 eine großartige Möglichkeit sein, die steirische Landschaft insgesamt, aber insbesondere auch die Landeshauptstadt, international zu präsentieren. Wir überlegen auch ein Nachfolgeprojekt, das wir in den nächsten Monaten intensiv überlegen werden und das wir auch intensiv öffentlich dann hoffentlich diskutieren können. Ich möchte abschließend, meine verehrten Damen und Herren, mich besonders bedanken bei den schon angesprochenen Betriebsinhabern und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Tourismuswirtschaft. Ich möchte mich bei den vielen Funktionären und Managern der angesprochenen Tourismusverbände besonders bedanken, und ich möchte mich bei den Mitarbeitern der Steiermärkischen Landesholding sehr herzlich bedanken, die sehr vieles auch im Bereich der touristischen Infrastruktur beitragen am Gelingen des Erfolges der letzten Jahre, und vor allem auch, weil sie da hinten sitzen, beim Chef der Landestourismusabteilung Hofrat Hermann und beim Dr. Bögl, die eine ganz außerordentlich gute

Arbeit in den letzten Jahren geleistet haben, für die ich sehr dankbar bin. (Beifall bei der ÖVP.) Gleich dahinter sitzen die beiden heute schon angesprochenen und zu Recht mit Vorschußlorbeeren bedachten neuen Tourismusmanager Dr. Oberascher und Wolfgang Eltner. Ich habe vor einigen Wochen, wie sie sich dem Hearing gestellt und das auch exzellent bestanden haben, gesagt, das ist für mich ein Traumduo für die steirische Tourismuswirtschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Ich erwarte mir, daß sie zumindest die Hälfte der Vorschußlorbeeren einlösen, denn dann ist das sehr, sehr viel, und dann wird das für den steirischen Tourismus eine ganz große Sache in den nächsten Jahren werden, und der steirische Tourismus wird, meine verehrten Damen und Herren, eine ganz wesentliche Säule des steirischen Wohlstandes im 21. Jahrhundert sein. Ich bedanke mich. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 21.54 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Wir kommen nun zum dritten Teil der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Präsident Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (21.54 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Schicksal des Bereiches Wirtschaft mit der Landwirtschaft, dem Tourismus und der Wirtschaft per se bei den Budgetdebatten ist immer wieder dasselbe, es findet nämlich zu einem Zeitpunkt statt, wo niemand mehr weder die Lust noch die Kraft hat, aufmerksam zuzuhören. Und doch müssen wir uns diesem Ritual unterziehen, weil es immer wieder einiges zu den Bereichen zu sagen gibt, das aus dem Normalen hinaussticht. Wir erleben derzeit eine gigantische euphorische Kampagne des Wirtschaftsressorts und der Österreichischen Volkspartei über das Wirtschaftswunderland Steiermark in einer Dimension, die das Wirtschaftswunder der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, nämlich das der Bundesrepublik, in einem jämmerlichen Schatten erscheinen läßt. Es gibt kaum einen Tag, wo nicht eine Meldung in der Zeitung steht, daß wieder sensationelle Erfolge erzielt wurden und daß wir uns in ungeahnten Höhen bewegen, wobei ich nicht verhehlen möchte, daß ich durchaus auch hier am Horizont Licht sehe. Nur, die Euphorie, in die man hier hineingetaumelt ist, ist noch immer weit von der Realität entfernt. Das Gründungsalter der steirischen Wirtschaft in gigantischen Firmengründungen, Zahlen, die geradezu beängstigend sein müssen für unsere europäischen Nachbarländer, wobei man dann, wenn man an der Oberfläche kratzt, doch feststellen muß, daß die Dimension bei weitem nicht dort ist, wo sie liegt. Während wir auf der einen Seite Abgänge von Großunternehmen in Billiglohnländer haben, ersetzen wir diese teilweise auch, vor allem was die Zahlen betrifft, durch ein Eineinhalb-Mann-Ingenieurbüro und glauben damit, das große Wirtschaftswunder eingeläutet zu haben. Ein Sektor allerdings, meine Damen und Herren, nämlich jener der Fahrzeugindustrie, hat wirklich in der Steiermark Fuß gefaßt und eine Dimension erreicht, wo ich sagen muß, daß meine politischen Kollegen der vergangenen Perioden nicht erkannt haben, was hier passieren wird und hier passiert ist. Insofern muß man sagen, Gott sei Dank, daß andere die Mehrheit gehabt haben und daß es



dazu gekommen ist. Der Cluster Automobilindustrie ist sicherlich ein Großereignis für die Steiermark. Ich glaube daher, daß sich im Umfeld daran das eine oder andere noch knüpfen lassen wird. Der neue Cluster Holz wird auch bereits gelobt, obwohl er noch gar nicht aus der Taufe gehoben ist. Aber die jüngsten Holzpreiserhöhungen, wie wir heute gehört haben, sind auch bereits darauf zurückzuführen, daß wir auch einen Holzcluster haben werden. Herr Landesrat, ich möchte darauf hinweisen, daß wir auch andere Cluster haben, die uns Sorgen bereiten. Wenn ich mir nämlich die Obersteiermark anschau, dann habe ich dort einen Arbeitslosencluster. Wir haben in der Obersteiermark Arbeitslosenzahlen, die sich gegenüber jenen der ausgesprochenen Krisenjahre vor zwei Jahren überhaupt nicht verändert haben, während im Großraum Graz, bedingt durch die wachsende Autoindustrie und den Sog, den diese Industrie zwangsläufig erzeugt, auch im Pendlerwesen, sicherlich für diesen Raum eine wesentliche Beruhigung der Arbeitslosenzahlen erreicht werden konnte, während in den obersteirischen ehemaligen Industriezentren nach wie vor Hiobsbotschaften und Rettungsaktionen an der Tagesordnung sind. Wenn wir in den Bezirk Liezen hinaufschauen, dann schaut es dort noch viel tragischer aus. Es muß also, parallel zu dem Aufschwung rund um Graz, sofort begonnen werden, Maßnahmen zu setzen in jenen Bereichen, die nicht in den Sonnenschein der Autoindustrie kommen und die nicht in den Sonnenschein der Elektronikindustrie kommen, deren Auf und Ab wir ja auch immer wieder mit unterschiedlichen Meldungen, vom Schließen bis zum Neuaufmachen mit neuen Finanzspritzen und so weiter, sehen. Wenn wir es nämlich verabsäumen, jene Regionen, die unter dem Abwandern der Industrie sehr schwer gelitten haben, mit der entsprechenden neuen Infrastruktur zu versehen, und wir haben hier das große Projekt „Euro-Cryst“ vor Augen gehabt, das nunmehr – so schaut es aus – auch in weite Ferne gerückt ist. Man soll die Hoffnung aber nie aufgeben. Es wäre daher höchste Zeit, Herr Landesrat, daß wir auch in diesen Regionen mit der Arbeit, Arbeit zu schaffen, beginnen. Ich glaube, daß die Menschen dort oben, die bessere Zeiten erlebt haben und die sehr viel zum Wohlstand des Landes früherer Zeiten beigetragen haben, es verdient haben, daß man sich um sie kümmert. Es ist aber damit nicht abgetan, daß man sie jetzt mit touristischen Mäntelchen umgibt, sondern dort muß etwas geschehen. (Beifall bei der FPÖ, SPÖ und ÖVP.) Herr Landesrat, ich möchte nicht schwarzmalen, im Gegenteil. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Blau!“) Dann sage ich blaumalen, denn ich male gerne blau. Es kann nicht sein, daß wir uns damit zufriedengeben, hier in Graz die Voraussetzungen geschafft zu haben. Diese Region ist jetzt auf eine Schiene gestellt und müßte in der Lage sein, den Zug, der da fährt, selbst und alles, was an Ladung damit verbunden ist, zu transportieren. Wir müssen uns wohl oder übel anderen Bereichen zuwenden, die weniger erfolgversprechend sind, aber die umso notwendiger sind. Ich glaube, daß wir es uns nicht leisten können, uns nur auf das eine zu beschränken. Jubelmeldungen auf der einen Seite beunruhigen jene, die an dem Erfolg nicht teilhaben können beziehungsweise an denen dieser Erfolg vorbeigeht und die nur die Schattenseiten dessen sehen, was auf der anderen

Seite bereits mit Licht umgeben ist. Es ist aber auch Aufgabe der Gewerkschaft, es ist aber auch Aufgabe aller, der Politik und des Arbeitsmarktes, dafür zu sorgen, möglichst rasch in den noch verbliebenen Krisenregionen – und ich verwende das Wort „Krisenregion“ ungern, nicht deswegen, weil ich gehört habe hier im Landtag, daß es die Krisenregion nicht mehr gibt – es gibt in der Steiermark diese dunklen Flecken, und wir sollten schauen, daß wir sie möglichst rasch anbringen. Das ist die Aufgabe der verbleibenden drei Jahre in diesem Jahrtausend, glaube ich. Und wenn ich den Wunsch äußern darf, Herr Landesrat, und wir sind gerne bereit, an den Maßnahmen mitzuarbeiten in allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um zu erreichen, daß wir auch diesen Regionen jenes Maß an Arbeit zurückgeben, das sie brauchen, um a) leben zu können von ihrer eigenen Hände Kraft und daß wir auch dafür sorgen, daß diese Regionen nicht zu gestorbenen Industrierüsten werden auf der einen Seite, und auf der anderen Seite auch die Gefahr besteht, daß jenes Potential an willigen und geschulten Arbeitskräften verlorengeht. Der erste Schritt in diese Richtung heißt Ausbildung. Ausbildung in all diesen Regionen forcieren, Bildungsstätten zu errichten, um als ersten Schritt der Bevölkerung und vor allem der Jugend zu zeigen, daß sie nicht vergessen werden, und dazu, und darüber haben wir schon in den vergangenen Tagen gesprochen, gehören Fachhochschulen, gehören Schulen mit Matura, höhere Bildung, wie auch ein gerütteltes Maß an Möglichkeiten, eine Lehre zu vollziehen und einen Beruf zu erlernen. Ob das nun in zentralen Ausbildungsstätten erfolgt oder über das örtliche oder das regionale Gewerbe, ist im Prinzip sekundär, entscheidend ist, daß die jungen Menschen zu einer Ausbildung kommen. (Beifall bei der FPÖ, SPÖ und ÖVP.) Wenn es uns gelingt, meine Damen und Herren, das Vertrauen in die Politik auch dorthin zu tragen, wo die angenehmen Seiten noch nicht so dicht erkennbar und spürbar sind, dann bin ich überzeugt davon, daß wir bis zur Jahrtausendwende von einem kleinen steirischen Wirtschaftswunder reden können. Wenn es uns nicht gelingt und wir die Inselfunktion des Großraumes Graz als einziges Ziel vor Augen haben, dann werden wir große Enttäuschung in jenen Bereichen finden, die es nicht geschafft haben und die auch nicht in der Lage sind, es von sich aus zu schaffen. In diesem Zwiespalt und in dieser Schere bewegen wir uns, und wir müssen alles daransetzen, daß es uns gelingt, diese Probleme möglichst rasch zu lösen.

Ich möchte abschließend noch einmal unsere Bereitschaft hier deponieren, an allen Maßnahmen, dort, wo wir mithelfen können, mitzuhelfen, weil ich glaube, daß es zum jetzigen Zeitpunkt keine wichtigere Aufgabe gibt als dafür zu sorgen, daß wir im ganzen Land jenes Maß an Wirtschaftswunder, an Aufschwung haben, das das Vertrauen in unser Land wieder stärkt, das Impulse gibt, und dort, wo die erste Hilfe stattgefunden hat, ist es eine Hilfe zur Selbsthilfe. Und wenn einmal die Maschine, der Zug in Bewegung ist, dann werden viele aufspringen, und ich bin überzeugt davon, daß wir dann mit vollem Herzen und über das ganze Land verstreut davon reden können, daß es wieder ein steirisches Wirtschaftswunder gibt. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ, SPÖ und ÖVP. – 22.06 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Purr. Er hat das Wort.

**Abg. Purr (22.06 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was ich mit meinem Vorredner teile, ist sicher die Aussage, daß wir eigentlich diese Debatte Wirtschaft, Wirtschaftsförderung zu einem anderen Zeitpunkt führen sollten, allein von der Bedeutung her, die dieses Thema für Land und Leute hat. Von Euphorie und vom Taumel spricht hier niemand, wir taumeln nicht in eine Euphorie, wir sprechen auch nicht von einem Wirtschaftswunder. Es wäre sicherlich alles übertrieben. Wir haben eigentlich keine Jubelmeldungen. (Abg. Schrittwieser: „Darf ich eine Frage stellen? Ich bin auch der Meinung, aber die Frau Landeshauptmann läßt das auch plakatieren!“) Ich bin der Meinung, daß man mit Zahlen und Fakten doch an die Öffentlichkeit treten soll, wenn man weiß und wenn man es bestätigt erhält vom Wirtschaftsforschungsinstitut, daß die Steiermark die besten Konjunkturdaten Österreichs aufweist. Wir können doch solche Dinge nicht unter den Tisch fallen lassen, beiseiteschieben oder vielleicht, weil es gewissen politischen Gruppierungen so paßt, das Gegenteil davon in der Öffentlichkeit bekanntgeben. Zwei Drittel des österreichischen Beschäftigungszuwachses entfallen im letzten Jahr auf die Steiermark. Meine Damen und Herren, wenn ich mich zurückerinnere, vor rund zehn Jahren sind Redner aufgetreten und haben von einer Krisenregion und von einer Grenzlandregion gesprochen, Gott sei Dank sind wir von diesen Propagandaparolen im negativen Sinn weggekommen. Es ist heute davon keine Rede mehr, und die steirischen Initiativen sind am Erfolg meßbar. Und dennoch sage ich hier eines ganz deutlich, die Politik im allgemeinen muß auch in Zukunft rascher reagieren als das bisher der Fall war. Wenn es um Förderungen geht, muß die Entscheidung so rasch wie möglich fallen, was förderbar ist, was realisierbar ist, und die Zusammenarbeit von dynamischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ist eben im wahrsten Sinne des Wortes zu fördern. Das, was Paieryl, Wirtschaftslandesrat, immer sagt, „Abschied vom Gießkannenprinzip“, hat volle Gültigkeit. Wir bekennen uns dazu, es geht wohl anders nicht. Im Bereich der Industrie, es wurde schon erwähnt, hat das auch sehr viele Erfolge gezeigt rundum. Denken wir nur daran, daß man plötzlich im Zusammenhang mit dem Autoland auch von einem Autoland Steiermark spricht und es dort rund 100 Betriebe sind mit rund 10.000 Beschäftigten. Und das alles ist entstanden eigentlich aus der Idee der Clusterbildung. Und das ist nichts anderes als eine Pionierarbeit, deren Vernetzungsstrategie internationale Interesse und internationale Anerkennung gefunden hat. Und jetzt nicht einseitig hin-her, wir wollen nicht übersehen, was mit der Bauinitiative in diesem Land gelungen ist durch die Zusammenarbeit der Bauwerkschaft einerseits und der Zivilingenieurkammer andererseits. Dort konnten mit 100 Landesmillionen viele hundert Millionen Investitionen zusammengebracht werden, und es ist wirklich mehr als erfreulich, daß diese Initiativen in diesem Land Steiermark gesetzt wurden mit einer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, mit einem guten Regierungs-

team und nicht zuletzt aber auch auf Grund der Tätigkeiten eines Wirtschaftslandesrates, der sich gerade mit dem Begriff „Cluster“ einen internationalen Namen geschaffen hat. Die Idee „Schaffe Lehrplätze“, ich gehe hier nicht auf die einzelnen Zahlen ein und möchte nicht unbedingt jetzt im Detail mich verlieren, das sind alles Aktivitäten, die in vorbildlicher Weise von der Steiermark ausgegangen sind, über die Impulszentren, ganz wichtig, die neue Ordnung der Wirtschaftsförderung. Wenn ich mir denke, mit welchen Schwierigkeiten das oft verbunden war, mit wieviel Stellen man zu tun hatte. Wenn hier einiges vorwärtsgebracht wurde, so könnte man sagen, das ist steirische Pionierarbeit, die sich wirklich allmählich lohnt und abzeichnet. Niemand spricht von Euphorie und niemand vom Wunder, sondern das sind Fakten. Meine Damen und Herren, kehren wir auf die Erde zurück, bleiben wir Realisten, bleiben wir am Boden der Dinge. Nicht in allen Bereichen läuft es so, wie man es sich wünscht. Ich denke nur, was es im Bereich des Handels für Diskussionen gab, wenn man sieht, daß Einkaufszentren boomen und traditionelle Märkte dort und da verfallen, auch Städte ihre Mittelpunktfunktion verlieren. Das sind Vergleiche, die wir eventuell gerne dabei heranziehen. Wir waren vor kurzem in Deutschland, und zwar in Nordrhein-Westfalen, in dicht besiedelten Zentren. Dies könnten wir in unserem Land Österreich gar nicht in Anspruch nehmen. Nordrhein-Westfalen hat 17 Millionen Einwohner und 20 Millionen Besucher, ganz Österreich hat grob 8 Millionen Menschen. Ich glaube, das sind Größenordnungen, die keinesfalls auf unser Land übertragbar sind. Wir müssen auch Sorge tragen, daß es nicht zu solchen Monostrukturen seelenloser Vorstädte kommt, wie wir sie auch dort bei genauerer Beobachtung erlebten. Meine Damen und Herren! Halten wir uns das vor Augen, jede fünfte Gemeinde in der Steiermark hat keine Nahversorger mehr, 117 Gemeinden in der Steiermark können den täglichen Bedarf nicht mehr bieten. Der Mittelstand ist dort abhanden gekommen, und jetzt sage ich etwas zu meinem Heimatbezirk: Man stelle sich vor, es gibt rund 1500 Selbständige in den verschiedensten Bereichen, 500 verschwinden. 500 mal zwei, so brauchen wir grob gerechnet 1000 Arbeitsplätze zusätzlich für den Bezirk Deutschlandsberg, um die wir uns jetzt Gott sei Dank kraft ihrer Eigeninitiative, die sie entwickelt haben, nicht zu kümmern brauchen. Auch ein Wort sei hier aus aktuellem Anlaß gesagt, weil gerade bei dieser Debatte zum Thema Wirtschaft sich einiges um den 8. Dezember abgespielt hat. Das verdient nur ein Argument, nämlich das ganze Land ist Bühne. Der Handel meldet keine Rekordumsätze, und es gab kein Ansteigen der Umsatzziffern trotz des offenen Sonntags. Ich sage das auch hier in aller Deutlichkeit, daß man sich gerade hier so zerfranst, wenn es um den 8. Dezember geht, von verschiedensten Seiten, bleibt mir unverständlich, weil wir haben 52 Wochen grob im Jahr, davon haben wir 52 Sonntage. Alle Sonntage haben eine Bedeutung und nicht zuletzt eine ursprünglich christliche Bedeutung. Die Gewerkschaften haben die Feiertage ja nicht geschaffen. Warum gerade um diesen 8. Dezember so viel aufgewirbelt wird, wo es Hunderte und Tausende Menschen gibt, die sehr oft an Sonntagen arbeiten müssen (Abg. Schrittwieser: „Aber es müssen nicht noch mehr werden!“), ich denke dabei an die Leute in

den Krankenhäusern, in den Gastbetrieben und, und, und, das kann ich nicht verstehen. Man könnte das sicher einfacher lösen. In dieser Riesendiskussion hat der Österreichische Gewerkschaftsbund – sprich ÖGB – sicherlich nicht mehr getan, als seine Existenz unter Beweis gestellt. Keinesfalls kann für die Arbeitsplatzförderung im wahrsten Sinne des Wortes etwas getan werden. Lassen Sie mich hier eine Studie der Schweizer Bank-Gesellschaft erwähnen, die eigentlich beweist, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit in Europa in erster Linie auf eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen ist. Diese Studie beschäftigt sich auch mit unserem Land Österreich und führt darin das ausgeprägte Sozialnetz und die kollektive Lohnfestsetzung zu hohen Arbeitskosten und auch zur Lohnangleichung an. Wenn ich mir vorstelle, daß auch die Arbeitnehmer von dieser im Inland ausgelösten Bewegung um die ganzen Sozialversicherungsbeiträge dazu führen, daß sie sich fürchten vor dem, daß ihr Lohn immer kleiner oder immer weniger wird und die sozialen Lasten immer höher werden. Meine Damen und Herren! Was wird wirklich auch im Land Österreich für die Arbeitsplatzsicherung und für die Sicherung des sozialen Standards getan?

Ist es wirklich die Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Sozialversicherung, die ab 1. Jänner 1998 stattfindet? Ich bekenne mich zu dieser Versicherung, die ein soziales Netz bildet. Nur eines, es kann doch nicht ständig zu Lasten derer gehen, die ohnehin schon gemeldet sind, die ohnehin schon ihre Beiträge leisten, während die Allgemeinheit darüber nichts weiß.

Jetzt noch ein letzter Punkt: Die Freizeitunfallversicherung ist tabu geblieben. 80 Prozent aller Unfälle sind Freizeitunfälle. Leider sind es noch immer 20 Prozent Arbeitsunfälle, aber das ist scheinbar kein Thema. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten vielmehr zur Sicherung von Arbeitsplätzen davon reden, wie wir Unternehmen sichern, denn die besten und wohlüberlegten Pläne und Strategien werden wertlos, wenn wirtschafts- und fiskalpolitische Zukunft nicht berechenbar ist. Die Wirtschaftspolitik in unserem Land Österreich wird immer mehr von Ad-hoc-Maßnahmen beherrscht. Die Steiermark ihrerseits hat vieles getan, hat viele Initiativen gesetzt. Anders ist es nicht zu erklären, daß wir in der Steiermark mit solchen Fakten und mit solchen Daten aufwarten könnten. Wir müssen auch im gemeinsamen Orchester Österreichs versuchen mitzuwirken, daß sich, um bei diesem Ausdruck zu bleiben, die Rahmenbedingungen im Interesse der Menschen unseres Landes, im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft entsprechend ändern. Lassen Sie mich noch eines abschließend sagen: Arbeitsplätze. Was würde es bedeuten, wenn wir endlich einmal auf dem Sektor der Eisenbahnen eine Struktur schaffen könnten, die vergleichbar wäre mit den Beneluxländern Belgien, Niederlande, Luxemburg? Wenn Sie sich das dort anschauen, welche Dichte an Eisenbahnnetzen gebaut wurde, dann sind wir bei uns leider in der Phase, daß wir einerseits das Geld nicht haben und andererseits uns die Bewegungen sicher sind, die von vornherein dagegen sein werden, wenn es wirklich darum geht, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. In diesem Sinne sei allen, die Hand angelegt

haben, allen, die mutig die Zukunft bewältigen wollen, die die Schienen für die Zukunft mitgestalten und mitbauen, an dieser Stelle Dank gesagt, auch unserem Wirtschaftslandesrat, unserer Frau Landeshauptmann, aber auch der gesamten Landesregierung für alle Initiativen. Ein steirisches Glückauf. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.19 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als weiterer Hauptredner ist der Herr Abgeordnete Gennaro zu Wort gemeldet.

**Abg. Gennaro (22.19 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann mich meinen beiden Vorrednern in der Frage über den Stellenwert der Wirtschaftsförderung nur anschließen. Wenn ich mir die Journalistenbank anschau, so stelle ich fest, die Journalisten ziehen es vor, lieber das Hopfenkompott zu schlürfen, als sich über die Wirtschaft zu informieren oder was die einzelnen politischen Parteien dazu zu sagen haben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Wenn ich mir vor Augen halte, wieviel Zeit wir, und jetzt wird wahrscheinlich die Kollegin Zitz aufschreiben, für irgendeinen Buschen, der irgendwo draußen steht, oder für einen Baum verwenden, der vielleicht umgeschnitten werden soll (Abg. Mag. Zitz: „Es ist so primitiv!“), verwenden, und wieviel Zeit wir für die Wirtschaft aufwenden können, dann ist das für mich bedauerlich. Ich möchte in aller Kürze nur darauf hinweisen, daß unlängst die Konjunkturgespräche des Wirtschaftsforschungsinstitutes im Grazer Congress stattgefunden haben, wo namhafte Experten, allen voran Dkfm. Norbert Geldner, formuliert hat, daß sich unser Bundesland von seinen strukturellen Defiziten erholt und sogar stark aufgeholt hat, daß in der alten Schwerindustriezone, in der Mur- und Mürzfurche, neue, technologisch hochstehende Unternehmen entstanden sind und daß 3600 neue, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen wurden. In dieser Tonart, in diesem Tenor des positiven Befundes sollten wir uns aber, meine Damen und Herren, nicht dazu verleiten lassen, aus Bequemlichkeit, gestützt auf diese Analyse, in eine oberflächliche Betrachtungsweise abzugleiten. Wir müssen auch, und das haben die Experten gesagt, zwischen den Zeilen lesen, und hier warnen die Wirtschaftsexperten. Die strukturellen Probleme, da bin ich beim Präsidenten Vesko, sind nach wie vor vorhanden und daher zu beheben. Das hat damit nichts zu tun, daß wir krankjammern wollen. Ein wirtschaftlicher Durchbruch ist noch weit entfernt. 37.000 arbeitslose Personen im Jahresdurchschnitt in unserem Bundesland und eine für das Jahr 1997 prognostizierte Arbeitslosenquote von 8,2 Prozent sollten uns daran erinnern, daß noch vieles vor uns liegt. Technologie- und Dienstleistungsdefizite sind immer noch vorhanden. Wir haben beispielsweise keine Zentralverwaltung eines international agierenden Großunternehmens. Wir haben zu wenig Prüflabors, wir haben zu wenig Zertifizierungseinrichtungen, Baustoffe und Textil fallen mir da spontan ein. Die Nachfrage nach hochwertigen Dienstleistungen ist gering. Der Strukturwandel findet seine Grenzen, wenn es der Steiermark nicht gelingt, den Sektor der hochwertigen Dienstleistungen auszubauen. Wir sind konfrontiert mit der Europäischen Integration, mit den

Schlagwörtern Liberalisierung, Wettbewerbsdruck, Konjunkturaufschwung und auch Massenarbeitslosigkeit. Ostöffnung mit den Schlagwörtern Arbeitsmarktdruck, Produktionsverlagerung, Sozial- und Ökologiedumping. Und dazwischen liegt die österreichische Wirtschaft mit ihren Besonderheiten, wobei die Steiermark auch ganz spezifische Problemstellungen aufweist. Und daher sollte man auch die europäische Dimension nicht außer acht lassen.

Ich möchte einen Teilaspekt herausgreifen, und zwar das Ergebnis des Beschäftigungsgipfels von Luxemburg. Es gibt keine zusätzlichen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Staaten betrachten die Arbeitslosigkeit als nationale Aufgabe. Die konkrete Forderung nach der Senkung der Arbeitslosenrate von EU-weit 11 Prozent auf 7 Prozent war politisch nicht durchsetzbar. Für einen Arbeitnehmervertreter ist das eine Enttäuschung. Verbindliche Kriterien wurden nicht festgeschrieben, die EU verlagert mit dieser politischen Fixierung das Arbeitslosenproblem wieder rein auf die Ebenen des Arbeitsmarktes. Jetzt wird es darauf ankommen, meine Damen und Herren, daß für all jene, die mit dem Luxemburger Ergebnis unzufrieden sind, Partner zu suchen sind und auf Bündnisse einzugehen ist. Ich hoffe nur, daß der EU-Kommission und dem Rat der Staats- und Regierungschefs eindrücklich vor Augen geführt wird, daß eine Stabilitätspolitik ohne beschäftigungsfördernde Maßnahmen auf längere Sicht das Vertrauen der Bevölkerung und der arbeitenden Menschen verliert. (Beifall bei der SPÖ.)

Und das Stichwort „Osterweiterung“. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur sagen, das Plädoyer der Wirtschaft für die Notwendigkeit dieser Osterweiterung konkurriert mit der persönlichen Erfahrung jedes einzelnen Dienstnehmers, daß Wirtschaftswachstum, die Steigerung der Produktivität nicht automatisch eine Realeinkommenserhöhung ist und nicht automatisch ein Mehr an Arbeitsplätzen geschweige an Arbeitsplatzsicherheit bietet. Wir werden die Osterweiterung vor dem Hintergrund der Beschäftigungspolitik sicherlich kritisch zu hinterfragen haben, und ich nehme an, es ist eine Studie in Auftrag gegeben worden, sie wird es beweisen, daß Personenverkehrsfreiheit am Arbeitsmarkt die Grenzregionen – Kollege Tschernko – sicher stark belastet, die Kapitalfreiheit usw. voranschreitet. Ich hoffe, durch die mangelnden Standards im Sozial- und Umweltbereich, daß der Wettbewerbsvorteil nicht zu groß wird, weil er wiederum zu Lasten unserer Beschäftigungssituation geht. Daher werden wir an Brüssel herantreten müssen, die Bundesregierung und auch die Länder, geeignete Maßnahmenpakete zu schnüren, die die steirischen Grenzregionen vor den drohenden negativen ökonomischen Effekten der Osterweiterung schützen. Ich meine damit einen Ausgleich zu schaffen für jenen Schaden, der durch die politisch gewollte Ostöffnung entstehen kann, Kollege Tschernko. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Anzeichen, meine Damen und Herren, des konjunkturellen Aufschwunges sind nicht zu leugnen. Wir wissen das aus vielen Betriebsbesuchen, daß sie uns das bestätigen. Aber wir haben auch – und es wurde bereits erwähnt – einige Problemkinder, die wir in diesen drei Tagen auch offiziell zur Kenntnis

nehmen mußten. Ich glaube, daß auch die Wirtschaftsdaten generell als gut zu bezeichnen sind, wir müßten nur diese anziehende Konjunktur, von denen einige und sicherlich mehrere profitieren, für ein Mehr an Beschäftigung sorgen. Zwei Aspekte möchte ich aufgreifen, die in der wirtschaftlichen Debatte meiner Meinung in den Hintergrund getreten sind. Ich möchte es sogar formulieren, daß sie verschämt verschwiegen werden. Ich spreche von den Belastungen und Leistungen der Arbeitnehmer, der Angestellten, Beamten, das heißt, einfach aller unselbständig Beschäftigten in Österreich. Von den Lohnstückkosten und vom Volkseinkommen. Das statistische Zentralamt als auch das WIFO stellen fest, daß unsere Industrie im Vergleich seit Jahren eine ausgezeichnete Lohnstückkostensituation vorweisen kann. Mit der Abflachung des Lohnauftriebes und der Erhöhung der Produktivität erreichte Österreich 1996 einen Wert von nur 92 Prozent des Wertes von 1981. Das heißt, Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen in der Industrie werden im erheblichen Ausmaß durch Produktivitätssteigerungen wettgemacht. Gleichzeitig sehen wir auch am Arbeitsmarkt steigende Arbeitslosenquoten, Langzeitarbeitslosigkeit, angespannte Lehrstellensituation, rückläufige Facharbeiterausbildung. Ich stelle daher fest, daß die unselbständigen Beschäftigten verlieren, sie tragen die Modernisierung der Wirtschaft, sie tragen auch die Lasten der Dividendenpolitik. Und die Parlamentskorrespondenz umschreibt diesen Effekt sehr fein, sie sagt nur, daß das Volkseinkommen nur um 1,6 Prozent gestiegen ist, die Bruttoentgelte für die Beschäftigten um 1,4 Prozent, aber die Gewinne, Einkünfte aus Besitz der Unternehmungen sowie Gewinne der Kapitalgesellschaften um 3,7 Prozent. Was heißt das, meine Damen und Herren, im Klartext?

Die unselbständig Beschäftigten haben ihren Teil zur Wettbewerbsstärke der österreichischen Industrie beigetragen. Sie haben jetzt auch ein Recht, daß ihnen einmal seitens der Wirtschaft mit Arbeitsplatzsicherheit und Einkommensstabilität gedankt wird. Die politisch Verantwortlichen haben Rahmenbedingungen und Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen, um die regionalen Entwicklungen zu forcieren. Wir müssen einen Trend beobachten, daß unsere Industrie, gestützt auf das Argument des internationalen Konkurrenzkampfes, nicht bereit ist, auch nur irgendeine wirtschaftliche oder regionalpolitische Verantwortung zu übernehmen. Im Gegenteil, selbst das industrielle Risiko mancher Unternehmer sollte noch vom Land abgedeckt werden. Ich sage nur ein Beispiel, weil wir es jetzt schon im Wirtschaftsbeirat haben und auch in die Regierung und in den Landtag kommen wird: Förderung Stahlcord – 35 Millionen Schilling, wo die Produktion teilweise nach Ungarn verlagert wird. Wenn wir es nicht machen, ist die gesamte Gefahr, daß sie uns erpressen und sagen, dann sind 150 Arbeitsplätze weg. Ein weiteres Beispiel in aller Kürze: Lehrlingsstiftung, da kann man über ein Für und Wider einer Lehrlingsstiftung sprechen, ob vielleicht nicht auch das Gewerbe in diese Maßnahme einbezogen werden kann. Eines müssen wir schmerzlich zur Kenntnis nehmen, daß die Politik aufgerufen ist, leider dieses Marktversagen dieser Lehrlingsstiftung zu korrigieren. Es sollte uns zu denken geben, daß wir die Jugend, unser

Kapital, welches in Zukunft für die Wertschöpfung sorgen wird, als Stifflinge behandeln. (Beifall bei der SPÖ.)

Die öffentliche Hand finanziert im Wege des Finanzausgleiches hauptsächlich mit Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und aus der Lohnsteuer eine Vielzahl von Qualifikations- und Infrastrukturmaßnahmen zugunsten der Unternehmer, damit die Gewinne auf anonymen Depots in diversen Steueroasen verschwinden. Das kann man auch nachweisen. Wir werden das Problem im Landtag nicht lösen können, aber vielleicht hat die Frau Landeshauptmann auch die Möglichkeit, im Ausschuß der Regionen dies zur Sprache zu bringen.

Die steirischen Arbeitsmarktdaten liegen vor. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Konturen der Ausgrenzungen immer schärfer werden, die Langzeitarbeitslosen befürchten, daß sie auf immer arbeitslos bleiben, es gibt genügend Zahlen dafür. Die Erwerbsquote der Frauen steigt gleichzeitig, aber auch die Arbeitslosenquote der Frauen. Die Frauenarbeitsplätze sind schlecht bezahlte Teilzeitjobs, und die Erwerbsquote der Frauen ist dennoch gering. Es hat einer gesagt, die traditionelle Obersteiermark. Früher haben die Männer in der Obersteiermark soviel verdient, daß sie ihre Familie, ohne daß die Frau arbeiten gehen mußte, ernähren konnten. Heute ist das nicht mehr der Fall. Es fehlen uns auch spezifische Programme im Dienstleistungsunternehmen, vor allem in der Obersteiermark. Das hat auch der Präsident Vesko herausgestrichen, wir müssen sie bekommen, damit wir die notwendige Frauenerwerbsquote etwas anheben können. Das Beschäftigungsförderungsgesetz, daß wir eingebracht haben und das, muß ich jetzt bedauerlicherweise sagen, von der ÖVP blockiert wird, wir können mit diesem Gesetz nicht die Probleme des Landes lösen, aber wir gewinnen damit die Kompetenz, Handlungsfähigkeit und stellen wirtschaftspolitische Weichen. Ich hoffe, daß wir bald zu einer Einigung innerhalb der Parteien kommen. (Beifall bei der SPÖ.) Und ziemlich zum Schluß kommand, meine Damen und Herren, 25.000 Steirer und Steirerinnen pendeln in andere Bundesländer, sie finden dort Beschäftigung und Einkommen. Diese Auspendler sind natürlich vorwiegend Saisonbeschäftigte im Bau und Fremdenverkehr. Das heißt im Klartext, mit Saisonbeginn exportieren wir qualifizierte Arbeitskräfte, und am Saisonende importieren wir wieder die Arbeitslosigkeit. Wenn 115.000 Dienstnehmer zumindest in der Steiermark einmal im Jahr mindestens einen Tag lang von Arbeitslosigkeit, und das ist ein statistischer Wert, betroffen sind, sind das 28 Prozent der unselbständig Beschäftigten in der Steiermark. An dieser Zahl kann man nicht vorbeisehen. Meine Damen und Herren! Wir sind hier mit diesem Budget für das Jahr 1998, aber auch mit dem Budget für das Jahr 1999, aufgefordert, wirtschaftspolitische Weichen zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Politik hat die Möglichkeit, gestaltend zu wirken, und sollte daher auch diese ihr zustehenden Möglichkeiten nutzen, wobei immer ein Zusammenspiel zwischen Regionalpolitik, Technologiepolitik und der Qualifikation absolut erforderlich ist. Und, Frau Landeshauptmann, wo sind die Ergebnisse des arbeitsmarktpolitischen Koordinationsgespräches? Wo

sind die Unterlagen, Konzepte, die Zielsetzungen für unser Bundesland, welche in den arbeitsmarktpolitischen Koordinationsgesprächen im Februar und im Juni dieses Jahres auf höchster politischer Ebene von den Spitzen der Sozialpartner, von den Spitzen der Landesregierung angesprochen wurden? Wir sind hier säumig, und das muß ich leider feststellen. (Beifall bei der SPÖ.) Das Land und die Betroffenen. Sie, Herr Landesrat, die Frau Landeshauptmann und alle, auch die Sozialpartner, die Sie eingeladen haben, wo Sie gesagt haben, Sie werden sie zu einem Gipfelgespräch einladen. (Abg. Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Gilt das für den Landeshauptmannstellvertreter nicht?“) Ich sage alle, aber Sie haben nichts weiter gemacht. Ich möchte mit der Pressemeldung von Herrn Helmut Kramer, dem Leiter des Institutes für Wirtschaftsförderung, schließen. Er hat verkündet: „Der Aufschwung ist wirklich da.“ Ich setze natürlich hinzu: Wer sonst. Ich erinnere nur an meine Ausführungen zum Luxemburger Gipfel; die Region ist jetzt aufgerufen, meine Damen und Herren, wir gemeinsam, diesen Aufschwung in Beschäftigung umzumünzen. Gehen wir es an im Sinne unserer Steirerinnen und Steirer. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 22.34 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

**Abg. Mag. Zitz (22.34 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte noch Anwesende am dritten Tag des Budgetlandtages um 22.30 Uhr in der Nacht!

Ich habe mich zu diesem Thema gemeldet, weil es eine der wenigen Möglichkeiten ist, daß man im technologiepolitischen Bereich Position beziehen kann, und zwar in einem technologiepolitischen Bereich, der aus meiner Sicht unbedingt begleitet werden muß mit einer relativ klaren politischen Positionierung. Ich mache deswegen mein Statement sehr bewußt beim Bereich Wirtschaftsförderung, und nicht bei anderen artverwandten Themen, wo das inhaltlich eventuell auch hineinpaßen würde. Der Schwerpunkt meiner Wortmeldung wird sich auf Informationstechnologien beziehen, auf Telekommunikation, und zwar einfach deswegen, weil, seit ich im Landtag bin, seit zwei Jahren, im Landtag zu diesem Bereich noch nie breiter politisch diskutiert wurde, abgesehen von dem, was sich im Bereich Internet, Intranet beziehungsweise Steiermark-Server tut, ein Bereich, den ich als sehr wichtig empfinde, der auch konkret für den Grünen Landtagsklub einiges an strukturellen und Kommunikationsverbesserungen gebracht hat, der aber ganz klar nur ein bestimmtes Segment, nämlich eines, das für verwaltungs- und parteipolitisch aktive Menschen zugänglich ist, der dieses Segment abdeckt. Wie schon gesagt, wir haben im Frühjahr einen umfassenden Antrag zur Telekommunikation und Informationstechnologie in der Steiermark eingebracht. Ich muß sagen, daß die Recherchen für diesen Antrag für mich insofern gar nicht so einfach waren, als ich gemerkt habe, daß dieses Thema in Österreich zwar in den Medien ziemlich stark aufgegriffen wird, meistens auch in sehr verkürzter, sehr populistischer Art und Weise aufgegriffen wird, daß es aber qualitativ höherwertige Publikationen dazu kaum gibt. Es sind

im Jahr 1996 etwa erst von seiten von GPA dazu diverse Publikationen erstellt worden. Es gibt zum Bereich „Einschätzung der Telearbeit“ als eine Form des Produktivwerdens seit dem Jahr 1996 erst von der GPA Vorschläge zur Gestaltung. Es gibt auf der Steiermarkebene natürlich die Telekommunikationsinitiative „Steiermark“, die da im Landtag eigentlich auch noch nie breiter politisch diskutiert wurde, weil dieses Thema leider Gottes wahrgenommen wird, präsentiert wird und auch politisch entwickelt wird als ein reines Landesregierungsthema. Ich würde mir sehr wohl wünschen, daß dieses Thema einer breiteren politischen Diskussion unterworfen wird, auch eine Diskussion, wo es allen Landtagsfraktionen sozusagen möglich ist, hier zu partizipieren. Ich glaube, daß im Telekommunikationsbereich und informationstechnologischen Bereich in der Steiermark Initiativen gesetzt wurden, soweit ich mir Überblick verschaffen konnte, dankenswerterweise auch durch die zuständigen Hofräte, Beamten, Beamtinnen, Vertragsbediensteten in den damit beschäftigten Abteilungen. Ich habe den Eindruck, daß es in der Steiermark dazu einiges an Initiativen gibt, daß aber aus meiner Sicht zu dieser telekommunikationspolitischen Initiative so etwas wie ein gesellschaftspolitisches Leitbild fehlt. Diese Initiative ist sehr stark strukturpolitisch, regionalpolitisch und wirtschaftspolitisch ausgerichtet, was legitim ist. Aber es werden bestimmte gesellschaftspolitische Bereiche nicht angesprochen, die mir aus dem spezifischen Blickwinkel meiner Fraktion, der Grünen Alternative, durchaus ein Anliegen sind, und deswegen möchte ich sie auch einbringen. Ich würde mir wünschen, daß bei den Schritten, die in die Richtung Steiermark, und ich sage jetzt einmal – populistisch verkürzt – interaktive Steiermark, daß die Schritte, die in diesem Bereich gesetzt werden, politisch mehr von außen begleitet werden, als ich das derzeit wahrnehme. Ich wünsche mir auch, daß man, was jetzt das Berufsbild der Telearbeiterin oder des Telearbeiters betrifft, sich an das hält, was die GPA vorgibt, nämlich Telearbeiter oder Telearbeiterin als Berufsbild ist prinzipiell abzulehnen. Das ist meine Position, und ich glaube, das ist eine bestimmte Form des Arbeitens, eine bestimmte Form des Tätigwerdens. Wenn man Personen auf diese Tätigkeitsform reduziert, ist das für mich ein genauso entfremdeter Arbeitsbegriff wie der der Fließbandarbeiterin oder des Fließbandarbeiters. Das ist eine Positionierung, die auch von der GPA angestrebt wird, und, wie schon gesagt, es gibt erst seit kurzem überhaupt eine kollektivvertragliche Vereinbarung Telearbeiter und Telearbeiterinnen. Das ist ein durchaus problematischer Bereich, weil erstens einmal die Abschätzungen, wieviel Telearbeiter und Telearbeiterinnen es gibt, völlig unklar sind. Es gibt in Österreich derzeit keine Statistiken. In Deutschland schwanken die Statistiken zwischen 20.000 und 150.000 Beschäftigten. Das heißt, wir haben da eine Spannbreite, die eigentlich mit keiner Art von Logik erklärbar ist, außer dadurch, daß das eine neue berufspolitische und natürlich auch gesellschaftspolitische Entwicklung ist, die sehr, sehr oft von Techniken begleitet wird und wo aus meiner Sicht eine breitere gesellschaftspolitische Einbettung noch nicht so weit ist, wie ich mir das wünschen würde. Noch ein Thema: Ich möchte eine Zahl zitieren, die aus Deutschland bekannt ist, und ich bin selbst eine sehr begeisterte

PC-Benutzerin, wenngleich ich mich trotzdem auf Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen oder auf nette Menschen verlassen muß, die mich da unterstützen, der lebenszyklusweite Materialverbrauch von einem PC von etwa 22 Kilo liegt bei 15 bis 19 Tonnen Material und 33.000 Liter Wasser. Das heißt, diese schnelle Entwicklung von Computern beziehungsweise dem EDV-Material, das einem zugänglich ist, hat eine enorme Stoffintensität, und das ist ein Aspekt, den man sich durchaus auch überlegen sollte, den man auch politisch überlegen sollte, besonders wenn es dann darum geht, Computerschrott zu entsorgen. Computerteile enthalten relativ problematische Stoffe, die nicht ganz problemlos entsorgt werden können, eben durch die Miniaturisierung, alles wird immer kleiner, alles wird verdichtet. Und es werden auch bestimmte Formen von Materialmischungen – jetzt sage ich es einmal laienhaft – verwendet, die nicht unproblematisch in der Entsorgung sind. Was die Steiermark selbst betrifft, bringe ich einfach jetzt keinen Beschlußantrag, sondern einige Aspekte, die wir in unserem Antrag an den Herrn Landesrat Paierl vorgeschlagen haben. Ich würde mir wünschen – wenn es möglich wäre – dazu, so bald es ihm möglich ist, einen Bericht im zuständigen Ausschuß, im Wirtschafts-Ausschuß, zu bekommen, diesen Bericht dann eventuell auch in Parteienverhandlungen breiter politisch zu diskutieren. Wir gehen davon aus, daß die Telekis Steiermark sich zwar zur aktiven Förderung der Kommunikationsgesellschaft bekennt, aber auch erwähnt werden muß, daß etwa die EU, die einen Schwerpunkt in Richtung Telekommunikation und Informationstechnologien setzt, es gibt dazu ein Mehrjahresprogramm, das heuer begonnen hat und bis zum Jahr 2001 läuft, darauf hinweist, daß beträchtliche Überschneidungen, Mangel an Zusammenarbeit und eine Entwicklung mit verschiedenen Geschwindigkeiten im informationstechnologischen Sektor gegeben ist. Ich glaube, diese Defizite oder diese unterschiedlichen Entwicklungen kann man in diesem Stadium dann abfedern, indem man Akteure möglichst breit einbezieht und indem man auch bereit ist, etwaige Fragestellungen, die sich ergeben, nicht nur aus einem sehr rationalistisch-technologischen Zugang zu lösen, sondern sie sich breiter anzuschauen.

Noch ein Thema: Die Verbindung von Behinderten beziehungsweise Tätigkeiten von behinderten Personen und Telearbeit ist für mich nicht ganz unproblematisch, und zwar in dem Moment nicht ganz unproblematisch, indem man – ich sage es jetzt sehr verkürzt – behinderten Personen in ihr Wohnheim oder in ihr Zuhause einen Computer hinstellt, sie dann dort durchaus qualitative Arbeit machen und wir es uns damit ersparen, erstens einmal in der Innenstadt in Graz mit behinderten Personen konfrontiert zu sein, es uns auch ersparen, bestimmte infrastrukturelle Anpassungen, Niederflerbusse beziehungsweise adäquate Gehsteigkanten, das sind zwei sehr banale Beispiele, in dieser Form Behindertenpolitik zu machen, indem wir einfach das tägliche Leben auf Bedürfnisse von Behinderten, die nämlich da werktätig sind, wo wir auch werktätig sind, anzupassen.

Ein Bereich noch, der mir wichtig ist, wir haben auch eine Meldepflicht bei der Einführung von Telearbeitsplätzen vorgeschlagen. Mir ist sehr, sehr klar, daß das

ein Bereich ist, der natürlich nicht ursächlich die Kompetenz der Steiermärkischen Landesregierung oder des Landtages betrifft, aber ich glaube, eine ziemlich kritische Begleitforschung beziehungsweise das Bemühen um möglichst klare Bestandsaufnahmen in dem Bereich wäre gerade jetzt angebracht. Ein Vorschlag von uns wäre auch ein jährlicher Telekommunikations- und informationstechnologischer Begriff, um einerseits die Synergien zwischen dem Bereich Technikfolgenabschätzung, dem Bereich Wirtschaftsförderung und dem Bereich Regionalpolitik beziehungsweise Strukturpolitik adäquat abzufedern. Wir sind deswegen auch für einen Telekombericht, weil ich glaube, daß man gerade auch was den frauenspezifischen Zugang zu dieser Technologie betrifft, sich einiges überlegen muß, um diesen neuen Technologiesektor nicht sehr männerorientiert und männerzentriert zu machen. Das ist eine ziemliche Gefahr. Ich glaube, daß man das nicht nur durch punktuelle Projekte oder durch diverse Internetcafés lösen kann. Da braucht es intelligentere, geschlechtsspezifischere Ausgleichsmaßnahmen.

Und ein Thema noch, das mir auch ein Anliegen ist, ich glaube, ich habe da eine Positionierung – würde ich einmal sagen – vom zuständigen Landesrat, daß ein Telekommunikationscluster in der Steiermark etliches an neuen Arbeitsplätzen schaffen würde und auch einen Umsatz erzielen würde. Aber dieser Telekomcluster eine andere Art von politischer Entwicklung und Begleitung braucht als der Autocluster, dessen Freundin ich bekannterweise wahrlich nicht bin. Und vielleicht noch eine letzte Bemerkung zum Kollegen Gennaro, weil er vorher gemeint hat, wenn die Zitz herauskommt, dann geht es nur um die Buschen, und dann geht es nur um das Bäumeumarmen und so weiter und so fort. Diese Wortmeldung von Ihnen möchte ich eigentlich nicht weiter kommentieren, ich glaube, es zeigt einfach Ihre Art von dem Umgehen mit kleinen Fraktionen im Haus, und mir dieses Image aufzubrummen, ich hoffe, daß Sie das nicht schaffen werden, auch wenn Sie sich sehr darum bemühen. Und das, was Sie jetzt über den Bereich Frauenerwerbslosigkeit gesagt haben, Ihre Ausführungen kann ich unterstreichen, aber ich frage mich halt auch, wer auf Bundesebene und auf Landesebene, auch auf Stadtebene wirklich jahrzehntelang in dem Bereich politische Verantwortung gehabt hat sowohl im Ressort, im weitesten in arbeitsmarktrelevanten Ressorts, als auch im frauenpolitischen Ressort, ich würde Sie einfach bitten, wenn Sie mir diese Sachen in einer anderen Form sagen würden, dann glaube ich, daß ein politischer Dialog auch mit Ihnen möglich wäre, aber teilweise braucht man bei Ihnen wirklich ziemlich gute Nerven, und zum Glück habe ich die. (Beifall bei der ÖVP. – 22.47 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** So, obwohl man mir hier einen Zettel mit einer schön aufgezeichneten Glocke gebracht hat, die Frau Abgeordnete Zitz hat 13 Minuten gesprochen und hätte theoretisch noch zwei Minuten gehabt. Jetzt kommen wir zu den Damen und Herren, die jeweils fünf Minuten haben. Es beginnt mit dem Herrn Kollegen Straßberger.

**Abg. Straßberger (22.47 Uhr):** Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat! Verehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Lieber Kurtl Gennaro, als Freund, so kann ich das jetzt in der letzten Zeit sagen, verstehe ich nur eines nicht, du bis hier hergegangen und hast die Obersteiermark beklagt und bejammert, was die Wirtschaft anbelangt. Ich möchte trotzdem ganz kurz einen Rückblick machen, seit 1970 ist deine Fraktion auf Bundesebene oder zumindest war sie für die verstaatlichte Wirtschaft in der Obersteiermark letztendlich zuständig. Ich will dir gar nicht sagen, wo wir hingekommen sind, es sind sicher auch Dinge passiert, die unvorhersehbar waren (Abg. Schrittwieser: „Das glaubst du selber nicht, was du heute sagst!“), Sigi, aber letztendlich viel, viel Eingemachtes war hier von eurer Seite vorhanden. (Abg. Vollmann: „Den gleichen Blödsinn erzählst du jedes Jahr!“) Ich weiß, das tut dir weh, Heinz. Ich weiß es eh. Aber es tut dir sicherlich weh, aber du mußt halt zu dem stehen, es hilft einmal nichts. Ich darf aber einmal die Gelegenheit wahrnehmen und darf mich bei allen privaten Firmen und Betriebsansiedlern und Unternehmungen bedanken und vor allem auch bei den Gemeinden, die immer sehr bemüht sind, Betriebe anzusiedeln, und was das bedeutet, neue Arbeitsplätze zu schaffen, verehrte Damen und Herren, das weiß ich aus meiner Tätigkeit in der Kommunalpolitik. Ich habe einen sehr rührigen Bürgermeister, den Herrn Hans Kraus, und der hat es im Mürztal vorgezeigt neben einigen anderen Bürgermeistern, wie es gehen soll. (Abg. Schrittwieser: „Sehr nett, sehr nett!“) Keine Frage, da stehe ich auch nicht an. Aber es könnten doch einige Bürgermeister, Siegfried, das weißt du, da vielleicht etwas mehr Gas geben. Und wie schwierig das ist, das brauche ich all jenen Damen und Herren, die auch in der Kommunalpolitik tätig sind, glaube ich, nicht zu sagen. Betreffend Arbeitsmarktsituation ist auch der Bezirk Mürz zuschlag letztendlich nicht so schlecht, und gegenüber dem Vorjahr ist die Quote etwa 7,5 Prozent noch immer viel zuviel, aber letztendlich einigermaßen erträglich. Ich habe auch des öfteren schon gesagt, man soll endlich aufhören von der Jammerei, die Krisenregion und die Mürz- und Murfurche, das ist das Mürztal und das Murtal. Und, verehrte Damen und Herren, das Privatisieren von einigen Betrieben aus der Verstaatlichten war sicherlich nicht das Gelbe vom Ei. Ich sage das sehr deutlich. Aber ich glaube, hinterher hat man gesehen, daß da Fehler passiert sind, und zwar wo es Betriebe gegeben hat, die auch das angeschlagene Management mit übernommen haben. Ich sage das sehr deutlich. Wir haben ja jetzt einen solchen Betrieb, der in arge Schwierigkeiten auch diesbezüglich gekommen ist, das ist die Krieglach Rohr GesmbH., und die ist in große Probleme verwickelt. Ich darf bei dieser Gelegenheit wirklich unserem Herrn Landesrat Paierl herzlich danken. (Abg. Schrittwieser: „Dem Herrn Vollmann!“) Ich komme schon zum Vollmann. Folgendes, und zwar, der Herr Landesrat und seine Mitarbeiter haben einmal eine Lösung vorweg gefunden, zumindest einmal bis Ende März versucht, um für das Vormaterial die 25 Millionen in etwa bereitzustellen. Der Herr Landesrat ist hergegangen und hat sich mit Frau Bundesministerin Hostasch in Verbindung gesetzt, und was für die Maschinenfabrik Liezen gegolten hat, die einen Parallelfall dar-

stellt, muß auch letztendlich für das Krieglach-Rohr-Werk gelten. Ich sage das deshalb, weil Sozialminister Hesoun das dort ermöglicht hat. Ich glaube, daß das auch hier – wo ein Wille, dort ein Weg – für das Krieglach-Rohr-Werk möglich ist. Ich möchte aber schon noch eines sagen, Heinz. Du hast bei einer Kurzzusammenkunft vorgestern oder gestern gemeint, wenn das bis 29. Dezember 1997 nicht passiert, dann wird zugesperrt – Punkt, aus. Wir werden sagen, dem Land liegt nichts daran, betreffend 200 Arbeitsplätze. Ich glaube, mit dieser Methode kommt man nicht weit. Unser Landesrat Herbert Paiarl hat hier gezeigt, wie man das machen kann, man muß es zumindest versuchen. Ich darf dir, Herr Landesrat, als Mürztaler Abgeordneter wirklich herzlich danken. Ich hoffe nur, daß diese Lösung auch zum Tragen kommt. Bis Ende März besteht noch ein gewisses Zeitintervall, und ich hoffe, daß sich vielleicht doch der eine oder andere Interessent für diesen Betrieb findet. Wenn dann Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. DDr. Schachner-Blazizek in einem Zeitungsartikel von einer Übernahme der Pleitenholding redet, so ist das letztendlich das Letzte, wenn überhaupt nichts mehr geht. Aber soweit, sehr geehrte Damen und Herren, wollen wir es nicht kommen lassen. Ich bitte alle in diesem Land, die Verantwortung tragen (Abg. Gennaro: „Das ist ein Zeichen, daß du dich überhaupt nicht auskennt!“), ich weiß schon, das tut dir weh (Abg. Gennaro: „Das tut mir nicht weh!“), aber so ist es –, daß sie zusammenhalten, um diesen Betrieb retten zu können. Ich bedanke mich herzlichst. (Beifall bei der ÖVP. – 22.53 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Am Wort ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich bitte ihn zum Rednerpult.

**Abg. Schrittwieser (22.53 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es ist zu spät, aber auch zu ernst, daß wir uns über gewisse Dinge hier lustig unterhalten. Es gibt über viele positive Dinge in der Wirtschaft in diesem Land zu berichten, wo viele Menschen in diesem Land einen Anteil haben, seien es die Unternehmungen, seien es die Arbeitnehmer, natürlich auch die Frau Landeshauptmann, die den Wirtschaftsaufschwung für sich plakatieren läßt, und der Herr Landesrat ist dabei hinten geblieben. Aber das muß sie sich mit ihm selbst dann ausmachen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch eine Sache anschneiden, die eine sehr wichtige ist: Wir haben durchaus eine sehr gute Entwicklung, was den Großraum Graz betrifft, was Graz betrifft und was auch den Süden der Steiermark betrifft. Ich bin daher sehr froh darüber, daß es gelungen ist, positive Entwicklungen zu haben. Man sieht, wenn sich Kernbereiche ansiedeln, wie das in der Autoindustrie der Fall ist, dann tut sich etwas. Ich denke noch zurück, wie man gegen Förderungen gewettert hat, vor allem auch von seiten der FPÖ. Man ist zum Schluß gekommen, daß das seinerzeit doch eine gute Entscheidung war und daß jetzt die Folgeansiedlungen kommen, die wiederum viele neue Arbeitsplätze bedeuten. Ich möchte eines heute hier feststellen: Eine Region, und das ist vom Kollegen Vesko heute schon sehr deutlich

gesagt worden und auch vom Kollegen Gennaro, hat von diesem Wirtschaftsaufschwung allerdings nicht profitieren können. Die Obersteiermark hat sehr vieles erreicht, und wir haben es abgelegt, und wir bekennen uns auch dazu, daß wir nicht mehr Krisenregion sind. Meine Damen und Herren! Trotzdem ist aber nicht wegzuleugnen, daß es 18.000 Arbeitsplätze seit 1980 weniger gibt. Und über das kann man nicht hinwegsehen. Herr Landesrat, es gibt viele Initiativen der Unternehmungen in der Obersteiermark, es gibt aber auch viele Initiativen der Landespolitik. Wir haben zum Beispiel die Fachhochschule, wenn es auch unterschiedliche Auffassungen gegeben hat, in die Obersteiermark verlagert trotz gewisser Widerstände. Jetzt schaut mich Kollege Jeglitsch schon an, denn er war in gewisser Weise von Kapfenberg nie so richtig begeistert. Heute stellen wir aber fest, daß sich das bewährt hat. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Heute stellen wir fest, daß im Wintersemester 1997 nicht einmal die Hälfte der angebotenen Plätze besetzt werden konnten!“) Herr Kollege Jeglitsch, dann waren Sie nicht bei der Eröffnung der Fachhochschule, denn dort hat der Leiter der Schule berichtet, daß die Fachhochschullehrgänge in Kapfenberg einen mehr als erwarteten Zuspruch haben, daß sie dort auch eine sehr gute Ausbildung bekommen und daß man überlegt, auch von Joanneum Research her, einen dritten Lehrgang nach Kapfenberg zu geben – Gott sei Dank. Das ist auch eine Politik, wo man sagt, gehen wir endlich aus den Zentralräumen hinaus. Nach Graz kommt man mit dem Auto schon kaum mehr hinein, aber stopfen wir noch etwas hinein. Und noch etwas: Die Frage der Regionalpolitik und Bildungspolitik, Herr Kollege Jeglitsch, das wissen Sie viel besser als ich, ist auch Arbeitsplatzsicherung. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Darf ich etwas sagen? Die Industrielle Elektronik, um diesen Studienzweig geht es, hat 60 Plätze anzubieten. Heuer sind 23 aufgenommen worden, obwohl man jeden aufgenommen hätte ohne jedes Ausleseverfahren!“) Ich verstehe schon, Kollege Jeglitsch, daß Sie das vielleicht in Leoben wollten. Aber ich glaube, über das sind wir schon lange hinweg. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Stimmen die Zahlen oder nicht?“) Bei der Eröffnung der Fachhochschule, Herr Kollege Jeglitsch, sind uns von der Schulleitung und auch von Joanneum Research andere Zahlen berichtet worden. Ich kann es mir jetzt aussuchen, wem ich welche Zahlen glaube. Wahrscheinlich ist die letzte Information nicht ganz durchgedrungen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Noch nie hat der Studiengang Industrielle Elektronik die angebotenen Plätze besetzen können, in keinem Jahr!“) Kollege Jeglitsch, haben Sie, wenn Sie einen Versuch auf wissenschaftlicher Ebene gemacht haben, immer von Beginn an das optimale Ziel, das Sie sich vorgenommen haben, in Ihrem Institut erreicht? Wenn ja, dann sind Sie ein Superman. Das gibt es nicht. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Die Kritik war für das fachliche Umfeld in der Obersteiermark!“)

Ich glaube trotzdem, Kollege Jeglitsch, daß es eine gute Entscheidung war, eine politische Entscheidung, und ich bekenne mich dazu. Aber, Herr Kollege Jeglitsch, wir werden in Zukunft positive Auswirkungen in der Obersteiermark haben. Positiv ist auch, daß es in den Gemeinden sehr viel an Industrie, Gewerbeparks und Gründerzentren gibt. Es gibt hier viele



Initiativen auch der Bürgermeister, und es gibt viele Geldmittel für die Aufschließung dieser Industrie- und Gewerbeparks, die mit Bedarfszuweisungen unterstützt werden. Um eines, Herr Landesrat, muß ich Sie bitten. Sie berichten uns immer wieder von positiven Ergebnissen, die es durchaus gibt. Was mir in den letzten Jahren aber gefehlt hat vom Wirtschaftsressort her ist diese wirklich große Initiative für den großen Wirtschaftsraum in der Obersteiermark, und diese gibt es derzeit nicht. Ich würde Sie ersuchen, und ich sage das sehr sachlich, weil es mir ernst ist, Herr Landesrat, daß Sie der Obersteiermark künftighin eine größere Bedeutung geben als in der Vergangenheit. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich war gestern oben!“) Mit einem Besuch eines Betriebes, dem es gut geht, wo Sie erzählen, daß die Werte positiv sind, ist es nicht abgetan. Dort würde ich auch gerne hinfahren, weil dort würde ich beklatscht werden und könnte sagen, wie schön alles ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich war zweimal oben!“) Natürlich weiß ich auch, daß die Region ihren Beitrag leisten muß, ich weiß auch, daß das Land nicht die Wirtschaftspolitik ausschließlich für die Obersteiermark machen kann, ich weiß auch, daß die Eigeninitiative ein Grundstein für eine positive Entwicklung ist. Wenn man sich umschaute in diesem Land, was alles passiert und was sich alles entwickelt, Herr Landesrat, dann sind mir, wenn ich weiß, daß es 18.000 Arbeitsplätze seit 1980 weniger gibt, die Initiativen nicht ausreichend. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wie viele Arbeitsplätze haben Sie schon geschaffen? Ihr Arbeitsplatz ist in Graz!“) Und ich erwarte von Ihnen – ich kann Ihnen insofern sagen, Herr Landesrat – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ihr Beitrag ist polemisch!“) polemischer kann ich auch noch werden, Sie können alles haben von mir, das ist für mich überhaupt kein Problem, nur, wenn Sie sagen, mein Arbeitsplatz ist in Graz, das ist richtig, nur, wenn Sie sagen, wieviel Arbeitsplätze haben Sie schon geschaffen? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wie viele haben Sie schon geschaffen?“) Eines kann ich Ihnen sagen, da sind Sie noch beim Herrn Landeshauptmann gesessen, wo man der Meinung war, vor allem von Ihrer Fraktion, daß man die Industriebetriebe, denen es durchaus schlecht gegangen ist, zusperren soll. Ihr Bundesparteiohmann hat gesagt, das sind Museumsbetriebe, sperren wir sie zu. Und da bin ich in vorderster Front gestanden in der Obersteiermark und habe seit 1987 in diesem Haus für die Aufrechterhaltung und für die Standorterhaltung dieser Betriebe mit den Kolleginnen und Kollegen hier gekämpft. (Beifall bei der SPÖ.) Und beide Fraktionen waren der Meinung, dies sind alte Buden, und die sperren wir zu. Bringen tun sie auch nichts mehr. Heute sind wir froh, mit viel Opfer der Belegschaften haben wir die Standorte abgesichert. Und wenn das gelungen ist, das sind immerhin in der Obersteiermark Tausende Arbeitsplätze, denn wäre es nach dem Willen Ihrer Parteikollegen vor allem in Wien gegangen, wären diese zugesperrt, und wir wären heute schon das Armenhaus Europas. Das ist nicht gelungen auf Grund unseres Widerstandes. Und da bin ich froh darüber. Was ich jetzt meine, meine Damen und Herren, ist, daß es auch von seiten der Wirtschaftsförderung her für die Obersteiermark – (Abg. Schützenhöfer: „In erster Linie der Verdienst der Bürgermeister!“) Kollege Schützenhöfer, horch mir zu, ich habe gesagt, in erster Linie Ihrer Parteifreunde in

Wien, dann horchen Sie zu. (Abg. Schinnerl: „Ich würde schon ruhig sein!“) Wenn mich der Herr Landesrat Paierl fragt, meine Herren, was ich gemacht habe dazu und wie viele Arbeitsplätze ich gesichert habe, dann nehme ich für meine Fraktion und für mich in Anspruch, daß wir Tag und Nacht für diese Standorte uns eingesetzt haben. Und Gott sei Dank gibt es sie noch. (Beifall bei der SPÖ.) Und wenn es 18.000, meine Damen und Herren, in dieser Region weniger gibt und wenn ich froh bin darüber für jede Region, wenn sie zusätzliche Arbeitsplätze bekommt und hat, dann kann ich aber verlangen, daß man künftighin von seiten der Wirtschaftsförderung für diese Region mehr und größere Initiativen setzt, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ich erwarte das von Ihnen, Herr Landesrat. Für das sitzen Sie in dieser Regierung. (Beifall bei der SPÖ. – 23.05 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Meine Damen und Herren! Nach diesen vier Wortmeldungen ist als nächster am Wort der Herr Abgeordnete Hohegger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger (23.05 Uhr):** Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Wenn man so drei Tage lang die Budgetdebatte hier im Hause verfolgt, könnte man so zwischendurch den Eindruck gewinnen, die Steiermark ist in der Tat eine Konkursmasse. Es ist einiges hier an Beiträgen gerade von diesem Pult aus gebracht und kritisiert worden, daß bei mir zwischendurch dieser Eindruck entstehen konnte. Nachdem ich aber anderer Überzeugung bin, habe ich damit ohnedies kein Problem, und auch der Prof. Tichy hat das ein bißchen herausgearbeitet, der festgestellt hat: „Die Steirer sind pessimistisch oder bescheiden, und so bemerken sie ihre eigenen Erfolge nicht oder reden jedenfalls nicht darüber.“ Und ich darf gerade, Heinz Vollmann, auch an dich und an die sozialdemokratische Fraktion, auf euch noch eingehen mit der Obersteiermark. In der Tat, das ist ein Problem, aber ich sage dir ganz trocken, wenn es einen obersteiermarker Fall gibt, wie den A1-Ring, dann kritisiert ihr ihn auch und wollt ihn nicht wahrhaben. In Wahrheit, lieber Heinz Vollmann, in eurer Philosophie zum A1-Ring, das ist in Wirklichkeit ein Mies- und Madigmachen der Obersteiermark, und das muß auch einmal bewußtgemacht werden. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich darf mit dem Prof. Tichy noch ganz kurz fortsetzen: „Dennoch ist das Oberland nicht das Sorgenkind der Steiermark. Es läßt sich heute mit Sicherheit sagen, daß eine dramatische Entwicklung verhindert werden konnte. Seit 1996 geht es aber aufwärts. Auch in der Obersteiermark ist die Beschäftigung wieder im Wachsen.“ Und das müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß eine strukturelle Trendwende seine Zeit braucht, und wir werden sicherlich über kurz oder lang noch auch hier uns in diesem Hause über die wirtschaftspolitischen Erfolge in der Obersteiermark freuen können. Und wenn wir jetzt spät am Abend die Wirtschaftsdebatte haben, da könnte man sich auch fragen, was funktioniert in der Steiermark noch außer der Blasmusik? Ich kann Ihnen sagen, es ist die Wirtschaft, und ich darf von außen hier herein die öffentliche Meinung bringen, und ich brauche mich nicht oder den Wirtschaftslandesrat oder die Volkspartei oder irgend-

jemand zitieren, sondern es sind in der Tat die Medienberichte, und das ist die öffentliche Meinung. Ich beginne nur mit kurzen Zitaten: „Die steirische Wirtschaft stürmt an die Tabellenspitze.“ Tourismus: „Nur die Steirer schwarz, das bringt den Sommersieg.“ Das grüne Autowunderland: „Ob AVL, Chrysler, Steyr, Magna, die Automobilindustrie boomt, neue Zulieferbetriebe entstehen und sichern Tausende Arbeitsplätze“. 14.000 neue Arbeitsplätze, der zitierte Artikel von Johannes Kübeck: „Arbeitsplatzwunder spart derzeit nur noch die Obersteiermark aus, aber seit 1996 geht es auch hier aufwärts.“ „AMS baut um eine Milliarde Chipwerk. 200 neue Arbeitsplätze entstehen bei steirischem Hightech-Werk in Unterpremstätten.“ Milliardenauftrag für die Elin Weiz. Zeltweg, Obersteiermark: Napiak baut aus. Ebenfalls eine Großinvestition. (Abg. Gennaro: „Das ist einfach, sich hinzustellen und 21 Zeitungsartikel herunterzulesen!“) Aussichten auf 2000 neue Arbeitsplätze in der Steiermark. Es geht wiederum um den Automobilcluster. Und es ist hier, lieber Kurt Gennaro, auch hier in diesem Hause bei Herrn Wirtschaftslandesrat Herbert Paieryl zum Teil verhöhnt worden, weil er den Terminus technicus Automobilcluster in die Wirtschaftspolitik eingebracht hat. Textilien Sattler kauft Konkurrenz, Elin ganz groß im Fernostgeschäft, Grazer Armaturenwerke, Grazer liefern Anlagen für den Weltmarkt. Ich komme zur Obersteiermark, vielleicht weißt du darüber zu wenig Bescheid. Donawitzer Stahlwerk mit 1,5 Milliarden ausgebaut. Ich komme zurück zu Steyr-Daimler-Puch-Fahrzeugtechnik: Neues Entwicklungszentrum, die Steyr-Daimler-Puch-Fahrzeugtechnik in Graz rüstet kräftig auf. 173 Millionen Schilling werden in ein neues Entwicklungszentrum investiert, und die in Villach ansässige Siemens Entwicklungs GesmbH. wird in Graz ein neues Forschungszentrum eröffnen. Geschätzte Damen und Herren, das ist ein Stimmungsbild. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ihr seid nicht in der Lage, Erfolge zu akzeptieren. Ihr wollt weiterhin über die Obersteiermark sempern, jammern und seiern. (Abg. Schrittwieser: „Im Gegenteil, ich bin froh, wenn wir Erfolge haben!“) Jetzt sage ich etwas. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Meine sehr geehrten Damen und Herren! So erfreulich es ist, daß die Debatte etwas lebhafter geworden ist, bitte ich doch, den am Rednerpult stehenden gemeldeten Redner aussprechen zu lassen, weil ich glaube, daß das der Würde und dem Stil des Hauses entspricht. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Hohegger, mit Ihrer Rede fortzufahren!“) Herr Präsident Vesko, ich danke. Lieber Sigi Schrittwieser und lieber Kurt Gennaro und lieber Heinz Vollmann. Wer in der Wirtschaft tätig ist und von der Wirtschaft ein bißchen eine Ahnung hat, der weiß, daß Wirtschaft nur dann funktionieren kann, wenn auch das politische und wirtschaftspolitische Umfeld stimmt. Es sind für diese Firmenentwicklungen in der Steiermark sinnvolle wirtschaftspolitische Weichen gestellt worden, die vielleicht schon mehrere Jahre zurückliegen. Das Problem Obersteiermark, in aller Offenheit, das dauert noch ein bißchen, weil eure sozialdemokratische Strategie und Philosophie des Wirtschaftens das hintangehalten hat. Jetzt müssen wir noch warten, damit hier die neuen Gesetze der Wirtschaftspolitik greifen können. Wir werden mit Wirtschaftslandesrat Paieryl die Obersteiermark auch noch ganz stark in die

schwarzen Zahlen bringen. (Beifall bei der ÖVP.) In den letzten Jahrzehnten war die Obersteiermark leider zuviel in den roten Zahlen. Meine Damen und Herren! Es ist in der Wirtschaft ganz entscheidend, daß die Psychologie und die Stimmung auch die richtige ist. Wenn wir hier im Steiermärkischen Landtag aus der Jammerei und aus der Kritisiererei nicht herauskommen und die Erfolge madig machen, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß die Bevölkerung zum Teil verwirrt wird. Gott sei Dank haben wir eine so starke Wirtschaft, die sich von dem nicht beeindrucken läßt. (Abg. Schrittwieser: „Was hast du dazu beigetragen?“) Lieber Sigi Schrittwieser, ich persönlich habe sicher nichts beitragen können. Da ist jeder einzelne von uns sicher überfordert. In der Wirtschaft, und das muß man wissen, bei einem Strukturwandel, daß Bestehendes verschwindet und Neues entsteht. Das ist ein ganz normaler Prozeß. (Abg. Schrittwieser: „Dann machen wir Neues!“) Was ist geschehen? Lieber Sigi Schrittwieser, es gibt in der Wirtschaftspolitik des Landes Steiermark, vertreten durch unseren Wirtschaftslandesrat Herbert Paieryl, das Konzept der regionalen Impulszentren. Da ist einiges gerade in der Obersteiermark schon passiert: Es gibt einen Technologiepark in Niklasdorf, es gibt ein Gründerzentrum in Kapfenberg, es gibt etwas in Zeltweg, es gibt etwas in Liezen, und ich habe gar nicht alle im Kopf. Diese regionalen Impuls- und Technologiezentren sind ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik der Zukunft. Hier wird einiges in der Obersteiermark passieren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Kein Mensch hat gesagt, daß gar nichts gegangen ist! Es gibt noch so viele Probleme, gehen wir es an!“) D'accord. (Abg. Gennaro: „Lösen wir die Probleme, die vorhanden sind!“) Kurt, du brauchst mich hier gar nicht so zusammenschreien. (Abg. Gennaro: „Du hast ein Mikrofon, ich habe keines!“) Ich bin mit dir völlig einer Meinung. Es ist vieles zu tun, und wir sind voll gefordert. Wir werden hier auch das eine oder andere sicherlich in die richtige Richtung auch in die Obersteiermark bringen. Wogegen ich mich gewehrt habe, daß man bestehende Erfolge nicht akzeptiert, was gerade das Beispiel A1-Ring zeigt, das ihr als Obersteirer auch madig macht. (Abg. Schrittwieser: „Wenn wir erst über die Wirtschaft und über Arbeitsplätze reden, dann reden wir nicht über den A1-Ring!“ – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Darf bitte der Kollege Hohegger zu seinem Schlußwort kommen? Ihr seid euch so einig!“) Ich darf zum Abschluß folgendes festhalten, zum Landesbudget 1998: Hier möchte ich von dieser Stelle aus den Architekten dieses Budgets, dem Herrn Wirtschaftslandesrat Herbert Paieryl und dem Herrn Finanzlandesrat Ressel von meiner Seite ein Kompliment machen. Was mich besonders imponiert und beeindruckt, ist das Sonderinvestitionsprogramm mit Kulturinvestitionen, Tourismusinvestitionen, Investitionen in den Krankenanstaltenausbau, Ortserneuerungskonzepte, Bildungsinvestitionen. Wir haben ein Rekordbudget diesmal von 825 Millionen Schilling für die steirischen Lehrlinge. Was die Frau Mag. Zitz angesprochen hat, es ist das Telekom-Programm und auch der Technologietransfer noch nie so stark dotiert gewesen. Auch die regionalen Impulszentren, die ich schon genannt habe, sind in diesem Programm enthalten. Wir hatten ein Jahr davor für das Sonderinvestitionsprogramm 493 Millionen Schilling im

Budget, und wir haben für 1998 1200 Millionen Schilling im Budget. Auf Grund dieser Tatsache können wir alle davon ausgehen, daß im nächsten Jahr in der Steiermark für die Wirtschaft und für die Infrastruktur des Landes einigiges Zukunftsorientiertes geschehen wird. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP. - 23.19 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nach der bisher längsten Fünfminutenrede in dieser Budgetdebatte hat der Herr Abgeordnete Vollmann das Wort.

**Abg. Vollmann (23.19 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einiges kann natürlich nicht unwidersprochen bleiben, möchte aber versuchen, dies emotionslos zu tun. Daß die Steiermark keine einzige Konkursmasse ist, darüber bin ich froh, meine Damen und Herren. Ich bin einer, der seit 20 Jahren laufend mit Konkursen zu tun hat. Momentan bin ich mit dem Konkurs der Firma Krieglach-Rohr betraut. Ich weiß daher, um was es in diesem Bereich geht, und glauben Sie mir, ich kenne mich aus. (Abg. Purr: „Der Rechberger-Konkurs!“) Den Rechberger-Konkurs wickle ich Gott sei Dank nicht ab, aber vielleicht wäre dort etwas zum Erben. Ich weiß es nicht, wäre aber eine Möglichkeit. Meine Damen und Herren! Tatsache ist, daß das seinerzeitige VOEST-Alpine-Rohrwerk in Krieglach im Jahre 1988 an einen Privaten verkauft worden ist, den wir alle miteinander hochgejubelt haben und der jetzt, am 30. September dieses Jahres, in Konkurs gegangen ist, weil er schwer überschuldet ist, was auch aus der Anmeldung des Herrn Masseverwalters Peitz als Vermerk an das Gericht „Überschuldung 208 Millionen Schilling“ hervorgeht. Meine Damen und Herren! Der Herr Masseverwalter Peitz hat sich dann, weil er keinen anderen Ausweg mehr gefunden hat, ich habe den Brief auch erst von ihm bekommen, an die Frau Landeshauptmann und an den Herrn Wirtschaftslandesrat gewendet mit einem Schreiben vom 5. Dezember und hat mitgeteilt, daß es problematisch ist, und daß er eine finanzielle Überbrückungshilfe braucht, weil er ansonsten den Betrieb über den 30. Dezember hinaus, weil die Leute am 28. Dezember, um ihre Ansprüche aus dem Insolvenzentgeltsicherungsfonds zu sichern, austreten müssen, nicht betreiben kann, wenn er nicht weitere 25 Millionen Schilling für den Betrieb bekommt. Und uns ist allen klar, daß während der Insolvenz die Gabe von Geldern durch das Land, durch den Bund äußerst schwierig ist und in den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht vorgesehen ist, und darum habe ich in einem Gespräch mit dem Herrn Landesrat Paierl vorgestern gebeten, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, dort was zu finden. Ich habe auch mit dem Herrn Landesrat Ressel gesprochen und mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner. Alle haben gesagt, sie werden sich darum kümmern, ob etwas geht. Und jetzt stelle ich mit Erstaunen fest, daß das einzige - und das befremdet mich ein bißchen - dem Herrn Landesrat eingefallen ist, er schreibt an die Frau Eleonore Hostasch einen Brief und sagt, sie soll ein Geld hergeben, Sepp, das, was du jetzt so hoch lobst, sie soll ein Geld hergeben. Natürlich bin ich der Meinung, es soll der Bund auch was dazu tun, aber so leicht kann ich es mir ja

nicht machen und sagen, gut, das Land ist halt weg. Bitte, und daß ich in meiner Verantwortung darauf aufmerksam mache, weil es mir um die 230 Arbeitsplätze dort geht, daß, wenn am 28. Dezember die Leute ausgetreten sind und sie werden nicht wieder eingestellt, was der Herr Masseverwalter abgelehnt hat, wenn er nicht finanzielle Unterstützung kriegt, und der Gläubigerausschuß, ich war bei der Sitzung dabei, beschlossen hat, es ist nicht anders, dann wird geschlossen. Bitte, da kannst du mir keinen Vorwurf machen, du mußt dem Peitz und dem Masseverwalter und dem Gläubigerausschuß einen machen, aber nicht mir. Ich bin nicht Mitglied des Gläubigerausschusses. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Gesetzeslage!“) Natürlich ist das Gesetzeslage, aber der Vorwurf an mich ist ja gekommen. Ich hätte gesagt, dann wird halt zugesperrt. Bitte, so ist es nicht, sondern zugesperrt wird, weil kein Geld da ist und weil die Gesetzeslage darüber hinaus einen Betrieb weiterhin nicht erlaubt. Nur, das entbindet uns nicht der Verantwortung für 230 Leute, das sind 450 Familien, wenn die dort ihre Arbeit verlieren, und ich sage gar nicht, daß Weihnachten vor der Tür steht, weil das berührt in der heutigen Zeit so keinen mehr, weil das ist eben so, da kann man nichts machen. Und das ist das, was mich, den Kollegen Gennaro und andere bewogen hat, in allen Bereichen von der Belegschaftsvertretung alles in Bewegung zu setzen, zu versuchen, etwas zu tun. Und darum bitte ich um Verständnis, und um sonst gar nichts, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.) Ich rede gar nicht davon, daß der Herr Masseverwalter Peitz die Frau Landeshauptfrau und den Herrn Wirtschaftslandesrat gebeten hat, mit Schreiben vom 4. Dezember, am Dienstag, dem 9. Dezember, um 14.30 Uhr zu dieser Sitzung zu kommen oder jemanden zu entsenden, der dort was sagen könnte. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Geht der Landeshauptmannstellvertreter nicht hin?“) Ich habe es gar nicht gewußt, nachrichtlich ist das ergangen, nachrichtlich auch an alle anderen, und es hat sich bis dorthin überhaupt niemand gekümmert. Und deswegen sind diese Dinge gekommen, und da hat er am 11. Dezember an dich, an die Frau Landeshauptmann, wieder mit Verständigung an alle anderen, ja, einen Brief geschrieben, wo er schreibt, so und so ist die Tatsache, und das hat er dargelegt, und er ersucht nochmals um Hilfe. Und das habe ich versucht zu verstärken. Und wenn das bitte den Vorwurf macht, meine Damen und Herren, daß man sich für Leute einsetzt und versucht, Arbeitsplätze zu erhalten und den Fortbestand eines Betriebes zu finden, dann habe ich die Ehre. Ich muß ehrlich sagen, dann stimmt in dem Land etwas nicht mehr. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich bitte nur darum, da geht es um 230 Leute. Um 230 Leute! (Abg. Purr: „Deinen Lösungsvorschlag möchte ich hören!“) Darf ich dir sagen, wir sind seit Wochen unterwegs, eine Lösung zu finden. Es hat Interessenten gegeben, die es kaufen wollten, die sind inzwischen wieder weg. Wir sind auch bei der Frage der GBI gelandet, die Landwirtschaftsförderung (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die Landwirtschaftsförderung!“), die weiß Bescheid, die hat ja Nachricht bekommen, ist ja eingeschaltet worden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ihr habt nichts unternommen!“) Was hast du bisher unternommen? Entschuldige, du wirst mir es ja sagen, was unternommen worden ist. Ich

habe bis jetzt nur gehört, das, was der Sepp Straßberger gesagt hat und was du mir am späten Nachmittag in die Hand gedrückt hast, Ablichtungen von zwei Briefen, die du an den Masseverwalter, an die Frau Minister und an die zwei Belegschaftsvertreter geschickt hast – (Landesrat Dipl.-Ing. Paiert: „Der Lösungsvorschlag, Heinz, ist es nicht!“) Nein, aber entschuldige bitte, dafür haben wir ja einen Landesrat für Wirtschaft, und dafür haben wir einen Landeshauptmann. Oder nicht? (Abg. Purr: „Wo ist dein Lösungsvorschlag?“) Ja, aber, Kollege Purr, glaubst du bitte, wenn ich das lösen könnte, dann ginge ich hierher bitten, daß wer hilft? Glaubst du das wirklich? Ich erinnere dich dann, wo du gestanden bist, wo es um Assmann gegangen ist, in der gleichen Situation wie ich, und du bist auch gerannt. Also machen wir uns keinen Vorwurf. (Beifall bei der SPÖ. – 23.27 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Meine Damen und Herren, Sie werden das Problem auf diese Art und Weise sicherlich nicht lösen, daher darf ich bitten, als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer, dem ich es erteile.

**Abg. Schützenhöfer (23.27 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zunächst darf ich dem Kollegen Vollmann sagen, da geht es um 230 Arbeitsplätze, du hast recht. Jeder einzelne Arbeitsplatz, den wir verlieren, ist einer zuviel. Aber ich lasse nicht zu, daß der Wirtschaftslandesrat, der seit seinem Amtsantritt Tag und Nacht dafür unterwegs ist, Arbeitsplätze zu sichern und alles zu tun, daß dieses Land vor allem auch im Bereich der neuen Technologien nach vorne blicken kann und Zukunftsarbeitsplätze schafft, daß dieser Mann (Beifall bei der ÖVP.) in dieser Form schlecht gemacht werden soll, der in den letzten Wochen in bezug auf diese 230 Arbeitsplätze in Absprache mit dir – und das werfe ich dir vor, daß du wider besseren Wissens hier agierst, in Koordination mit dem Landessekretär der Gewerkschaft der Metaller und der Firmenleitung alles tut, um diese Arbeitsplätze zu retten. Und dafür danke ich dir, und es nicht der Tag vor dem Abend zu loben, aber hüten wir uns davor, wieder in die alten Zeiten zu verfallen, gegenseitig Schuldzuweisungen vorzunehmen und – ich sage es einmal so, und es versteht mich bitte niemand falsch – setzen wir alles, was wir im Kopf haben, dafür ein, um Arbeitsplätze zu sichern. Das ist der Punkt, um den es geht, und da könnten wir doch sagen, meine Damen und Herren, da bin ich schon enttäuscht von den Sozialdemokraten, daß wir uns zunächst einmal freuen darüber, daß seit gut einem Jahr etwas eintritt, was wir in der Steiermark längere Zeit nicht gekannt haben, nicht durch eigenes Verschulden, aber nicht gekannt haben, nämlich – und das hätte einer von euch auch sagen können – (Abg. Schrittwieser: „Das hat ja keiner abgestritten, Herrmann!“) daß wir seit einem Jahr, Monat für Monat in der Frage des Arbeitsmarktes im Gegensatz zum Bunde weniger Arbeitslose haben. (Abg. Schrittwieser: „Das haben wir ja gesagt!“ – Abg. Kaufmann: „Hat der Kurt Gennaro doch gesagt!“) Daß es uns gelungen ist, in der Obersteiermark im wesentlichen die Krise der Verstaatlichten zu überwinden. Lange

genug hat es gedauert. Und, Freunde, da belehrt ihr uns nicht, denn es war Kreisky, Streicher, Sekira, Rechberger, Schrotter und wie die alle geheißen haben, die Betriebsräte, Minister und Generaldirektoren, die dafür verantwortlich sind, daß wir 100 Milliarden in die Verstaatlichten gepumpt haben, und dennoch sind 100.000 Arbeitsplätze verlorengegangen, 30.000 allein in der Steiermark. Das ist die falsche Politik gewesen, das wissen Sie. (Beifall bei der ÖVP.) Und tun wir gemeinsam alles, daß so etwas nicht passiert. (Abg. Vollmann: „Erinnere dich, ihr habt die falschen Leute eingesetzt!“) Freuen wir uns, daß wir im Tourismus offensichtlich als einziges Bundesland heuer ein Plus haben. Ja, Gott sei Dank, daß wir im Sportbereich nach vorne blicken können, daß wir in der Thermenregion viele neue Betriebe geschaffen und Arbeitsplätze gesichert haben. (Abg. Vollmann: „Das liegt ja davor!“) Tun wir jetzt, Schrittwieser, alles, daß wir in der Obersteiermark, wo wir uns noch am schwersten tun (Abg. Schrittwieser: „Mehr habe ich nicht gesagt!“), du hast sehr viel mehr gesagt, wieder zu einer besseren Statistik durch kräftige gemeinsame Anstrengungen kommen. Meine Damen und Herren, und damit bin ich schon am Schluß, wir haben sehr viele Arbeitsplätze geschaffen, und wir haben sehr viele Arbeitslose weniger als sonstwo. Ich sage aber nochmals, Arbeit hat mit der Würde des Menschen zu tun, und jeder einzelne, der arbeitslos ist, ist einer zuviel. Wir haben unter den Arbeitslosen 18 Prozent junge Menschen unter 25 Jahren, und da geht es um unser aller Einsatz. Wir sollten es uns ersparen, in die Polemik abzugleiten, die es gerade gegeben hat, denn da geht es um den Sinn des Lebens. (Abg. Vollmann: „Was war da polemisch?“) Daher bin ich dankbar, daß die Frau Landeshauptmann die Idee „Startjob“ aufgegriffen und daß die Landesregierung einstimmig diesen Beschluß gefaßt hat. Daher bin ich dankbar, daß Landesrat Paiert die Aktion „Schaffe Lehrplätze“ ins Leben gerufen (Abg. Vollmann: „Was hilft das den 230 Leuten?“) und daß die Gewerkschaft im wesentlichen, Kollege Gennaro, in dieser Frage, bei allen Meinungsunterschieden, auch mittut. Daher bin ich dankbar, daß wir steuerlich den Wirtschaftsstandort Österreich recht gut positioniert haben, weil die Unternehmen gute steuerliche Bedingungen vorfinden. Daher fordere ich, daß wir jetzt darangehen, den Faktor Arbeit zu entlasten, Stichwort Lohnsteuersenkung, Stichwort auch Lohnnebenkostensenkung, damit dieser Wirtschaftsstandort im Interesse der Betriebe weiterhin gesichert ist. Wir müssen uns doch alle einig sein, denn wir brauchen Betriebe, die Gewinne machen, damit es in Zukunft auch einen Sozialstaat und gute Löhne für die Arbeitnehmer gibt, denn niemand hat etwas davon, auch ein Unternehmer nicht, wenn die Kaufkraft der Arbeitnehmer schwindet. Wir sind da hart an der Grenze, und Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten zusammenarbeiten, das ist das Ziel. Streiten wir nicht, strengen wir uns gemeinsam an. (Beifall bei der ÖVP. – 23.33 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa.

**Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa** (23.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn Sie gerade, Herr Klubobmann Schützenhöfer, einige Namen aus der Verstaatlichten genannt haben, dann möchte ich die Liste gleich weiter ergänzen und sage nur: Burgstaller, Raidl, Krobath. Auch diese Personen haben herumgefuhrt. Vor allem Krobath hat überhaupt sehr viel „Produktives“ geleistet, wie wir alle wissen. Nun aber zu einem anderen Thema, mit welchem ich mich befassen möchte, das sehr wichtig ist und das insbesondere jetzt um den 8. Dezember nicht vergessen werden darf. Vor genau zwei Jahren war es zum ersten Mal der Fall, daß die Geschäfte am 8. Dezember geöffnet hatten. Voriges Jahr fand diese Unsitte nur deshalb nicht statt, weil der 8. Dezember auf einen Sonntag fiel. Vor vier Tagen hatten die Geschäfte wieder an diesem Feiertag offen. (Abg. Schinnerl: „Unsitte!“) Unsitte, richtig. Angefangen hat die Erweiterung der Öffnungszeiten im Handel mit dem Ladenschlußgesetz 1989. Alle Verkaufsstellen durften ab diesem Zeitpunkt bis 18.30 Uhr geöffnet haben. Das Öffnungszeitengesetz 1991 brachte die Möglichkeit der Offenhaltung von 6 bis 19.30 Uhr, und an einem Samstag im Monat durften die Geschäfte bis 17 Uhr geöffnet haben. Die Öffnungszeitennovelle 1997 erlaubt die Öffnung der Läden an jedem Samstag bis 17 Uhr. Die Offenhaltung am 8. Dezember ist beinahe der Höhepunkt, und die Verordnung des Landeshauptmannes von Niederösterreich, wonach ein Einkaufszentrum in Wiener Neudorf auch sonntags offenhalten darf, ist der Gipfel. Obzwar nur Familienangehörige betroffen sein sollten, so mußte bereits am ersten offenen Sonntag festgestellt werden, daß dort 20 Arbeitnehmer zu arbeiten hatten. Ich frage mich, wo soll das hinführen? (Abg. Purr: „Was hat das mit dem 8. Dezember zu tun?“) Am 8. Dezember können sich die Arbeitnehmer, die im Handel beschäftigt sind, nicht aussuchen, ob sie arbeiten oder nicht. Wenn sie sagen, ich kann nicht, dann wissen Sie sehr genau, Herr Kollege Purr, was das für Konsequenzen hat. Auch die Spitäler haben am 8. Dezember geöffnet, Kollegin Karisch. (Abg. Tasch: „Was ist in der Politik? Wir arbeiten auch Samstag und Sonntag!“) Die Unternehmer, die diese erweiterten Ladenöffnungszeiten ausnützen, betrachten die vielen im Handel Beschäftigten, meist Frauen, nicht mehr als Menschen, sondern als Faktoren, um ihre vermeintlichen Gewinne zu erhöhen. Der Profitgier und rücksichtslosen Ausbeutergesinnung vieler Handelsbetriebe hat sich der Arbeitnehmer, ohne Rücksicht auf Verluste, unterzuordnen, Herr Kollege Tasch. Das ist die Wahrheit. Tut er das nicht, riskiert er seinen Job, und das um läppische 12.635 Schilling brutto pro Monat für eine gelernte Verkäuferin bei 38,5 Wochenstunden. Es scheint den Unternehmern egal zu sein, wie sich Familie und Beruf vereinbaren lassen, ob Ehen dadurch auseinandergehen. Wenn Betriebe in Konkurs gehen, dann hängt das sehr häufig von anderen Faktoren ab, zum Beispiel wenn Arbeitgeber nicht anständig wirtschaften können. (Beifall bei der SPÖ.)

Es scheint den Unternehmen egal zu sein, wie sich Familie und Beruf vereinbaren lassen, ob Ehen auseinandergehen oder was eine Alleinerzieherin mit ihrem unversorgten Kind tut. Argumentiert wurde seitens

des Handels, daß die verlängerten Öffnungszeiten eine große Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze bringen würde. Tatsächlich brachte sie lediglich zusätzliche geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, wobei viele dieser geringfügig Beschäftigten sozial nicht abgesichert sind und um ein Körbchengeld arbeiten müssen. (Abg. Purr: „Ihr tut so, als hättet ihr nichts zu reden!“) Eine Untersuchung hat ergeben, daß jeder siebente Arbeitnehmer seine Mehrleistungen nicht abgeboten erhält. Obwohl es eine gesetzliche Verpflichtung zu einer einvernehmlichen Regelung gibt, wird bei 40 Prozent der Arbeitnehmer die Arbeitszeit angeordnet, und ein Viertel der Befragten erhielt die ihnen gebührenden Zeitzuschläge nicht. Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn Konsumenten zu diesen verlängerten Öffnungszeiten in die Geschäfte gehen, so ist dennoch die Kaufkraft nicht gestiegen, so daß nur eine Verlagerung der Zeiten des Einkaufes stattfindet. Wenn die Wirtschaft die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten weiter vorantreibt, dann fürchte ich, daß über kurz oder lang nach dem Vorbild der USA die Geschäfte auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet haben. (Abg. Purr: „Frau Kollegin!“) Sie sind für überhaupt nichts zuständig. Sie würden am liebsten alles auf die Arbeitnehmer abwälzen. Das haben Sie ja schon gesagt. Wir wissen aber auch, daß dort in den USA, im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, ein Mensch bereits bis zu drei Jobs benötigt, um überleben zu können. Ist es das, was die Wirtschaft bei uns auch will? (Abg. Purr: „Für was haben wir die Gewerkschaft?“) Wenn Maderthaler und Co. fordern, daß Feiertage auf einen Sonntag verlegt oder gar abgeschafft werden sollen, dann werden wir Sozialdemokraten, die jahrzehntlang um Arbeitnehmerschutzbestimmungen gekämpft haben, im Sinne der vielen Handelsangestellten, die sich nicht wehren können, weil ihre Existenz davon abhängt, uns das nicht gefallen lassen. Ich hätte nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Vorschlag zur Verbesserung der derzeitigen Situation. Wir haben in der Steiermark eine Öffnungszeitenverordnung, wie Sie alle wissen. Frau Landeshauptfrau Klasnic könnte ein Zeichen setzen und diese Verordnung dahin gehend abändern, daß die Geschäfte in der Steiermark an Samstagen zum Beispiel nur bis 14 Uhr offen halten dürfen. Eine Partei wie die ÖVP, die vorgibt, gute Familienpolitik zu machen, könnte hier zur Wahrung ihrer Glaubwürdigkeit anstatt Worte Taten setzen. Und zum Abschluß, Herr Kollege Purr, möchte ich nur drei Sätze aus einem Leserbrief in der „Neuen Zeit“ vom Sonntag Ihnen vorlesen. Die lauten: „Wir, die am 8. Dezember in Weiz geschlossen haltenden Geschäfte, haben nicht wegen Reichtums geschlossen und auch nicht wegen Faulheit.“ Sie schreiben weiter: „Jahrzehntlang haben die Menschen für soziale Rechte und soziale Schutzbestimmungen, wie Sonntags- und Feiertagsruhe, Achtstundentag, Gesundheits- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen gekämpft und so weiter. Die Sonntags- und Feiertagsruhe sowie andere Erholungspausen sind wichtige Voraussetzungen zur Pflege von sozialen Kontakten, zur Erhaltung der Gesundheit und des seelischen Gleichgewichtes.“ Und zum Schluß: „Wir haben jedenfalls am 8. Dezember im Interesse unserer Mitarbeiter und deren Familien geschlossen. Die Unternehmer von Weiz.“

Ich kann nur sagen: solche Arbeitgeber lobe ich mir. Das möchte ich Ihnen, Herr Kollege Purr, in Ihr Stammbuch schreiben. (Beifall bei der SPÖ. – 23.42 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Meine Damen und Herren, das Schlußwort zu dieser so anregenden Debatte hat nunmehr der Herr Landesrat.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (23.43 Uhr):** Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auch wenn es jetzt sehr lustig geworden ist, es ist – glaube ich – trotzdem eine Frage der Geduld, der Ausdauer und zum Teil auch – wenn Sie mir das gestatten anzumerken einleitend – ein bißchen der Leidenschaftlichkeit, dieser Debatte hier zu folgen, weil ich mich schon wundere, und das werde ich nicht allein sein, sondern es sind ja auch Zuseherinnen und Zuseher da, und auch der eine oder andere Abgeordnete wird sich denken, was würden gewisse Mitglieder dieses Hauses wohl sagen und wie würden sie argumentieren, wenn die Steiermark nicht objektiv die Tabelle der Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung in Österreich anführen würde? Was wäre dann, wenn wir tatsächlich noch diese Situation hätten, die die Steiermark überwunden hat, überwinden mußte – und auch da habe es immer wieder Debatten gegeben –, also insofern hat die Politik offensichtlich schon ihre Eigenheiten und hat sozusagen auch die Frage der Position eine Hauptrolle in dieser Argumentation von Fakten, von Situation, aber auch von Ausblick. Und, meine Damen und Herren, ich bin nicht wehleidig, aber ich würde schon meinen, daß ein Stil oder dieser Stil, der in den letzten Minuten dieses Haus geprägt hat, und sozusagen auch die Diskussionskultur und vor allem die inhaltliche Beurteilung, und ich werde den Herren das auch noch unter vier Augen dann sagen, weil es ist schon ein bißchen enttäuschend, wenn man auf partnerschaftliche Projektentwicklung aus ist und sich sehr bemüht, aber dann offensichtlich hier eine doch zu, nicht nur, weil es 23.45 Uhr wird, sondern offensichtlich auch andere Interessen dahinterstecken, und lassen Sie mich das ganz deutlich sagen, nicht im Interesse des Landes argumentiert wird. Und vor allem nicht im Interesse jener Menschen argumentiert wird, für die man vorgibt, daß man argumentiert. Das kann es wirklich nicht sein. Wenn man die Fälle, die hier dann dargestellt wurden, in einer derart schiefen Halbwahrheitsdarstellung bringt, das kann ich nicht glauben. Ich meine auch, daß Unternehmungen oder Mitarbeiter in Unternehmungen, die derart oder dermaßen negativ argumentieren, das Unternehmen schädigen. Da bin ich überzeugt davon. Das sind firmenunternehmensschädigende Verhaltensweisen, die in Unternehmungen, wie ich sie kenne, und ich habe rund 300 steirische besucht in den letzten Monaten, seit ich in dieses Amt kam, von Ihnen gewählt wurde, nicht vorkommen kann, denn sonst würden die ihren Wettbewerb, würden die ihre Geschäfte nicht überleben. Und was ist das Ergebnis, meine Herren insbesondere auf der linken Seite dieses Hauses? Das sind dann jene Arbeitsplatzverluste, die wir dann mit erhobenem Zeigefinger von der Politik aus kritisieren. Also insofern, meine ich, sollten wir in einer neuen Kultur der Politik doch versuchen, hier

einerseits den Mund nicht so voll zu nehmen, und bitte, verehrter Herr Präsident Vesko, niemand hat von Euphorie gesprochen. Ich bin jedes Mal noch gegen euphorische Aussagen aufgetreten und habe gesagt, diese Daten, die wir zur Zeit haben, sollten uns Mut machen, weil sie Ergebnisse sind von Veränderungen, die wehgetan haben, insbesondere in der Obersteiermark, aber es kann niemand vorbeischaun, und es ist jeder geschäftsschädigend, der noch anderes behauptet, daß wir beste Daten jetzt haben, und auf diese guten Daten aufbauend die Bewältigung der Probleme – (Abg. Schrittwieser: „Herr Landesrat, das hat ja keiner gesagt. Tun Sie das nicht verdrehen!“) Das bin ich auch gewohnt worden, was jeder gesagt hat. Das ist der Vorteil von Parlamenten, daß es hier Wortprotokolle gibt, und das kann man dann nachlesen. Es wird ja nicht sehr viele Leute interessieren, aber trotzdem, da brauchen wir jetzt nicht darüber streiten, was wer sagt oder nicht sagt hier in diesem Hause. Das ist dokumentiert, und dafür sollten wir dann auch gerade stehen. Ich glaube, daß das ein wichtiger Grundsatz ist, zu dem wir uns einfinden sollten alle zusammen trotz einer unterschiedlichen Position, Interessenskollision, die es da oder dort geben kann, daß wir hier für ein Unternehmen, das ist das Unternehmen Steiermark, und vor allem für deren Mitarbeiter arbeiten sollen und auch so reden sollen. Und daß das stärkt, meine ich, daß wir jetzt einmal nach vielen Jahren einer Depression, einer negativen Darstellung grauslicher Bilder, die man von der Steiermark gezeichnet hat, der Krisenregion und dem Land an der Grenze und dem Industriefriedhof, plötzlich sind wir wer. Plötzlich ist es auch eine Frage des Selbstvertrauens, auch wenn es dem einen oder anderen nicht paßt. Nicht euphorisch, sondern selbstbewußt, nicht selbstherrlich, sondern durchaus in einem Selbstverständnis, das uns auch eine gewisse Qualität verleihen soll in der Politik der Steiermark.

Und ich habe guten Grund, kurz zu sein, weil es schon sehr spät ist. Ich möchte deswegen neben diesen Grundsätzen mich auch noch beschränken auf ein paar Dankesworte und auf eine Bitte. Mein erstes Dankeswort gilt insbesondere jenen Unternehmungen, jenen Unternehmerinnen, Unternehmern, Mitunternehmern, vielen Mitarbeitern in diesen Unternehmungen, insbesondere in den Klein- und Mittelbetrieben, in den Familienbetrieben, die viel Arbeit täglich schaffen mit ihrer Tüchtigkeit und mit ihren Erfolgen auf den Märkten, zum Großteil auf den internationalen Märkten. 80 Milliarden hat die Steiermark an jährlichem Exportvolumen auch zu halten und auszubauen, zu verteidigen und auszubauen. Und diese Unternehmungen, meine Damen und Herren, schaffen 420.000 Arbeitsplätze, und so habe ich das gemeint, nicht wir hier. Nicht wir sind die, die da die Arbeitsplätze schaffen, sondern wir sind jene, die dafür sorgen sollten, daß sie die entsprechenden Rahmenbedingungen haben, daß sie günstige Infrastruktur haben. (Beifall bei der ÖVP.) Und diese Unternehmungen haben es von unserer Seite auch notwendig, meine ich, daß sie einen Optimismus mitbekommen, daß sie eine gewisse mentale Stärkung kriegen, denn sie haben es schwer genug auf den Märkten. Und all die Fälle, auf die ich jetzt nicht eingehe, sind Fälle, wo Entscheidungen hinsichtlich der Markttüchtigkeit zu spät, falsch oder auch gar nicht – wie der Herr Präsi-

dent richtig sagt – getroffen wurden. Und daß die Politik dann hergeht und sagt, ich schaffe diese Arbeitsplätze, das ist unmöglich. Das wissen wir seit dem Zusammenbruch der Verstaatlichten. Der letzte Konkursfall war der Konsum, der das deutlicher gar nicht hätte zeigen können. Das, meine Damen und Herren, auch grundsätzlich noch einmal mit Dank versehen, mit wirklich großem Dank und mit einer entsprechenden Demut auch jenen gegenüber, die dieses Rekordergebnis – das ist ein Rekordergebnis – 420.000 Arbeitsplätze in der Steiermark hat es in dieser Zahl noch nie gegeben, und auch die Lehrlinge im ersten Lehrjahr mit 6400, ein Rekordergebnis. Und das sollte uns ein bißchen stolz machen, nicht euphorisch, nicht übermütig, aber Mut machen und munter machen, daß es durchaus der richtige Weg war, den wir beschritten haben. Ich stehe nicht an, auch zu betonen, daß dieser Weg mit vielen gemeinsam gegangen wurde. Hier möchte ich den zweiten Dank ganz ausdrücklich meinen Mitarbeitern in meinem Büro aussprechen, aber insbesondere auch jenen Damen und Herren, die in der Landesbaudirektion, ein Gunther Hasewend, ein Stefan Hochfellner, ein Witte Bogner, in der Rechtsabteilung 3, die eine ganz wichtige Schlüsselfunktion hat, weil Anlagenverfahren mitunter der Wettbewerbsfaktor in den Regionen, in den Standortkonkurrenzen der Regionen geworden ist, mit Hofrat Fredi Kniepeiß an der Spitze, ausgezeichnete Arbeit leisten. Wir haben uns diesbezüglich zu den schnellsten, wir waren nicht immer schnell, entwickelt. Weiters möchte ich mich bei der Berufsschulabteilung – eine wichtige Geschichte – bedanken. Ich habe es bei der Gruppe 2 schon deutlich gesagt, das ist langfristige Wirtschaftsförderung, das ist das Investieren in die Zukunft, das ist das Investieren in das Wissen, in die Qualifikation. Dann haben wir auch die entsprechenden Strukturen, um auf den Arbeitsmärkten und auf den Wirtschaftsmärkten erfolgreich zu sein. Nicht zuletzt darf ich mich natürlich auch bei den Geschäftsführern der steirischen Wirtschaftsförderung, die es im letzten Jahr besonders schwer gehabt haben, weil sie einen großen Wandel mitgemacht haben, sie haben vieles Neue übernehmen müssen, Ludwig Sik und Burghard Kaltenbeck, Schwarz und Perkonigg bedanken, die heute auch da sind. Ich bin sehr froh, und das möchte ich besonders betonen, weil es gibt lauter – und Sie werden es nicht glauben, jene, die nicht drinnen sind und heute diese Debatte hier miterlebt haben – einstimmige, einhellige Beschlüsse in den beiden Beiräten, die ich zu verantworten und zu betreuen habe, der eine ist der Berufsschulbeirat, der zweite der Wirtschaftsförderungsbeirat, wo jeder Wirtschaftsförderungsfall dort auch diskutiert wird, argumentiert wird und beschickt wird von den Parteien dieses Hauses und von den Sozialpartnern. Ein zweiter Dank an all diese Mitarbeiter im Land, die für die Wirtschaftspolitik und für die Wirtschaftsförderung arbeiten. Abschließend schließe ich eine Bitte an und meine, daß es, zwölf Tage vor Weihnachten, auch eine Möglichkeit ist, über die eine oder andere Position nachzudenken, die man im letzten Jahr hier vertreten hat, und vielleicht besteht die Möglichkeit einer Veränderung an Innovation nach dem chinesischen Spruch: „Herr der Vergangenheit ist der, der sich erinnern kann, aber Herr der Zukunft ist der, der sich wandeln kann.“ Um diesen Wandel, meine Damen

und Herren, geht es in der Wirtschaft insbesondere, aber auch in der Politik. Ich meine daher, daß wir ein Informationspaket von unserer Seite, von seiten des Wirtschaftsressorts anbieten sollten. Sie wissen, ich habe Sie bei der letzten Budgetdebatte gebeten, hier im Sinne dieses Unternehmens Steiermark an der gemeinsamen Wirtschaftspolitik mitzuwirken. Sie haben alle eine Visitenkarte gekriegt. Wir haben jetzt ein Infopaket für Repräsentanten, ganz gezielt und bewußt für Repräsentanten dieses Landes, die Sie ja sind, auch wenn es dem einen oder dem anderen beim Jammern oder beim Kritisieren schwerfällt. Ich gebe es aber nicht auf, Sie als Repräsentanten, als positive Repräsentanten und Botschafter dieses Landes und der Interessen dieses Landes anzusprechen, die wissen, daß wir im Wettbewerb stehen, und die auch wissen, daß sich andere Regionen in Europa und auf dieser Welt auch bemühen. Und wir sagen ja, wir wollen eine helle Steiermark werden, wir wollen eine Region der hellen Köpfe werden. Deswegen haben wir in dieses Paket ein Internetbuch hineingegeben, das Sie auch dazu ermächtigt und ertüchtigt, daß Sie surfen können. Auch eine CD-ROM mit Gratisstunden für den InternetEinstieg ist darin enthalten. Es sind dann auch für jene Damen und Herren, die es nicht glauben oder die es nicht glauben können, Fakten zusammengestellt, nicht nur die nicht kaufbaren, nicht bestellbaren positiven Berichte von Wirtschaftsforschern, von renommierten Zeitschriften und von renommierten Wirtschaftsmagazinen und Tageszeitungen, sondern auch Daten zur Lage, an denen Sie sehen werden, wann diese – in der Wirtschaftssprache sagt man break-even point – Veränderung gegriffen hat, wann wir weniger Arbeitslose hatten als eben Restösterreich in den Zuwachsraten und wo wir mehr Beschäftigung hatten in den Beschäftigtendaten als andere Regionen Österreichs. Sie können darin auch alle Projekte sehen, und da sage ich auch eines, vor allem in Richtung der Kollegen aus der Obersteiermark, bitte bringen Sie mir ein Projekt, das von uns abgelehnt wurde, das förderungswürdig war, das nach den Richtlinien, und das ist ganz objektiv, und nicht parteipolitisch verbrämt, auch in Brüssel dann letztlich notifiziert werden mußte, an Wirtschaftsförderungsrichtlinien, denn um das geht es, und das sage ich allen regionalen Abgeordneten und auch allen Bürgermeistern, bei denen ich mich gleichzeitig bedanke, wenn sie in der Lage sind, mit uns zusammen Projektentwicklung zu betreiben. Sie haben dann auch noch in einer dritten Broschüre eine Definition von Clustern und eine Auflistung, welche Cluster es neben dem für Verkehr und Transport, insbesondere Schwerpunkt Automobil, gibt. Frau Kollegin Zitz, nicht nur Automobil, sondern auch unser tüchtiger Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel, die Schiene in Donawitz, die Weiche in Zeltweg und die Trägestelle hier bei SGP Siemens, einem Weltkompetenzzentrum, ist drinnen, das Holz, die Telekom-Aktivitäten und auch die Werkstoffe insbesondere, ausgehend von dem Werkstoffkompetenzcenter des Prof. Jeglitsch an der Montanuniversität beziehungsweise dann auch noch kombiniert mit dem Technologiepark in Niklasdorf und mit den dortigen Kompetenzzentren. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch das können Sie nachlesen. Zum Schluß finden Sie noch eine Broschüre mit bemerkenswerten Artikeln über die Steiermark von außersteirischen

Persönlichkeiten, und nennt sich „Top of Styria“, ein Wirtschaftsmagazin der Sonderklasse, nicht bestellbar, sondern recherchiert und auch mit Beiträgen aus dem Arbeitnehmersektor ausgestattet, Gott sei Dank, damit das keine Schlagseite kriegt. Ich bitte Sie, daß Sie sozusagen, und das ist meine einzige Bitte, die ich an Sie habe, dieses Infoangebot nutzen und daß Sie im nächsten Jahr die Projekte, die Sie auch in diesen Unterlagen vorfinden, entsprechend unterstützen. Im Budget sind sie ja, wie einige Debattenredner, insbesondere Ing. Hohegger, dargestellt haben, enthalten, Gott sei Dank. Ich bedanke mich hier auch bei den Regierungskollegen, und ich würde meinen, daß, wenn all das wiederum stimmungsmäßig auch von der Politik her gegeben ist, zumindest die steirischen Unternehmungen ganz im Sinne dessen, was auch der Herr Prof. Geldner hier sagt, daß die Stärke von Regionen nicht in den Beständen liegt, sondern in den Potentialen, die Steiermark ein großes Potential tüchtiger Mitarbeiter, tüchtiger Arbeitskräfte und tüchtiger Unternehmungen hat. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 00.02 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, während des Abstimmungsvorganges etwas ruhiger zu sein. Es ist soeben Samstag, der 13., geworden. Ich heiße Sie mit einem herzlichen „Guten Morgen“ zur Fortführung der Abstimmung willkommen.

Da soll noch jemand sagen, daß eine Budgetdebatte nicht vier Tage dauern kann.

Über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger zur Gruppe 7. Ich bitte um Abstimmung. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Über den Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1998, bitte um Abstimmung. Gegenprobe.

Das ist die Mehrheit.

Über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Konzept zur Sanierung des Schutz- und Bannwaldes. Ich bitte um Abstimmung.

Das ist die einstimmige Annahme.

Über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend bestmöglichen Zuschuß pro Kilogramm an Molkereien angelieferter Milch, bitte um Abstimmung. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Über den Beschlußantrag der ÖVP und der Grünen, betreffend die Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an den Salzstiegebahnen.

Das ist die – Gegenprobe – mehrheitliche Annahme.

Über den Beschlußantrag der ÖVP, der Grünen und der SPÖ, betreffend die Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung des Landes Steiermark an der Aflenz Bürgeralm Bergbahnen GesmbH. & Co. KG. Gegenprobe.

Mehrheitlich angenommen.

Über den Beschlußantrag der Sozialdemokraten, Freiheitlichen und der Volkspartei, betreffend die land- und forstwirtschaftliche Förderung von Kleinbetrieben.

Das ist die einstimmige Annahme.

Über den Beschlußantrag der Sozialdemokraten und der Freiheitlichen, betreffend Novellierung des Landwirtschaftskammergesetzes, LGBl. Nr. 14/1970, zuletzt geändert durch Nr. 18/1991.

Das ist die einstimmige Annahme.

Über den Beschlußantrag der Freiheitlichen und der Volkspartei betreffend Transportkostenzuschuß. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zur Gruppe 8 „Dienstleistungen“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Straßberger, dem ich das Wort erteile:

**Abg. Straßberger** (00.03 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Gruppe 8 „Dienstleistungen“. Sie besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten:

Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude, Grundbesitz, Wohn- und Geschäftsgebäude, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Landwirtschaftsbetriebe, Weinbaubetriebe, Forstgüter, Forstgärten, Baumschulen, wirtschaftliche Unternehmungen, zusammengefaßte Unternehmungen, wirtschaftliche Unternehmungen, Fortsetzung, Kongreßhäuser, sonstige wirtschaftliche Unternehmungen.

In der Gruppe 8 ergeben sich für den Landeshaushalt 1998 folgende Gesamtsummen:

Ausgaben: 143.399.000 Schilling, Einnahmen: 78.157.000 Schilling.

Es wird der Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 8 für den Landeshaushalt 1998 gestellt. Danke! (00.03 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Es liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort.

**Abg. Straßberger:** Nein.

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke! Dann komme ich zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 8 des Landesvoranschlages 1998 die Zustimmung geben, um ein Handzeichen.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zur Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro, ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gennaro** (00.05 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“ umfaßt Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Darlehen, Rücklagen, Wertpapiere, Beteiligungen und öffentliche Abgaben, Umlagen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, Bedarfszuweisungen, nicht aufteilbare Schulden, Haftungen, Verstärkungsmittel und den Haushaltsausgleich. Auf der Ein-



nahmenseite für das Jahr 1998 sind 19.145,620.000 Schilling veranschlagt und auf der Ausgabenseite 8.014,335.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses darf ich den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, folgende Beschlüßanträge beschließen:

Zur Gruppe 9:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung zu erwirken, daß im Falle der Veräußerung von Bundesbeteiligungen an Unternehmungen und Einrichtungen im Bundesland Steiermark (zum Beispiel Flughafen Graz-Thalerhof, Dachstein-Fremdenverkehrs-AG. et cetera) die Interessen des Landes Steiermark nach Möglichkeit gewahrt werden.

Antragsteller: Schützenhöfer, Purr, Straßberger und Ing. Mag. Hohegger, Dr. Flecker, Gennaro.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, wegen der geänderten Rahmenbedingungen für den Finanzausgleich und den Problemen des gegenwärtigen Finanzausgleiches die Bemühungen um eine Verbesserung der relativen Position der Steiermark im Finanzausgleichsgefüge fortzusetzen und über die Vorschläge der Steiermark für die Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes ab 2001 in der Landesfinanzreferentenkonferenz dem Landtag zu berichten.

Antragsteller: Schützenhöfer, Straßberger, Purr und Riebenbauer, Dr. Flecker, Gennaro, Schinnerl.

In Anbetracht des diesjährigen Steueraufkommens von 355 Millionen Schilling bei den Veranstaltungen am A1-Ring in Spielberg wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine dem Steueraufkommen angemessene finanzielle Beteiligung an den Investitionskosten des A1-Ringes zu erwirken.

Antragsteller: Pußwald, Bacher, Ing. Mag. Hohegger, Straßberger. Ich ersuche um Annahme. (00.07 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter, der fast ohne zu atmen seinen Bericht vorgetragen hat. Es liegt eine Wortmeldung vor. Ich erteile der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

**Abg. Mag. Zitz** (00.07 Uhr): Ich bringe einen Beschlüßantrag ein, betreffend Gegenbuchung der Mittel aus der Klimaschutzmilliarde auf der Ausgabenseite.

Die Mittel aus der Klimaschutzmilliarde sind im Landesvoranschlag 1998 als „Sonstige Finanzausweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz“ in der Gruppe 9 als Einnahmen ausgewiesen. Eine Gegenbuchung auf der Ausgabenseite wurde nicht vorgenommen. Um mit der Finanzausweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen klimaschutzrelevante Zusatzausgaben zu finanzieren, sollte, wie im Land Oberösterreich, eine Gegenbuchung auf der Ausgabenseite erfolgen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im nächsten Landesvoranschlag die Finanzausweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (Mittel aus der Klimaschutzmilliarde) auf der Ausgabenseite gegenzubuchen.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen um Annahme dieses Antrages. (00.07 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

**Abg. Gennaro:** Ich verzichte, danke.

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke, wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 des Landesvoranschlages für 1998 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlüßantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Veräußerung von Bundesbeteiligungen an Unternehmungen und Einrichtungen im Bundesland Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlüßantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Vorschläge der Steiermark für die Neuordnung des Finanzausgleiches ab 2001, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlüßantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend finanzielle Beteiligung an den Investitionskosten des A1-Ringes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlüßantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend Gegenbuchung der Mittel aus der Klimaschutzmilliarde auf der Ausgabenseite, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Außerordentlicher Haushalt 1998:

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (00.10 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt weist im Normal- und im Sonderinvestitionsprogramm 1998 veranschlagte Gesamtausgaben im Bereich von 2.203,300 Millionen und Einnahmen von 416,273 Millionen aus. Das bedeutet einen Gebarungsabgang des außerordentlichen Haushaltes im Jahr 1998 von 1.787,027 Millionen Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme der Ansätze des außerordentlichen Haushaltes. (00.10 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt zu den Ansätzen im außerordentlichen Haushalt nicht vor. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen im außerordentlichen Haushalt für das Jahr 1998 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Dienstpostenplan 1998:

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger** (00.12 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über den Dienstpostenplan 1998. Allgemeine Verwaltung 7.836,82 Dienstposten; zu Lasten der Voranschlagsposten 5200 278,11 Dienstposten, das ergibt eine Summe von 8.114,93 Dienstposten. Dienstposten für die bei der Steiermärkischen KrankenanstaltengesmbH. beschäftigten Landesbediensteten gegen vollen Ersatz der Bezüge 11.317,29 Dienstposten; Dienstposten für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen gegen vollen Ersatz der Bezüge 9435 Dienstposten; Dienstposten für Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen gegen Ersatz von 50 Prozent der Bezüge 875,80 Dienstposten; Dienstposten für land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen gegen Ersatz von 50 Prozent der Bezüge 425 Dienstposten. Das ergibt eine Summe der Dienstposten zu Lasten des Personalaufwandes des Landes von 30.168,02 Dienstposten. Dienstposten zu Lasten der einzelnen Wirtschaftspläne: 315 Dienstposten; Dienstposten zu Lasten der einzelnen Sozialhilfeverbände 648,05 Dienstposten. Gesamtsumme der Dienstposten 31.131,07. Es wird der Antrag auf Annahme des Dienstpostenplanes 1998 gestellt (00.13 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt zum Dienstpostenplan nicht vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zum Dienstpostenplan für das Jahr 1998 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan 1998:

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gennaro** (00.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Plan liegt Ihnen vor. Im Detail beträgt die Gesamtzahl an systemisierten Kraftfahrzeugen 630. Ich ersuche um Annahme. (00.13 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan nicht vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan für das Jahr 1998 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Bevor wir über den Antrag des Hauptberichterstatters abstimmen, erteile ich Herrn Landesrat Ing. Ressel das Wort.

**Landesrat Ing. Ressel** (00.14 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir die Bemerkung, daß wir es uns in der Regierung nicht leicht gemacht haben, das Budget für das Jahr 1998 Ihnen vorzuschlagen. In der gleichen Gesinnung werden wir Sie in den nächsten Monaten mit dem Budget des Jahres 1999 konfrontieren. Ich möchte mich bei meinen Kollegen in der Regierung sehr herzlich bedanken. Es ist nicht immer leicht, einen Kompromiß zu finden. In der Debatte prallen die Gegensätze aufeinander. Aber wir wissen, daß es oft sehr, sehr schwer ist, die Notwendigkeiten, die wir in unserer Politik sehen, tatsächlich auch durchzusetzen. Wir haben es gemacht. Ich möchte mich bei Herrn Hofrat Wurm und seinen Mitarbeitern der Rechtsabteilung 10 sehr herzlich bedanken. Mein Kollege, Landesrat Paiarl, von der ÖVP hat einen wesentlichen Beitrag in den Verhandlungen zum Gelingen dieses Budgets geleistet. Ich möchte auch nicht verhehlen, daß die Frau Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter zum Gelingen dieses Vorhabens unentbehrlich waren. Sie haben es wahrscheinlich auch nicht sehr einfach gehabt, diesem Vorhaben die Zustimmung zu erteilen. Die Wünsche sind immer größer als die Möglichkeiten. Die Diskussionen haben mir aber gezeigt, daß, von extremen Standpunkten abgesehen, die Zustimmung des Hauses vorliegt. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Vielleicht darf ich noch eines hinzufügen. Es ist für mich eigenartig, wenn man das siebente Budget vorschlägt, daß es dann eine Fraktion gibt, und ich blicke jetzt zur rechten Seite, die in sieben Jahren einmal zugestimmt hat, und das auf der einen Seite bei einem Budget, das sich einer sehr hohen Nettoneuverschuldung zuwendet, auf der anderen Seite, so wie jetzt, einem ausgeglichenen Budget asymptotisch nähert. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich würde Sie bitten, sich darauf zu einigen, was Sie wollen. Wir machen das, was die Bevölkerung will. Herr Kollege Schinnerl, Sie notieren außerordentlich eifrig. Sagen Sie mir einmal, wozu. (Allgemeine Heiterkeit.) Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 00.18 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir auf Grund dieser hervorragenden Schlußworte des Herrn Landesrates auf das Schlußwort des Herrn Berichterstatters verzichten dürfen. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, über den Landesvoranschlag 1998,

den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit liegen die Beschlüsse über den Landesvoranschlag, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan für das Jahr 1998 vor.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

**4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 658/1, Beilage Nr. 84, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (00.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Landesregierung wird ermächtigt, für das Land Steiermark Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt 2 Milliarden Schilling auf dem In- und Auslandsmarkt gegen Ausgabe von festverzinslichen Teilschuldverschreibungen zu den im Paragraph 2 genannten Bedingungen aufzunehmen. Die Anleihen sind mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren auszustatten. Der Erlös der Anleihen ist ausschließlich zur Finanzierung von Investitionsvorhaben und Investitionsförderungsmaßnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Landeshaushaltes 1998 bestimmt. Für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen haftet das Land Steiermark mit seinem gesamten Vermögen und all seinen Rechten. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme.

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 268/5 und 405/4, zum Antrag der Abgeordneten Wiedner, Ing. Schreiner, List und Schinnerl, betreffend Neuverhandlung des Finanzausgleiches, Einl.-Zahl 268/1, sowie zum Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Riebenbauer, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend Neuordnung des Finanzausgleiches, Einl.-Zahl 405/1.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Schreiner** (00.20 Uhr): Ich habe tatsächlich das Wort? Ich darf auf die einbegleitenden Worte verzichten, der Herr Präsident hat das schon gemacht. Ich möchte daher nur laut Geschäftsordnung den Antrag vorlesen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Wiedner, Ing. Schreiner, List und Schinnerl, betreffend Neuverhandlung des Finanzausgleiches, Einl.-Zahl 268/1, sowie zum Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hochegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Riebenbauer, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend Neuordnung des Finanzausgleiches, Einl.-Zahl 405/1, wird zur Kenntnis gebracht. (00.21 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 362/2, zum Beschluß Nr. 227 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Schinnerl und Wiedner, betreffend die Beratung des Regierungsentwurfes zum Landesvoranschlag 1998 und der Folgejahre im Finanz-Ausschuß vor Einbringung in den Landtag.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Hartinger** (00.23 Uhr): Herr Präsident!

Hiezu wird seitens der Landesregierung berichtet:

Die Festsetzung des Zeitplanes für die Befassung des Landtages und des Finanz-Ausschusses mit dem Budget wird vom Präsidium des Steiermärkischen Landtages bestimmt. Der Zeitplan für den Voranschlag 1998 wurde der Rechtsabteilung 10 von der Landtagspräsidialkanzlei mit Fax vom 20. August 1997 bekanntgegeben. Nach diesem Terminplan erfolgt die Behandlung des Budgets 1998 im Finanz-Ausschuß am 2. Dezember 1997. Der Budgetlandtag findet vom 10. bis 12. Dezember 1997 statt – bis 13. Dezember, das ist falsch. Die zeitlichen Voraussetzungen für eine ausreichende Beratung im Finanz-Ausschuß sind damit sichergestellt.

Es wird der Antrag gestellt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (00.23 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 382/6, zum Beschluß Nr. 217 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Schützenhöfer, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Vesko,**

**Dr. Brünner, Dr. Wabl, Ing. Schreiner, Purr und Riebenbauer, betreffend die Vorlage eines Berichtes über den Stand der Privatisierungsvorhaben bei der Einbringung des Landesbudgets 1998.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger** (00.24 Uhr): Geschätzte Damen und Herren!

Zu dieser Vorlage ist zu berichten:

Im Rahmen des Voranschlages 1998 sind keine Erlöse aus Privatisierungen veranschlagt worden. Die „Privatisierung“ von Infrastruktureinrichtungen, Thermen und Schilifte, erscheint mangels Vorliegend akzeptabler Angebote privater Interessen nicht sinnvoll. Derzeit steht daher weder die Art der Privatisierung (Verkauf von Anteilen, Kapitalerhöhungen, Aktien-tausch), noch die Höhe eines dem Land allenfalls zufließenden Privatisierungserlöses fest. Es ist nach Auffassung des Finanzreferenten jedenfalls davon auszugehen, daß Privatisierungserlöse zur teilweisen Finanzierung des Sonderinvestitionsprogrammes und zur Reduktion des Schuldenstandes zu verwenden sein werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge des Beschlusses vom 10. November 1997 den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 217 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Februar 1997 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Schützenhöfer, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Brünner, Dr. Wabl, Ing. Schreiner, Purr und Riebenbauer, betreffend die Vorlage eines Berichtes über den Stand der Privatisierungsvorhaben bei der Einbringung des Landesbudgets 1998, wird zur Kenntnis gebracht. Danke! (00.25 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung liegt hier ebenfalls nicht vor. Ich bitte um Abstimmung. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 476/5, zum Beschluß Nr. 339 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Vermeidung verwaltungsinterner Probleme im Zusammenhang mit der Einführung des Euro in der Steiermark.**

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz** (00.27 Uhr): Mit Beschluß Nr. 339 vom 10. Juni 1997 wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, „dem Bundesministerium für Finanzen für die Bereiche Verwaltung, öffentliche Haushalte und Legistik binnen zwei Monaten alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, um verwaltungsinterne Probleme im Zusammenhang mit der Einführung des Euro in der Steiermark zu vermeiden“.

Zu diesem Antrag gibt es einen sechsseitigen Bericht, der im Finanz-Ausschuß bereits diskutiert wurde. Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses Berichtes. (00.27 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Da auch hier keine weitere Wortmeldung vorliegt, bitte ich um Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 648/1, betreffend die Österreicherin Gesellschaft m.b.H., Finanzierung des Ausbaues der Rennstrecke für die Formel I und die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 3,181.500 Schilling.**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Korp** (00.28 Uhr): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zu der Einl.-Zahl 648/1, Regierungsvorlage, darf ich den Antrag stellen: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Für den Ausbau der Rennstrecke für die Formel I wird eine überplanmäßige Ausgabe von 3,181.500 Schilling bei der zuständigen Voranschlagspost genehmigt, wobei die Bedeckung durch die Aufnahme zusätzlicher Darlehen zu erfolgen hat. (00.28 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Es liegt keine Wortmeldung vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke – Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 651/1, betreffend Grundeinlösung für das Bauvorhaben Nr. 53..97 „Leobner Straße-Ziegelwiesen“ der L 553, Preger Straße (Gemeinschaftsgut Landschach, ÖBB und Eichholzer Horst).**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser** (00.29 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Vorlage liegt jedem Abgeordneten vor. Ich hoffe, daß sie in den letzten Tagen ausreichend studiert wurde, und ich beantrage die Annahme. (00.29 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommt die Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dafür sind, bitte ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Danke, das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 662/1, betreffend Grundeinlösung für das Bauvorhaben Nr. 53..97 „Leobner Straße-Ziegelwiesen“ der L 553, Preger Straße (Egger/Kuttin, Kuttin und Schilchegger).**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schleich** (00.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Bei diesem Antrag, geht es um die Grundeinlösung für das Bauvorhaben Nr. 53..97 „Leobner Straße-Ziegelwiesen“ der L 553.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Grundeinlösung Egger/Kuttin, Kuttin und Schilchegger für das Bauvorhaben „Leobner Straße-Ziegelwiesen“ der L 553, Preger Straße, im Betrag von 4,520.880 Schilling wird genehmigt. (00.30 Uhr):

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Es liegt keine Wortmeldung vor. Bitte um die Abstimmung. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 661/1, über die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1998 (8. Bericht für das Rechnungsjahr 1997).**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (00.30 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß in der Zeit vom 15. September bis 27. Oktober dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene überplanmäßige Ausgaben von insgesamt 11,693.478,54 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt: Ordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen 840.800 Schilling und durch die Rücklagenentnahme 10,852.678,54 Millionen Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Den 8. Bericht für das Rechnungsjahr 1997 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten überplanmäßigen Ausgaben im Betrag von 11,693.478,54 Millionen Schilling wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (00.32 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Es liegt keine Wortmeldung vor. Bitte um Abstimmung. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 666/1, betreffend den Verkauf der EZ. 467, KG. Innere Stadt, mit dem darauf**

**befindlichen Objekt Hartiggasse 4 an Helmut Pichler, 8010 Graz, Ruckerlberggasse 4, zum Preis von 2,450.000 Schilling.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (00.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die EZ. 467, KG. Innere Stadt, besteht aus dem Grundstück 485 und hat eine Gesamtfläche von 309 Quadratmeter. Auf diesem Grundstück befindet sich das Objekt Hartiggasse 4. Seitens des Landes besteht am gegenständlichen Objekt kein weiteres Interesse. Bei der Anbotseröffnung lagen zwei Anbote vor. Der vom gerichtlich beeedeten Sachverständigen geschätzte Verkehrswert beträgt 2,174.000 Schilling. Die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung hat mitgeteilt, daß die Revitalisierung dieses Objektes einen Aufwand von rund 3 Millionen Schilling erfordern würde. Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Kauf der EZ. 467, KG. Innere Stadt, mit dem darauf befindlichen Objekt Hartiggasse 4, laut beiliegendem Lageplan, zum Preis von 2,450.000 Schilling an Helmut Pichler, 8010 Graz, Ruckerlberggasse 4, wird genehmigt. (00.33 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

**14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 665/1, betreffend Optionsvertrag Thermalquelle Loipersdorf Ges.m.b.H. & Co. KG.; Kaufpreisreduktion bezüglich der EZ. 541, KG. Loipersdorf.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schleich** (00.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Der Antrag lautet, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der im Rahmen des Optionsvertrages von der Thermalquelle Loipersdorf Ges.m.b.H. & Co. KG., betreffend EZ. 541, KG. Loipersdorf, zu zahlende Kaufpreis wird von 650 Schilling pro Quadratmeter auf 99,50 Schilling pro Quadratmeter reduziert, so daß der Gesamtkaufpreis nicht 13,455.650, sondern 2,059.749,50 Schilling beträgt. Weiters wird die im Zusammenhang mit der Optionsausübung notwendige Errichtung und der Abschluß eines Kaufvertrages unter der Bedingung genehmigt, daß der Kaufpreis pro Quadratmeter nicht unter 99,50 Schilling liegt. (00.34 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme.

**15. Bericht des Finanz-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 663/1, der Abgeordneten Gennaro, Purr, Gross und Straßberger, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (00.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Antrag liegt Ihnen vor und wurde auch in der Budgetdebatte bereits diskutiert. Namens des Finanz-Ausschusses wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird, wird insofern geändert, daß erstens Paragraph 4 Absatz 1 Ziffer 3 lautet: „3. Rückflüsse (ausgenommen Verzinsungen) aus Förderungsmaßnahmen nach a) dem Wohnbauförderungsgesetz 1954, b) dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, c) dem Wohnbauförderungsgesetz 1984, d) dem Wohnhaussanierungsgesetz, e) dem Gesetz vom 6. Juli 1949, betreffend die Errichtung eines Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark, f) dem Landeswohnbauförderungsgesetz 1986 und g) diesem Gesetz“; zweitens: Paragraph 4 Absatz 1 Ziffer 4 lautet: „4. Verzinsungen aus Förderungsmaßnahmen nach Ziffer 3 ab dem 1. Jänner 2001.“ (00.35 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme.

**16. Bericht des Sozial-Ausschusses, Einl.-Zahl 30/6, Beilage Nr. 91, über den Antrag, Einl.-Zahl 30/1, der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Schleich und Vollmann, betreffend die Novellierung des Sozialhilfegesetzes.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross** (00.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Sozial-Ausschuß hat in seinen Sitzungen am 7. Mai 1996 und am 10. Dezember 1997 die Beratungen über den obgenannten Antrag durchgeführt und hiebei Änderungen beschlossen. Die Parteienverhandlungen fanden in elf Verhandlungsrunden unter Beisein aller Fraktionen sowie Vertretern der Abteilung Verfassungsdienst, der Rechtsabteilungen 1, 7 und 9 und des Städte- und Gemeindebundes sowie der Frau Landesrätin Dr. Rieder statt. Im nunmehr vorliegenden Gesetz über die Sozialhilfe wurde eine Aktualisierung beziehungsweise Anpassung der geltenden Rechtslage an geänderte Erfordernisse beziehungsweise Bedürfnisse vorgenommen und ausverhandelt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Den nachstehenden Entwurf des Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Sozialhilfegesetz beschlossen wird und das Steiermärkische Behinderten-

gesetz, das Steiermärkische Pflegegeldgesetz und das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz geändert werden.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird ersucht, ihre Ankündigung, alle im Landtag vertretenen Parteien auch hinsichtlich der Beratungen über die Verordnung zum Sozialhilfegesetz miteinzubeziehen, zu verwirklichen und vor der Beschlußfassung der Verordnung ein Hearing mit Vertretern der privaten Heimträger und Heimleiter abzuhalten. (00.38 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

**Abg. Keshmiri** (00.38 Uhr): Zuerst erlauben Sie mir, das Wort Skandal zu gebrauchen, weil gestern ist es ja bekrittelt worden. Für mich ist es ein Skandal, wenn jetzt um ein Uhr in der Nacht so ein wichtiges Gesetz, über das zehn Jahre verhandelt wurde, abgestimmt werden soll. (Beifall bei den Grünen.) Ich bin neugierig, wie viele Redner sich von den anderen Fraktionen dazu melden werden. (Abg. Dr. Flecker: „Wo ist denn euer Fraktionsführer?“) Der mußte zu einer Sitzung nach Wien. Aber ich bin ja da, und das wird ja wohl reichen. Ich habe deswegen, weil ich gestern genau gewußt habe, wie das ablaufen wird, unsere Position zum Sozialhilfegesetz schon sehr ausführlich dargelegt. Ich werde mir jetzt erlauben, einen Abänderungsantrag und noch einen Beschlußantrag zu diesem Gesetz einzubringen. Zuerst den Abänderungsantrag, betreffend Bericht des Sozial-Ausschusses über den Antrag, Zahl 30/1. Aus Gründen der Menschenwürde und um dem Gebot der Gleichheit aller Menschen zu genügen, ist die Unterscheidung, wie sie in der vom Sozial-Ausschuß beschlossenen Novelle zum Sozialhilfegesetz vorgesehen ist, nicht tragbar. In dieser Version wird als Voraussetzung für einen umfassenden Rechtsanspruch auf Sozialhilfe die mehr als dreimonatige Aufenthaltsberechtigung verlangt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Antrag, Einl.-Zahl 30/1, wird wie folgt geändert: Paragraph 4 Absatz 1 lautet: Als Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes hat nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abschnittes einen Rechtsanspruch, wenn ein Bedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräfte und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderen Personen oder Einrichtungen erhält. Jetzt zum Beschlußantrag, betreffend Novellierung des Sozialhilfegesetzes. Im Zusammenhang mit dem neuen Sozialhilfegesetz ist die Einführung von Obergrenzen durch eine Verordnung für Heimbetreuung vorgesehen. Diese werden für alle Sozialhilfeempfänger, die in Heimbetreuung sind, wirksam. Dadurch könnte unter Personen in Heimbetreuung eine Zweiklassengesellschaft entstehen. Die neu eingeführten ISGS legen die Kostenbeiträge für soziale Dienste autonom fest. Es ist daher zu befürchten, daß es zu unterschiedlichen Kostenbeiträgen, je nach ISGS, kommt. Eine weitere unterschiedliche Behandlung von Sozialhilfeempfängern gibt es im Zusammenhang mit dem Bezug von Arbeitslosengeld. In einigen Bezirken wird dieses bei der Berechnung der Sozialhilfe berücksichtigt, in anderen nicht. Es wird daher von den unter-

zeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Vollziehung des neuen Sozialhilfegesetzes darauf zu achten, daß es zu keiner Ungleichbehandlung von Hilfeempfängern kommt. Ich bitte um Annahme. (00.41 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz** (00.41 Uhr): Das Sozialhilfegesetz in der Form, wie es uns jetzt vorliegt, wird sicher nicht lange halten, und es wird auch deswegen nicht lange halten, weil dieses Gesetz in einer Eile entwickelt worden ist, die sowohl der sozialen Thematik unwürdig ist und die eigentlich auch unwürdig ist, basierend auf dem, was doch ein Teil der Abgeordneten versucht hat, im Unterausschuß zum Sozial-Ausschuß zu leisten. Ich hätte mir eine wesentlich würdevollere Debatte gewünscht, und ich hätte mir auch eine längere Rednerliste gewünscht, als jetzt der Herr Präsident Vesko wahrscheinlich da hinten haben wird. Es ist jetzt Samstag, 13. Dezember, um dreiviertel eins in der Früh. Dieses Gesetz hat in der alten Form ungefähr 20 Jahre gehalten. Ich hätte mir gewünscht, daß dieses Gesetz nicht in diesem Tempo über den Tisch gezogen wird. Das Ablaufdatum ist vorgegeben nicht nur dadurch, daß bestimmte Bestimmungen ja im Wahljahr dieser Legislaturperiode wieder zur Diskussion stehen.

Noch einmal ganz kurz zusammengefaßt die Kritikpunkte aus Sicht der Grünen an diesem Gesetz:

Ich habe das mitverhandelt, elf Verhandlungsrunden hindurch, elf Runden, war dann sehr überrascht, daß in der letzten Sitzung fünf Minuten vor zwölf Uhr im wahrsten Sinne des Wortes bekanntgegeben wurde, daß das Gesetz heute als 16. Tagesordnungspunkt am vierten Tag des Budgetlandtages auf die Tagesordnung gesetzt wird. Herr Klubobmann Flecker, es würde mich sehr freuen, wenn Sie sich da herausbewegen könnten und als Klubobmann argumentieren würden, warum Sozialpolitik mit Ihrer Soziallandesrätin Rieder die Art von Stellenwert hat, daß wir zu einer etwas sonderbaren Tageszeit diese Sozialdebatte für das relevanteste Gesetz im Sozialressort hier führen müssen mit einer vermutlich ziemlich kurzen Redner- und Rednerinnenliste (Abg. Dr. Flecker: „Die Qualität spricht für das Werk, nicht Ihre Show!“), und die gleiche Aufforderung oder höfliche Bitte richte ich auch an den Klubobmann Schützenhöfer, nachdem wir hier über die unglaublichsten Themen ziemlich ausführlich diskutiert haben.

Kritikpunkte aus Sicht der Grünen am Gesetz: Es gibt kein Recht auf soziale Dienste. Die Liste der sozialen Dienste orientiert sich an einem Gesellschaftsmodell aus den siebziger Jahren. Es gibt keine moderne Koordinationsstruktur für die integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel. Es waren keine Experten und Expertinnen von außen in die Verhandlungen eingebunden. Es hat keine adäquate Koordination mit dem Gesundheitsressort gegeben, und es gibt keinen Abgleich mit anderen sozialpolitisch relevanten Gesetzen, etwa dem Behindertengesetz oder dem Jugendwohlfahrtsgesetz. Das ist keine Kritik an

den Beamten, die dieses Gesetz begleitet haben. Es ist eine Kritik an den Personen, die politisch für dieses Gesetz ressortmäßig verantwortlich sind.

Ich stelle jetzt einen Antrag zu einem spezifischen Punkt zum Sozialhilfegesetz. Wir hätten eine Reihe von Abänderungsanträgen gehabt. Ich denke, daß ich mir das ersparen werde, einfach deswegen, weil dieses Gesetz nicht sehr lange halten wird. Ich bin sicher, daß es relativ bald gut argumentierte Einsprüche (Abg. Vollmann: „31. Dezember 2001!“) gegen dieses Gesetz geben wird, durchaus auch aus verfassungsrechtlicher Sicht.

Ein Abänderungsantrag gemäß Paragraph 34 Absatz 3 der Abgeordneten Mag. Zitz, Keshmiri, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Gross – es freut mich, daß die Kollegin Gross diesen Antrag unterstützt –, betreffend das Steiermärkische Sozialhilfegesetz.

Um eine zeitgemäße Bestandsaufnahme der Sozialpolitik des Landes Steiermark und profunde Planungsgrundlagen zu erhalten, wird der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Paragraph 3 wird folgender Paragraph 3 a angefügt:

„Die Landesregierung erstellt alle zwei Jahre einen Sozialbericht, der dem Landtag zur Beratung vorgelegt wird.“

Ich freue mich auf die Wortmeldungen der Klubobmänner, die für dieses Gesetz zuständig sind, besonders auf die vom Herrn Kollegen Flecker. Ich finde es wirklich würdelos, daß dieser Tagesordnungspunkt – das Gesetz ist zehn Jahre verhandelt worden, von mir und der Kollegin Keshmiri nur zirka sieben Monate, von einigen von Ihnen im Haus zehn Jahre –, daß dieses Gesetz jetzt um dreiviertel eins in der Früh am vierten Budgetlandtag hier im wahrsten Sinne des Wortes über den Tisch gezogen wird. (00.46 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl** (00.46 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Landeshauptmann! Regierungsmitglieder! Geschätzter Herr Finanzlandesrat!

Ich habe aus den Ausführungen gehört, das Budget 1998 ist ein Sicherheitsbudget. Ich habe das Budget studiert (Heiterkeit bei der SPÖ.), habe einige Ziffern herausgeschrieben, auch einige Ziffern über die Weizklamm, und bin zur Erkenntnis gekommen und kann euch nur eines sagen, ich weiß ganz genau, was sicher ist, daß dieses Budget sicher nicht eingehalten wird. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Flecker: „Bringe deinen Abänderungsantrag!“) Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dr. Lopatka, Gross, Keshmiri, Mag. Zitz und Schinnerl, ein Fünfparteiantrag, betreffend eine organisatorische Parallele in der Vollziehung des Sozialhilfegesetzes.

Begründung: Im Paragraphen 45 Absatz 2 der Novelle zum Sozialhilfegesetz wird die derzeitige Organisation der Sozialhilfverbände mit 31. Dezember 2001 befristet. Diese Befristung wurde festgelegt, um den bestehenden Organisationen eine Übergangs-

frist für ihre Neuorganisationen einzuräumen. Um organisatorische Parallelen zu vermeiden, stellen die unterfertigten Abgeordneten den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß keine organisatorischen Parallelen in der Vollziehung des Sozialhilfegesetzes über das Jahr 2001 hinaus weiterbestehen. Ich bitte um Annahme. (00.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen zur Abstimmung:

Über den Abänderungsantrag der Grünen, des LIF und der SPÖ zum Sozialhilfegesetz. Ich bitte um die Abstimmung. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Über den Abänderungsantrag des LIF und der Grünen zum Sozialhilfegesetz. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Über den Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 30/6, Beilage Nr. 91. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Über den Beschlußantrag der FPÖ, ÖVP, SPÖ, des LIF und der Grünen, betreffend keine organisatorischen Parallelitäten in der Vollziehung des Sozialhilfegesetzes. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Über den Beschlußantrag des LIF und der Grünen, betreffend Novellierung des Sozialhilfegesetzes. Gegenprobe.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist erschöpft. Bevor wir aber weiterreden, darf ich der Frau Landeshauptmann, die darum gebeten hat, ein Schlußwort ermöglichen.

**Landeshauptmann Klasnic** (00.51 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte für die Regierung, die hier auf dieser Bank durchgehalten hat, Ihnen allen danken, besonders den Präsidenten des Landtages mit ihrer Kanzlei, mit allen, die mitgeholfen haben, den Mitgliedern des Landtages, weil es war nicht einfach, diese guten drei Tage miteinander zu bewältigen. Und ich glaube abschließend sagen zu dürfen, daß es ein arbeitsreiches und ein erfolgreiches Jahr gewesen ist. Ein erfolgreiches Jahr, an dem alle mitgewirkt haben, die sich hier in diesem Haus – und auch viele, die heute nicht hier sind – mit dabei waren, und mit Bewunderung möchte ich auf etwas ansprechen: Ich bewundere die Damen vor uns, die das mitschreiben in diesen Tagen, weil das ist eine ganz besondere Leistung.

Es sind nicht mehr viele Journalisten, die uns zur Nachtzeit noch begleiten, ich danke auch ihnen und möchte stellvertretend für alle, die hier heroben sitzen dürfen, Ihnen allen einige erholsame Tage und ein gutes 1998 wünschen. (00.52 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Landeshauptmann für ihre Ausführungen. Ich darf namens der drei Präsidenten Ihnen allen, vor allem den Mitarbeitern des Hauses unter der Führung von Hofrat Dr. Anderwald, für die geleistete Arbeit in der Vorbereitung der Ausschüsse und der Durchführung der Sitzungen ein herzliches Dankeschön sagen. Ihnen allen darf ich ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen. Wir treffen uns im nächsten Jahr wieder. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen. Kommen Sie gut nach Hause.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 00.53 Uhr.)